

WESERKURIER

Wirtschaftliche Gründe haben Ausschlag gegeben / Landwirt will verstärkt auf Rindfleisch setzen - 29.06.2013

Von Seggern verzichtet auf neuen Hähnchenstall

Von Jochen Brünner

Ganderkesee-Elmeloh. Der Elmeloher Landwirt Dieter von Seggern will auf die beantragte Erweiterung seines Hähnchenmaststalls verzichten. Das hat er jetzt offiziell gegenüber dem Landkreis Oldenburg als Genehmigungsbehörde erklärt. Gegen den Bau eines dritten Stalls, in dem weitere 37500 Masthähnchen Platz gehabt hätten, hatte sich bereits im vergangenen Jahr massiver öffentlicher Protest geregigt. Auch eine Bürgerinitiative hatte sich gegen das Vorhaben gegründet.



© Ingo Möllers

Der Elmeloher Landwirt Dieter von Seggern will den umstrittenen dritten Hähnchenmaststall, in dem 37500 weitere Tiere Platz gehabt hätten, nun doch nicht bauen. Unter anderem wegen steigender Futterpreise sei das Geschäft unrentabel geworden, begründete er seine Entscheidung.

Allein "wirtschaftliche Gründe" seien ausschlaggebend gewesen für seine Entscheidung, sagte von Seggern gestern. Das Problem sei, dass sowohl die Baukosten als auch die Futterpreise in den vergangenen Monaten gegenüber den Verkaufserlösen so extrem gestiegen seien, dass das Vorhaben unrentabel geworden sei. Die bestehenden beiden Hähnchenställe mit einer Kapazität von rund 50000 Plätzen will von Seggern jedoch weiter betreiben.

Ebenso festhalten will der Landwirt an seinen Plänen, einen neuen Bullenmaststall mit 140 Plätzen zu betreiben. Im Gegenzug dazu wird er künftig auf die Schweinemast verzichten. Auch dieser Antrag liegt dem Landkreis bereits zur Genehmigung vor. Wegen des Verzichts auf den zusätzlichen Hähnchenstall müssten die Unterlagen aber angepasst und neu bewertet werden. Hinweise darauf, dass der Landkreis eine Genehmigung möglicherweise versagen könnte, gebe es derzeit nicht.

"Selbst wenn sich der Wind in den kommenden Jahren drehen und die Hähnchenmast wieder rentabel werden sollte, werde ich das Projekt ganz bestimmt nicht wieder aufrufen", meinte von Seggern. "Ich komme dann nämlich in ein Alter, wo ich mich langsam aus dem Geschäft zurückziehen werde." Die Entscheidung über die künftige wirtschaftliche Ausrichtung des Betriebes werde er dann seinem Sohn Oliver überlassen, der den Hackfeldhof übernehmen und weiterführen wird. Grundsätzlich werde man aber auch in Zukunft flexibel bleiben: "Wenn die Erlöse stimmen, machen wir auch alles andere", betonte von Seggern.

Delmenhorster Kreisblatt

Einblick in den landwirtschaftlichen Betrieb: Ende 2012 haben Landwirt Dieter von Seggern (links) und Sohn Oliver von Seggern (rechts) der Ganderkeseer CDU-Fraktion und dem CDU-Landtagsabgeordneten Ansgar Focke ihre Elmeloher Ställe gezeigt. □ Archivfoto: Thorsten Konkel

2013-06-27 20:25

Landwirt gibt Vorhaben für neue Hähnchenmast-Anlage auf

Landwirt Dieter von Seggern hat sich gegen die Erweiterung seines Hähnchenmaststalls um 37.500 Plätze entschieden. Der Kreis prüft weiter einen Antrag auf Erweiterung der Rindermast.

Von Katja Butschbach

Elmeloh. „Angesichts der stagnierenden Nachfrage nach Hähnchenfleisch und der unbefriedigenden wirtschaftlichen Situation auf dem Geflügelsektor“ hat sich Landwirt Dieter von Seggern dazu entschlossen, seinen Hähnchenmastbetrieb nicht um 37.544 Plätze zu erweitern. Den bestehenden Stall für rund 40.000 Tiere will er aber behalten. Der Landwirt will nun auf die Rindfleischerzeugung setzen und hält an seinem Plan fest, die 138 Plätze für die Kälber- und Bullenmast auf 331 Plätze zu erweitern – dies hatte er mit der Erweiterung der Hähnchenmast beim Landkreis beantragt. Vor allem gegen eine erweiterte Hähnchenmast hatte sich die Bürgerinitiative Ganderkesee-Elmeloh stark gemacht.

„Es ist eine positive Entwicklung“, sagte Sprecherin Christine Wagner gestern. Sie betont: „Es ging uns nie persönlich um Herrn von Seggern.“ Stattdessen stehe für die Initiative die Kritik an der Tierhaltung in großen Mastanlagen und die Belastung durch Emissionen aus der Anlage im Fokus. Das Abrücken des Landwirtes von seinen Plänen führt Wagner zum Teil auf den Protest der Initiative zurück.

Dieter von Seggern allerdings bekräftigt, dass ihn „ausschließlich wirtschaftliche Gründe“ zu seiner Entscheidung bewogen hätten. „Das Futter macht 50 bis 60 Prozent der Kosten der Hähnchenmast aus“, sagte er. „Die Kosten-Ertragssituation“ sei schwierig, denn die Futterkosten hätten sich mit den gestiegenen Getreidepreisen in den vergangenen zwei Jahren annähernd verdoppelt.

Zum Genehmigungsverfahren für die neuen Ställe für die Kälber- und Bullenmast gibt es derweil noch keine Entscheidung des Landkreises. „Das Gesamtpaket ist aufgebrochen“, sagte Peter Nieslony vom Bauordnungsamt, das den Antrag von Seggers bearbeitet: Hähnchen- und Rindermast wurden in einem Verfahren bearbeitet. „Das Verfahren“, so Nieslony, „war noch nicht abgeschlossen.“ Es habe eine Vielzahl von Einwendungen gegeben, die sich vorrangig auf die Hähnchenmast bezogen. Wann eine Entscheidung über die Rindermast fällt, konnte Nieslony noch nicht sagen.

Die Bürgerinitiative will weiter beobachten, was sich hinsichtlich dieser Entscheidung ergibt.

MOZ

[Oliver Schwes](#) 21.06.2013 20:45 Uhr

Streit um die Schweine

Haßleben (MOZ) Umwelt- und Tierschutzverbände protestieren heftig gegen die nach neun Jahren erteilte Genehmigung zur Wiederinbetriebnahme der Schweinemast in Haßleben (Uckermark). Der Projektplaner kritisiert indes das Landesumweltamt, weil der Umbau nicht starten kann.

Für Helmut Rehhahn ist der nach jahrelangem Streit vom Landesumweltamt herausgegebene Bescheid ein "nicht erklärlicher verwaltungsrechtlicher Schachzug". Denn die von ihm als Projektplaner sehnlichst erwartete Genehmigung für die mit rund 37 000 Tierplätzen geplante Anlage hat einen Haken. "Der Antrag auf Anordnung der sofortigen Vollziehung des Genehmigungsbescheides wurde abgelehnt", heißt es in einer Pressemitteilung des Landesumweltamtes Brandenburg.

Das bedeutet, dass der Investor mit dem Umbau nicht wie erhofft starten kann. Denn gegen den Bescheid sind Widersprüche sowie Klagen möglich, die dann wieder geprüft werden müssen. "Ganz klar wird die Behörde jetzt von den Gegnern torpediert, obwohl der Landkreis und die Gemeindevertretung sich ganz klar für uns positioniert haben", ärgert sich Rehhahn. Schon nach Ankündigung des Genehmigungsbescheides hat es im Land massive Proteste von Umwelt- und Tierschutzverbänden gegeben. Sie halten seit Jahren an. Seit der Antragstellung im Jahre 2004 gingen 1234 Einwendungen beim Landesumweltamt ein. Sie seien fachlich geprüft und abgewogen worden, heißt es aus dem Umweltministerium. Der holländische Investor Harry van Gennip, der weitere Schweinemastanlagen betreibt, reduzierte in der Zwischenzeit die geplanten Tierplätze um mehr als die Hälfte.

Nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung würden die jetzt zu erwartenden Belastungen durch Stickstoffeinträge, Gärreste und ähnliche Dinge den rechtlich zulässigen Vorgaben entsprechen. Somit seien die Voraussetzungen zur Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz erfüllt.

"Das ist ein Skandal", so die Reaktion von Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. "Diese Anlage ist in keiner Weise mit dem Tier- und Verbraucherschutz vereinbar und zerstört Entwicklungen in den ländlichen Räumen." Es sei ein Armutszeugnis der brandenburgischen Regierung, dass sie sich nun einem Gerichtsurteil nicht mehr widersetzen könne.

Als "schwarzen Tag für den Tier- und Umweltschutz" hat Axel Vogel, Fraktionschef von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag, die Genehmigung der Schweinemast bezeichnet. "Die Tierfabrik zwischen dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und dem Naturpark Uckermärkische Seen wird zahlreiche Arbeitsplätze bei kleinen und mittleren Schweinehaltern vernichten und das örtlichen Tourismusgewerbe gefährden." Die grüne Agrarexpertin Sabine Niels kritisiert die "Realpolitik unter Rot-Rot" in Brandenburg. "SPD und Linke setzen auf Massentierhaltung und erweisen sich als Erfüllungsgehilfen der agrarindustriellen Lobby. Zugleich streichen sie die Förderung für den Ökolandbau."

Bayerischer Rundfunk

Schweinemast bei Tapfheim

Niederländer baut umstrittene Großanlage

"Straathof-Ferkel – Lassen Sie sich begeistern!" So wirbt Europas größter Schweinezüchter **Adrian Straathof** aus den Niederlanden. Nicht begeistert sind die Bewohner aus Oppertshofen und Brachstadt im Landkreis Donau-Ries.

Stand: 25.06.2013

Auf einer Anhöhe über Tapfheim am Reichertsweiler Hof im Lks. Donau-Ries (Foto) haben die Bauarbeiten für einen neuen Schweinestall begonnen. Bis Ende des Jahres soll der Stall fertig sein.

75.000 Ferkel pro Jahr

Abendschau-Video

Insgesamt könnten dann auf dem Reichertsweiler Hof rund 11.800 Muttersauen und Ferkel untergebracht werden - so viele wie nirgendwo anders in Schwaben. Sie würden dann rund 75.000 Ferkel im Jahr "produzieren". Denn darum geht es: um Massenproduktion von Tieren.

Rund eine Million Ferkel pro Jahr werden bislang in den Straathof-Betrieben geboren, die meisten in Ostdeutschland. Jetzt steigt der Niederländer beim Reichertsweiler Hof mit ein.

Hof modernisieren

Derzeit laufen die Arbeiten für den neuen Stall für gut 1.000 Zuchtsauen auf Hochtouren. Genehmigt wurde der schon vor fünf Jahren. Hofgründer Herrmann Strehle hatte diese Erweiterung wegen einer Gesetzesänderung geplant. Nach dem Unfalltod von Strehle fand sein Sohn Wolfgang mit dem Niederländer den nötigen Investor.

Nun wollen die beiden den Hof schrittweise modernisieren – auch zum Wohl der Tiere, sagt Strehle. Trotzdem stehen die Oppertshofener dem neuen Investor kritisch gegenüber.

Neue Straßen nötig

Am meisten beschäftigt die Anlieger das Thema Verkehr: Dieser wird zunehmen. Doch die Zufahrtswege sind dafür nicht ausgelegt, deshalb müssen sie ausgebaut und eine Umgehung für die betroffenen Anwohner geschaffen werden.

Zahlen müssen das wohl die Gemeinde Tapfheim und die Anwohner – sehr zum Ärger von Tapfheims Bürgermeister Karl Malz. Der Reichertsweiler Hof nämlich liegt auf Donauwörther Gebiet – und ist damit außen vor.

Ärger mit Straathof

Angst hat man im Landkreis aber auch vor der schieren Größe der Anlage. Örtliche Schweinezüchter können bei diesen Mengen kaum mithalten, befürchten viele. Auch hat es in Ostdeutschland schon viele Probleme mit Straathof-Betrieben gegeben.

Wie das Landratsamt im Altmarktkreis bestätigt, hat Straathof in Binde seine Ställe ohne Genehmigung erweitert, in Stendal liegt bei der Staatsanwaltschaft eine Strafanzeige wegen Verstößen gegen das Tierschutzgesetz vor.

Augsburger Allgemeine

15.6.2013

Ferkelerzeugung

Bis zu 11000 Schweine

Holländischer Konzern möchte Betrieb am Reichertsweiler Hof erweitern und modernisieren. Dieses Vorhaben stößt in Nachbargemeinde auf Kritik [Von Marcel Staudt](#)



Auf dieser Fläche am Reichertsweiler Hof ist ein neuer Schweinestall mit einer Größe von 95 mal 30 Metern geplant.

Foto: Marcel Staudt

Donauwörth Die Straathof-Strehle GmbH möchte so bald wie möglich mit dem Bau eines neuen Schweinestalls am Reichertsweiler Hof – dem westlichsten Teil des Stadtgebiets– beginnen. Nach dem Neubau sollen am Standort circa 3000 Muttersauen und 8000 Ferkel untergebracht werden, bis zum Jahresende soll der Stall stehen. Bislang wartet das Unternehmen noch auf die Prüfung durch das Landratsamt. **Der Bau wurde eigentlich bereits vor fünf Jahren genehmigt, nur möchte der Betreiber in diesem Gebäude nicht wie damals angezeigt 1040 Zuchtsauen und 3780 Aufzuchtferkel halten, sondern ausschließlich 7200 Ferkel und keine Sauen. Sobald die Änderung geprüft ist, soll es mit dem Bau losgehen.**

Es handelt sich um ein Vorhaben, das auf Kritik stößt. Günter Kornmann, der Ortssprecher für Oppertshofen, sieht drei Probleme. Erstens befürchtet er ein höheres Verkehrsaufkommen durch Lkw auf der Fürststraße in Oppertshofen und auf der Nordstraße in Brachstadt (Gemeinde Tapfheim). Die Straßen seien in einem „desolaten Zustand“, wie Kornmann sagt und für einen Durchgangsverkehr dieser Art gar nicht ausgerichtet. Außerdem glaubt er an eine höhere Belastung für die Umwelt durch die Ausscheidungen der Schweine.

Kornmanns dritter Kritikpunkt ist die Ansiedelung der Firma selbst: Straathof Holding ist ein holländischer Ferkelerzeuger (siehe Infokasten), der seit mehreren Jahren für negative Schlagzeilen sorgt. Beispielsweise berichtete der Stern im April von „systematischen Verstößen gegen das Tierschutzgesetz“ und beruft sich auf „interne Akten“, die dem Magazin angeblich vorliegen würden. „Überall, wo diese Firma ist, gibt es Ärger. Ich kann nicht verstehen, warum man sie auch noch zu uns holt“, sagt Kornmann.

Wolfgang Strehle vom Reichertsweiler Hof arbeitet mit Straathof seit Beginn des Jahres unter dem Namen Straathof-Strehle GmbH zusammen. Die wirtschaftliche Leitung liegt bei Straathof, Strehle ist mit einer Minderheit an dem am Standort erzielten Erfolg beteiligt. Die über seinen Partner erschienenen Berichte hält er für schlecht recherchiert und glaubt an eine erfolgreiche Zusammenarbeit: „Wir sind davon überzeugt, dass Straathof seine Sache gut machen wird.“

In den nächsten Jahren soll abschnittsweise der gesamte Betrieb erneuert werden, hierzu zählt laut Strehle auch der Einbau von Abluftreinigungsanlagen sowie der Einsatz neuester Technik, um den Energieverbrauch zu senken. „Unter dem Strich wird es damit sogar besser für die Umwelt“, sagt Strehle. An ein höheres Verkehrsaufkommen glaubt er nur bedingt, bisher seien durchschnittlich zwei LKW – etwa für den Transport von Futter – pro Tag von und zu seinem Hof gefahren, nach dem Umbau sollen es drei werden. Die Straßen hält er ebenfalls für überholungsbedürftig.

LVZ

28.6.2013

Schweinemastanlage: Flächen sollen von Bebauung frei bleiben



Bad Dübener Heide. Unter großer Bürgerbeteiligung hat der Stadtrat von Bad Dübener Heide am Donnerstagabend die Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet Schweinemastanlage in Wellaune beschlossen. Das Votum fiel einstimmig aus.

Anmerkung: Es geht um die Verhinderung eines weiteren Straathof-Projekts...

WORMSER ZEITUNG

Bürger werden belogen“

14.06.2013 - GIMBSHEIM/ALZEY

Von Jasmin Posselmann

PROTEST Tierschützer demonstrieren gegen Legehennenfarmerweiterung in Gimbsheim

Eng zusammengepfercht stehen acht Hennen und ein Hahn in einem kleinen Gitterkäfig auf dem Hof der Kreisverwaltung Alzey. Sie sollen die beengte und nicht artgerechte Situation von Legehennen verdeutlichen, falls die geplante Erweiterung der Legehennenfarm der Firma Hego Düngemittel in Gimbsheim umgesetzt wird. Gegner dieses Vorhabens demonstrierten am Donnerstag und überreichten Vertretern der SGD Süd sowie der Kreisverwaltung eine Resolution.

„Ich habe den Eindruck, dass die Bürger belogen werden“, erklärte Elisabeth Kolb-Noack, Fraktionsvorsitzende der Grünen-Kreistagsfraktion. „Auf eine Frage erhielten wir ständig andere Antworten“, fügte sie erobst hinzu. Der Plan sieht vor, die vorhandene Anlage zur Haltung von Legehennen von 290 000 auf 510 000 Tiere zu erweitern. Dabei seien laut Kolb-Noack erhebliche Mängel und Unstimmigkeiten aufgetreten.

Die geplante Farm sei eine agrarindustrielle Großanlage, die eine artgerechte Tierhaltung ausschließe. Nicht nur der Platz pro Tier sei stark minimiert.

Auch Grundbedürfnisse der Tiere, wie beispielsweise Sandbaden und ungestörtes Ruhen, wären nicht möglich. Zudem könnten auch Unwetter eine Gefahr darstellen. „Die ebenerdig gelegene Farm liegt im zukünftigen Reserveraum für Extremhochwasser. Bei Überflutung sind nach wenigen Stunden keine Zufahrten mehr möglich“, gibt die Gimbsheimerin Erika Strauss zu bedenken. Die Versorgung der Tiere sowie der Abtransport von Kadavertonnen sei somit nicht mehr gegeben.

Sehr ärgerlich sei das auch für die Anwohner. Denn einerseits würden durch die Verdoppelung der Futtermittel- und Kadavertonnenabtransporte die Anwohner mit mehr Geruch und Lärm belastet. Andererseits sehen die Gegner ihre eigene Gesundheit durch fehlende Filter in Gefahr. Feinstäube, Keime und Bakterien könnten ungehindert ins Freie gelangen. Sollten die neuen Ställe gebaut werden, seien neue Filteranlagen unabdingbar.

Diese und weitere Themen verfassten Kolb-Noack und Strauss in einer schriftlichen Resolution und übergaben diese dem stellvertretenden Präsidenten der SGD Süd, Willi Tatge, und dem Leiter des Kreisbauamtes, Dr. Herbert Schmitt. „Wir bedauern die Missverständnisse sehr und können Ihnen mitteilen, dass wir heute mit einem externen Gutachter sprechen werden“, versuchte Schmitt die aufgebrachten Gemüter zu beruhigen. „Bestimmte Dinge müssen nachgebessert werden“, fügte Tatge seinem Vorredner hinzu und nahm die Kritik der besorgten Bürger offen an.

Hoffen auf Erfolg der Aktion

Mit Parolen wie „Ich wollt ich wär‘ kein Käfighuhn“ oder „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ brachten Vertreter der BUNDjugend Rheinland-Pfalz ihren Unmut zum Ausdruck.

Aber damit nicht genug. Um auch optisch hervorzustechen, hatten sich die Demonstranten trotz der sommerlichen Temperaturen in gelbe, plüschige Hühnerkostüme gekleidet. „Wir sind zufrieden mit dem Ausgang der Veranstaltung. So haben wir es erwartet“, erklärte Janosh Schnee und hofft, dass ihre Aktion Erfolg hat. Als Bestandteil ihrer neuen Kampagne „Gut gewählt“ war es für die Massentierhaltungsgegner selbstverständlich, auch an dieser Demo teilzunehmen

WZ Newsline

27.6.2013

Dönberg: Bürger gegen weitere Stall-Anlage

[Leser-Kommentare: 6](#)

Von Stefan Melneczuk

OB Jung sieht Neubau im Grüngürtel kritisch.

Wuppertal. Entsteht auf dem Höhenzug am Stürmannsweg – mit Blick auf die Wohnsiedlungen am Dönberg – eine weitere Stall-Anlage für Legehennen? „Ich kann mir das nicht vorstellen“, sagte Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) am Mittwochvormittag bei einem informellen Ortstermin vor gut 50 Anwohnern. „Uns liegt bis heute kein Antrag vor“, sagte

Jung mit Blick auf Baupläne, die für Diskussionen und Spekulationen sorgen. Richtig sei, dass – wie grundsätzlich üblich – eine Beratung bei der Stadt Wuppertal in Anspruch genommen worden ist.

Spiel auf Zeit? Höhere Hürden ab September – Umfrage am 3. Juli

Jung wies zudem auf strengere gesetzliche Vorgaben für das privilegierte Bauen im Außenbereich hin, die ab September griffen und die Hürden für bauwillige Landwirte „noch einmal nach oben“ setzten – etwa mit der Bestimmung, dass das Futter für eine solche Anlage auf dem Gelände selbst zu erzeugen ist.

Die Anwohner – unter ihnen der frühere Presseamtsleiter der Stadt, Ernst-Andreas Ziegler, – befürchten wie zuvor am Fettenberger Weg eine weitere Produktionsanlage im Landschaftsschutzgebiet und wollen auch Wuppertals Bundestagsabgeordnete in die Pflicht nehmen.

Man habe nichts gegen die Landwirtschaft und Bauten zum Erhalt bestehender Betriebe – agrarindustrielle Anlagen aber ausgenommen: Zur Sprache kamen auch Flächenkäufe, die bereits erfolgt sein sollen. Der betroffene Landwirt wollte sich im Gespräch mit der WZ am Mittwoch nicht zur Sache äußern.

Das WZ-Umfrage-Mobil kommt Mittwoch, 3. Juli, um 16 Uhr zum Stürmannsweg.

PROPLANTA

19.06.2013 | 13:39



Gericht schränkt Putenmast in Vogelschutzgebiet ein

Düsseldorf - Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat der Vergrößerung einer Putenmast in einem Agrarbetrieb in Kleve am Niederrhein eine Absage erteilt.



(c) proplanta

Der Betrieb mit bislang gut 35.000 Tieren liege im europäischen Vogelschutzgebiet «Unterer Niederrhein», teilte das Gericht am Dienstag mit (Az.: 3 L 316/12). Die Erweiterung um fast 20.000 Tiere sei nicht mit der Naturschutzverordnung vereinbar.

Bauernhöfe in Naturschutzgebieten haben Bestandsschutz, eine Erweiterung zu einer

industriellen Nutzung hin ist laut Gericht nicht mit dem Anforderungen vereinbar.

Der Naturschutzbund (Nabu) hatte gegen eine Genehmigung des Kreises Kleve geklagt. Der Verband beklagt die Intensivierung der Landwirtschaft auch in Schutzgebieten. (dpa/lnw)

NWZ

28.6.2013

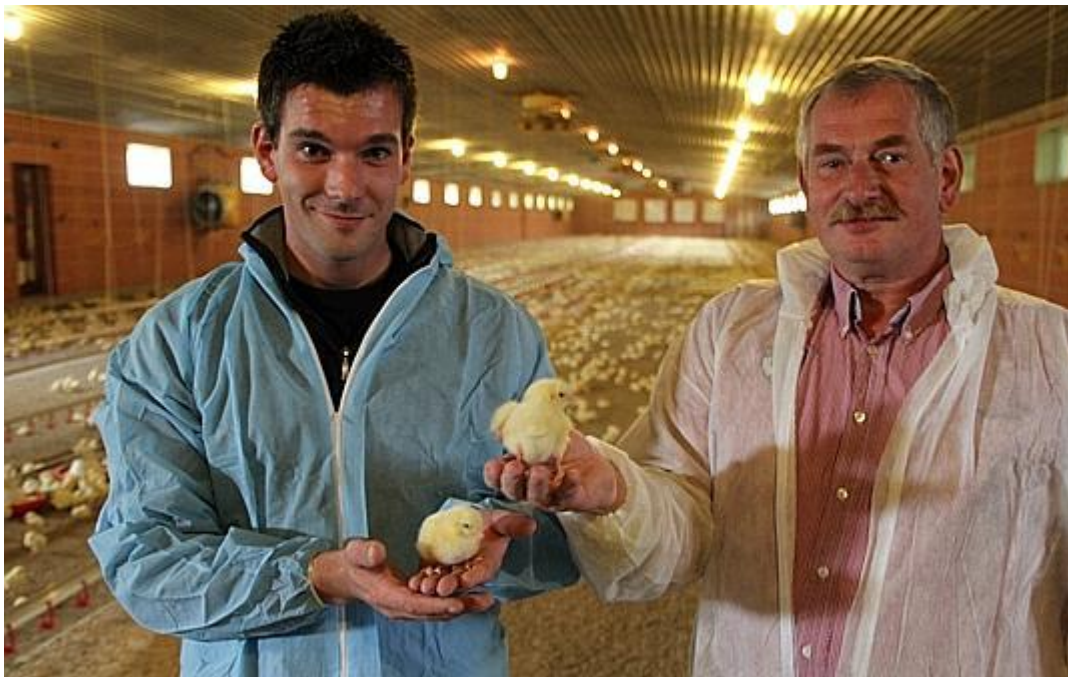
Landwirtschaft

Bauer zieht Bauantrag zurück

Von Seggern verzichtet auf Hähnchenstall – Bürgerinitiative erfreut

Der Konflikt um Stallneubauten in Elmeloeh scheint entschärft. Landwirt Dieter von Seggern will mehr auf Rindermast umsatteln.

[Hergen Schelling](#)



In den vorhandenen Ställen betreiben sie weiter Geflügelmast, betreiben, setzen ansonsten aber stärker auf Rindfleisch: Oliver und Dieter von Seggern Bild: Hergen Schelling

Elmeloeh Der umstrittene Hähnchenmaststall in Elmeloeh wird nicht gebaut: Landwirt [Dieter von Seggern](#) hält nicht länger an seinem Antrag auf Errichtung der Anlage mit 37 500 Plätzen fest. Das hat seine Anwältin am Mittwoch dem Landkreis Oldenburg, der zuständigen Genehmigungsbehörde, mitgeteilt.

„Den Ausschlag gegeben haben wirtschaftliche Überlegungen“, sagte Dieter von Seggern am Donnerstag gegenüber der NWZ. Gemeinsam mit seinem Sohn Oliver habe er das Projekt neu durchgerechnet: Stagnierende Verkaufserlöse bei dramatisch steigenden Futterpreisen und explodierenden Baukosten machten die Sache unrentabel. Mit dem geplanten dritten Stall hätte

der Landwirt den Masthähnchenbestand seines Betriebes auf mehr als 87000 Tiere hochschrauben können.

Nun jedoch wollen Vater und Sohn von Seggern „den Fokus verstärkt auf die Rindfleischerzeugung setzen“, wie sie dem Landkreis mitteilen. Die ebenfalls eingereichten Anträge auf Neubau eines Bullenmaststalls mit 140 Plätzen und auf Umnutzung eines Schweinestalls zur Bullenmast mit weiteren 73 Plätzen bleiben auf dem Tisch. Sie müssten nur umgeschrieben werden, meint der Seniorchef, weil durch die Verkleinerung der Gesamtmaßnahme unter anderem weniger Ausgleichsmaßnahmen nötig seien.

„Wir müssen die Unterlagen jetzt neu bewerten“, erklärt [Peter Nieslony](#) vom [Bauordnungsamt](#) des Landkreises. Nach dem Stand der Dinge gehe er von einer Genehmigung aus. Den zeitlichen Rahmen könne er aber noch nicht abschätzen.

Erleichtert reagierte [Christine Wagner](#) Seggers Pläne von der Bürgerinitiative Elmeloh, die sich gegen von formiert hatte. „Natürlich freut uns das“, sagte sie, als sie Donnerstag von dem zurückgezogenen Antrag erfuhr. „Jetzt müssen wir am aber weiter gucken, was passiert.“ Auch von offizieller Seite habe es zuletzt starke Vorbehalte gegen eine Genehmigung gegeben, meinte sie. Die Bürgerinitiative, glaubt Wagner, habe das Signal gegeben: „Es lohnt sich zu kämpfen.“

Kritisiert hatte die Pläne auch das Bündnis [MUT](#), das in der Region gegen industrielle Massentierhaltung kämpft. In einem ausführlichen Interview mit der NWZ äußert sich der Vorstand des Bündnisses in dieser Ausgabe zu aktuellen Fragen.

HMA Wipplingen: Verfahren durch Vergleich beendet

Hähnchenmastanlage Wipplingen: Verfahren durch Vergleich beendet

pm. Emsland / Wipplingen. Das Beschwerdeverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg um die Hähnchenmastanlage in Wipplingen mit 83.900 Mastplätzen wurde jetzt durch einen Vergleich zwischen dem Betreiber und dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) beendet. Der Anlagenbetreiber nimmt bestimmte emissionsmindernde Maßnahmen vor und kann dann den Betrieb wieder aufnehmen.

Zur Vorgeschichte: Der NABU wandte sich gegen die Stallanlage, weil er zum einen befürchtete, dass die Stickstoffemissionen den festgesetzten Grenzwert übersteigen und der angrenzende Wald und gesetzlich geschützte Wallhecken dadurch geschädigt würden. Zum anderen sorgten sich die Umweltschützer um gesundheitliche Beeinträchtigungen der Anwohner durch gesundheitsgefährdende Keime und Bioaerosole. Deshalb legte der NABU im Mai 2012 gegen die Genehmigung Widerspruch ein und stellte gleichzeitig vor dem Verwaltungsgericht Osnabrück einen Antrag im einstweiligen Rechtsschutzverfahren, um den Bau zu stoppen. Das Verwaltungsgericht gab diesem Antrag Januar diesen Jahres statt. Da die Mastanlage aber zwischenzeitlich bereits fertiggestellt und in Betrieb war, untersagte der Landkreis im Mai dem Landwirt die Neueinstellung und versiegelte die Stallanlage. Derweil hatte der Betreiber ein Beschwerdeverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht angestrengt. Durch den Vergleich kommt dieses nun zu einem einvernehmlichen Ende.

Im Einzelnen beinhaltet der Vergleich insbesondere folgende Punkte: Der Landwirt baut sowohl einen Wasserbadfilter als auch einen staubreduzierenden Wärmetauscher in beide Ställe der Anlage ein und verwendet ausschließlich eiweißreduziertes RAM-Futter. Außerdem übernimmt er die Kosten für das Widerspruchs- und die Gerichtsverfahren.

„Wir gehen davon aus, dass durch Wasserbadfilter, Wärmetauscher und RAM-Futter die Staub-, Keim-, Geruchs- und Stickstoffemissionen so weit reduziert werden, dass die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten und die Beeinträchtigungen von Mensch und Natur auf ein vertretbares Maß gesenkt werden“, so Katja Hübner, Mitarbeiterin des NABU-Regionalbüros Emsland / Grafschaft Bentheim.

Im Hinblick auf den angrenzenden Waldbestand wurde darüber hinaus eine Zustandskontrolle in 5 und 10 Jahren vereinbart. Werden Schäden durch Stickstoff festgestellt, erfolgt eine Kompensation durch die Neuanlage eines Waldbestandes.

"Durch den Vergleich können wir gravierende Beeinträchtigungen vermeiden und einen langwierigen und möglicherweise kostenintensiven Rechtsstreit vermeiden", beschreibt Hübner die Vorteile. "Allerdings sind die Vergleichsbedingungen den besonderen Umständen dieses Einzelfalls geschuldet und keinesfalls als „Modellregelung“ für andere Verfahren geeignet", schränkt Hübner ein. Der NABU wird sich auch weiter intensiv in Genehmigungsverfahren von industriellen Stallanlagen einbringen.

Für Rückfragen:

Katja Hübner, Mitarbeiterin des NABU-Regionalverbandes, 0 59 31 – 40 99 630

V.i.S.d.P.

Katja Hübner

NABU-Regionalgeschäftsstelle

HNA.de

1.06.13

Grüne gegen Schweinemastanlage

Baunatal. Gegen den Aufbau einer Schweinemastanlage mit 1200 Tieren bei Guntershausen spricht sich der Kreisverband Kassel-Land der Grünen aus.

„Die Lage in Guntershausen ist prekär. Nicht nur die Planung einer weiteren Fleischfabrik ist verfehlt, weil sie den sinkenden Fleischkonsum und die fallenden Fleischpreise nicht berücksichtigt, auch die **Lage inmitten biologisch bewirtschafteter Felder** ist als äußerst kritisch einzustufen“, heißt es in einer Pressemitteilung von Vorstandssprecherin Gudrun Bednarek-Siegfried (Schauenburg). „Durch die unmittelbare Nähe zu alteingesessenen Biolandbetrieben wäre es in Baunatal sicher machbar, einen anderen Weg zu beschreiten und über einen Biohof nachzudenken.“ Im Landkreis Kassel gebe es kaum Biobetriebe mit Fleischproduktion.

Zudem wollen die Baunataler Grünen einen Antrag ins Stadtparlament einbringen mit dem Ziel, künftige Tiermastanlagen zu verhindern. Unter anderem solle die Stadt Baunatal beim Zweckverband Raum Kassel erreichen, dass die Kriterien für den Flächennutzungsplan so geändert werden, „dass Tiermastanlagen nicht als privilegierte landwirtschaftliche Bereiche betrachtet werden“, betont Fraktionschef Edmund Borschel. (sok)

-

- 17.06.13

Naturschutzbehörde in der Kritik

Mastbetrieb: Anwohner haken nach

Baunatal. Die Kritiker einer geplanten Schweinemastanlage bei Guntershausen sprechen sich erneut für einen Alternativstandort aus – und zwar im Bereich des Gewerbegebietes Linnfeld am OTC von VW. Dieser war im Vorfeld der Gesamtplanung schon einmal geprüft, aber von der Unteren Naturschutzbehörde abgelehnt worden. Erst danach hatte sich der Investor, die Landwirtschaftsfamilie Schmidt, für den Platz des Schweinestalles für knapp 1200 Tiere zwischen Guntershausen und Grifte entschieden.

Die Kritiker sehen inzwischen einen Widerspruch in der Begründung der Naturschutzbehörde mit dem damaligen Hinweis auf die Gefährdung der Feldlerche im Gebiet Linnfeld. Aus den öffentlich einsehbaren Unterlagen werde nämlich ersichtlich, dass das Bauvorhaben keinen Verstoß gegen das Bundesnaturschutzgesetz darstelle, heißt es in einer Pressemitteilung. Schließlich sei dort auch der Bau des OTC von Volkswagen genehmigt worden. „Daher hätten für den Bauherrn Schmidt gleiche Entscheidungsgrundlagen gelten müssen.“

Beschwerde beim Landkreis

Die Anlieger aus Guntershausen haben deshalb Beschwerde beim Landkreis Kassel eingelegt – „mit dem Ziel der Überprüfung der Sachverhalte“. HINTERGRUND

-

4.06.13

Schweinemast: Fläche am Flugplatz wird geprüft

Baunatal. Der Standort für einen Schweinemastbetrieb bei Guntershausen kommt noch einmal auf den Prüfstand. Zumindest läuft die Suche nach einer Alternativfläche weiter. Das bestätigen alle Beteiligten auf Anfrage.



Bisherige Planung: 600 Meter vom Ortseingang von Guntershausen soll der Schweinemastbetrieb entstehen. Derzeit wird noch eine alternative Fläche ein gutes Stück weiter Richtung Westen untersucht. Diese liegt an derselben Straße unweit des Segelflugplatzes Grifte. Archivfoto: Baum/Montage: HNA

Möglich scheint unter anderem die Ansiedlung des Betriebes ein gutes Stück weiter von Guntershausen weg unweit des Segelflugplatzes Grifte. „Aus unserer Sicht ist die Stadt Baunatal am Zug“, sagt Landkreissprecher Harald Kühlborn zu einer möglichen Alternative. „Wenn die Stadt Baunatal eine Regelung findet, dann ist das ganz einfach.“ Der Landkreis ist letztendlich für die Genehmigung des Bauprojektes zuständig.

Baunatal's Erste Stadträtin Silke Engler bestätigt, dass ein alternativer Standort untersucht wird. „Die Prüfung läuft“, sagt sie. Alle Behörden befrage man derzeit zu dem Vorhaben. „Wenn alle Ja sagen, dann glaube ich, dass wir eine gute Lösung hinkriegen.“

Engler macht aber unmissverständlich deutlich, dass bei einem Nein einer Behörde es bei der bisherigen Planung bleibe. Dann komme die Unterschrift unter den jetzigen Bauantrag.

So sieht das auch die Guntershäuser Landwirtschaftsfamilie Schmidt, die den Schweinestall für 1200 Tiere bauen will. Auf jeden Fall sei man weiter offen für einen Alternativstandort, sagt Landwirt Bernhard Schmidt. Er bestätigt, dass beispielsweise die Flugsicherung derzeit prüfe, ob das Gebäude am Flugplatz gebaut werden darf. Schmidt: „Ich warte auf einen Anruf.“ Komme man zu keinem Ergebnis, hielten er und sein Sohn Axel an dem bisherigen Gelände fest.

Mehrere Standorte waren in einer ersten Runde an dem Veto verschiedener Behörden gescheitert. So auch eine Fläche gegenüber dem OTC 4, auf der anderen Seite der Wolfsburger Straße. Diese wird weiterhin von den Gegnern des Schweinemastbetriebes aus Guntershausen favorisiert. Sie verstehen nicht, dass Volkswagen dort bauen durfte, ein landwirtschaftlicher Betrieb mit Hinweis auf die Feldlerche aber abgelehnt wurde.

Eine zweite Prüfung der Fläche schließt Engler allerdings aus. „Es besteht kein neuer Erkenntnisgewinn.“

Eine Sorge kann der Landkreis den Investoren zumindest nehmen. Diese hatten Bedenken, dass 250 000 Euro EU-Förderung für das eine Million Euro teure Projekt durch einen neuen Bauantrag verloren gehen könnten. Diese Befürchtung räumt der Landkreis inzwischen aus. Laut Kühlborn wurde mit dem Amt für ländlichen Raum geklärt, „dass die Förderung für alle Standorte gilt“. Das Amt für ländlichen Raum entscheidet über die Vergabe von EU-Geld, angesiedelt ist es beim Landkreis Kassel.

Von Sven Kühling

Nordbayern.de

Neuer Ort für Mega-Schweinemast?

Bürgermeister Uwe Raab bittet das Landwirtschaftsamt um alternative Vorschläge - 31.05.2013 19:16 Uhr

PEGNITZ - Der geplante Schweinestall von Horst Seitz ruft in der Lohesiedlung, am Föhrenbühl und in der Winterleite Proteste hervor, weil die Bürger dort bei Westwind Gestank befürchten. Die elf Firmen in der Nähe haben Angst um ihre Existenz. Bürgermeister Uwe Raab steuert mit zwei Maßnahmen dagegen: Er bemüht sich um einen Grundstückstausch und um ein Behördengespräch, dem eventuell ein Bürgertreffen folgt.

-A 100/100-



Die Siedler stellten Schilder auf: nur 100 Meter abseits der B 2 soll der 50 Meter lange Stall mit seinen 1344 Schweinen ein schönes kleines Tal besetzen.

Foto: Knauber 

Raab weiß um die hitzigen Diskussionen. „Es kursieren viele Gerüchte und Anschuldigungen, die sich auch gegen Verwaltung und Stadtrat richten.“

Er stellt sich schützend vor den Stadtrat, denn der Vorwurf, der Rat habe den Bauantrag einfach durchgewunken, „ist so nicht richtig“. Auch im Baurecht gelten rechtsstaatliche Prinzipien, die so gut wie keinen Raum für politische Entscheidungen lassen.

Das gemeindliche Einvernehmen musste erteilt werden, weil Horst Seitz als Landwirt gesetzlich privilegiert ist, im Außenbereich zu bauen.

Kölnische Rundschau

Euskirchen

WirtschaftswegeKein fester Weg zur Putenmast

Erstellt 21.06.2013

Dass es in Dürscheven in naher Zukunft eine weitere Putenmastanlage geben wird, ist laut Bürgermeister Albert Bergmann eher unwahrscheinlich. Er berichtete, dass es genauere Untersuchungen der Wirtschaftswege gegeben habe. Dürscheven.

Dass es in Dürscheven in naher Zukunft eine weitere Putenmastanlage geben wird, ist laut Bürgermeister Albert Bergmann eher unwahrscheinlich. Er berichtete den Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses, dass es genauere Untersuchungen der Wirtschaftswege zum geplanten Putenmaststall gegeben habe.

„Die vorhandenen landwirtschaftlichen Wege können die prognostizierte Zahl von an- und abfahrenden Lkw keinesfalls verkraften. Und ich glaube nicht, dass der Investor der Putenmastanlage hier in eine völlig neue Zuwegung investieren möchte“, so Bergmann.

Ein örtlicher Landwirt, der an anderer Stelle in Dürscheven eine Putenmast mit 21 000 Tieren betreibt, hatte eine weitere Mastanlage für 35 000 Puten geplant. Die Stadt Zülpich hatte bereits Anfang des Jahres ihr Einvernehmen zu diesem Bauvorhaben versagt.

Auch die Bürger von Dürscheven und Enzen waren gegen die neue Putenmastanlage Sturm gelaufen, fühlten sich aber noch mehr von der bestehenden Anlage belästigt. (ces)

merkur online

25.06.13

[Ebersberg](#)

Aufregung um 7500 Puten

Frauenneuharting - Weite Felder, ein paar Höfe und freier Blick auf die Alpenkette. Die Sensauer Filze besticht durch liebeliche Moränenlandschaft. Jetzt entsteht hier der größte Putenmaststall des Landkreises. Auf rund 125 Metern Länge sollen 7500 Tiere gehalten werden.

Das privilegierte Bauvorhaben erzürnt Tier- und Naturschützer gleichermaßen. Sie sprechen von Verschandelung der Landschaft und „industrieller Durchgangsproduktion“.

Der Stall wurde schon im vergangenen Jahr vom Frauenneuharter Gemeinderat genehmigt. Bürgermeister Josef Singer und seine Kollegen hatten keine Bedenken. Zustimmung kam auch aus dem Landratsamt Ebersberg. Der Landwirt hat mit dem Bau begonnen, die Bodenplatte ist hergestellt, die Dachkonstruktion steht.

Grünen-Landtagskandidatin Waltraud Gruber aus Aßling, die im Kreistag sitzt, lehnt die konventionelle Putenmast genauso wie jede andere Form der Massentierhaltung ab: Die Tiere würden dort grundsätzlich nicht artgerecht gehalten, sie würden routinemäßig mit großen Mengen Antibiotika behandelt, was zur Bildung von Resistenzen führe. Sie werden mit Kraftfutter gemästet, das aus industrieller Landwirtschaft oder gar abgeholzten Regenwaldgebieten stamme, und ihre Gülle belaste Boden und Gewässer, so Gruber. Sie fordert eine Rückbesinnung auf eine „bäuerliche Landwirtschaft: umweltverträglich, tiergerecht und gesund“. Durch den hohen Fleischkonsum entstehe eine „Flächenkonkurrenz zwischen Teller und Trog. Tierleid, Antibiotikaresistenz, Flächenverbrauch und Klimawandel sind gravierende Folgen. Deshalb dürfen Massentierhaltungen nicht länger privilegiert werden“, so Grubers Forderung.

Landrat Robert Niedergesäß (CSU) meinte auf Anfrage der Ebersberger Zeitung: „Es ist mir ein zentrales Anliegen, die Weiterentwicklung landwirtschaftlicher Betriebe zu unterstützen. Wenn dazu im Außenbereich gebaut werden muss, sind immer wieder Belange des Naturschutzes betroffen. Hier gilt es einen tragfähigen Ausgleich mit gesundem Menschenverstand herbeizuführen, was wohl in diesem Fall erfreulicherweise gelungen ist. Dafür werde ich mich auch in Zukunft einsetzen“.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wurden laut Landratsamt Stellungnahmen aus allen betroffenen Fachbereichen eingeholt. Dazu gehört auch der Naturschutz. „Da das Genehmigungsverfahren ergeben hat, dass alle Rahmenbedingungen, die das Gesetz vorgibt, eingehalten werden, hat der Antragsteller einen Rechtsanspruch auf die Genehmigung seines Vorhabens. Aus naturschutzfachlicher Sicht ist der Bau besonders wegen des damit verbundenen Eingriffes in das Landschaftsbild problematisch“, so Sprecherin Evelyn Schwaiger. Die Beeinträchtigungen seien jedoch nicht so stark, dass die vom Gesetz definierten öffentlichen Belange entgegen stehen.

Michael Acker

Altmark-Zeitung

22.06.13

Carsten Krüger sucht Hilfe / Beschwerde aus 2012 noch nicht behandelt Die Schweine stinken, aber Rinder nicht?

Arendsee / Binde. In Binde ist es klar: die Schweinemastanlage an der Straße sorgt für Geruchsbelästigung. Das ist im Osten des Dorfes sehr zu merken, so dass eine Bürgerin bereits seit Jahren ein Geruchstagebuch führt (wir berichteten).



Immer mal wieder lässt die Familie Krüger ihr Kunstwerk an der B 190 stehen. Der Unmut über die zahlreichen Tiergroßbestände und die dadurch verursachte Geruchsbelästigung hatte Krügers dazu veranlasst, so dagegen zu protestieren. Foto: Güssefeld

Von Brechreiz ist die Rede, von einer ständigen Belästigung, vor allem auch an den Wochenenden. Die Lage ist klar: Die BI Binde macht sich Sorgen um ihre Bürger, indem sie auch das Thema Gestank mit in ihr Vorhaben integriert, die Menschen von den Belästigungen durch die Anlage des Unternehmers Straathoff zu befreien. Behörden hatten bereits Geruchsvor-Ort-Termine veranstaltet, bei denen nichts Auffälliges bemerkt wurde. Das Landesverwaltungsamt sieht in Sachen Gestank keinen Handlungsbedarf – vielleicht hilft die Auflage, dass 500 Tiere weniger in der Anlage gehalten werden dürfen (wir berichteten) – hoffen die Betroffenen.

Ein Binder, der sehr oft die Stadtratssitzungen nutzt, um auf seine Situation aufmerksam zu machen, ist Carsten Krüger. Er wohnt am Dorfende in Richtung Salzwedel, also im Westen des Ortsteiles von Arendsee. Jüngst hatte er wieder die Einwohnerfragestunde während einer Stadtratssitzung genutzt, um nachzufragen, inwieweit seine Fragen im Stadtrat bzw. Bauausschuss erörtert wurden. Doch Krüger hat scheinbar ein Problem, wie er erklärte. Ihn stört weniger der Schweinegestank, sondern der „Gestank, der von der Rinderanlage in der Nähe meines Hauses ausgeht“, wie er betonte.

Bereits am 21. Oktober 2012 habe sich Krüger schriftlich mit einer Beschwerde an Bürgermeister, Stadtrat und Bauausschuss gewandt. Inhalt: Die Zustände seien nicht mehr tragbar, die Familie leide unter dem Gestank, der von der Rinderanlage ausgeht. Am 3. Juni, während der jüngsten Stadtratssitzung in Zühlen wollte Krüger nun wissen, ob die Beschwerde bereits behandelt wurde. Bürgermeister Norman Klebe sprang ein, erläuterte, wie sich die Stadt gegen den Gestank wehre. Gemeint war aber der Schweinegestank, um den es Krüger aber nicht geht. Bauamtsleiter Gert Reckling kündigte an, die konkrete Problematik nun doch in den Bauausschuss zu bringen – und später in den Stadtrat.

Petra Hennings, Stadträtin und BI-Aktivistin, machte Krüger nicht viel Mut. „Es gab Kontrollen, die Anlage wird ordentlich geführt und es gibt kaum Beschwerden“, sagte sie. Da könne man nichts machen. *Von Harry Güssefeld*

SÜDKURIER

26.06.2013 | von [Susanna Kurz](#) |

Bad Dürrhein Risiken der Schweinezucht sind Thema für Konferenz

Bad Dürrhein - Experten sprechen über umstrittenes Bauvorhaben. Massentierhaltung und Gesundheitsgefahren im Fokus. Auswirkungen auf Kurstadt werden mit Sorge gesehen.



Bei der Fachtagung zur Schweinezuchtanlage dabei, von links: Karlheinz Strittmatter (Tierschutz Villingen), Alexander Aisenbrey (Geschäftsführer des Öschberghofs), Johan Altmann (Tierarzt aus Niedersachsen), Wolfgang Witte (Robert-Koch-Institut), Martin Heyd (Arzt Sunthausen), Reinhold Pix (Landtagsabgeordneter Grüne), Erich Burrer (Ärztlicher Direktor Klinik St. Georg und Initiator des Gesprächs), Jutta Altmann-Brewe (Autorin aus Niedersachsen) und Angelika Kümmel (Referentin). Bild: Kurz

Den ganzen Vormittag über beherrschte ein Thema den Konferenzraum 3 im Öschberghof: die geplante Schweinezuchtanlage in Oberbaldingen und die damit verbundenen möglichen Risiken für die Gesundheit. Erich Burrer, Ärztlicher Direktor der Mediantlinik St. Georg hatte Experten aus ganz Deutschland zum Austausch eingeladen, 26 waren gekommen.

„Erregerresistenz und Massentierhaltung“ waren die beiden Schlagwörter, unter denen die Referenten sprachen. Durch Empfehlungen der Bürgerinitiative, auch von Kollegen und durch Internetrecherche hatte Erich Burrer die Gäste gefunden und eingeladen.

Etwa Johan Altmann aus dem niedersächsischen Brake. Der Tierarzt und Buchautor berichtete über den Filtererlass der Landesregierungen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Dort müssen Schweinezuchtställe mit über 2000 Tieren verpflichtend Filter in die Lüftungen einbauen lassen, damit keine möglichen Keime in die Umwelt geraten können. „Der Vorsorgegedanke zählt“, sagte Altmann. Er hatte den Zuhörern auch berichtet, wie schwierig es gewesen sei, sein Haus in einem Gebiet mit Schweinezuchten zu verkaufen.

Vom Robert-Koch-Institut Wernigerode war Wolfgang Witte dabei, medizinischer Mikrobiologe. „Ich war überrascht zu hören, dass es in Bad Dürrhein dieses Problem gibt“, sagte er. Einerseits, weil die Menschen in den Medien über die Bedingungen der Massentierhaltung

aufgeklärt werden.

Und andererseits, weil es jemanden gebe, der im Wissen um die Probleme mit Massentierhaltung vor den Toren eines deutschlandweit bekannten Kurortes solch eine Anlage bauen wolle. „Ich dachte, ich bin hier im falschen Film, als ich es gehört habe.“

Erich Burrer ergriff auch das Wort und sagte: „Die Anlage ist gesundheitsschädlich und es wird – sollte sie gebaut werden – schwierig, die Patienten zu motivieren, nach Bad Dürkheim zu uns zu kommen.“ Er wisse auch nicht, ob der Krankenhausträger bei einer Situation weiter in die Klinik investieren würde. „Es ist eine Bedrohung vorhanden, die wir nicht verschweigen dürfen.“ Burrer setzt sich seit einigen Monaten aktiv gegen den Bau der Schweinezuchtanlage ein. Er ist in diesem Thema Sprecher der Kliniken und vor allem vertritt er sie aus medizinischer Sicht.

Auch die Politik war mit den Stadträten Monika Link (CDU) und Christoph Trütken (LBU) sowie dem Grünen-Landtagsabgeordneten Reinhold Pix vertreten. Dieser spannte den Bogen zwischen Bad Dürkheim und der Welt: „Deutschland ist der drittgrößte Schweinefleischexporteur der Welt. Ein Großteil des Fleisches geht nach Asien. In Brasilien wird Regenwald gerodet und gentechnisch veränderter Soja auf den Flächen angebaut, das wiederum als Futter zu uns kommt. Nur, damit wir Schweinefleisch zu Dumpingpreisen nach Asien verkaufen können?“ In Bad Dürkheim stünde der gute Ruf auf dem Spiel. „Die Stadt hat eine Spitzenposition und die acht Kliniken eine Wertschöpfung von über 86 Millionen Euro.

„Bund und Land hätten viel Geld in die Stadt investiert, um diesen Spitzenplatz zu verteidigen. „Und dann kommt so ein Betrieb mit egoistischer Haltung.“ Darüber hinaus versprach Pix: „Die Landesregierung lässt Sie nicht im Stich.“ Auch wenn es derzeit nicht viel Neues gebe, sei die Bürgerinitiative aktiv, sagte BI-Gründungsmitglied Rainer Stolz. Derzeit sei die wichtige Aufgabe, die Bürger aufzuklären, dass das Vorhaben noch nicht vom Tisch sei. Und der Geschäftsführer des Öschberghofs, Alexander Aisenbrey, betonte: „Wir müssen warten, wie es weitergeht im Verfahren. Aber die Rechtsanwälte stehen in den Startlöchern.“

Die Lage

Aktueller Stand: *Vergangene Woche hat Schweinezüchter Urban Messners Rechtsanwalt Andreas Staudacher die Klagebegründung zur Veränderungssperre beim Verwaltungsgerichtshof Mannheim eingereicht. Diese soll bezwecken, dass der Großstall für 1360 Sauen und 2500 Ferkel gebaut werden kann. Die Stadt Bad Dürkheim wird nun ihrerseits durch Rechtsanwalt Torsten Heilshorn eine Klageerwiderung verfassen.*

Zukunft: *Wann es zu einer Gerichtsverhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshof kommen wird, steht noch nicht fest. Voraussichtlich Ende diesen, Anfang nächsten Jahres. (suk)*

- [Experten diskutieren über Schweinezuchtanlage](#)
- [Bürgerinitiative reagiert optimistisch](#)
- [Schweinezucht: Messners Anwalt reicht Klagebegründung ein](#)

Schwarzwälder Bote

Bad-Dürkheim Argumente gegen Schweinefabrik

Schwarzwälder-Bote, 21.06.2013 10:41 Uhr

Bad Dür rheim - Rainer Stolz gab gestern für die Bürgerinitiative gegen Massentierhaltung auf der Baar eine Stellungnahme zur Klagebegründung gegen die von der Stadt Bad Dür rheim verhängte Veränderungssperre ab.

Argument an Haaren herbeigezogen

"Eigentlich hätten die Bürgerinitiative und sicher auch große Teile der Bevölkerung, die das Vorhaben mit größter Besorgnis verfolgt, mehr stichhaltige Argumente erwartet", schreibt Stolz zur Schweinezuchtanlage von Urban Messmer in Oberbaldingen. Stattdessen, so der Sprecher, mache sich Erleichterung breit. Denn: "Die vorgebrachten Argumente erscheinen an den Haaren herbeigezogen."

Da würden genehmigte Hoferweiterungen mit der vorgesehenen Schweinefabrik verglichen und Geruchsbelästigungen für die Kernstadt und Ortsteile ausgeschlossen. Stolz: "Wer sich in den vergangenen Tagen im Bereich Öfingen aufgehalten hat, durfte die aus den tiefer gelegenen Baarteilen aufsteigenden Duftwolken eindringlich genießen".

Auch wie das Gewerbegebiet die Attraktivität des Kurgartens beeinträchtigen soll, sei erklärungsbedürftig.

"Aber als reiner Hohn müsse empfunden werden, wenn behauptet wird, dass der Solarpark und die Autobahn das Landschaftsbild beeinträchtigen." Die Schweinezucht könne also hier überhaupt nicht mehr nachhaltig wirken, erklärt der Bi-Sprecher weiter.

Zur Erinnerung: 220 Meter lang sollen die Gebäude werden, 18 Meter hoch die Entlüftungskamine.

Jetzt sei die Stadt am Zuge, meint Stolz. Die Bürgerinitiative sei zuversichtlich, dass die Stadt Bad Dür rheim mit ihren Anwälten gewichtige Gegenargumente findet und die Richtigkeit ihrer Entscheidung und Vorgehensweise bezüglich der Veränderungssperre und der Aufstellung eines Bebauungsplans juristisch einwandfrei nachweist.

Villingen-Schwenningen Messmer kämpft um Schweinezucht

(fsk), 18.06.2013 06:29 Uhr

Über die geplante Schweinezucht auf der Ostbaar entscheiden die Gerichte. Foto: Hildenbrand

Bad Dür rheim - Landwirt Urban Messmer hat nun über seinen Anwalt eine Begründung der Normenkontrollklage gegen die Stadt Bad Dür rheim beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim eingereicht. Wie Thomas Haller, Pressesprecher des Verwaltungsgerichtshofes, auf Anfrage bestätigte, hat das höchste baden-württembergische Gericht die schriftliche Klagebegründung erhalten.

Mit der Normenkontrollklage will Messmer erreichen, dass er seine Schweinezuchtanlage bauen darf. Gegen das Vorhaben hatten sich nicht nur die Kurstadt selbst, sondern auch Klinik- und Rehabetriebe in Bad Dür rheim gewendet und sich beim Regierungspräsidium in Freiburg mit einer Veränderungssperre durchgesetzt.

Gegen diese Veränderungssperre hat Messmer schon im Januar eine Normenkontrollklage angestrengt, die nun begründet wurde. Die Stadt soll nun eine Klageerwiderung verfassen. Eine Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshof ist voraussichtlich im Frühjahr 2014 zu erwarten.

Volksstimme

Rückschlag für die Bürgerinitiative

LVA revidiert seine Meinung zur Hähnchenmastanlage

27.06.2013 13:06 Uhr



Hähnchenmastanlage bei Heiligengrabe - ein ähnlich großer Betrieb ist bei Schwarzholz geplant. Foto: privat

Schwarzholz (igu) | Ein Schreiben des Landesverwaltungsamtes (LVA) hinsichtlich der Errichtung der bei Schwarzholz geplanten Hähnchenmastanlage mit 460000 Mastplätzen sorgt bei Olaf Schmidt, Sprecher der Bürgerinitiative, für Irritationen. Das LVA revidierte nach der Stellungnahme des Investors seine Meinung und gibt das Vorhaben zur weiteren Prüfung frei. Mehr dazu in der nächsten gedruckten Ausgabe der Osterburger Volksstimme oder im E-Paper.

Neue OZ online

29.06.2013, 20:49

Ausgabe: Bersenbrücker Kreisblatt

Veröffentlicht am: 21.06.2013

Merzen stellt Stallbauten unter Vorbehalt

cg Merzen

Merzen. Die Gemeinde Merzen wird den Bau zweier weiterer Mastställe auf dem Hof Weglage in Südmerzen nur unter Bedingungen befürworten. Das hat die CDU-Mehrheit in der jüngsten Ratssitzung beschlossen. Das gemeindliche Einvernehmen im laufenden Genehmigungsverfahren wird demnach nur erteilt, wenn fünf Bedingungen erfüllt werden.

Der Antrag: Georg Weglage, Landwirt und Merzens erster stellvertretender Bürgermeister, plant nach Mitteilung des Landkreises Osnabrück den Bau zweier Mastställe für Schweine. Derzeit werden auf dem Hof, der an der Straße Auf dem Orte liegt, 4280 Tiere gehalten. Die Ställe möchte er erweitern, sodass dort künftig 7868 Schweine gehalten werden können. Vorgesehen ist darüber hinaus, sowohl die beiden neuen Stallbauten als auch die vorhandenen

alten mit einer Abluftreinigungsanlage auszustatten. Wie Bürgermeister Gregor Schröder ergänzte, würden die Werte für Ammoniak und Stickstoff mittels Filter um 20 Prozent gegenüber der vorhandenen Situation gemindert werden. „Das ist eine Verbesserung für die Umwelt“, sagte er.

Die Diskussion: Bevor der Rat über den Wortlaut seiner Stellungnahme beriet, lehnten dessen Mitglieder zunächst mehrheitlich einen Antrag von Josef Klausing ab. Der Ratsherr der Grünen, der an der Sitzung nicht teilnahm, hatte zuvor schriftlich beantragt, der Rat möge das gemeindliche Einvernehmen zu diesem Bauvorhaben nicht erteilen.

Als Begründung führte er an, dass die Tierbesatzdichte in der Gemeinde Merzen aktuell mehr als 300 Prozent über dem Landkreisdurchschnitt liege. „Auch die übermäßige Gülleausbringung bereitet dem Wasserverband Bersenbrück schon jetzt große Probleme. Die gemessenen Nitratkonzentrationen im Einzugsbereich des Wasserwerks Plaggenschale liegen vereinzelt bereits bei fast 500 Prozent über dem erlaubten Grenzwert“, ist seinem Antrag zu entnehmen. Das Bauvorhaben in Südmerzen bezeichnet Klausing als „industrielle Landwirtschaft“, die der gemeindlichen Entwicklungsaufgabe Erholung widerspreche. Die CDU stimmte gegen diesen Antrag, die SPD dafür, es gab eine Enthaltung.

Die Stellungnahme: Bürgermeister Schröder erläuterte dem Rat die Bedingungen, auf die sich der Ausschuss für Planen und Bauen sowie der Verwaltungsausschuss geeinigt hatten. Demzufolge erteilt die Gemeinde Merzen ihr Einvernehmen, wenn die Anlage auch nach der Novellierung des Baugesetzbuches privilegiert sei. Alle Träger öffentlicher Belange müssten im Genehmigungsverfahren ebenfalls dem Bau der Mastställe zustimmen.

Die Gemeinde befürworte weiter, dass Ammoniak und Stickstoff der gesamten Stallanlagen mittels Abluftfilter um 20 Prozent gegenüber dem vorhandenen Zustand gemindert werden. Auch nach der Neuregelung des Baugesetzbuches müsse der Betrieb mindestens die Hälfte der Futtererzeugung auf eigenen Flächen (Pacht und Eigentum) erwirtschaften, so Schröder. Die Zuwegung zur Stallanlage samt Verkehrssicherungspflicht und Straßenunterhaltung müsse vor Baubeginn in einem Sondernutzungsvertrag zwischen Landwirt und Gemeinde geregelt werden.

Die Abstimmung: Nach kurzer Debatte über einzelne Formulierungen stimmte der Rat mehrheitlich diesem Entwurf der Stellungnahme zu, die SPD-Fraktion war dagegen.

So geht es weiter: Noch bis zum heutigen Freitag können die Antragsunterlagen beim Landkreis Osnabrück und bei der Gemeinde Merzen eingesehen werden. Einwände gegen das Bauvorhaben können bis einschließlich Freitag, 5. Juli, beim Landkreis und der Gemeinde Merzen schriftlich geltend gemacht werden. Am Dienstag, 23. Juli, um 10 Uhr ist ein öffentlicher Erörterungstermin in der Kreisverwaltung vorgesehen.

Kreiszeitung

5.06.13

Bürgerinitiative informiert über Geflügelstall-Planung / „Größerer Investor“ Ungelegte Eier sorgen für Gegenwehr in Martfeld

Bruchhausen - Von Mareike HahnKLEINENBORSTEL · Die wichtigste Nachricht kam zum Schluss: „Bis heute Nachmittag um 17 Uhr gab es keine Anfrage beim Landkreis von einem Investor“, sagte Kommunalpolitiker Michael Albers am Ende des Informationsabends der Bürgerinitiative Kleinenborstel/Normannshausen. Die Mitglieder wollen trotzdem weiter gegen den angeblich in Normannshausen geplanten Bau eines Geflügelmastbetriebs vorgehen.

Bisher gibt es nur Gerüchte und die „grobe Anfrage“ eines Interessenten bei der Samtgemeinde, doch schon jetzt sorgen die Einwohner für starken Gegenwind. Mehr als 70 Personen kamen zu der Veranstaltung im Gasthaus Dunekack in Kleinenborstel, nach Angaben des Vorsitzenden Wilfried Durchholz zählt die Bürgerinitiative bereits 80 bis 90 Mitglieder.

Seit der Gründung vor vier Wochen hat die Gruppe vor allem recherchiert. „Das sind alles Gerüchte“, räumte Durchholz ein. „Aber wahrscheinlich sind einige Dinge nicht ganz unrichtig.“ Die Rede sei von vier bis fünf Geflügelställen à 100 Meter Länge für insgesamt 200 000 Tiere.

Wo genau der Mastbetrieb entstehen könnte, da sind sich die Gegner selbst nicht sicher: Erst war von drei möglichen Standorten die Rede, dann nur noch von zwei. Drei nicht ortsansässige Eigentümer sind laut Durchholz als Eigentümer der betreffenden Felder eingetragen.

„Vermutlich steckt ein größerer Investor hinter dem Bauvorhaben“, sagte er und nannte den Namen „Rothkötter“. Das Unternehmen mit Sitz in Meppen gab gestern auf Anfrage keine Stellungnahme ab.

Michael Hettwer vom Landesnetzwerk Niedersachsen „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ hielt am Montag einen Vortrag mit dem Titel „Kein Geflügelstall in Normannshausen – Bauernhöfe statt Agrarfabriken“. „Ich stehe vor Ihnen als Verlierer“, sagte er. Sein Nachbar in Barsinghausen habe trotz der Gegenwehr einer Bürgerinitiative einen Maststall mit 85 000 Hühnern gebaut. Gleichwohl verzeichne das Landesnetzwerk, das 250 000 Mitglieder und Unterstützer zähle, viele Erfolge: Allein 2013 habe es schon 16 Ställe verhindert.

Im April habe es eine Änderung von Paragraph 35 im Baugesetzbuch gegeben, der den Bau von Geflügelzuchtanlagen privilegiert: „Der Landwirt muss mindestens 50 Prozent des Futters für die Tiere auf eigenen Feldern anbauen können. Sonst ist es eine gewerbliche Nutzung, die die Politik verhindern kann.“

Vergleich mit der italienischen Mafia

Hettwer betonte: „Wir sind nicht die Gegner der Landwirtschaft, sondern der Agrarindustrie.“ Auf die Nachfrage einer Bürgerin erklärte er, dass Massentierhaltung für ihn ab 30 000 Masthähnchen beginne.

Zu den Forderungen des Zusammenschlusses mehrerer Bürgerinitiativen zähle der Schutz vor gesundheitlichen Gefahren durch MRSA- und ESBL-bildende Bakterien. Es gelte, die Umwelt zu schützen sowie Lärm und Gerüche zu vermeiden. Des Weiteren warnte der Referent vor höheren Wassergebühren, Kosten für Straßenausbesserungen, steigenden Krankenkassen-Beiträgen sowie einem Wertverlust der benachbarten Immobilien. Immer wieder sprach sich Hettwer für einen „Wegfall der Privilegien für Tierfabriken“, für eine „echte Kontrolle der Ställe, Schlachthöfe, Tiertransporte und Düngung“ sowie für einen „Stop der Steuerverschwendung im Agrarbereich“ aus.

Kopfschütteln rief bei manchen Anwesenden sein Vergleich der niedersächsischen Agrarindustrie mit der italienischen Mafia hervor. Mehrfach schoss er auch gegen das Landvolk Niedersachsen und dessen Präsidenten Werner Hilse, der mit 25 Vorstands-, Aufsichtsrats- und Beiratsposten „so viel Geld“ verdiene.

Durchholz erklärte, was die Initiative nun vorhat: Zunächst lässt sie sich als Verein eintragen. Für die nächste Gemeinderatssitzung (12. Juni) haben die Mitglieder erneut Fragen vorbereitet. „Wir sammeln weiter Informationen, um festzustellen, wer dahinter steckt und was genau geplant ist“, ergänzte er.

Zustimmung erteilt ein Bürger für seine Wortmeldung: „Je eher es Gegenwind gibt, desto eher wird die Planung eingestellt.“

[NDR 1 Niedersachsen](#)

Stand: 27.06.2013 20:30 Uhr

Kein Keimgutachten für Hühnermaststall nötig

von Michael Orth



[In den geplanten Mastställen sollen insgesamt 80.000 Tiere untergebracht werden. \(Archiv\)](#) Gegen große Ställe für Schweine oder Hühner wächst der Widerstand in Niedersachsen. Immer mehr Anwohner wehren sich, aber auch einige Landkreise versuchen, solche Stallneubauten zu verhindern - zum Beispiel der Landkreis Holzminden. Zwei Landwirte wollen bei Eschershausen zwei Geflügelmastställe für insgesamt 80.000 Tiere errichten. Für die Genehmigung forderte der Landkreis Holzminden ein Gutachten. Das sollte belegen, dass die Anwohner nicht übermäßig durch Keime aus den Ställen belastet werden. Die Bauern klagten dagegen vor dem Verwaltungsgericht und hatten damit teilweise Erfolg.

Landkreis kann kein teures Gutachten verlangen

Für große Hühnermastställe existieren noch keine anerkannten Filteranlagen. Und solange es die nicht gibt, kann der Landkreis Holzminden auch kein etwa 40.000 Euro teures Keimgutachten von den Landwirten verlangen. Das ist das Ergebnis der Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Hannover. Nach Angaben eines Gerichtssprechers haben sich die beiden Landwirte und der Landkreis Holzminden darauf geeinigt, das Genehmigungsverfahren für die Ställe weiterlaufen zu lassen. Bislang noch unvollständige Unterlagen zum Brandschutz müssen ergänzt werden.

Filteranlagen sollen vorgeschrieben werden

Sollten die Ställe letztendlich genehmigt werden, müssten sie nachgerüstet werden, sobald zertifizierte Filteranlagen für Geflügelmastställe auf den Markt kommen. Oder die Landwirte müssen nachweisen, dass die Umgebung durch ihre Ställe nicht übermäßig mit Keimen belastet wird. Auch das ist Teil der Einigung vom Donnerstag. Für die Landkreise in Niedersachsen dürfte es damit vorerst schwieriger werden, unliebsame Geflügelmastställe zu verhindern, indem sie teure Gutachten fordern. Sie müssen auf den technischen Fortschritt hoffen. Das tut auch die rot-grüne Landesregierung. Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) hatte kürzlich angekündigt, Filteranlagen für Geflügelmastställe verbindlich vorschreiben zu wollen. Sobald es sie gibt.

Dieses Thema im Programm: NDR 1 Niedersachsen | Aktuell | 27.06.2013 | 18:00 Uhr

Nds. Wirtschaftsministerium

28.6.2013

Olaf Lies und Christian Meyer: Fleischindustrie lässt Gespräch scheitern

HANNOVER. Vertreter der niedersächsischen Schlacht- und Zerlegebetriebe haben am Donnerstagabend das Gespräch mit den Landesministern Olaf Lies (Wirtschaft) und Christian Meyer (Landwirtschaft) nach zweieinhalb Stunden scheitern lassen. „Unser Ziel war es, die Unternehmen von der Notwendigkeit fairer Arbeitsbedingungen zu überzeugen. Offenbar gab es bei den anwesenden Unternehmensvertretern aber keinen Willen zu einer Einigung“, erklärten Lies und Meyer am Freitagmorgen. „Die Industrie wollte sich nicht für einen Mindeststundenlohn von 8,50 Euro bei ihren Werkvertragsunternehmen einsetzen“, erklärte Lies. „Besonders enttäuscht und verärgert bin ich darüber, dass die Fleisch verarbeitenden Unternehmen den Grundsatz ‚Fairer Lohn für gute Arbeit‘ nicht akzeptieren. Es wurde ganz offen unterschieden zwischen der Stammbeslegschaft und den vielfach aus Osteuropa stammenden Werkvertragsbeschäftigten, die offenbar weiter mit Dumpinglöhnen abgespeist werden sollen“, so Lies weiter. „Eine solche Haltung ist nicht akzeptabel“, bestätigte Christian Meyer: „Es drängt sich der Eindruck auf, dass es maßgeblichen Vertretern der Branche vor allem darum geht, mit dem massenhaften Missbrauch von Werkverträgen ihren Wettbewerbsvorteil zu behaupten.“

Vor dem Hintergrund der andauernden, massiven öffentlichen Kritik an den Arbeitsbedingungen in der Branche bis hin zur teilweise menschenunwürdigen Unterbringung von Werkvertragsbeschäftigten hatten die Minister Lies und Meyer zum zweiten Mal zu einem Gespräch eingeladen. Gestern nahmen auch Vertreter der Gewerkschaft NGG teil. Seitens der Landesregierung war es am Donnerstagabend das Ziel, sich mit den Vertretern der Fleischindustrie auf ein Eckpunktepapier zu verständigen, das die Grundlage für weitere Gespräche und schließlich für eine Selbstverpflichtung der Branche sein sollte.

Die Vorschläge zu einer Selbstverpflichtung sahen für die Firmen unter anderem folgende Eckpunkte vor:

- den Anteil der Stammbeschäftigten in ihren Betrieben so weit wie möglich zu erhöhen,
- ihren Beschäftigten faire und sozialverträgliche Arbeits- und Lebensbedingungen zu ermöglichen,
- einem Arbeitgeberverband beizutreten, um den Abschluss eines Branchentarifvertrages zu erreichen,
- nur dann mit Unternehmen Werkverträge zu schließen, wenn diese sich ihrerseits verpflichten, einen Mindeststundenlohn von 8,50 Euro zu bezahlen und für menschenwürdige Wohnverhältnisse zu sorgen.

Christian Meyer sagte zum Scheitern der Verhandlungen: „Offenbar haben die Unternehmen immer noch nicht verstanden, welchen ungeheuren Imageschaden sie sich selbst zufügen. Nicht einmal die aktuellen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen des Verdachts der Hinterziehung von Sozialbeiträgen und missbräuchlich eingesetzter Werkverträge haben zur Einsicht geführt.“

Olaf Lies betonte: „Die aktuellen Verhältnisse erinnern zum Teil an Menschenhandel und moderne Sklaverei. Die Unternehmen müssen verstehen, dass die niedersächsische Landesregierung und auch die Öffentlichkeit bis hin zu Institutionen wie der katholischen Kirche die derzeitigen Zustände nicht mehr akzeptieren. Die Unternehmen haben gestern Abend die Chance verpasst, endlich für positive Signale zu sorgen und sogar bundesweit eine Vorreiterrolle einzunehmen.“

Das Wirtschaftsministerium wird nun schnellstmöglich eine Beratungsstelle für betroffene Werkvertragsbeschäftigte im Oldenburger Münsterland einrichten. Außerdem appellierten Meyer und Lies an die Bundesregierung „endlich den Weg freizumachen für einen gesetzlichen Mindestlohn. Die Verhältnisse in der Fleischindustrie zeigen, dass es ohne gesetzliche Regelungen einfach nicht geht. Außerdem muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass der massenhafte und Missbrauch von Werkverträgen gestoppt wird.“

NWZ

28.6.2013

Fleischindustrie

Breites Bündnis gegen Ausbeutung

Parteien, Kirche und Gewerkschaft kämpfen gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen

10000 ausländische Beschäftigte sind im Oldenburger Münsterland zu skandalösen Bedingungen beschäftigt. Das soll sich nun ändern. Schnell.

[Gunars Reichenbachs](#) [Hergen Schelling](#)



Einig gegen Niedriglöhne und Leiharbeit: Prälater Peter Kossen (links) und Ministerpräsident Stephan Weil

Oldenburg/Vechta Im Nordwesten formiert sich eine breite [Allianz](#) gegen die Ausbeutung von Arbeitnehmern in der Fleischindustrie. Niedersachsens Ministerpräsident [Stephan Weil](#) (SPD),

Prälat [Peter Kossen](#) von der katholischen Kirche und der Regionalchef der Gewerkschaft NGG, [Matthias Brümmer](#), vereinbarten am Donnerstag in Oldenburg eine enge Zusammenarbeit. Die [CDU](#) in Vechta bietet sich als Anlaufstelle für Betroffene an.

„Wir müssen von einer Schätzzahl von 10000 Menschen im Oldenburger Münsterland ausgehen, die über skandalöse Werkverträge beschäftigt sind. Davon 5000 bis 6000 in der Fleischindustrie“, sagt Brümmer. „Der Missbrauch von Werkverträgen frisst sich wie ein Krebsgeschwür durch unsere Volkswirtschaft“, klagt Kossen: „Die Behauptung, es handle sich um Einzelfälle, ist schlicht zynisch. Es gibt mittlerweile ausländische Arbeitskräfte, die bei unseren Tafeln um Lebensmitteln betteln.“

Brümmer bezeichnet die Zustände in Teilen der Branche als „regelrechten Menschenhandel“. Ohne einen gesetzlichen Mindestlohn werde man das System nicht aufbrechen, so der NGG-Chef.

Unterstützung bekommt er vom Ministerpräsidenten. Die Landesregierung werde sich „für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde“ einsetzen, sagt Weil. Eingeführt werden kann dieser aber nur von der Bundesregierung. Und die sträubt sich bislang.

Prälat Kossen sieht im Kampf gegen die skandalösen Bedingungen in der Fleischindustrie auch eine wichtige Hilfe für den ehrbaren Mittelstand. „Denn kriminelle Unternehmen machen uns auch den guten Ruf des Oldenburger Münsterlandes kaputt“, so der Geistliche.

Inzwischen hat sich auch die örtliche CDU in die Diskussion eingeschaltet. So bieten die Stadt- und Gemeindeverbände im Landkreis Vechta allen Arbeitnehmern Hilfestellungen für ihre Arbeitsbedingungen, ihre Entlohnung und ihre Unterbringung an. Am Sonnabend, 6. Juli, von 10 bis 12 Uhr wollen vor den Rathäusern der zehn Städte und Gemeinden CDU-Politiker zu Gesprächen bereit stehen. Im Vorfeld werden an den Wohnbereichen mehrsprachige Handzettel verteilt, um auf das Beratungsangebot hinzuweisen.

In Elmelohe (Gemeinde Ganderkesee) hat unterdessen ein Landwirt den Bauantrag für einen Maststall für 37500 Hähnchen zurückgezogen. Das Projekt, gegen das sich eine Bürgerinitiative gebildet hatte, sei nicht mehr wirtschaftlich umzusetzen, sagte er.

28.6.2013

**Tierproduktion
Land droht Fleischbetrieben**

Ministerpräsident will „kriminelle Strukturen“ zerschlagen – Spitzentreffen in Hannover

Die Landesregierung fordert von den Schlachthöfen Mindestlöhne und verbindliche Tarifverträge. Andernfalls will sie die Gesetze verschärfen.

[Gunars Reichenbachs Claus Gorgs](#)

Oldenburg Die niedersächsische Landesregierung will die Fleischindustrie notfalls dazu zwingen, die krassen Missstände in den Schlachthöfen abzustellen. Ministerpräsident [Stephan Weil](#) (SPD) forderte bei einem Besuch in Oldenburg die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde. „Wir müssen den Missbrauch von Werkverträgen verhindern“, sagte Weil. Es gelte, „kriminelle Strukturen in der Fleischindustrie“ zu zerschlagen.

Die Branche steht seit Wochen in der Kritik, weil ausländische Leiharbeiter zu Minilöhnen beschäftigt werden und unter teils menschenunwürdigen Bedingungen leben und arbeiten müssen.

Am Donnerstagabend legten Wirtschaftsminister [Olaf Lies](#) (SPD, Sande) und Landwirtschaftsminister [Christian Meyer](#) (Grüne) hochrangigen Vertretern der Fleischbranche bei einem Spitzentreffen in Hannover konkrete Forderungen vor. Neben einem Mindestlohn gehört dazu auch die Gründung eines gemeinsamen Arbeitgeberverbands, der mit der zuständigen Gewerkschaft NGG verbindliche Tarifverträge aushandeln soll.

Die Industrievertreter hätten durchaus aufgeschlossen reagiert, hieß es aus dem Wirtschaftsministerium. „Man hat den Eindruck, dass der öffentliche Druck Wirkung zeigt.“ In Elmelo (Landkreis Oldenburg) zog ein Landwirt am Donnerstag nach Protesten seinen Bauantrag für eine Hähnchenmastanlage zurück.

Ministerpräsident Weil kündigte an, sich schon bald persönlich über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer im Oldenburger Münsterland zu informieren. Es sei unzumutbar, „dass man teilweise nur mit Passierschein“ die Betroffenen besuchen könne, sagte er der NWZ.

Sollten die Betriebe die Standards nicht entscheidend verbessern, werde die Landesregierung nicht nur schärfere Gesetze prüfen, sondern auch harte Kontrollen durchführen lassen. „Wir werden schärfer hinsehen“, versprach Weil einen entschlossenen Kampf gegen Ausbeutung in der Fleischindustrie.

27.06.2013

Interview

Käfighaltung bei Schlachtarbeitern

Das Bündnis MUT kämpft gegen die Massentierhaltung. Die NWZ sprach mit den vier Vorstandsmitgliedern Wilfried Papenhusen, Uwe Behrens, Jürgen Oppermann und Frank Poppe.

Jasper Rittner Klaus Derke



Vertreter vom

Bündnis Mensch-Umwelt-Tier (MUT) im Gespräch mit der D: Frank Poppe (von links), Jürgen Oppermann, Uwe Behrens und Wilfried Papenhusen. BILDer (2): Olaf Blume
 Das Bündnis MUT kämpft gegen die Massentierhaltung. Die NWZ sprach mit den vier Vorstandsmitgliedern Wilfried Papenhusen, Uwe Behrens, Jürgen Oppermann und Frank Poppe.

Frage: spricht sich gegen weite Teile der Tierhaltung aus. Was sollen die Leute denn essen?
 Das Bündnis MUT

Papenhusen: Ich möchte klarstellen, dass wir nur gegen die industrielle Massentierhaltung sind.

Frage: Wie kann man diese denn von den bäuerlich-landwirtschaftlichen Ställen unterscheiden?

Behrens: Industriell gewerbliche Anlagen sind nicht an die jeweils vorhandene landwirtschaftliche Fläche gebunden. Die Betreiber haben Verträge mit Futtermittellieferanten, Arzneimittellieferanten und dem Kükenlieferanten, der auch die schlachtreifen Tiere abnimmt. So mancher ist nur noch Lohnmäster auf dem eigenen Hof und hat seine Unabhängigkeit verloren.

Frage: Aber was ist denn nun genau Massentierhaltung?

Poppe: Einer Studie zufolge beginnt „Massentierhaltung“ für die Bevölkerung bei Geflügel von 5000, bei Schweinen von 1000 und bei Rindern von 500 Stück. Bei der Besatzdichte von Masthühnern sind bis zu 39 Kilo pro Quadratmeter vor Ausstallung erlaubt. Das sind 24 bis 25 Tiere a 1,6 Kilo auf der Fläche einer Duschtasse. Bei den Puten sind es sogar 50 Kilo pro Quadratmeter. Das ist Tierquälerei. Jeder weiß es, aber keiner macht was.

Frage: Wie soll denn Landwirtschaft ihrer Meinung nach aussehen?

Behrens: Es geht darum, dass Landwirte Einnahmen erzielen mit einer Tierhaltung, die für die Tiere angemessen ist. Es geht um eine faire Bezahlung der Landwirte und den Schutz der Umwelt.

Poppe: Unser Bündnis setzt sich uneingeschränkt für die bäuerliche Landwirtschaft ein. Ich zitiere Eckehard Niemann von der Die bäuerliche Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: Landwirtschaft ist eine Landwirtschaft, die von Bauern und ihren Familien ausgeführt wird. Und die deshalb nachhaltig, flächengebunden und unabhängig ist – und nicht von Konzernen, Agrarindustriellen bzw. abhängigen Vertrags- oder Lohnmästern bestimmt wird.

Frage: Der Verbraucher kauft aber das billig produzierte Zeug aus dem Supermarkt. Wie wollen sie das ändern?

Papenhusen: Der Verbraucher ist Teil eines Systems. Wenn wir etwas ändern wollen, brauchen wir einen gesellschaftlichen Systemwechsel. Der Verbraucher ist doch heutzutage

dressiert von der Werbung. Aber es gibt gute Ansätze, dass sich doch etwas zum Positiven bewegt. Dazu trägt immer mehr die öffentliche Diskussion bei. Die Fleischindustrie soll sich warm anziehen, denn der Protest nimmt stärkere Formen an.

Frage: Sollte man also gar kein Fleisch mehr essen?

Poppe: Es ist an der Zeit, über den Konsum von Tieren mehr nachzudenken. Vielleicht sollte analog zu den Warnungen auf Zigarettenschachteln auf Fleischverpackungen der Aufdruck stehen: Fleisch gefährdet ihre Gesundheit!

Frage: Wollen Sie den mündigen Verbrauchern etwa das Fleischessen verbieten?

Poppe: Nein. Aber wir sollten mit dem Fleischkonsum bewusster umgehen. Es muss nicht jeden Tag Fleisch geben, und wir sollten genau schauen, wo es herkommt. Wir müssen wieder zum Sonntagsbraten kommen, der etwas Besonders darstellt und auch seinen Preis hat.

Oppermann: Unser Grundnahrungsmittel ist eben nicht Fleisch, sondern Obst, Gemüse, Brot... **Papenhusen:** Ich kann eher auf Fleisch aus industrieller Massentierhaltung verzichten als auf Trinkwasser.

Frage: Herr Papenhusen, Sie haben als Gastronom aber doch auch Fleischgerichte auf der Karte. Wo beziehen Sie Ihr Fleisch? Ist das alles ökologisch erzeugt?

Oppermann: Die Frage ist unfair...

Papenhusen: Ich will es trotzdem beantworten. Zunächst muss ich feststellen, dass ich, seit ich mich intensiv mit dem Thema beschäftige, meine persönlichen Essgewohnheiten drastisch umgestellt habe. Den Wurstaufschnitt für mich persönlich zum Frühstück gibt es nicht mehr. Im Fleischbereich esse ich mehr Lamm, Wild oder auch schon mal Vegetarisches...

Frage: Aber Ihre Gäste?

Papenhusen: Im Moment wird es mir noch nicht gelingen, meine Gäste zu 100 Prozent von meiner Lebensauffassung zu überzeugen. Komplett ökologisch kann man in einem Restaurant mit wenigen Plätzen hinkriegen, aber nicht in einem großen Betrieb. Eine Schubumkehr von heute auf morgen ist für einen Gastronomen betriebswirtschaftlich nicht möglich. Aber es gibt bereits gute Ansätze.

Frage: Die Hähnchenschlachtereie in Ahlhorn ist ein Streitthema. Das trifft einen mittelständischen Unternehmer, der doch nur umsiedeln will. Warum sind Sie dagegen?

Poppe: Wenn Kreienkamp nur seine bisherige Produktion mit 30 000 Tieren täglich von Wildeshausen nach Ahlhorn verlegen würde, wäre das in Ordnung. **Behrens:** Als das Thema im Gemeinderat anstand, dem ich angehöre, war noch nicht klar, welche Dimensionen das Vorhaben annimmt. Erst waren es 30 000 Tiere am Tag, dann 100 000 und dann sogar 220 000. Das ist zu viel.

Frage: Ihre große Befürchtung sind immer mehr Stallbauten in der Region. Das wird vom Investor abgestritten. Wer hat denn nun Recht?

Oppermann: Wir gehen davon aus, dass weitere Ställe kommen werden – mit all ihren negativen Folgen für Mensch, Tier und Umwelt. Die Schäden durch die übermäßige Produktion in der Fleischindustrie sind enorm. Wir müssen die Natur schützen. Der Artenschwund ist schon jetzt dramatisch. Es werden Nahrungsketten zerstört, zum Beispiel bei den Bienen. Die Nitratwerte im Grundwasser Das Land gehört den steigen und steigen. Eines muss klar sein: Landwirten, die Natur gehört uns allen! Und die Natur muss geschützt werden. Es kann nicht sein, dass immer mehr Hähnchenfleisch produziert wird, obwohl der Markt längst gesättigt ist.

Papenhusen: Es sind die enormen Folgeschäden, die uns Sorgen machen. Bis auf die Mäster, die kaum etwas verdienen, macht die Fleischbranche gigantische Profite. Das gesamte System schädigt die Natur. Warum werden von den Verursachern eigentlich keine Rückstellungen zur Behebung dieser Schäden verlangt?

Frage: Nicht nur die Natur, sondern auch die Menschen, die in der Fleischindustrie arbeiten, sind Ihr Thema?

Papenhusen: Was die unwürdigen Werksverträge angeht, kann man nur noch von Käfighaltung bei Menschen sprechen, wenn man sieht wie die Billiglöhner zum Teil untergebracht sind. Sechs bis acht Betten auf engstem Raum, vermietet zu horrenden Preisen. So darf man mit Menschen nicht umgehen. Die Frage ist, inwieweit der Landkreis

endlich handelt. Guckt er weg, macht er das weiter mit... – Für mich steht Wer Fleisch aus dieser Produktionskette kauft, versündigt sich. fest:

Frage: Im Zuge des Protestes gegen die Hähnchenschlachtereien und Hähnchenmast kam es zu unschönen Vorfällen. Die Landwirtschaftsfamilie Seeger erhielt ekelige Post, Ratsmitglieder sprachen von Drohanrufen. Wie steht das Bündnis MUT dazu?

Papenhusen: Wir verurteilen solche Aktionen und bedienen uns solcher Dinge nicht. Wir wollen eine sachliche und faire Auseinandersetzung. Wir würden uns damit nur schaden. In die derzeitige Diskussion passen deshalb auch solche Begriffe wie „Hähnchenkrieg“ und „Aggressionen“ nicht, wie sie in der Berichterstattung über unseren Protest schon mal auftauchten.

Grüne Bundestag

» PRESSEMITTEILUNG NR. 0481/13

Datum: 24.06.2013

Schlachtbranche muss in den Blick der Politik

Zu den am Wochenende bekannt gewordenen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Düsseldorf gegen Firmen, die Leiharbeitskräfte für die Fleischbranche organisieren, sowie der für heute angekündigten Reportage im Ersten Programm erklären Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik und Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte:

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im Milieu der Fleischindustrie belegen auf schockierende Weise wieder einmal die skandalöse Ausbeutung von tausenden osteuropäischen Arbeitskräften in deutschen Schlachthöfen. Es ist längst bekannt, dass das System von Leiharbeit und Werkverträgen Unternehmen geradezu einlädt, Menschen auszubeuten. Indem die Bundesregierung nur auf stattfindende Kontrollen verweist, macht sie sich mitschuldig an der herrschenden Lohnsklaverei. Eine grundsätzliche Änderung des Systems ist nötig. Wir brauchen endlich einen allgemeinen und einen branchenspezifischen Mindestlohn für die Fleischbranche. Außerdem müssen Leiharbeitskräfte den gleichen Lohn und die gleichen Arbeitsbedingungen wie Stammebelegschaften erhalten.

Unternehmen der Fleischindustrie geben gerne vor, nichts über die Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Leiharbeitskräfte zu wissen und schieben die Verantwortung auf Subunternehmer. Dabei müssten sie doch wissen, wenn Subunternehmer gewaltbereite Rockerclubs oder Bordellbesitzer sind, wie zuletzt bekannt geworden ist. Auch die unmenschlichen Unterbringung- Wiesenhof-Mitarbeiter müssen wohl in abgeriegelten Baracken hausen- werfen ein schlechtes Licht auf die gesamte Branche. Die Fleischbranche muss endlich Verantwortung übernehmen, sonst wird sie nicht aus den negativen Schlagzeilen kommen.

Die Bundesregierung ignoriert das Problem und hält selbst die Beschwerde Belgiens bei der EU gegen Dumpinglöhne an deutschen Schlachthöfen für nicht relevant. Dies geht aus der Kleinen Anfrage „Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in der Schlachtbranche“ hervor (17/13594). Wir werden Lohndumping per Werkvertrag entschieden eindämmen.

Hamburger Abendblatt

24.06.13, 15:28

Lohndumping

Großrazzia entlarvt Methoden der Fleischindustrie

Schlag gegen Schwarzarbeit: Die Behörden haben ein illegales Leiharbeiter-System der Fleischbranche hochgenommen. Die Rede ist von "Lohnsklaven" und "chinesischen Verhältnissen".

In deutschen Schlachthöfen sollen erneut Leiharbeiter-Kolonnen systematisch schwarz beschäftigt worden sein. Es werde gegen 22 Beschuldigte und ein Firmengeflecht von rund zwei Dutzend Unternehmen ermittelt, bestätigte Staatsanwalt Ralf Möllmann Informationen des "Norddeutschen Rundfunks".

Bereits Mitte Mai hätten 450 Polizisten, Zollbeamte, Steuerfahnder und Staatsanwälte bundesweit an 90 Orten Büros und Wohnungen durchsucht. Die Ermittler gehen dem Verdacht nach, dass mit dem Einsatz der Leiharbeiter aus Rumänien und Polen von den Leiharbeitsfirmen Steuern und Sozialabgaben in Millionenhöhe hinterzogen wurden.

Mit einer ähnlichen Durchsuchungsaktion hatten die Ermittler vor sieben Jahren die Branche aufgeschreckt. Ein deutscher Arbeiter-Verleiher aus Mönchengladbach wurde in der Folge im Jahr 2010 vom Düsseldorfer Landgericht zu fünfeneinhalb Jahren Haft verurteilt.

Die Ermittler mussten für die Massen an sichergestellten Unterlagen eine Turnhalle anmieten.

Die Beschuldigten im aktuellen Verfahren der Ermittlungskommission "Karo" seien zwar andere, sagte Möllmann. Die Strippen für den Einsatz der Arbeiterkolonnen sind aber offenbar erneut am Niederrhein gezogen worden. Kamp-Lintfort und Moers waren Orte der Durchsuchungen.

Stammebelegschaften sind dezimiert

Das Verfahren sei zunächst von der Duisburger Staatsanwaltschaft geführt und wegen des Umfangs an die Düsseldorfer Behörde abgegeben worden. Mehr als ein Dutzend Schlachthöfe soll von Hintermännern der Szene mit billigen Arbeitskräften versorgt worden sein.

Die Leiharbeiter-Kolonnen haben die Stammebelegschaften der Schlachthöfe vielerorts dezimiert. Nach Angaben der "Süddeutschen Zeitung" sorgen die "chinesischen Verhältnisse" in der deutschen Fleischindustrie inzwischen auch international für Ärger.

Die belgische Regierung habe sich bei der EU-Kommission über Sozialdumping und Wettbewerbsverzerrung in Deutschland beschwert. Die Billigkonkurrenz aus Deutschland soll inzwischen auch den belgischen Fleischverarbeitern zu schaffen machen und einen "Schlacht-Tourismus" befördern.

Die ARD sendet am Montagabend eine NDR-Dokumentation zu "Lohnsklaven in Deutschland". Die betroffenen Firmen hätten die Vorwürfe bestritten.

dpa/lw

24.06.13, 13:58

"Günther Jauch"

Blasser Wiesehügel patzt beim Thema Fleischbranche

Die ARD macht der SPD die Arbeit: Nach Amazon decken ARD-Reporter diesmal in der Fleischbranche skandalöse Arbeitsbedingungen auf. Doch Steinbrücks Wunsch-Arbeitsminister greift bei Jauch nicht an.

Von Ralf Dargent

Kurz vor Ende eines Bauprojekts wird auf dem Bau noch mal richtig in die Hände gespuckt. Der gelernte Betonbauer und Bau-Gewerkschaftsboss Klaus Wiesehügel kennt das aus eigener Erfahrung. Doch als Schatten-Arbeitsminister von [Peer Steinbrück](#) scheint diese Notwendigkeit des Kraftakts bei Wiesehügel noch nicht angekommen zu sein: Bei Günther Jauch bekam Wiesehügel Sonntagabend die Gelegenheit, zu skandalösen Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie etwas zu sagen.

Doch drei Monate vor der [Bundestagswahl](#) tat sich der SPD-Mann schon im Duell mit dem berechenbaren FDP-Mann [Martin Lindner](#) schwer. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hätte Wiesehügel wahrscheinlich an die Wand diskutiert.

Jauch gab seiner Sendung den Titel "Lohnsklaven und Menschenschinder – verkommen wir zum Billiglohnland?". Was nach Bangladesch klingt, spielt in den großen deutschen Agrarbondesländern. Der Fernsehjournalist Michael Nieberg drehte eine Dokumentation, die am Montagabend im Ersten läuft.

ARD recherchierte Monate in Fleischindustrie

Mehrere Monate recherchierte er zu den Arbeitsbedingungen vor allem aus Osteuropa angeworbener Arbeiter in der deutschen Fleischindustrie. Aus der Reportage zeigte Jauch schon ein paar Bilder. Arbeiter, die sich zu fünf kleinste Zimmer teilen müssen.

Arbeiter, die mit dem Anstellungsvertrag schon den Aufhebungsvertrag unterschreiben müssen, damit sie von einem Tag auf den nächsten rausgeworfen werden können. Oder Arbeiter, denen Vorgesetzte mit Mord drohen, falls sie sich einen Anwalt suchen. Es handle sich nicht um Einzelfälle, sagte Nieberg über die menschenunwürdigen Bedingungen. "Dieses Problem ist tatsächlich in ganz Deutschland in der Fleischindustrie vorhanden."

Als lebendes Beispiel begleitete Marie Eckl Nieberg zu Jauch. Die aus Tschechien stammende Frau hatte bei einer süddeutschen Fleischfabrik gearbeitet. Angefangen habe sie mit etwa 1500 Euro netto. Dann seien die Löhne bei unveränderter Stundenzahl gesenkt worden. Als sie am Ende bei 800 bis 900 Euro Netto-Monatslohn gelandet wäre, habe sie gekündigt. Immerhin, Eckl fand ein Happy End, sie macht jetzt eine Ausbildung.

Filmemacher: Es gibt völlig entrechtete Menschen

Andere Beschäftigte werden dem Film zufolge in Osteuropa engagiert und über ein Geflecht aus Subunternehmen immer weiter vermietet, bis sie am Ende für zwei oder drei Euro pro Stunde eine Arbeit haben. Leben müssen sie in Wohnanlagen, wo sie dann völlig willkürlich nachts zur Arbeit geweckt werden. "Man findet völlig entrechtete Menschen vor", beschrieb Nieberg seine Erlebnisse.

Ihm selbst wurde der Zutritt zu einer Wohnanlage der Arbeiter von einem Sicherheitsdienst verweigert – wohl gemerkt zu einer Wohnanlage, nicht zu der durch Betriebsinteressen geschützten Fabrik.

Dass es sich hier um ein größeres Problem handelt, beschrieb auch der katholische Prälat Peter Kossen aus der Agrarhochburg Vechta. Die Menschen würden zwar freiwillig zum Arbeiten

nach Deutschland kommen. Sie würden aber nie erwarten, dass sie hier so gedemütigt werden. "Deswegen komme ich auf den Begriff Sklaverei."

Wiesehügel fände neue Regierung "schon besser"

Sklaverei im großen Stil und das mitten in Deutschland? Dieser Vorwurf klingt wie eine Steilvorlage für die Arbeiterpartei SPD. Und Wiesehügel ging auch offensichtlich mit dem Ziel in die Sendung, Kapital aus dem angeprangerten Umstand zu schlagen.

"Es ist tatsächlich so, dass der Arbeitsmarkt in Deutschland nicht in Ordnung ist", sagte er in seinem ersten Statement.

Es gebe große Versäumnisse, die jetzige Bundesregierung habe nichts gemacht. Deshalb wäre es "schon besser, wenn wir eine neue Regierung bekämen". Der letzte Satz allerdings klang dann schon ein bisschen zu platt. Und dummerweise nahm Wiesehügel über den Verlauf der gesamten Sendung nicht mehr den Schwung seiner Eingangsäußerungen auf.

FDP: "Wir sind kein Billiglohnland"

Dabei bot gerade der FDP-Mann Martin Lindner schöne Angriffsflächen. Der beteuerte, "wir sind kein Billiglohnland", und in der Gesamtheit sei der deutsche Arbeitsmarkt in Ordnung. Als in der Sendung dann immer neue Beispiele vorgestellt wurden, tat der FDP-Mann dies als kriminelle Machenschaften ab. "All das, was hier geschildert wurde, ist nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland illegal."

Und als immer noch weitere Beispiele erwähnt wurden, räumte Lindner auch gewisse Möglichkeiten für den Gesetzgeber ein. "Da, wo ein Nachstellbedarf besteht, handeln wir ja auch." Es ist in einer Talkshow meist nicht schön anzuhören. Aber in diesem Fall hätte Wiesehügel einen Streit wie unter Kesselflickern vom Zaun brechen können und wohl auch müssen. Den SPD-Dauerbrenner flächendeckender Mindestlohn hätte er immer wieder einstreuen können. Stattdessen relativierte Wiesehügel ihn – "alleine reicht es natürlich auch nicht, die Bedingungen müssen wir uns auch anschauen".

Der schwarz-gelben Bundesregierung hätte er auch einfach Tatenlosigkeit oder Ignoranz gegenüber den armen Arbeitern vorwerfen können. Vielleicht hätte er sogar den Vorwurf erheben können, dass die kleinen Leute Schwarz-Gelb doch gar nicht interessieren.

Wiesehügel lässt Provokationspotenzial aus

Doch obwohl all dies als Provokationspotenzial in dem Thema steckte, kamen keine solchen oder anderen Kampfeslaute von Wiesehügel. Womöglich lag es daran, dass keine deutschen Arbeiter betroffen sind. Womöglich aber fehlt dem bis auf eine Legislaturperiode im Bundestag von 1998 bis 2002 politikfernen Mann aus dem Schattenkabinett auch die Frechheit für solch ein Scharmützel.

Das mag Charme haben. In diesem Fall führte es aber dazu, dass Wiesehügel nicht nur ziemlich blass blieb. Er erlaubte sich sogar einen kleinen Patzer. Es ging um die Frage, ob die vielen Subunternehmen und die Werkverträge für die Arbeiter nicht vermieden werden und sich so die Arbeitsbedingungen verbessern lassen können.

"Natürlich" könne der Schlachthof einen Arbeiter aus Rumänien oder Bulgarien auch direkt anstellen, behauptete Wiesehügel. Doch umgehend korrigierte ihn da Priester Kossen – wegen der noch bestehenden Beschränkungen für Arbeiter aus Rumänien oder Bulgarien gelte dies erst ab dem ersten Januar nächsten Jahres. Es mag eine Kleinigkeit sein. Peinlich war der Fehler für den in Steinbrücks Kompetenzteam für das Thema Arbeit verantwortlichen Mann aber dennoch.

Besonders dürften sie sich in der SPD darüber ärgern, dass die Sozialdemokraten bei einem ihrer ursprünglichsten Themen keinen stärkeren Eindruck hinterlassen konnten.

FAZ

Bundesweite Razzia Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Arbeitsbedingungen auf Schlachthöfen

24.06.2013 · Rumänen, Ungarn oder Bulgaren zerlegen als Akkordarbeiter im Schichtbetrieb auf deutschen Schlachthöfen Fleisch. Und bekommen dafür fast nichts. Bekannt ist das schon lange. Jetzt bestätigt die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf, dass sie gegen ein Firmengeflecht von zwei Dutzend Unternehmen ermittelt.

Von [Jan Grossarth](#)

Die miserablen Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter in der Schlachtindustrie sind seit langem bekannt. In einer langen Wertschöpfungskette der Verantwortungslosigkeit stehen Osteuropäer, [die offenbar wie Sklaven leben](#), als schwächstes Glied. Das ist längst auch der Fleischindustrie peinlich. Sie hatte Jahre lang die Augen vor diesem Problem verschlossen und sich die Verhältnisse schöneredet: Die Rumänen machten die Arbeit doch freiwillig, und man sei nicht verantwortlich für die Arbeitsbedingungen der Subunternehmer.

Die Zustände auf den Schlachthöfen sind inzwischen in den Blick von Ermittlungen geraten. Es werde gegen 22 Beschuldigte und ein Firmengeflecht von rund zwei Dutzend Unternehmen ermittelt, bestätigte Staatsanwalt Ralf Möllmann am Montag in Düsseldorf Informationen des „Norddeutschen Rundfunks“. Durchsuchungen gab es in Kamp-Lintfort und Moers.

Bereits Mitte Mai hätten 450 Ermittler bundesweit an 90 Orten Büros und Wohnungen durchsucht, hieß es weiter von der Staatsanwaltschaft. Sie geht dem Verdacht nach, dass mit dem Einsatz der Leiharbeiter aus Rumänien und Polen Steuern und Sozialabgaben in Millionenhöhe hinterzogen wurden.

Die Lage der rechtlosen Rumänen oder Ungarn ist zumindest in Niedersachsen zum Politikum geworden. Vor einigen Wochen kamen erstmals Vertreter der sechs größten Fleischkonzerne wie PHW, Tönnies oder Danish Crown mit Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) und Agrarminister Christian Meyer (Grüne) zusammen. Die Unternehmensvertreter stimmten laut den Ministerien unter dem Druck zunehmend empörter Öffentlichkeit „fast alle“ einem bundesweiten Mindestlohn für die Schlachthöfe zu.

Ferner hätten sie ihre „grundsätzliche Bereitschaft“ erklärt, „den Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter zu erhöhen“. Auch wollten sie sich finanziell an einer „Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte in der Fleischindustrie“ beteiligen und gaben sich offen für eine Zertifizierung von Werkvertragsunternehmen. Konkret ist davon noch nichts geworden.

„Wir müssen Widerstand leisten“

Über die kriminelle Energie in diesem Sektor hatte [die Frankfurter Allgemeine Zeitung vor rund zwei Monaten berichtet](#): Jenseits von Mindestlohnregelungen arbeiten hierzulande Rumänen, Ungarn oder Bulgaren als Akkordarbeiter und tragen so das enorme Produktions- und Exportwachstum der Branche mit. Sie leben in engen Unterkünften, etwa mit acht Mann in einem Vierbettzimmer - von denen dann vier tagsüber, vier in der Nachtschicht am Fließband zum Beispiel Putenteile zerlegen. Diese Lebens- und Arbeitsbedingungen kritisiert mittlerweile

nicht nur die Gewerkschaft NGG, sondern auch die rot-grüne Regierung des größten Fleischerzeugerlandes Niedersachsens, wie auch Teile der CDU. Viele Aussagen der Arbeiter zeigen deutliche Missstände.

Die Arbeiter werden nicht von den Schlacht- oder Verarbeitungsunternehmen angestellt, sondern über Werkverträge von Subunternehmern. Gegen diese gibt es zahlreiche Vorwürfe. Zum Beispiel stehen, wie in nahezu allen großen Schlachthöfen der Republik, im Puten-Schlachthof Geestland in Wildeshausen, der zum PHW-Konzern ([Wiesenhof](#)) gehört, mehrere hundert Mitarbeiter im Schichtbetrieb an den Fließbändern. Der überwiegende Anteil sind Osteuropäer. Die leben, wie üblich in Großteilen der Branche, oft in erbärmlichen Unterkünften. Dagegen gingen jetzt erstmals Behörden vor: Der Landkreis Vechta überprüfte unlängst nach Worten eines Sprechers mehr als 120 Unterkünfte von insgesamt rund 1300 Arbeitern. An einem Hauseingang hätten allein 70 Namen gestanden. Für diejenigen Zimmer, in denen die hygienischen Bedingungen unzureichend waren, untersagte der Kreis die Nutzung - für rund 400 Schlafplätze. „Andere rechtliche Mittel haben wir nicht“, sagt der Sprecher.

Auch stellte der Landkreis erstmals Kriterien für die Unterbringung auf. Ähnliche Bemühungen unternahmen unter dem öffentlichen Druck andere Kommunen, in denen große Fleischfabrikanten angesiedelt sind, wie der Landkreis Emsland. Im Nordwesten bildeten sich auch ungewöhnliche Allianzen: Peter Kossen, ein Priester der katholischen Kirche in Vechta, tritt gemeinsam mit Grünen wie dem neuen Agrarminister in Hannover, Christian Meyer und Gewerkschaften als beharrlicher Kritiker der Arbeitsbedingungen auf. „Moderne Sklaverei“ nennt er sie. „Wir müssen eindeutig Widerstand leisten.“ Die Wohnverhältnisse, wie er sie selbst besichtigen konnte, sagt der Prälat Kossen, seien ihm nur aus der Schulzeit bekannt - aus Geschichtsbüchern über die Industrialisierung im 18. Jahrhundert.

Belgien kündigt Klage an

Die Arbeiter sind, anders als Saisonarbeiter etwa für die Spargelernte, manchmal Jahre in Deutschland beschäftigt. Ihre Arbeitgeber, die Subunternehmer, sind oft in Ungarn, Rumänien oder Bulgarien registriert. Dort werben sie die Arbeiter laut Medienberichten mit überzogenen Lohnversprechungen - von etwa 1500 Euro im Monat ist die Rede. Ausbezahlt werde später aber nur rund ein Viertel. Wer es wage, zu widersprechen, werde vor die Tür gesetzt. Von dem mickrigen Verdienst würden dann zum Beispiel noch einmal 170 Euro für den Schlafplatz als Miete abgezogen. Auch von gar nicht ausbezahlten Löhnen ist zu hören.

Zuletzt hatten Fernsehberichte die Lebensbedingungen von Gastarbeitern in Schlachthöfen der Konzerne Danish Crown und Vion geschildert: Arbeiter aus Ungarn hätten 10 bis 14 Stunden am Tag gearbeitet und dafür einen Lohn von 362 Euro für zwei Monate erhalten, berichtete das ZDF-Magazin „Frontal 21“. Die Arbeiter leben den Bildern zufolge in kasernenartigen Unterkünften. In der Kleinstadt Quakenbrück hätte laut NDR ein Schlägertrupp einige Rumänen überfallen, die aus Protest in einen Streik hätten treten wollen.

Die [Niedriglöhne](#) der deutschen Fleischindustrie sind auch ein europäisches Politikum geworden. Auch der belgische Wirtschaftsminister Johan Vande Lanotte war schon in Vechta zu Gast und informierte sich bei Prälat Kossen über die Arbeitsrealität. Dann kündigte Belgien eine Anti-Dumping-Klage bei der EU-Kommission an. Denn belgische Schlachthöfe, die einen Mindestlohn von 12,88 Euro zahlen müssen, gerieten in Existenznot und hätten keine Chance, in diesem Wettbewerb zu bestehen. Nach Schätzungen der Gewerkschaft NGG erhalten die Werkvertragsarbeiter in Deutschland durchschnittlich 4 bis 5 Euro je Stunde. Die NGG ist nicht gut auf die Fleischbranche zu sprechen. Auch aus eigenem Interesse: Der Organisationsgrad ist extrem niedrig, und je weniger deutsche Beschäftigte es gibt, desto schlechter die Aussichten.

Sache der Subunternehmer?

Deutschland profitiert als Standort für Schlachthöfe von Mindestlöhnen der Nachbarländer - und von den osteuropäischen Billigarbeitern. Jeder zweite Arbeiter von Tönnies, dem größten Schlachtkonzern, ist nach Angaben des Unternehmens über einen Werkvertrag mit Subunternehmen angestellt. Bei Danish Crown sind es sogar 75 Prozent, Vion hält sich bedeckt. „Bei durchschnittlich 8 bis 8,50 Euro“ lägen die Löhne, teilt Tönnies mit. „Zwischen „13 und 15 Euro pro Stunde“ zahle Danish Crown den Subunternehmern - wie viel diese an die Arbeiter weiterreichten, sei deren Sache. Auch der Konzern Vion beruft sich auf die „unternehmerische Freiheit“ seiner Vertragspartner. In der Fleischindustrie heißt es, ohne Auslagerung an Subunternehmer sei es nicht möglich, den harten Preiskampf im Lebensmittelhandel zu bestehen.

In den vergangenen Jahren wurden Tausende Arbeitsplätze ausgelagert. Die Einhaltung von Arbeitsstandards sei Sache der Subunternehmer, lautet stets die Ausrede, wenn etwas nicht stimmt. Diese aber stehen sogar im Ruf der Nähe zur organisierten Kriminalität. Ein vor Jahren gerichtlich verurteilter Subunternehmer hatte über Schwarzgeldzahlungen an Arbeiter berichtet, die mithilfe von Rockerbanden abgewickelt wurden.

Das Geflecht der Eignerstrukturen dieser Firmen ist schwer durchschaubar. Der Geschäftsführer der Gewerkschaft NGG in Oldenburg, Matthias Brümmer, sagt, es gebe Indizien dafür, dass Fleisch- oder Schlachtkonzerne selbst hinter den Subunternehmern stecken, und sei es über „Strohänner“. Beweise aber habe er nicht.

Unternehmen fordern Mindestlöhne

Nicht selten, so zeigten Recherchen der „Oldenburgischen Volkszeitung“, hätten etwa Subunternehmer und die Gesellschaft, die die Schrottwohnungen an die Arbeiter vermietet, identische Geschäftsführer. Und ihre Firmenadresse in den Gebäuden eines großen Fleischkonzerns.

Die Zentren der Fleischindustrie im Norden Deutschlands oder in Nordrhein-Westfalen haben auch deswegen einen wirtschaftlichen Aufschwung hinter sich, weil die Unternehmen niedrigere Löhne zahlen können als in Nachbarländern. So wuchs in den vergangenen Jahren das dänische Unternehmen Danish Crown auch deswegen in Deutschland stark zum viertgrößten Schlachtkonzern, weil es in Dänemark allen Angestellten einen Mindestlohn zahlen muss.

Dass ein solcher auch für die deutsche Schlachtbranche kommt, dafür sprechen sich selbst die großen Konzerne der Branche aus. Vion sei „seit Jahren für gesetzliche Mindestlöhne“, um die Negativschlagzeilen zu beenden. Auch Tönnies und Danish Crown befürworten die Idee.

NWZ

25.6.2013

Arbeitsmarkt

„Das ist moderner Menschenhandel“

Fleischbranche in der Kritik – Gespräche mit Betroffenen und Beobachtern

Es sind vor allem Osteuropäer, die unter miesen Arbeitsbedingungen zu leiden haben. Aber die Empörung wächst.

[Karsten Krogmann](#)



Harte Arbeit beim Schlachten und Zerlegen: Bezahlung und Lebensbedingungen lassen oft zu wünschen übrig. Bild: DPA

Im Nordwesten Er könne dort viel Geld verdienen, sagte ihm der Vermittler im Aussiedlerheim. „So kam ich nach Wildeshausen“, erinnert sich Herr Z.

Jeden Tag stand er nun bei Geestland am Fließband. Pute um Pute fuhr vorüber, im Akkord schnitt er ihnen mit dem Zerlegemesser die Flügel ab. Die Brust. Unterkeule. Oberkeule. „Das ist harte Arbeit“, sagt Herr Z. Meistens fing er morgens um 5 Uhr an, oft blieb er abends bis 17, 18 Uhr.

Er hatte eine Festanstellung, „aber dann sollte ich zu einer Zeitarbeit wechseln“, sagt er. Er sei gemobbt worden, habe Abmahnungen erhalten; anderen Kollegen sei es ebenso ergangen. Irgendwann gab er nach und wechselte. Er bekam einen neuen Vertrag, bezahlt wurde er pro Kilogramm Putenfleisch, 30 Cent pro Kilo.

„Und dann passierte etwas Komisches“, sagt Herr Z. und lacht bitter. „Die Arbeit blieb, die Vorarbeiter blieben – aber die Zeitarbeitsfirma hatte plötzlich einen neuen Namen.“ Noch etwas änderte sich: der Lohn. Mit dem neuen Vertrag verdiente er nur noch 27 Cent pro Kilo. Herr Z. ging jeden Tag weiterhin in den Schlachthof, mehrfach änderten sich in den kommenden Jahren Arbeitgeber und Lohn, er sackte auf 25 und auf 23 Cent. Auch im Kleingedruckten gab es Veränderungen: Mal sollte Z. seine teuren Messer selbst kaufen, mal die Arbeitshandschuhe.

Und die Kollegen von Z. veränderten sich: Zunächst arbeiteten viele Spätaussiedler im Schlachthof, dann kamen Vietnamesen, zuletzt waren es überwiegend Rumänen und Bulgaren.

„Das ist Sozialbetrug“

Seit Jahren stehen Unternehmen der Fleischbranche wegen des Vorwurfs der Tierquälerei in der Kritik. Jetzt guckt die Bevölkerung zunehmend auch auf die Menschen, die dort arbeiten.

Da ist zum Beispiel der Wachmann in Wildeshausen, der Nacht für Nacht beim Schlachthof wartete: Er filmte die Busse, die die Arbeiter in ihren Quartieren in den Landkreisen Oldenburg, Cloppenburg, Vechta auf sammelten und dann zu Hunderten beim Werk ausspuckten. „Für mich ist das moderner Menschenhandel“, sagt er wütend in seiner

Etagenwohnung. Aber er stellte seine Beobachtungen ein, mehrfach hätten ihn schwere Autos mit bulgarischen Kennzeichen nach Hause verfolgt.

Da ist die Sozialarbeiterin, die die Familien der Arbeiter in ihren Unterkünften besuchte und „katastrophale Zustände“ vorfand. In kleinsten Wohnungen sah sie zwölf Betten, hochgestapelt, „einige sollen sogar doppelt belegt worden sein“, berichtet sie. Sie beklagt, dass da regelrechte Ghettos mitten in der Stadt entstanden seien, „aber das will ja keiner hören“. Sie vermutet, dass zu viele Menschen daran mitverdienen. Die Arbeiter sollen zum Teil 150 Euro pro Bett und Monat bezahlen, sagte man ihr. Während sie von ihrer Arbeit erzählt in einem hübschen Landcafé, kämpft sie immer wieder gegen die Tränen an.

Und da ist vor allem Prälat [Peter Kossen](#). Während fast alle Menschen, die etwas über die Fleischindustrie zu sagen haben, anonym bleiben wollen, weil sie unangenehme Folgen fürchten, kritisiert der aus Wildeshausen stammende Pfarrer die Branche für alle sichtbar – zuletzt in der ARD-Talkshow von [Günther Jauch](#).

Kossen sagt: Wenn wirtschaftlich gesunde Unternehmen ohne Not öffentliche Leistungen wie die Hartz-IV-Aufstockung und Wohngeld von vornherein in ihre Lohnkalkulation mit einrechnen, dann sei das Sozialbetrug. Er nennt das Beschäftigungssystem mit Leiharbeitern und Werkverträgen „skrupellos und menschenverachtend“.

Der NWZ liegen Arbeitsverträge zwischen Personaldienstleistern und Arbeitern vor, manchmal sind sie auf drei Monate befristet. „Krank werden sollte man da möglichst nicht“, berichtet Herr Z., „sonst gibt es keine Verlängerung.“ Auf Lohnabrechnungen sieht man, dass die Arbeiter in 200 Arbeitsstunden manchmal nur 1200 bis 1600 Euro verdienen – brutto. Im Akkord allerdings habe er es mitunter auf zweistellige Stundenlöhne gebracht, sagt Herr Z. Flügel. Brust. Unterkeule. Oberkeule. Bis er sich mit dem Messer den Finger abschnitt. „Als ich zurückkam, musste ich eine schlechtere Arbeit machen – zur Strafe“, glaubt er.

Prälat Kossen „Der Sumpf mafïöser Subunternehmen muss ausgetrocknet werden!“ fordert:

Tipps für Unternehmer

Zunächst einmal sind Werkverträge legal. Im Düsseldorfer Hotel „Holiday Inn“ warb Professor [Volker Rieble](#), Direktor des Zentrums für Arbeitsbeziehung und Arbeitsrecht an der Universität München, 2011 bei einer Tagung vor Unternehmern für den Werkvertrag. Er sprach von der „Last der Stammebelegschaft“, wies auf die immer strengeren Regeln für die Zeitarbeit hin und stellte „Überlaufventile in andere Formen arbeitsteiligen Wirtschaftens“ vor. Er meinte: Werkverträge.

Eigentlich waren Riebles Ausführungen für Arbeitgeber-Ohren bestimmt. Bekannt wurden sie, weil einige Journalisten und ein IG-Metall-Vertreter mithörten. Der sagte anschließend der Zeitung „Die Zeit“: „Das war eine Anleitung zum Lohndumping!“

„Werkvertrag“ bedeutet, dass ein Unternehmen ein „Werk“ an ein Subunternehmen abgibt – zum Beispiel die Zerlegung von Puten. Das Unternehmen bezahlt für das Werk, das Subunternehmen organisiert die Arbeit. So kann zum Beispiel eine bulgarische Firma mit bulgarischen Arbeitern die Zerlegung in einem deutschen Schlachthof übernehmen. Das ist legal.

Illegal wäre es, wenn das Subunternehmen das Werk nicht selbstständig erledigt. Wenn Werkvertragsarbeiter neben Stammkräften arbeiten. Wenn Werkverträge missbräuchlich zum Lohndumping genutzt werden.

Das Problem ist es, einen Missbrauch nachzuweisen.

Zuständig für die Kontrolle ist in Deutschland der [Zoll](#) – und wer Zöllner fragt, was sie gegen solchen Missbrauch tun können, bekommt zur Antwort: „Nichts!“ Zunächst einmal personell: Beim Zoll in Osnabrück, Lohne und Nordhorn gehen pro Jahr 8000 Hinweise ein, denen 65 Außendienstmitarbeiter nachgehen. Kommt es zur Überprüfung, bleibt es schwierig: „Bis wir den weißen Kittel anhaben, haben die alle Pause“, klagt ein Zöllner. Und überhaupt: „Wer ist denn gerade der Subunternehmer?“

Die [Staatsanwaltschaft Oldenburg](#) spricht von „komplexen juristischen Fragen“. Zuletzt konnte die Behörde Anklage gegen einen Subunternehmer der Firma Geestland erheben wegen Verdachts auf Verstoß gegen das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz. Der Subunternehmer hatte mit weiteren Subunternehmern Werkverträge abgeschlossen, die möglicherweise „nicht gelebt“ worden seien.

Eine Sprecherin des Geestland-Gesellschafters [PHW \(Wiesenhof\)](#) wollte die Anklage nicht kommentieren mit dem Hinweis, es handle sich um „selbstständige Werkvertragsunternehmer“.

Nur wenig dringt aus den Betrieben nach außen. Herr Z. berichtet, dass nach einer TV-Dokumentation alle Arbeiter auf Handys und Filmkameras gefilzt worden seien.

Was kann man tun für die Billiglöhner?

Der Landkreis Vechta hat auf Grundlage der Bauordnung „Kriterien für entwickelt und kontrollierte 122 Wohnungen von „gesundes Wohnen“ Werkvertragsarbeitern. Die Kontrolleure fanden Wohnungen, in denen 15 Betten in einem Raum standen. Zimmer, in denen kein Mensch stehen konnte. 70 Namen an einem Klingelschild. Bei 23 Objekten mit 486 betroffenen Personen habe man ein Nutzungsuntersagungs-Verfahren eingeleitet, sagt Landkreissprecher [Stefan Weidelich](#). Mehrere Gebäude werden nun umgebaut, „die Vermieter waren zumeist einsichtig“. Weidelich: „Damit haben wir unsere Möglichkeiten ausgeschöpft. Bei den Löhnen können wir nur appellieren.“

Frage der Moral

Das tut auch Prälat Peter Kossen, er fordert: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort! Flächendeckender Mindestlohn! Dezentrale, bezahlbare menschenwürdige Unterkünfte!“

Einen „Appell an den hält hingegen der Zoll für nötig: „anständigen Kaufmann in der Region“ „Es geht um Moral – wer sich nicht daran hält, müsste in der [Handelskammer](#) geächtet sein“, meint ein leitender Beamter.

Herr Z. arbeitet inzwischen nicht mehr im Schlachthof, „mein Rücken“, sagt er. Zum Glück hat seine Frau einen Job. „Aber wer weiß“, sagt er, „vielleicht muss ich mich da doch wieder bewerben“: Das sei ein großer Arbeitgeber in einer wachsenden Branche. Flügel, Brust, Unterkeule, Oberkeule, Z. macht eine schnelle Bewegung mit der Hand. Ein Finger fehlt.

Neue OZ online

29.06.2013, 06:46

Veröffentlicht am: 27.06.2013

Gewerkschaft fordert soziales Fleisch-Siegel

df Osnabrück

Osnabrück. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen ausländischer Werkvertragsarbeitnehmer in der deutschen Fleischindustrie sorgen weiter für Schlagzeilen. Jetzt fordert die Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG) ein soziales Siegel für Fleisch. Ähnlich wie bei Bioprodukten könne auf diesem Wege den Kunden signalisiert werden, dass die Ware unter einwandfreien Bedingungen produziert worden sei, sagte Gewerkschaftschef Franz-Josef Möllenberg im Gespräch mit unserer Zeitung.

„Das Siegel könnte zeigen: Diese Ware kommt aus einem Unternehmen, in dem es einen Betriebsrat gibt, in dem der Tarifvertrag eingehalten wird, wo ausgebildet wird“, sagte Möllenberg. Seiner Ansicht nach wird in der Fleischbranche mit dem Instrument des Werkvertrags häufig die Würde der Menschen untergraben. Neben dem Tierwohl müsse deswegen „mindestens gleichberechtigt auch eine artgerechte Arbeitnehmerhaltung“ im Fokus stehen.

Möllenberg sieht vor allem die großen Geflügel- und Fleischkonzerne in der Verantwortung. Sie müssten dafür haftbar gemacht werden, was mit den Angestellten von Subunternehmen geschehe, die für sie arbeiteten, erklärte Möllenberg.

Mindestlohn gefordert

Zudem sprach er sich für einen Branchenmindestlohn von 8,50 Euro aus. Das Gegenargument der Fleischkonzerne, die Schlachtung in Deutschland werde damit zu teuer, ließ er nicht gelten. „Deutschland darf sich nicht an einem Wettlauf um die billigsten Löhne beteiligen, Deutschland muss sich dem Wettlauf um bessere und qualitative Produkte stellen“, sagte Gewerkschaftschef Möllenberg. Er nannte die Autoindustrie und die Chemiebranche als Vorbild für die Fleischproduzenten.

Nach Angaben des Gewerkschaftschefs sind in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren ein Fünftel der sozialversicherungspflichtigen Jobs in der Fleischbranche weggefallen oder durch Werkverträge ersetzt worden. Gleichzeitig sei die Schweinefleischproduktion aber um fast 50 Prozent gesteigert worden. Möllenbergs Fazit: „Wir überschwemmen Europa mit Billigfleisch, das unter unwürdigen Bedingungen produziert wird.“

REPORT MAINZ

11.6.2013

Rocker in der Fleischbranche

Bandidos organisieren den Handel mit Billiglöhnern

Beim Anblick solcher Herren kann einem vieles einfallen – Harmloses, wie die Liebe zum Motorradfahren, aber eben auch anderes: extreme Gewaltbereitschaft, gepaart mit kriminellem Engagement im Bereich Zuhälterei, Erpressung oder Waffen- und Drogenhandel.



- [🔍 Mitglieder des Motorradclubs "Bandidos"](#)

Fest steht, Verbrechen, die aus dem Dunstkreis sogenannter Rocker-Clubs heraus begangen werden, nehmen zu. Durchschlagende Erfolge konnten auf diesem Feld bislang noch nicht erzielt werden.

Und auch in Zukunft wird es wohl eher schwieriger als leichter, denn es mehren sich Indizien dafür, dass beispielsweise die Bandidos ein weiteres Betätigungsfeld für sich entdeckt haben - die deutsche Fleischbranche.

Oda Lambrecht und Edgar Verheyen mit den Details.

Bericht:

Schlachten, zerlegen, verpacken: Zehntausende Arbeiter - vor allem aus Osteuropa - schufteten in der Fleischindustrie für Billiglöhne.

Ein Wohnheim im nordrhein-westfälischen Neuenkirchen. Hier lebten Rumänen, die als Fleischverpacker in einem nahegelegenen Kühlhaus gearbeitet haben. Plötzlich sollen ihnen Männer Gewalt angedroht haben.

Um Näheres zu erfahren, treffen wir ihren Chef, den rumänischen Subunternehmer Walter Homner. Er sei von den Arbeitern telefonisch um Hilfe gebeten worden und hätte daraufhin die Polizei verständigt, um die Verpacker vor den gewaltbereiten Männern zu schützen.



- [🔍 Walter Homner, Subunternehmer](#)

O-Ton, Walter Homner, Subunternehmer:

»Mit Baseballschlägern standen die in der Küche, haben alle Leute zusammen getrommelt da und haben denen gedroht, wenn sie am nächsten Tag um neun Uhr nicht weg sind, dann kommen sie mit zwanzig Mann und hacken alles kurz und klein hier.«

Frage: Wie haben die Leute reagiert? Haben die geweint?

O-Ton, Walter Homner, Subunternehmer:

»Ja, die haben geweint, die Leute, und die waren in Panik.«

Was ist der Hintergrund? Die Verpacker waren in einem Tiefkühlunternehmen tätig. Dieses Unternehmen beschäftigte die Arbeiter allerdings nicht selbst, sondern hatte ein deutsches Subunternehmen aus Bremen beauftragt. Dieses wiederum hatte ein rumänisches Subunternehmen beauftragt, das Unternehmen von Walter Homner.

Es waren seine Leute, die in dem Tiefkühlunternehmen am Band standen.



- [Grafik](#)

Walter Homner erzählt uns, das Subunternehmen aus Bremen habe nicht wie vereinbart an ihn gezahlt. Deshalb habe er die Arbeiter nicht voll entlohnen können. Als diese dann ihr Geld gefordert hätten, seien die Schläger angerückt, so Homner.

Kamen sie im Auftrag des Bremer Subunternehmens? Die Staatsanwaltschaft hat gegen die Männer inzwischen Anklage wegen Nötigung erhoben.

Er soll laut Anklage die gewaltbereiten Männer beauftragt haben: Ralf Förster. Präsident der Bandidos im nordrhein-westfälischen Steinfurt, seit Jahren in der Fleischbranche tätig.

Das Bremer Subunternehmen, die Steupa GmbH, gehört seiner Frau. Die Steupa GmbH hat auf unsere Fragen nicht geantwortet.

Und Ralf Förster selbst hat ein Interview wegen des laufenden Strafverfahrens abgesagt.

Sein Anwalt teilte außerdem mit, die beruflichen Tätigkeiten seines Mandanten stünden in keinem Zusammenhang mit seiner Mitgliedschaft in dem Motorradclub Bandidos.

Kein Zusammenhang? Peter Maczolleck, einer von drei Deutschlandchefs der Bandidos und Leslaw Hause, der sogenannte Waffenchef des Clubs. Mit diesen führenden Bandidos war Ralf Förster gemeinsam für ein weiteres Subunternehmen aktiv.



- [Ulf Küch, Bund Deutscher Kriminalbeamter](#)

Bislang waren Rockerclub-Mitglieder vor allem in der Rotlicht- oder Türsteherzene aktiv. Machen sie nun auch Geschäfte in der Fleischbranche?

Der Ermittler Ulf Küch beschäftigt sich seit Jahren mit Rockerstraftaten. Die Bandidos zählen für den Experten zur organisierten Kriminalität.

O-Ton, Ulf Küch, Bund Deutscher Kriminalbeamter:

»Im Augenblick sehen wir, dass in Nordrhein-Westfalen, dass also in der sogenannten fleischverarbeitenden Industrie auf einmal Männer auftauchen, die diesen Rockergruppen zuzurechnen sind, wo führende Köpfe bestimmter Rockergruppen, so unter anderem der Bandidos, dafür Sorge tragen, dass die Leute rekrutiert werden und zu Schamlöhnen in diesen fleischverarbeitenden Betrieben eingesetzt werden.«

Diese Entwicklung beobachtet auch die Staatsanwaltschaft Osnabrück.



- [Alexander Retemeyer, Staatsanwalt Osnabrück](#)

O-Ton, Alexander Retemeyer, Staatsanwalt Osnabrück:

»Und wir mussten leider feststellen, dass die Firmen, die diese Leiharbeiter zur Verfügung stellen, zum Teil offenkundig von Personen betrieben werden, die der Rockerszene zugehörig sind. Wir gehen davon aus, dass die Rockerclubs ein entsprechendes Aggressionspotential haben und dieses auch einsetzen, um eben Mitarbeiter einzuschüchtern.«

Doch warum lässt sich die Fleischindustrie auf Rockerbosse ein? Wir konfrontieren den Betriebsleiter des Tiefkühlunternehmens mit unseren Recherchen.

Frage: Wissen Sie, dass Ralf Förster ein Bandido ist?

O-Ton:

»Nein.«

Frage: Worin bestand denn die Kooperation mit dem Ralf Förster?

O-Ton:

»Wie meinen Sie das?«

Frage: Was hat er gemacht?

O-Ton:

»Er ist verantwortlich für die Mitarbeiter.«

Frage: Was sagen Sie denn dazu, dass er Werkvertragsarbeitnehmer unter Druck gesetzt haben soll – mit Baseballschlägern?



- [🔍+Betriebsleiter](#)

O-Ton:

»Da weiß ich überhaupt nichts von.«

Der Betriebsleiter fragt beim Firmenchef nach.

O-Ton:

»Wir müssen das abstellen, sagt er.«

Frage: Wir müssen das abstellen?

O-Ton:

»Ja. Das geht so nicht. Wenn wir das vorher schon gewusst hätten, wäre das nicht soweit gekommen «

O-Ton, Ulf Küh, Bund Deutscher Kriminalbeamter:

»Das ist ein schamloses Verhalten von der Unternehmensleitung, denn wenn ich mir also keinerlei Gedanken mache, woher der Subunternehmer sein Personal bezieht, und ich mich offensichtlich dafür überhaupt nicht interessiere, wer sich da letzten Endes am Fleischband betätigt, zu welchen Konditionen diese Leute beschäftigt werden, dann, denke ich, trifft diese Unternehmen genauso eine Mitschuld.«

Steht der Profit also über allem?

Bei unseren Recherchen stoßen wir auf ein weiteres Unternehmen: Nordfrost, eines der führenden deutschen Tiefkühlunternehmen. Auch hier sind etwa ein Drittel der Arbeiter über Subunternehmen angeheuert.



- [🔍+Nordfrost](#)

Eins von ihnen ist die M & H Dienstleistungs GmbH. Deren Gesellschafter: Peter Maczolleck und Leslaw Hause.

Der Anwalt der M & H Dienstleistungs GmbH schreibt, mit Missständen habe das Unternehmen nichts zu tun. Außerdem bestünden keine unternehmerischen Zusammenhänge mit dem Rockerclub Bandidos.

Wir treffen Horst Bartels, den Geschäftsführer von Nordfrost, und wollen von ihm wissen, wie er zu seinen Geschäftspartnern steht.

Frage: Die Gesellschafter der M & H Dienstleistungs GmbH, Herr Maczollek und Herr Hause, gehören zur Führungsspitze des Rockerclubs Bandidos. Was sagen Sie dazu?



- [🔍 Horst Bartels, Geschäftsführer Nordfrost](#)

O-Ton, Horst Bartels, Geschäftsführer Nordfrost:

»Ja, also ich kann die Bandidos nicht einschätzen und will mir über die Bandidos kein Urteil erlauben, aber es überrascht mich eben ausgesprochen. Und das entzieht sich meiner Kenntnis, dazu kann ich nichts sagen, das habe ich bisher nicht gewusst.«

Frage: Also im Grunde genommen wissen Sie nicht, wer für Sie arbeitet?

O-Ton, Horst Bartels, Geschäftsführer Nordfrost:

»Also das ist ja reichlich provokativ, was Sie jetzt sagen. Ich habe 35 Betriebe, und da sind überall, da sind zwischen 20 und 200 Beschäftigte jeweils, und da kann ich nun vor Ort nicht alles genau wissen, mit wem wir da arbeiten.«

Ahnungslose Auftraggeber und führende Rockerclub-Mitglieder als Subunternehmer – die Fleischbranche rutscht weiter ins Zwielicht.

[LINKE lehnt Mega-Schweineanlage in Haßleben ab](#)



25. Juni 2013 | von Dr. Kirsten Tackmann

in Kategorie [Agrar](#) - [TIERE](#)

DIE LINKE bekennt sich zur Tierhaltung und sieht sie als integralen Bestandteil der landwirtschaftlichen Produktion und regionalen Flächennutzung. Als arbeitsintensivster Teil der landwirtschaftlichen Produktion ist sie ein wichtiger sozialer Faktor, wenn faire Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen gesichert sind. Bei der Bewertung von Tierhaltungsanlagen sind aus unserer Sicht soziale, tiergesundheitliche, tierschutzrechtliche und ökologische Aspekte zu berücksichtigen.

In Haßleben (Landkreis Uckermark, Brandenburg) wird seit über zehn Jahren heftig darüber gestritten, ob in einer stillgelegten Schweinehaltungsanlage mit ehemals über 100.000 Tierplätzen der niederländische Investor van Gennip eine Anlage für 69.000 Schweine errichten darf. Es gibt zwei Bürgerinitiativen. Die eine hofft auf Arbeitsplätze in der Anlage. Die andere fürchtet um die wertvolle

Naturlandschaft, insbesondere um einen See und ein Moorgebiet. Sie fürchten um ihre Lebensqualität und die touristische Entwicklung der Region, die durch Ver- und Entsorgungsverkehr und Tiertransporte für eine solche Mega-Anlage gefährdet werden. Sie haben Sicherheitsbedenken angesichts der engen Straßen. Sie fürchten um Böden, Bäume und Gewässer durch die Gülleausbringung und können sich nicht vorstellen, dass Tierschutz und Tiergesundheit bei so einer Mega-Anlage und an diesem Standort gesichert werden können. Dazu kommt die Angst vor multiresistenten Bakterien durch häufige Antibiotika-Anwendungen.

Selbst wenn manche dieser Befürchtungen überzogen, andere vielleicht unbegründet sein mögen, so stellt sich doch politisch sehr ernsthaft die Frage nach der gesellschaftlichen Legitimation und Akzeptanz dieses Mega-Projektes.

Also: Welche gesellschaftlichen Chancen rechtfertigen seine Risiken?

Unabhängig von dieser politischen Bewertung muss die rechtliche Frage beantwortet werden, ob dieses Vorhaben den gesetzlichen Regeln entspricht. Aber auch der Gesetzgeber muss die Frage beantworten, ob die bestehenden gesetzlichen Regelungen den Notwendigkeiten und dem gesellschaftlichen Willen entsprechen.

Wiederbelebung der Schweinemast in Haßleben

Als junge Tierärztin habe ich diese Anlage in Haßleben Mitte der 1980er Jahre besucht. Schon damals konnte ich mir nicht vorstellen, wie man bei so extremen Tierkonzentrationen an einem Standort Tierseuchenverdachtsfälle wie z. B. Schweinepest in den Griff bekommen soll. Man stelle sich die Situation vor, dass eine vorsorgliche Tötung von mehreren 10.000 Schweinen angeordnet wird! Allein aus diesem Grund halte ich solche Mega-Anlagen für nicht verantwortbar. 1991 wurde die Anlage geschlossen. Es folgten mehrere Wiederbelebungsversuche – bisher alle erfolglos.

Agrarpolitikerinnen und Agrarpolitiker der LINKEN (vormals auch der PDS) haben sich vor allem aus tiergesundheitlichen und ökologischen Gründen mehrfach gegen die neue Schweinemastanlage dieser Dimension in Haßleben ausgesprochen. Auch im Wissen, dass die Hoffnung auf Arbeitsplätze gerade in der Uckermark mehr als verständlich ist. Sie sind aber bei einem solchen Projekt trügerisch, weil meistens deutlich weniger Arbeitsplätze entstehen als erhofft und für die regionale Bevölkerung nicht die qualifizierten, sondern häufig nur prekäre Arbeitsplätze übrig bleiben. Es wären daher sozial und ökologisch teuer erkaufte Brosamen und kein Zukunftsprojekt, das die Risiken am Standort zwischen dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und einem Naturpark rechtfertigt.

Wenn die sozialen Effekte mindestens fraglich sind stellt sich die Frage um so drängender, wer überhaupt so viele zusätzliche Schweine aus Haßleben braucht?

Der Schweinemarkt ist gesättigt

600 Menschen leben in Haßleben. Nach langen Debatten wurden nun statt der ursprünglich 69.000 „nur“ 36.861 Tierplätze beantragt. Damit können aber mehr als 70.000 Schweine pro Jahr gemästet werden. Der deutsche Markt ist aktuell mehr als gesättigt. 115 Prozent Schweinefleisch-Eigenversorgung hat die Bundesrepublik. 89,2 kg Fleisch landet auf dem Durchschnittsteller im Jahr, davon fast die Hälfte Schweinefleisch. 26,8 Millionen Schweine werden hierzulande gehalten (Quelle: Agrarmarkt Informations-Gesellschaft 2011). Die Schweinefleischpreise sind im Keller und es wird massiv exportiert. Wie lange geht das noch so und ist das überhaupt sinnvoll?

Jede neue Mastanlage steigert das Angebot an Mastschweinen und drückt bei stagnierender oder gar fallender Nachfrage den Preis weiter nach unten. Das gefährdet die Existenz bestehender Schweinemastbetriebe und kurbelt die Exportnotwendigkeit weiter an, obwohl auch China immer mehr Schweine selbst züchtet und mästet. Nachhaltig ist eine solche Exportproduktion ohnehin nicht. Viel mehr besteht der Verdacht, dass es um strategische Marktverdrängung geht. Mittlere und kleine Betriebe müssen aufgeben, Arbeitsplätze gehen dort verloren. Deshalb ist die politische Ablehnung des Projekts gut begründet: Es ist volkswirtschaftlich nicht sinnvoll, zur Lösung der sozialen Probleme der Region nicht geeignet und ökologisch riskant.

Der aktuelle Stand der rechtlichen Bewertung

Vergangene Woche hat das Landesumweltamt (LUGV) nach jahrelanger Prüfung der Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und wiederholt vom Investor eingeforderter Nachbesserungen „grünes Licht“ für die Anlage geben müssen. Eine FFH-Verträglichkeits- sowie eine Umweltverträglichkeitsprüfung wurden durchgeführt. Rechtlich sieht das [LUGV](#) im Ergebnis nun „sämtliche Voraussetzungen zur Genehmigung laut Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) erfüllt.“ Ohne andere bundesgesetzliche Regelungen kann auch eine LINKE Ministerin keine andere rechtliche Bewertung der Fachbehörde durchsetzen. Als politischer Handlungsspielraum in dieser Situation blieb, keinen Vollzug anzuordnen. Und dieser wurde genutzt, d. h. es darf nicht sofort mit dem Bau begonnen werden. Damit haben Klagen und Widersprüche aufschiebende Wirkung, wie auch [Axel Vogel](#), Vorsitzender der grünen Fraktion im Landtag Brandenburg, anerkennt. Somit können bis zur tatsächlichen Errichtung der Anlage noch Jahre vergehen. Ob der Investor versuchen wird, ein Recht auf Vollzug gerichtlich gegen das Land Brandenburg durchzusetzen, ist bislang offen.

Für den agrarpolitischen Sprecher der Brandenburger Landtagsfraktion führt dieses Bauvorhaben in die Sackgasse. [Dr. Michael Luthardt](#) kritisiert vollkommen zu Recht, dass durch die Anlage keine regionalen Wirtschaftskreisläufe geschaffen würden. Erhoffte Arbeitsplätze stünden in keinem Verhältnis zur Tierzahl. „Die Umweltbelastungen aber werden dem Image der Uckermark schaden, welche erst vor kurzem eine hohe Wertschätzung als Tourismusregion erfahren hat,“ so Dr. Luthardt. Eine zukünftige Schweinemastanlage Haßleben sei kein Aushängeschild der Landwirtschaft in Brandenburg. Gerade in dieser sensiblen Naturlandschaft ist eine industrielle Schweinemast höchst problematisch.

Vorwürfe an die LINKEN

Der Brandenburger LINKEN wird teilweise vorgeworfen, sie sei in dieser Sache ökologisch unglaublich und leiste der Agrarindustrie Vorschub. Die Landesregierung und das von der LINKEN geführte Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) werden nach der Entscheidung öffentlich an den Pranger gestellt. Ihnen wird unterstellt, nicht genug gegen die Anlage getan zu haben. Die Genehmigung hätte versagt werden müssen. Doch auch ein von den Grünen geführtes Ministerium hätte wohl nicht anders handeln können, ohne bestehende Gesetze zu verletzen!

Leider sind auf Landesebene alle gesetzlichen Mittel gegen solche Mega-Anlagen begrenzt und sie wurden in diesem Fall ausgeschöpft. Ohne konsequente Änderungen im Tierschutzgesetz, in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, beim Immissionsschutz und im Baugesetzbuch werden solche Anlagen weiter die Dörfer spalten. Solche Änderungen hat auch die Linksfraktion im Bundestag bereits mehrmals gefordert. Der Investor hätte diese Anlage in seinem Heimatland wahrscheinlich nicht bauen dürfen.

Daher muss der politische Streit auf Bundesebene ausgetragen werden. Das Bundesrecht muss im Interesse gesunder Tierbestände, fair bezahlter Arbeitsplätze und zur Minimierung ökologischer Risiken angepasst werden. Auch das kommunale Mitwirkungsrecht ist zu stärken. Die ökologische Sensibilität der Region um Haßleben kann in den vorhandenen gesetzlichen Rahmenbedingungen gar nicht ausreichend widerspiegelt werden. Immissionsschutz-, Brandschutz oder ein stärkerer Tierschutz allein greifen nicht.

Umso wichtiger ist nun, die kritischen Kräfte innerhalb und außerhalb der Parlamente zu bündeln und zu stärken und an den Stellen politisches Handeln einzufordern, die tatsächlich handeln können.

Tiergesundheit stärker in den Mittelpunkt stellen

DIE LINKE findet eine Debatte, die sich auf „große Betriebe gegen kleine Betriebe“ reduziert, falsch. Uns geht es um die Qualität der Tierhaltung und ihre sinnvolle Einbindung in regionale Stoff- und Wirtschaftskreisläufe. Eine Mega-Anlage wie in Haßleben schießt deutlich über das Ziel hinaus. Es sind zu viele Tiere in einem Stall und an einem Standort. Die Tierhaltung sollte an die Fläche gebunden sein. So können die Tierbestände mit Futtermitteln aus der Region versorgt und Gülle vor Ort so ausgebracht werden kann, dass die Aufnahmekapazität der Böden nicht überbeansprucht wird. Grundsätzlich sind Ställe bzw. Stallanlagen so zu konzipieren, dass die Tiergesundheit im Mittelpunkt steht. Nicht die Tiere

sind den Anlagen anzupassen, sondern die Anlagen den Tieren. Gekappte Schwänze, gekürzte Zähne oder abgesägte Hörner sind deutliche Zeichen dafür, dass die Tierhaltung tiergerechter werden muss.

Neben der politischen Aufgabe entsprechende Gesetze und Verordnungen zu ändern, bleibt noch der Klageweg der Bürgerinitiative und der Umweltverbände. Da Klagen eine aufschiebende Wirkung haben bleibt also Zeit, die Anlage Haßleben zu stoppen!

MdEU Martin Häusling

Berlin, 24.06.2013

Eine (Tier-) Haltung, die krank macht - postantibiotisches Zeitalter droht!

Zur Vorstellung der von ihm in Auftrag gegebenen [Studie über den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung](#) und die Zunahme von resistenten Bakterien, erklärt der Europaabgeordnete und agrarpolitische Sprecher der Grünen/EFA, Martin Häusling:

„In den letzten Jahren ist es in Europa zu einem explosionsartigen Anstieg resistenter Mikroorganismen gekommen, die in der Humanmedizin nicht mehr durch eine Antibiotika-Therapie behandelbar sind. Eine der Hauptursachen ist der massenhafte Einsatz von Antibiotika in der Tiermast. Dieser Entwicklung muss dringend und konsequent etwas entgegengesetzt werden. In der Tierhaltung wird in Deutschland mehr als doppelt so viel Antibiotika eingesetzt – nämlich über 1700 Tonnen, wie im gesamten Humanbereich (hier sind es 800 Tonnen). Das fördert massiv die Entwicklung von Resistenzen. Wer sich nicht für einen deutlich stärkeren Rückgang des Antibiotika-Einsatzes in der Tierhaltung einsetzt, nimmt fahrlässig eine Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung in Kauf. Unabhängig von der Ausgestaltung der Antibiotika-Politik in den einzelnen Mitgliedstaaten brauchen wir hier ein gesamteuropäisches Vorgehen. Die von mir in Auftrag gegebene Studie zeigt: Wenn eine Mehrzahl der Mitgliedstaaten das Antibiotika-Problem weiterhin negiert, gelangen durch den ausgeprägten europaweiten Nutztierhandel multiresistente Keime auch in Länder, die den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung restriktiv handhaben. Ein koordiniertes Vorgehen ist also nötig, um eine Aussicht darauf zu haben, den Kampf gegen resistente Bakterien gewinnen zu können.“

Bei der Bekämpfung des zu hohen Antibiotika-Einsatzes in der Tierhaltung hinkt Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern hinterher – trotz der gravierenden Risiken, die resistente Bakterien für VerbraucherInnen und vor allem PatientInnen haben können. Wie die Autorin der Studie, Dr. Kathrin Birkel, erläutert, haben Fleisch produzierende Länder wie Dänemark oder die Niederlande in den letzten Jahren mit teils ehrgeizigen Maßnahmen auf die Gefahren reagiert, die der leichtfertige Umgang mit Antibiotika mit sich bringt:

„Die Niederlande haben die Verkaufszahlen für Antibiotika im Tierbereich innerhalb von drei Jahren um 50 Prozent reduziert. Dänemark hat ein strenges Kontrollsystem eingeführt, bei dem Betriebe mit auffälligem Antibiotika-Gebrauch die gelbe oder rote Karte erhalten und dementsprechend bestraft werden. In diesen Ländern hat Verbraucherschutz anscheinend Vorrang vor Wirtschaftsinteressen - anders als in Deutschland.“

In Deutschland soll seit mehr als einem Jahr das Arzneimittelgesetz geändert werden. Eine zahnlose Vorlage von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner lehnte der Bundesrat ab, eine Einigung im Vermittlungsausschuss steht noch aus. Das Zögern und Zaudern der Bundesregierung sei der Lage völlig unangemessen, sagt Birkel: *„Der übermäßige Antibiotika-Einsatz in den Zucht- und Mastbetrieben trägt zur Entwicklung resistenter*

Keime bei. Die Weltgesundheitsorganisation warnt vor einem Zeitalter, in dem Antibiotika gegen Bakterien nichts mehr ausrichten können. Die Regierung steht hier in der Verantwortung. Sie muss den Antibiotika-Verbrauch in der Landwirtschaft so eindämmen, dass die Gesundheit der Bürger und Bürgerinnen nicht aufs Spiel gesetzt wird.“ Die Förderung einer besonders tiergerechten Haltung sei dabei Grundvoraussetzung, so die Autorin.

Martin Häusling stellt daher folgende Forderungen auf:

1 Beschluss einer europaweiten, für alle Mitgliedstaaten verbindlichen Strategie und eines Maßnahmenpakets zur Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes in der Tierhaltung.

2 Reduktion des Antibiotika-Einsatzes in der Tierhaltung bis zum Jahr 2018 um 50 Prozent gegenüber dem Niveau von 2012.

3 Neudefinition europaweiter, eindeutiger und umfassender Standards einer tiergerechten Haltung. EU-Subventionen werden zukünftig an deren Einhaltung und eine verpflichtende Betriebsberatung für tierhaltende Betriebe gebunden.

4 Neudefinition von Züchtungszielen - weg von anfälligen „Hochleistungstieren“ und Rückbesinnung auf widerstandsfähige Tierrassen.

5 Verbot des Einsatzes von der WHO als für den Menschen besonders wichtig eingestufte „Notfall-Antibiotika“ (Reserve-Antibiotika) in der Tiermedizin.

6 Überprüfung der Trennung von Verschreibung und Verkauf von Antibiotika durch den Tierarzt (Dispensierrecht) in der Nutztierhaltung. Kein Mengenrabatt auf verschriebene Antibiotika.

7 Verbot der systematischen Prophylaxe, Metaphylaxe (Vorbeugung in Gruppenhaltungen) sowie des Einsatzes von Antibiotika in unter therapeutischen Dosen liegenden Mengen.

8 Erfassung aller Antibiotika-Einsätze in der Tierhaltung in einer zentralen Datenbank: Eine EU-weiten elektronische Datenbank muss Behörden einen Überblick über alle verkauften und verabreichten Antibiotika (aufgeschlüsselt nach Betrieb, Präparat, Tier, Tagesdosis und Behandlungsdauer) verschaffen, um einen Abgleich von verkauften und eingesetzten Mitteln und frühzeitige Reaktion auf Fehlentwicklungen und neue Antibiotika-Resistenzen zu ermöglichen.

9 Öffentliche Bekanntgabe von Betrieben und Personen, die wiederholt gegen Auflagen verstoßen.

10 Rote Karte für Antibiotika-Missbrauch: Einführung des „Yellow-(Red-)Card“-Prinzips, mit dem Behörden unverhältnismäßige Antibiotika-Gaben kontrollieren und sanktionieren können.

11 Hinreichende EU-weite gleiche Sanktionsmöglichkeiten, die das Risiko weitere Resistenzen wirksam verhindern können. Im Extremfall müssen Behörden Betriebslizenzen entziehen können.

12 Verbreitung von Resistenzen senken: Systematische Erfassung und Markierung von Betrieben und Regionen mit ähnlichen Resistenzen, verbunden mit der Möglichkeit zur Einschränkung des Austausches von Tierbeständen zwischen Betrieben.

Weitere Informationen:


Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament - Martin Häusling

Tel. +32-2-284-5820, Fax +32-2-284-9820 Email: martin.haeusling@europarl.europa.eu

Martin Häusling

Mitglied des Europäischen Parlaments und Koordinator für Greens/EFA im Agrarausschuss

ISN

24.06.2013 

Frankreich: Inaporc fordert 30 Cent/kg mehr für Schweinefleisch

Schlechte Noten hat die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Schweinebranche im Vergleich zur EU-Konkurrenz im Rahmen einer wissenschaftlichen Untersuchung erhalten.

Das französische Fachinstituts für Schweinehaltung (ifip) hat anhand von insgesamt 33 Variablen einen Index zur Messung der Wettbewerbskraft erstellt. Darunter das makroökonomische Umfeld, die technische Ausstattung und Zustand der Stallgebäude, die Produktivität der Schweinehalter, aber auch Indikatoren der nachgelagerten Stufen wie Schlachthofstrukturen, Arbeits- und Produktionskosten oder die Stellung eines Landes im Außenhandel, listet Agra Europe auf.

Dänemark auf Rang 1

Nach dem europäischen Wettbewerbsindikator landete Frankreich weit hinter anderen wichtigen EU-Schweinefleischproduzenten.

Von der Maximalpunktzahl von 1,0 war Dänemark mit 0,79 Indexpunkten am wenigsten weit entfernt; es folgten fast gleichauf mit etwa 0,5 Punkten Deutschland, die Niederlande und Spanien. Frankreich landete dagegen abgeschlagen mit einem Wert von 0,31 auf dem letzten Platz.

Schlecht schnitt der Schweinesektor des Nachbarlandes nicht nur wegen der hohen Lohnkosten ab; laut ifip mangelte es vielfach auch an Investitionen in moderne Industriebetriebe.

Inaporc: +30 Cent/kg!

Um den seit Jahren anhaltenden Rückgang der französischen Schweineproduktion zu stoppen und die gesamte Branche wieder auf Vordermann zu bringen, schlug der Präsident des Branchendachverbandes Inaporc, Guillaume Roué, vor, den Verbraucherpreis für Schweinefleisch um 30 Cent/kg zu erhöhen und mit den zu erwartenden Einnahmen von 780 Mio Euro den Sektor wieder wettbewerbsfähiger zu machen.

ISN

5.06.2013 

Schreiben Sie Fernsehkoch Rach ihre Meinung!



ISN-Mail an Christian Rach zur Sendung "Rach deckt auf" vom 24.06.2013

Gibt es keine neuen Rezepte mehr, über die man berichten kann? Sind alle Kochduelle ausgefochten, mies laufende Restaurants ausgetestet und womöglich gerettet und ausreichend perfekte Dinner in Deutschlands Städten aufgetischt worden?

Was? Die Deutschen essen immer noch gerne... Fleisch? Dann verderben wir ihnen den Appetit jetzt mal so richtig, sagte sich – wie es uns scheint – Deutschlands bekannter Fernsehkoch Christian Rach. Er zog aus, den deutschen Verbraucher aufzuklären und dabei scheinbar skandalöse Verhältnisse in der deutschen Schweinehaltung aufzudecken.

Sollte ein Sternekoch nicht mehr können, als nur aufzuwärmen?

Am 24.06.2013 zur besten Sendezeit um 20.15 Uhr strahlte RTL Rach deckt auf aus. Die Zutatenliste ist schon hinlänglich bekannt: Schockierende Bilder aus einem Schweinestall – gefilmt von der Tierrechtsorganisation Peta und ein angeblicher Skandal – in diesem Fall Formschinken. Ein Skandal aus dem Jahr 2009, der nun wieder aufgewärmt werden sollte. Olle Kamellen, denn die EU hat bereits gehandelt und ab 2014 gilt eine Kennzeichnungspflicht für bestimmte Klebeenzyme. Sollte ein Sternekoch nicht mehr können, als nur aufzuwärmen?

Der eigentliche Skandal...

Für die Schweinehalter in Deutschland ist die Sendung der eigentliche Skandal. Schockierende Bildern aus einem Schweinestall irgendwo in Niedersachsen wurden verallgemeinert und auf alle konventionellen Schweinemastbetriebe projiziert. In der Sendung wurden zunächst Bilder aus einer Krankenbucht gezeigt. Wie Rach richtig feststellt, befinden sich darin nur kranke Tiere. Welche Tiere sollen denn sonst in der Krankenbucht sein? Zu diesem Zweck sind genau in jedem Schweinestall Krankenbuchten vorgeschrieben.

Auch die weiteren Bilder aus dem Stall zeigen ganz klar unhaltbare Zustände. Anscheinend haben die Tiere keinen Zugang zu Wasser und der Güllespiegel steigt über die Spalten. Schockierende Bilder auch für viele Schweinehalter. Ein Tierhalter, der seine Tiere so hält, gehört sanktioniert. Die Zustände wurden zur Anzeige gebracht, richtig so.

Wer billigen Schinken isst, muss damit rechnen, dass Fleisch von solchen Tieren darin landet, die so gezüchtet werden wie diese. Fleisch von so einer Farm könnte in einem solchen zusammengefügt Schinken enthalten sein. Rach rät: Kaufen Sie beim regionalen Metzger ein. Wir sagen dazu: Polemisch wird hier unsachlich verallgemeinert. Kaufen Sie gern beim Metzger ein, wir haben bestimmt nichts dagegen. Das sind nämlich oftmals auch unsere Schweine. Bitte dabei bedenken: auch regionale Metzger verarbeiten Schweinehälften und – teile, die sie von großen Schlachthöfen beziehen.

Stellen Sie sich vor...

Stellen Sie sich vor: Ein Restaurant mit Hygienemängeln würde in vergleichbar tendenziöser Weise dargestellt. Angenommen es würden dort geheime Aufnahmen gemacht und gemutmaßt, diese Zustände könnten Sie in jedem Restaurant so sehen. Also auch in den von Herrn Rach betreuten Lokalitäten könnte so gearbeitet werden.

Man würde dann weiter empfehlen, nur noch selbst zu kochen, denn nur so könne man sicher sein, dass die Hygienestandards eingehalten werden. Wie würde Herrn Rach wohl eine solche Sendung gefallen? Sicher so, wie uns seine gefallen hat. Das würde ihm im wahrsten Sinne des Wortes auch nicht schmecken.

**Die deutschen Schweinehalter wollen sich nicht zum Bauernopfer machen lassen!
Die ISN hat in einer E-Mail an Herrn Rach zur gestrigen Fernsehsendung Stellung genommen.
Schreiben auch Sie an Herrn Rach!**

 [ISN-Mail zu "Rach deckt auf" vom 24.06.2013](#)

Nach Christian Rach am Montag, widmete sich ein weiterer Sternekoch, ebenfalls zur besten Sendezeit dem Thema Fleisch. Nelson Müller zeigte am Dienstag im ZDF, dass es auch anders geht!

 [Mit dem Zweiten sieht man besser – Sternekoch Nelson Müller testet Fleisch](#)

Sie haben die Sendung verpasst?

 [Bei RTL now können Sie die Sendung in voller Länge sehen..hier klicken](#)

 [Bild der Woche...](#)

TOP AGRAR ONLINE

Geflügelverbände gehen rechtlich gegen Antibiotikaüberprüfung vor

[25.06.2013]

Die Unternehmen und Verbände der **Geflügelbranche** gehen derzeit mit rechtlichen Mitteln gegen die fachaufsichtliche Überprüfung des Einsatzes von **Antibiotika** in der **Putenmast** vor.

So hatte die Kanzlei Graf von Westphalen im Auftrag der Putenerzeugergemeinschaften Münsterland, Rheinland und Nordwest sowie in Abstimmung mit dem Verband Deutscher Putenerzeuger die Kommunen in Nordrhein-Westfalen davor gewarnt, sich an der vom Landesumweltamt (LANUV) durchgeführten fachaufsichtlichen Überprüfung zu beteiligen.

Gleichzeitig setzte die Kanzlei den Gemeinden ein Ultimatum: Bis zum 14. Juni müssten sie eine Erklärung unterschreiben, Daten zur Tierhaltung, zur Betriebsstätte, zu einzelnen Mastdurchgängen sowie Behandlungsdaten und Zahl der Verabreichungen eines Antibiotikums nicht an das LANUV weiterzureichen. Sollten die Kommunen bis zu diesem Datum keine entsprechende Erklärung abgeben, würden rechtliche Schritte gegen die nordrhein-westfälischen Kommunen geprüft.

Remmel: „Einmaliger Affront gegen die Kommunen“

Darüber ärgert sich Nordrhein-Westfalens Landwirtschaftsminister Johannes Remmel zutiefst. „Das Vorgehen des Verbandes der deutschen Putenerzeuger sowie einiger Putenerzeugergemeinschaften gegen das Land und die Kommunen zeigt ganz klar, dass sie nicht an Transparenz interessiert sind“, so Remmel in einer eigens herausgegebenen Pressemitteilung. „Hier sollen offenbar schwarze Schafe unter den Betrieben auf Kosten der Verbraucher weiterhin geschützt, anstatt Missstände offen gelegt werden“, vermutet er.

Vom Verband und den Unternehmen werde versucht, mit fadenscheinigen Argumenten die Kommunen einzuschüchtern. Remmel: „Unser Verfahren wurde erst kürzlich vom Datenschutzbeauftragten des Landes NRW geprüft. Es wurde nichts beanstandet.“ Der grüne Minister fordert daher die Geflügelhalter auf, ihre teure Bekämpfung der behördlichen Erhebung einzustellen. „Beenden Sie das Säbelrasseln und die Einschüchterungsversuche. Stecken Sie das Geld lieber in bessere Haltungsbedingungen und einen Aktionsplan zur Reduzierung von Antibiotika in der Putenmast!“

Die Drohung ist laut Remmel ein einmaliger Affront gegen die Kommunen und gegen das Land NRW, der seines gleichen sucht. Die Torpedierungsversuche der Geflügelhalter zeigten ganz klar, dass es in der Intensivtierhaltung ein massives Antibiotika-Problem gibt und dass Verbände sowie Unternehmen alles tun, damit sich nichts verändert, so der Politiker. Eine antibiotikafreie Tierhaltung sieht er heute als absolute Ausnahme an.

Remmel wiederholt in diesem Zusammenhang noch einmal die Zahlen einer bundesweiten Studie. Danach wurden im Jahre 2011 rund 1734 t Antibiotika in Deutschland an tierärztliche Hausapotheken geliefert, über 90 % davon wurden für Nutztiere eingesetzt. (ad)

Meyer spricht Tierhaltern Kompetenz ab: "Sie müssen die Ställe kühlen!"

[25.06.2013]

Niedersachsens **Landwirtschaftsminister Christian Meyer** (Grüne) kann nicht nur die Vorschriften verschärfen, er weiß jetzt offenbar auch, wie das praktische Handwerk geht. So hat er vergangene Woche - als es so heiß war - die Tierhalter aufgefordert, effektive Maßnahmen zu ergreifen, um unnötige Wärmebelastungen für die Tiere zu verhindern. Dies lässt erneut durchblicken, dass der Minister in der Tat den Landwirten die Tierhaltung nicht zutraut bzw. ihnen jegliche Fachkenntnis abspricht.

Laut Meyer würde bei den Temperaturen in Verbindung mit hoher Luftfeuchtigkeit insbesondere Geflügel leiden. Die Landwirte sollten sich daher die „Merkblätter zur Vermeidung von Hitzestress bei Geflügel“ besorgen. „Ich erwarte, dass die niedersächsischen Merkblätter von allen Geflügelhaltern berücksichtigt werden“, so sein Befehl. Meyer erinnerte an vergangene Jahre, wo Lüftungen und Beschattungen nicht gereicht hätten.

Er rief die Geflügelhalter in diesem Zusammenhang dazu auf, die Besatzdichte zu reduzieren und weitere geeignete Managementmaßnahmen zu ergreifen. Dazu gehörten unter anderem zusätzliche Kontrollgänge sowie die Umstellung der Fütterung auf die kühleren Abend- und Nachtstunden. Besonders die Reduzierung der Besatzdichte in den Ställen während der Sommermonate - also von Mitte Mai bis Mitte September - sei eine geeignete Maßnahme, um unnötige Belastungen für die Tiere zu verhindern.

Und wer das Merkblatt nicht lesen will, für den hat der grüne Minister noch eine Drohung im Gepäck: So würden die für die Überwachung des Tierschutzes zuständigen Veterinärbehörden im Rahmen der amtlichen Kontrollen nochmals auf die Beachtung der Merkblätter hinweisen und dem Ministerium über besondere Vorkommnisse berichten, stellte er klar. (AgE/ad)

Europlant weist Vorwürfe Ostendorffs ausdrücklich zurück

[25.06.2013]

Die **Europlant Pflanzzucht GmbH** hat Vorwürfe, die Grünen Agrar-Sprecher Friedrich Ostendorff im Zusammenhang mit den Untersuchungen des **Bundeskartellamtes** zu einem möglichen „Kartoffel-Kartell“ gegenüber dem Unternehmen erhoben hat, ausdrücklich zurückgewiesen.

Ostendorff hatte nach Bekanntgabe der Ermittlungen erklärt, „die drei großen Züchtergruppen Europlant, Norika und Saka bestimmen den Preis für die Pflanzkartoffeln zum Nachteil der Bauern“.

Europlant betonte hierzu in einem jetzt veröffentlichten Schreiben an Ostendorff, dass der Preisfindung des Unternehmens eine gründliche Analyse der aktuellen Marktsituation vorausgehe. Im zweiten Schritt werde festgelegt, zu welchem Preis die Produkte wirtschaftlich erfolgreich an den Großhandel verkauft werden könnten.

„Wie Ihnen bekannt sein dürfte, werden unsere Preise, wie auch die unserer Wettbewerber, in verschiedenen landwirtschaftlichen Medien veröffentlicht. Die Preise für Pflanzkartoffeln sind absolut transparent und es ist die freie Entscheidung der Landwirte und Händler, ob sie unser Angebot in Anspruch nehmen möchten oder das eines Wettbewerbers“, so Europlant in dem Brief an Ostendorff.

Zu dessen Vorwurf, wonach Europlant neben dem Pflanzkartoffelmarkt auch wesentliche Teile der Vermarktung für Speisekartoffeln kontrolliere und „wir es also offensichtlich mit einem riesigen Agrarkartell zu tun haben, das Erzeuger und Verbraucher in den Zangengriff nimmt“, stellte das Unternehmen fest, dass die Kartoffelbranche in Deutschland arbeitsteilig organisiert sei. Man befinde sich mit anderen Anbietern in einem intensiven Wettbewerb. Die Annahme, dass man den Pflanzkartoffelmarkt kontrollieren könne, entbehre daher jeglicher Grundlage, so Europlant. Das Bundeskartellamt teilte auf Anfrage zu dem laufenden Verfahren mit, dass sich dieses noch in einem frühen Stadium befinde. Es handle sich um eine „sehr kleinteilige Arbeit“.

Von Marktbeherrschung kann keine Rede sein

Laut Angaben des Lüneburger Unternehmens beläuft sich der jährliche Gesamtbedarf an Pflanzgut in Deutschland auf etwa 600 000 t, während die eigene Vermarktungsmenge auf jährlich rund 120 000 t beziffert wird. Von einer marktbeherrschenden, geschweige denn kontrollierenden Position könne daher keine Rede sein, betonte Europlant. Im Übrigen müsse man sich tagtäglich auch international im EU-Binnenmarkt behaupten. Die Pflanzgutpreise in Deutschland lägen deutlich unter denen anderer westeuropäischer Erzeugerländer.

Auch die Aussage, dass „unser Unternehmen wesentliche Teile der Vermarktung für Speisekartoffeln kontrolliert, ist grundlegend falsch“, führte Europlant aus. Produziert und vertrieben würden in erster Linie Pflanzkartoffeln; die Vermarktung von Speise- und Verarbeitungskartoffeln überwiegend aus den Absortierungen der Pflanzgutproduktion sei nur ein kleiner Teil des Geschäftsmodells und überwiegend exportorientiert. „Wir sind lediglich Vorlieferant von Abpackbetrieben und in keiner Weise an diesen beteiligt“, stellte das Unternehmen hierzu klar. (AgE/ad)

Lebensmittel in Deutschland im EU-Vergleich recht teuer

[25.06.2013]

Lebensmittel sind in Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Ländern offenbar doch nicht so günstig wie immer angenommen. Wie das europäische Statistikamt Eurostat mitteilt, ist vor allem Fleisch bei uns relativ teuer, es kostet 128 % des durchschnittlichen Preises in der EU. Insgesamt lag das Preisniveau für Lebensmittel 2012 in Deutschland rund 6 % über dem der EU-Partnerländer.

Wie der Spiegel dazu berichtet, überrascht das Ergebnis, sind bei uns doch die Discounter Lidl und Aldi besonders aggressiv. Zudem weisen uns Studien seit Jahren nach, wie wenig die Deutschen von ihrem Einkommen für Lebensmittel ausgeben müssen.

Dafür, dass die Nahrungsmittel hierzulande über dem EU-Schnitt liegen, sind die osteuropäischen Staaten verantwortlich. Denn gerade im Osten Europas - etwa in Polen (61 % des EU-Schnitts), Rumänien (67 %), Bulgarien (68 %) oder Ungarn (81 %) - ist Essen und Trinken sehr günstig und zieht den Schnitt weit nach unten. Im Vergleich zu den meisten anderen Euro-Staaten oder den westlichen Nachbarländern sind die Lebensmittelpreise in Deutschland immer noch niedriger: So müssen Dänen im Schnitt 143 % des EU-Durchschnitts dafür bezahlen, die Österreicher 120 % und die Franzosen 109 %, so der Spiegel.

Bei Milch, Käse und Eiern liegen die Preise in Deutschland sogar im Vergleich zu Osteuropa mit 92 % des EU-Schnitts sehr niedrig, heißt es weiter. Nur in Polen müssten Verbraucher deutlich weniger dafür zahlen. Besonders teuer sind diese Produkte in Griechenland oder Zypern, wo die Preise bei 132 bzw. 141 % des EU-Schnitts liegen.

Der Blick über alle EU-Staaten hinweg verdeutlicht laut den Statistikern jedoch die enormen Preisunterschiede. So war das Preisniveau eines vergleichbaren Warenkorb von Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken im Jahr 2012 im teuersten Mitgliedstaat der 27 EU-Länder mehr als zwei mal so hoch wie im billigsten Mitgliedstaat. (ad)

Provieh: Deutschland keineswegs Weltmeister im Tierschutz

[25.06.2013]



Das Logo von Provieh Dem **Tierschutz**

zuwiderlaufende Handlungen im landwirtschaftlichen Nutztierbereich sind keine Taten bössartiger **Tierquäler**, sondern das Ergebnis systembedingter Folgen, was auch vielen Landwirten nicht mehr gefällt. Darauf hat der Geschäftsführer von Provieh - Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung (Provieh - VgtM), Stefan Johnigk, vergangene Woche im Gespräch mit dem Bauernblatt Schleswig-Holstein hingewiesen. Er betonte, Schweine, Rinder, Hühner und alle anderen Tiere auf den landwirtschaftlichen Betrieben seien keine Produktionsmittel wie Traktor oder Silofolie, sondern Lebewesen. Sie empfänden Leid und Freude wie die Menschen, wenn auch auf ihre höchst arteigene Weise. Und genau diese Eigenartigkeiten und angeborenen Bedürfnisse müssten, so gut es gehe, respektiert und erfüllt werden. Sie hingegen „einer eisigen Doktrin der Ökonomie zu opfern, muss uns als Gesellschaft beschämen“, sagte Johnigk. Provieh verstehe sich als konsequenter Fürsprecher des Viehs.

Fortschritte mit Nachdruck gegen Dumpingpreise verteidigen

Mit Blick über die Grenzen stellte Johnigk fest, dass Deutschland keineswegs der Weltmeister im Nutztierschutz sei. Wie in vielen EU-Mitgliedstaaten gebe es auch in Deutschland durchaus Probleme, geltendes Tierschutzrecht wie die Schweinehaltungsrichtlinie konsequent einzuhalten. „Wir müssen uns im weltweiten Vergleich aber auch nicht verstecken und sollten die Fortschritte bei unseren Tierhaltern mit Nachdruck gegen Dumpingpreise aus dem Ausland verteidigen“, betonte der Provieh-Geschäftsführer. Als einen Vorreiter in Sachen Nutztierschutz sieht er die Schweiz. Dort seien keine Verstümmelungen am Nutztier erlaubt, was auch konsequent kontrolliert und eingehalten werde. Auch sei in der Schweiz das freie Abferkeln ohne Fixierung der Sauen üblich, ohne dass mehr Ferkel dabei zu Schaden kämen.

In Schweden werde auf das Kürzen des Ferkelschwanzes verzichtet, und die Ställe seien verhaltensgerecht eingestreuert. In England seien keine Kastenstände für Sauen mehr üblich, während die Ebermast dort ohne Ebergeruchsdebatten praktiziert werde. Die Nachbarländer, die höhere Standards umgesetzt hätten, machten Deutschland aber zu Recht den Vorwurf, durch Exporte deren Errungenschaften zu gefährden, erklärte Johnigk. Zurzeit beklage die Schweiz ganz massive Probleme, weil die Lebensmittelhandelsketten das Fleisch in Deutschland billiger einkauften. (AgE)

Zweifel an weiterem Wachstum in der Tierhaltung

[24.06.2013]



Prof. Hiltrud Nieberg Für fraglich hält die Direktorin des Thünen-Instituts für Betriebswirtschaft, Prof. Hiltrud Nieberg, eine Fortführung des zuletzt zu beobachtenden Wachstums in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in Deutschland.

Begrenzende Faktoren für eine weitere Ausdehnung seien steigende Pachtkosten sowie in einigen Regionen zunehmende Kosten für die Gülleentsorgung, sagte die Wissenschaftlerin vergangene Woche in Herrsching. Ihrer Einschätzung nach wird der gesellschaftliche Druck auf sehr große Tierbestände zunehmen, und zwar nicht nur in den Veredlungsregionen. Allerdings könnten umwelt- und tierschutzrechtliche Maßnahmen dazu führen, dass sich die Aufgabe von kleinen Tierbeständen weiter beschleunige, so die Institutsleiterin.

Laut Nieberg wird sich der Strukturwandel mit einem anhaltenden Rückgang der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe und steigenden Betriebsgrößen fortsetzen. An diesem grundsätzlichen Trend werde auch die anstehende Agrarreform nichts ändern. Gleichwohl wird es der Agrarökonomin zufolge auch künftig ein Nebeneinander von kleinen und großen Betrieben sowie breit gefächerte Möglichkeiten zur Erzielung eines angemessenen Einkommens geben.

Weiter zunehmen werden ihrer Meinung nach aber die Verflechtungen zwischen den Betrieben und Unternehmen. Stichworte dafür seien Kooperationen, Beteiligungen an anderen Betrieben, die Gründung eigener Dienstleistungsunternehmen oder auch der Aufbau neuer Unternehmenszweige. Im Ergebnis stünden komplexere Unternehmensstrukturen, so dass das klassische Bild eines landwirtschaftlichen Familienbetriebes immer weniger zutreffe. Die derzeitige Agrarstatistik spiegele damit die tatsächliche Einkommenslage der landwirtschaftlichen Unternehmen nur noch unzureichend wider. (AgE/ad)

Kloos: „Wir wollen Veränderungen mit der Landwirtschaft.“

[26.06.2013]



Dr. Robert Kloos Regionale Konzentrationsprozesse in der Tierhaltung und ökonomisch notwendige Wachstumsschritte werden wegen ihrer Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt in weiten Teilen der Gesellschaft kritisch gesehen. Darauf wies der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Dr. Robert Kloos, bei der Jahrestagung des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) vergangene Woche in Herrsching hin. Heute übliche Praktiken in der Tierhaltung, optimierte **moderne Tierhaltungsverfahren**, die sich an den aktuellen wirtschaftlichen aber auch wissenschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen orientierten, würden von immer mehr Verbrauchern hinterfragt. Dies gelte insbesondere für nicht kurative Eingriffe am Tier, die Verwendung von Tierarzneimitteln oder auch der Einsatz von Futtermitteln aus Übersee. In der Kritik stünden auch die „allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten optimierten Stallhaltungssysteme“.

Bund und Länder hätten sich vor diesem Hintergrund darauf verständigt, Stallbauinvestitionen nur noch zu fördern, wenn sie bestimmte, von den Ländern festgelegte Anforderungen in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz erfüllten und über die derzeit geltenden Standards hinaus einen Beitrag zum Tierschutz leisteten. Kloos wies in diesem Zusammenhang Vorwürfe von Tierschützern zurück, die Standards seien zu wenig ambitioniert. Es sei wichtig, dass die Investitionsförderung nicht wegen zu hoher Anforderungen ins Leere läuft. „Wir wollen Veränderungen mit der Landwirtschaft“, betonte der Spitzenbeamte. (AgE)

Schaber: Aigner vertritt die Interessen der Industrie

[26.06.2013]



Romuald Schaber Die Agrarministerin Ilse Aigner lehnt eine Einführung des „Freiwilligen Produktionsverzichts gegen Ausfallentschädigung“ (FPVZ) ab, um den Interessen der Industrie nach billiger Milch nicht im Wege zu stehen. Das behauptet **Romuald Schaber**, Vorsitzender des **Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter e.V. (BDM)**, in einer Pressemitteilung.

Schaber sagt, dass der BDM die ablehnende Haltung Aigners nicht nachvollziehen könne. Die Mehrheit der deutschen Milchviehhalter wolle im Milchmarkt mehr marktwirtschaftliches und unternehmerisches Denken und Handeln. „Dazu gehört auch, die Produktionsmenge an die reale Nachfrage anzupassen. Das Instrument FPVZ würde dazu führen, dass jeder mehr Marktverantwortung übernimmt“, so Schaber.

In dieser Woche soll es eine Einigung geben, wie die Landwirtschaftspolitik in den nächsten Jahren aussehen wird. Die Verhandlungen der EU-Agrarminister sind bereits abgeschlossen, allerdings muss das EU-Parlament noch dem Reformkompromiss zustimmen. Das Parlament will seine Entscheidung insbesondere von der Gestaltung der Gemeinsamen Marktordnung im Milchbereich abhängig machen.

Besonders umstritten bleibt weiterhin die Einführung des zusätzlichen Marktkriseninstrumentes in Krisenzeiten. Durch den FPVZ soll das Milchangebot zeitlich beschränkt reduziert werden. So soll sich schneller wieder ein Marktgleichgewicht einstellen. Laut dem BDM ist die Einführung des FPVZ unumgänglich, um den Milcherzeugern ein nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen.

AgrarZeitung.de

Mehr Kontrolleure | 26. Juni 2013, 10:06 Uhr Meyer möchte stärker überwachen

Der Agrarminister Niedersachsens zieht auf Burg Warberg Lehren aus Lebensmittel-Skandalen. Beprobungen sollen ausgedehnt werden.

Dem Eigenkontrollsystem der Unternehmen der Lebens- und Futtermittelwirtschaft sei in der Vergangenheit „zu sehr vertraut worden“. Das betonte Christian Meyer (Grüne), seit etwas mehr als 100 Tagen Landwirtschaftsminister in Niedersachsen, am Mittwochabend in seiner Festrede zum 75-jährigen Bestehen der Bundeslehranstalt Burg Warberg.

Wirksame Prävention

Meyer zog damit seine Bilanz aus den Vorfällen um Aflatoxin belasteten Futtermais, den Pferdefleisch-Skandal und den Verstößen gegen Haltungsbestimmungen bei Legehennen. Er setze auf eine personelle und inhaltliche Verbesserung der amtlichen Kontrollen, so Meyer weiter. Das sei eine „wirksame Maßnahme zur Prävention künftiger Vorfälle“.

Der grüne Agrarminister bekräftigte außerdem seinen Kurs, nach dem die Unternehmen ein gestärktes staatliches Kontrollsystem über Gebühren finanzieren sollen. „Auch in Niedersachsen gilt die Schuldenbremse“, so Meyer. Kleine mittelständische Unternehmen sollten aber von den Gebühren für Kontrollen ausgenommen werden.

Grenzen der Bundesländer

Im Sinne einer risikobasierten Überwachung sollen Kontrollen laut Meyer vor allem bei solchen Unternehmen ausgedehnt werden, die Importware in den Umlauf brächten. Bei großen Lebensmittelkonzernen stießen die Überwachungsmechanismen der Bundesländer an ihre Grenzen: Solche Unternehmen müssten „mindestens auf Bundesebene“ kontrolliert werden, betonte der Minister.

Haftungsfonds für Landwirte

Landwirten, die oftmals unverschuldet die Konsequenzen von Lebens- oder Futtermittelbelastungen durch Betriebssperren tragen müssten, signalisierte Meyer Unterstützung und brachte einen von der Industrie getragenen Haftungsfonds ins Spiel.

Hinsichtlich der fachlichen Weiterentwicklung der Lebens- und Futtermittelkontrolleure hob Meyer eine Stärkung des „vernetzten Denkens“ hervor. „Wenn zur Erntezeit schon vor Aflatoxin-Belastungen in Mais in bestimmten Regionen die Rede ist, muss klar sein, dass diese Belastung auch in Futtermitteln auftauchen kann“, erläuterte der Minister. Ähnliche Probleme könnten sich nach Hochwasser und Überflutungen hierzulande stellen.

Gegen die Entfremdung

„Der Verbraucherschutz in Niedersachsen bekommt eine neue Rolle“, sagte Meyer weiter in seiner Festtagsansprache. Generell mache sich seit Skandalen wie jenen um Pferdefleisch in Fertiggerichten Verunsicherung unter den Verbrauchern bemerkbar. Es herrsche eine „Entfremdung“ zur landwirtschaftlichen Produktion. Dieser müsse mit „mehr Aufklärung“ begegnet werden. Zugleich betonte der Minister die Vorzüge regionaler Produkte. (pio)

Freihandel mit USA | 26. April 2013, 11:58 Uhr EU-Parlament fordert Rücksicht im Agrarsektor

Das Europäische Parlament spricht sich für ein umfassendes Freihandelsabkommen mit den USA aus. Es erwartet sich davon Wachstum und neue Arbeitsplätze.

Eine Erklärung zum geplanten Handelsabkommen zwischen der EU und den USA stimmte das EP am Donnerstag in Brüssel ab. Die Abgeordneten betonen die unterschiedlichen Vorstellungen der Verbraucher auf beiden Seiten des Atlantiks.

Die Ablehnung der grünen Gentechnik in der EU, von hormonbehandeltem Rindfleisch oder von Klonfleisch sollten deshalb in den Verhandlungen berücksichtigt werden. Außerdem sei die EU nicht bereit, auf das Vorsorgeprinzip zu verzichten, heißt es in der Erklärung. Das Parlament muss einem Freihandelsabkommen mit den USA an Schluss zustimmen, weshalb die Abgeordneten schon im Vorfeld Position beziehen möchten.

Bereits EU-Handelskommissar Karel de Gucht stellte klar, dass die EU ihre Gesetzgebung Gentechnik nicht in den Verhandlungen mit den USA in Frage stellen werde. Im Juni wollen die EU-Mitgliedstaaten der EU-Kommission ein Mandat erteilen, damit die Verhandlungen wie geplant im Juli starten können. (Mö)

Tierwohl-Label | 7. Mai 2013, 16:33 Uhr Brüssel fördert Beter Leven

Das Tierschutz-Label „Beter Leven“ erhält von der EU-Kommission Unterstützung für Öffentlichkeitsarbeit. Verbesserung der Bekanntheit in den Niederlanden via Social Media und Internetportal geplant.

Absatzförderungsmittel für Schweinefleisch in Höhe von 2,7 Mio. € werden an die Vion Food Group oder deren Eigner, die niederländische "Südliche Landwirtschafts- und Gartenbauorganisation", ZLTO. Wie die EU-Kommission mitteilte, ergänzt der Verband die Beihilfe durch Eigenmittel aus den Niederlanden in derselben Höhe. dies berichtet Agra Europe.

Der Gesamtetat von rund 5,5 Mio. € verteile sich auf drei Jahre. Ziel der Absatzförderung ist es laut dem niederländischen Wirtschaftsministerium, das Image von nachhaltig erzeugtem Schweinefleisch bei den Verbrauchern im eigenen Land zu verbessern. Dabei soll das Label „Beter Leven“ im Fokus stehen, das von der niederländischen Tierschutzorganisation Dierenbescherming vergeben wird.

Geplant sei die Einrichtung eines entsprechenden Internetportals sowie der Einsatz von Social Media und Filmen, die das Leben der Tiere in den Ställen zeigten. ZLTO ist alleiniger

Anteilseigner des niederländischen Fleischkonzerns Vion food, der Fleisch unter dem Label an führende Lebensmitteleinzelhandelsketten vermarktet. (az)

Antibiotika-Einsatz | 23. Mai 2013, 14:12 Uhr QS präsentiert Ergebnisse

Das Prüfsystem für Lebensmittel kann erste Ergebnisse des Antibiotika-Monitorings vorlegen. Landwirte und Tierärzte füllen Datenbank mit Informationen aus Geflügelbetrieben und Schweinemastanlagen.

„Der Antibiotika-Einsatz in der Geflügel- und Schweinehaltung wird transparent“, erklärt Dr. Hermann-Josef Nienhoff, Geschäftsführer der QS Qualität und Sicherheit GmbH, anlässlich der Vorstellung des Jahresberichtes des Unternehmens heute in Frankfurt.

Dort wurden vor allem die ersten Ergebnisse des Antibiotika-Monitorings präsentiert. Seit April 2012 wird von den an das QS-System angeschlossenen mehr als 6.000 Geflügelhaltern und seit September 2012 fast 25.000 Schweinemästern unter Mitwirkung von über 1.000 Tierärzten der Einsatz von Antibiotika dokumentiert.

Erst erfassen, dann beurteilen

Erste Auswertungen zeigen: Bei 17 Prozent der Masthähnchenherden wurden keine Antibiotika eingesetzt. In der Schweinemast führten 24 Prozent der erfassten Betriebe keine Antibiotikabehandlung durch.

Demnächst bekommen die Tierhalter eine Rückmeldung, wo sie in dem System stehen, ob ihr Therapieindex eher im Mittelfeld liegt oder weit oberhalb oder gar unterhalb der durchschnittlichen Anwendung der Medikamente.

Bei einem erhöhten Therapieindex werden gemeinsam mit dem Tierarzt Maßnahmen ergriffen, um eine Reduzierung zu erreichen. Was jetzt noch ansteht, ist die Bewertung dieser Ergebnisse und die Festlegung einer Benchmark.

Eigenkontrollen der Wirtschaft funktionieren

Nienhoff beurteilt die Arbeit der QS-GmbH positiv. „Die Eigenkontrollen der Wirtschaft funktionieren“, sagte er. Das habe vor allem der Aflatoxin-Skandal gezeigt. Aber das System müsse immer auch mit den staatlichen Lebensmittelkontrollen zusammenarbeiten.

Neben dem Blick auf Antibiotika, treibt das QS-System die Internationalisierung voran und koordiniert die momentane Debatte zum Thema Tierwohl. Mit dem Erscheinen des [Kompass Jungebermast](#) soll ein erster Schritt getan werden, um den Landwirten „Mut zu machen, dieses Thema anzupacken“, so Heinrich Dierkes, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Schweinehalter Deutschlands, ISN. (hed)

Bestandsabbau | 3. Juni 2013, 9:42 Uhr Polnische Mäster rufen um Hilfe

Die Schweinezahlen in Polen sinken auf einen neuen Tiefstand. Das Ministerium prüft staatliche Hilfen aus künftigen EU-Finzen.

Nur noch 10,9 Millionen Schweine hat die Statistikbehörde in Warschau zum Zähltermin Ende März 2013 ermittelt. Im Vergleich zum Vorjahresmonat beträgt der Rückgang 5 Prozent. Hoffnungen, dass es bald einen Bestandsaufbau geben könnte, machen die aktuellen Zahlen nicht. Der Zuchtsauenstand umfasst jetzt nur etwa 1 Million Tiere und ist damit rund 10 Prozent kleiner als Ende März 2012.

Anhaltender Bestandsabbau

Wie klein die polnischen Schweinebestände sind, zeigt der mehrjährige Vergleich. Vor sechs Jahren standen nach den Erhebungen der Statistiker noch fast 18 Millionen Schweine in den Ställen, darunter rund 1,6 Millionen Zuchttiere.

Die polnische Schweinehaltung reicht längst nicht mehr aus, um den Inlandsbedarf zu decken. Zufuhrbedarf hat Polen sowohl für Ferkel als auch für Schweinefleisch. Hauptlieferländer sind Deutschland und Dänemark.

Förderung mit EU-Mitteln

Die polnischen Verbände der Schweinehalter und Fleischverarbeiter machen anhaltend Druck auf das Agrarministerium, in der Förderperiode 2014 bis 2020 einen finanziellen Schwerpunkt auf die Entwicklung der Schweinehaltung zu legen. Polens Agrarminister Stanislaw Kalemba hat im April zugesagt, Vorschläge einer Expertengruppe zu prüfen. Entscheidend ist auch, wie künftig solche Programme der 2. Säule der EU-Agrarpolitik ausgestattet werden dürfen. (db)

Niederlande | 3. Juni 2013, 8:15 Uhr Handel will nachhaltig erzeugtes Fleisch

An 2015 soll in den Niederlanden ausschließlich nachhaltig erzeugtes Schweinefleisch vermarktet werden. Darauf haben sich der Lebensmittelhandelsverband und die Fleischbranche verständigt.

Ein neues Abkommen zwischen dem Lebensmittelhandelsverband (CBL), dem Verband der Schlachtunternehmen (COC) und dem niederländischen Bauernverband (LTO) wirft Fragen auf, berichtet die Lebensmittel Zeitung (LZ). Darin sei vereinbart worden, dass ab 1. Juli 2015 im niederländischen Lebensmittelhandel ausschließlich Fleisch aus nachhaltiger Erzeugung vermarktet werden dürfe.

Das Abkommen sehe beispielsweise vor, dass die Tiere zwischen 25 bis Prozent mehr Platz erhalten und die Ferkel länger gesäugt werden. Auch soll das Kupieren der Schwänze vermieden und das Abschleifen der Zähne verboten werden. Der Einsatz von Antibiotika soll im Vergleich zum Jahr 2009 bis 2015 um 70 Prozent sinken. Laut der Tierschutzorganisation Dierenbescherming sollen damit künftig 4 Millionen Schweine so ein besseres Leben erhalten.

Nach Ansicht von Branchenvertretern könnten der Lebensmittelhändler Albert Heijn und der Fleischverarbeiter Vion das Vorhaben vorangetrieben haben. Auf diese Weise könnten sie einen Gesichtsverlust vermeiden, weil das bisherige Programm für mehr Tierwohl und Nachhaltigkeit mit der Bezeichnung "Beter Leven" nur einen Teilerfolg erbracht habe. Lediglich Fleisch mit einem von drei möglichen Sternen des Beter Leven Programms sei im Markt absetzbar, lautet die Erkenntnis. (az)

Tierschutz | 5. Juni 2013, 12:49 Uhr Antrag auf Verbandsklagerecht abgelehnt

Ein Antrag zur Einführung eines Tierschutzverbandsklagerechts ist heute vom Agrarausschuss abgelehnt worden. Er war von der SPD-Bundestagsfraktion eingereicht worden.

Mit der Mehrheit der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP hat sich der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ELV) in seiner heutigen Sitzung gegen das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände ausgesprochen, heißt es in einer Mitteilung des Ausschusses..

Der tierschutzpolitische Sprecher der antragstellenden SPD-Bundestagsfraktion, Heinz Paula, hatte den Antrag mit der Gleichstellung der Rechtssituation für Umwelt-, Naturschutz- und Verbraucherverbände begründet. Das für diese existierende Recht habe sich bewährt.

Unterstützt wurde der Antrag auch vom Deutschen Tierschutzbund (DTB). Die Einführung eines Tierschutz-Verbandsklagerechts für seriöse Tierschutzorganisationen sei ein zentrales Element zur Umsetzung des Staatszieles Tierschutz, so der Verbandsvorsitzende Thomas Schröder.

Für den Antrag stimmten die Ausschussmitglieder von SPD und Bündnis90/Die Grünen, die Fraktion von Die Linke enthielt sich der Stimme.

Die Mitglieder von CDU/CSU und FDP begründeten ihre Ablehnung mit einer bereits existierenden "Unmenge an Regelungen, die nicht ausgeweitet werden brauchen". Vertreter von Die Linke kritisierten an dem Antrag, dass er Stiftungen und Dachverbände vom Klagerecht ausschließe und Anfechtungsklagen nicht zulasse. Diesen Punkt kritisierte auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in ihrer Stellungnahme.

Der Bundestag wird in einer seiner Sitzungen in der Woche 24 oder 26 über den Antrag abschließend entscheiden. In der Regel folgt das Parlament der Empfehlung des Ausschusses. (jst)

Niedersachsen | 10. Juni 2013, 14:35 Uhr Putenhaltung in der Kritik

Die Putenmast gerät erneut in das Visier der Öffentlichkeit. Der niedersächsische Agrarminister Christian Meyer kündigt eine rot-grüne Bundesratsinitiative zur Beseitigung von Missständen an.

Bilder und ein Video über Verstöße gegen Tierschutzvorschriften in der Haltung von Mastputen sorgen für neue Diskussionen in der Öffentlichkeit. Zeitgleich erschienen heute auf der Homepage der Tierrechtsorganisation [Peta Deutschland](#) ein Video und in der Zeitschrift "Spiegel" Ausgabe 24/2013 ein Artikel zu Missständen in der Putenmast. Namentlich genannt wird das Unternehmen [Heidemark](#) in Ahlhorn.

Unabhängig von diesen Vorgängen und dem Unternehmen Heidemark kritisiert der niedersächsische Agrarminister Christian Meyer die Verfahren in der Putenhaltung und bezieht sich auf eine Studie der Universität Leipzig. Gegenüber der Presse bemängelt er fehlende gesetzliche Vorgaben zur Tierhaltung in der Putenmast. So seien feststellbare Verstöße nicht zu sanktionieren.

Freiwillige Haltungsvereinbarungen, wie zwischen der vorherigen CDU/FDP-Landesregierung und der Geflügelwirtschaft vereinbart, seien nicht ausreichend. Nach Aussage von Meyer sei eine rot-grüne Bundesratsinitiative geplant, um Missstände in der Putenhaltung zu beseitigen. (jst)

Übernahme | 11. Juni 2013, 11:12 Uhr JBS kauft Geflügel zu

Brasilianischer Fleisch-Riese kauft regionalen Geflügel- und Schweinefleischproduzenten. JBS bleibt Nummer 2 hinter BRS.

Der größte Rindfleischexporteur der Welt, der JBS-Konzern aus Sao Paulo, gibt die Übernahme des Geflügelverarbeiters Seara Brasil bekannt. Seara Brasil steht für Geflügel und Schweinefleischproduktion in Brasilien sowie in Uruguay.

Dieser regionale Produzent ist ein Tochterunternehmen des langjährigen Konkurrenten und Geflügelvermarkters Marfrig. Der Kaufpreis soll laut JBS rund 2 Mrd. € betragen. Marfrig, der mit rund 4,5 Mrd. € verschuldet ist, sieht diesen Deal als Teil seines Konsolidierungsprozesses.

Marfrig hatte Seara im Jahr 2009 von Cargill für 900 Mio. US-Dollar erworben. Eine Reihe

weiterer Übernahmen haben Marfrig stark in die Verschuldung getrieben. Die Rating-Agentur Fitch hatte dringend eine Bereinigung gefordert.

JBS hingegen folgt seiner Strategie, Unternehmen zuzukaufen um zum größten Fleischvermarkter der Welt zu werden. Zu seinen Marken gehört unter anderem Pilgrim's Pride in USA. Trotz der Zunahme bleibt der Marktanteil von JBS hinter dem brasilianischen Konkurrenten BRF. Die Wettbewerbsbehörden müssen der Vereinbarung ebenso noch zustimmen wie die Anteilseigner beider Unternehmen. (hed)

Agrarpolitik | 12. Juni 2013, 15:47 Uhr DRV formuliert Wahlprüfsteine

Generalsekretär Ehlers (li.) und Präsident Nüssel vom Deutschen Raiffeisenverband (DRV) erläutern vor der Bundestagswahl ihre Wünsche an die Agrarpolitik. Wissenschaftlich fundierte Tierschutzmaßnahmen stehen ganz oben an.

„Die Agrarwirtschaft ist wieder sexy“. Mit diesen Worten beschrieb Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), die rege gesellschaftliche Debatte um landwirtschaftliche Themen heute auf dem Raiffeisentag in Berlin. Gleichzeitig befürchtete Nüssel, dass die Politik „der Gefahr“ unterliege, „medial gesetzten Trends zu folgen“, wenn es um die Zukunft der Agrarwirtschaft geht. Auf dem Raiffeisentag setzte der DRV daher medialen Trendthemen seine „Wahlprüfsteine“ entgegen.

Gegen Alleingänge

Als Kernbotschaft formulierte der Verband, dass es keine „nationalen Alleingänge“ bei der Ausgestaltung der Agrarpolitik geben dürfe. Die einzelnen Bundesländer dürften „keine weltanschauungsmotivierte Politik verfolgen“, forderte Präsident Nüssel. Weitere Punkte umfassen die Stärkung der Warenterminbörsen sowie eine marktorientierte Förderung der erneuerbaren Energien.

Viel Platz bekommt der tierische Veredlungssektor in dem Forderungskatalog der Genossen eingeräumt. So setzt sich der Verband für eine „sachliche Information“ der Gesellschaft über diesen Wirtschaftszweig ein. Ferner sollen Herkunftskennzeichnungen für Fleisch auf freiwilliger Basis erfolgen und Tierschutzmaßnahmen wissenschaftlich fundiert sein. Zudem befürwortet der DRV eine Verringerung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung.

Export im Blickpunkt

Als Lehre aus den aktuellen Exportschwierigkeiten mit dem Markt Russland, wo seit mehreren Monaten Importsperrern für deutsches Frischfleisch und Milchprodukte zahlreicher hiesiger Betriebsstätten gelten, fordert der DRV ein innerhalb der gesamten Wirtschaft kettenübergreifend abgestimmtes System der Eigenkontrollen.

Wahlprüfsteine des DRV

Deutscher Raiffeisenverband e.V. 
Erwartungen der
Raiffeisen-Genossenschaften
an die Politik



[Erwartungen der Raiffeisen-Genossenschaften an die Politik](#)

Die „Kontrolle der Kontrolle“ in diesem Export orientierten Qualitätsmanagement solle der öffentlichen Hand obliegen. Dabei betonte DRV-Präsident Nüssel die Notwendigkeit eines bundesweit zwischen den Ländern abgestimmten, einheitlichen Vorgehens. Auch das lässt sich auf die aktuellen Probleme mit Russland zurückführen. Denn auch die russischen Veterinäre kritisieren das föderale Kontrollsystem hierzulande mit seinen zersplitterten Zuständigkeiten.

Für die Verhandlungen um die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) formulierte der DRV-Präsident den Wunsch, dass die EU-Agrarminister kommende Woche bei ihrer Sitzung in Luxemburg eine „klare Entscheidung“ treffen werden. Er setze darauf, dass die Obergrenzen der Direktzahlungen auch nach Abschluss der Verhandlungen für die Mitgliedstaaten freiwillig bleiben.

Gleiches gelte dafür, dass freiwillige Umweltmaßnahmen für das Greening der Direktzahlungen anerkannt bleiben und der Prozentsatz der ökologischen Vorrangflächen reduziert werde. „Ich setze auf Ilse Aigners Verhandlungsgeschick“, unterstrich Nüssel.

Prof. Folkhard Isermeyer, Präsident des Braunschweiger Thünen-Instituts, warnte indessen vor einer schärferen gesellschaftlichen Debatte um die Direktzahlungen, von denen vor allem große, leistungsstarke Betriebe profitierten. Er forderte von der Politik klare Ziele für die Zukunft der Direktzahlungen. Isermeyer sprach sich für deren schrittweisen Abbau aus. (pio)

Bundestagswahlkampf | 12. Juni 2013, 12:46 Uhr Tierhaltung bleibt Topthema

Die Mitglieder der Grünen wählen die Forderung nach einem neuen Tierschutzgesetz für die Nutztierhaltung zum zweitwichtigsten Schlüsselprojekt für die Bundestagswahl im Herbst. Rang eins nimmt die Energiewende ein.

Die Mitglieder der Grünen haben neun Schlüsselprojekte für die Bundestagswahl im Herbst bestimmt. Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke gab die Rangfolge am Mittwoch in Berlin bekannt.

Der komplette Umstieg auf erneuerbare Energien steht dabei an Nummer eins. An zweiter Stelle folgt bereits die Forderung nach einem Ende der Massentierhaltung. Danach kommt das Vorhaben ein neues Maß für Wohlstand zu kreieren, das den Indikator Wachstum ersetzen soll.

Im Fall einer Regierungsbeteiligung wollen die Grünen diese Projekte laut Lemke möglichst rasch umsetzen. Die Partei hatte ihre Mitglieder dazu aufgerufen, aus den rund 50 Kernvorhaben des bereits beschlossenen Wahlprogramms die für sie wichtigsten auszuwählen. (sta)

Studie | 13. Juni 2013, 16:15 Uhr Glyphosat im Urin gefunden

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und sein europäischer Dachverband Friends of the Earth (FOE) haben bei Großstädtern Glyphosat im Urin gefunden. Unklar ist, was das zu bedeuten hat.

Zwischen März und Mai wurde in einem Bremer Labor festgestellt, dass in Urinproben von insgesamt 182 Menschen aus 18 europäischen Staaten der Wirkstoff Glyphosat enthalten war. Glyphosat findet in Pflanzenschutzmitteln Verwendung und gilt von Umweltschützern als umstritten. Großstädter wurden für die Untersuchung ausgewählt, damit keine Anwender des

Herbizids unter den Probanden sind.

Die Ergebnisse in den verschiedenen Ländern schwanken erheblich. Während in Malta bei 90 Prozent der Untersuchten der Wirkstoff gefunden wurde, waren es bei Bulgaren nur 10 Prozent. Bei Deutschen, Briten und Polen wurden die Chemiker in 70 Prozent der Fälle fündig.

"Es ist erschreckend, dass fast die Hälfte der Bewohner von Großstädten in Europa Glyphosat im Körper hat", beklagt BUND-Chef Hubert Weiger in der Mitteilung zu der Studie.

Fraglich ist, wie aussagekräftig diese Untersuchung ist, denn insgesamt wurden pro Land nur acht bis zwölf Urinproben ausgewertet. Dass sich die Chemikalie im Harn von Menschen befindet, die weit entfernt von Feldern leben, war schon in früheren Untersuchungen festgestellt worden. Es ist allerdings nicht bekannt, ob und wenn ja, welche Auswirkungen diese Funde auf die betroffenen Menschen haben. (hed)

Hohenheim | 13. Juni 2013, 12:02 Uhr Biolandbau bleibt förderungswürdig

Der landwirtschaftliche Hochschultag an der Universität Hohenheim brach gestern eine Lanze für den Ökolandbau.

„Biolandbau unter bio-ökonomischen Aspekten“ so lautete der Titel des gestrigen Hochschultages. Veranstaltet wurde er von der Universität Hohenheim, die sich dem Forschungsschwerpunkt Bio-Ökonomie besonders verpflichtet fühlt.

Weltweit steigt der Bedarf an Lebensmitteln, gleichzeitig sollen Pflanzen zunehmend auch Industrierohstoffe und Energieträger ersetzen, die bislang aus Erdöl und Erdgas gewonnen werden. Das Ziel ist so weit wie möglich vom Erdöl unabhängig zu werden – und Bio-Ökonomie so nachhaltig wie möglich zu gestalten.

„Können wir uns Biolandbau vor dem Hintergrund knapper Biomasse überhaupt noch leisten“, fragte der Agrarwissenschaftler Prof. Dr. Harald Grethe. „Ja, das können wir, wenn wir auch bereit zu einem nachhaltigeren Konsumverhalten sind.“ Eine Schlüsselrolle wies Grethe daher den Konsumenten zu. Dass 60 Prozent der Bevölkerung grundsätzlich dazu bereit seien, ihren Fleischverzehr einzuschränken, deute bereits in die richtige Richtung.

Außerdem sei der Biolandbau ein wichtiges Vergleichssystem zur konventionellen Landwirtschaft. „Vieles, was wir in der konventionellen Landwirtschaft heute anwenden, ist inspiriert durch den Biolandbau – zum Beispiel integrierter Pflanzenschutz, Zwischenfruchtanbau oder das Denken in Nährstoffkreisläufen.“ Gleichzeitig müsse sich der Biolandbau auch den neuen Herausforderungen wie einer Erhöhung der Flächenproduktivität stellen.

Mit Blick auf die Agrarpolitik und die EU-Förderung schließt Grethe: „Ich halte den Biolandbau als einfach zu kontrollierende und vielseitig wirkende Maßnahme weiterhin für förderungswürdig.“ (hed)

13. Juni 2013, 15:47 Uhr Wahlkampf-Arena

Stefanie Pionke zum politischen Schlagabtausch auf dem Raiffeisentag



Was passiert, wenn man drei Monate vor der Wahl die agrarpolitischen Sprecher der Fraktionen im Deutschen Bundestag auf ein Podium setzt und zwei Stunden mit ihnen diskutiert? Nun, Überraschungen und neue Erkenntnisse sind da weniger zu erwarten. Stattdessen wird jeder politische Protagonist die ihm angestammte Rolle spielen und versuchen, seine Positionen zu zementieren. Je nach Partei und Nähe zur Agrarwirtschaft wird die Diskussion mal krawalliger, mal sachlicher geführt. So auch geschehen auf dem Raiffeisentag an diesem Mittwoch in Berlin.

Auf dem Diskussionspodium saßen die agrarpolitischen Sprecher von Grünen, SPD, Der Linken, CDU/CSU und der FDP. Auf Konfrontationskurs ging – wie war es auch anders zu erwarten – der agrarpolitische Sprecher der Grünen, Friedrich Ostendorff. Er erprobte sich auf Anfrage aus dem Genossenlager in einer Definition des Reizwortes „Massentierhaltung“ - für ihn beginnt sie ab 24 Hühnern pro Quadratmeter. Darüber hinaus bezeichnete er es als Aufgabe der Politik, Forderungen aus der landwirtschaftlich unkundigen Gesellschaft nach mehr Tierwohl aufzugreifen, und wagte es sogar, den Export als Hoffnungsträger der agrarwirtschaftlichen Zukunft in Frage zu stellen. Ob der Kauf des weltweit größten Schweinefleischverarbeiters, des US-Konzerns Smithfield, durch chinesische Investoren, die Zuversicht in China als Absatzmarkt der Zukunft stütze, fragte Ostendorff ketzerisch ins Publikum.

Viel harmoniebedürftiger gab sich da Dr. Wilhelm Priesmeier, seines Zeichens Agrarexperte der Sozialdemokraten. So definierte er das Leitbild des „bäuerlich-unternehmerischen Landwirts“. Da diese Definition so ziemlich jeden Landwirt ansprechen dürfte, kann man sich mit ihr keine Feinde machen. Auch könnten, so Priesmeier, Tierwohl-Standards erhöht werden – aber nur, wenn sie im „Rahmen der Wettbewerbsfähigkeit“ erfüllbar bleiben. Auch diese Aussage dürfte wohl kaum für Zündstoff sorgen. Dann schon eher der Ruf nach einem schrittweisen Abbau der Hektarprämien.

Balsam für die Seele der versammelten genossenschaftlichen Agrarwirtschaft brachte die FDP-Frau Christel Happach-Kasan: So seien die knapp 6 Mrd. €, die im vergangenen Jahr an Direktzahlungen ausgezahlt wurden, doch gar nichts im Vergleich zu den 17 Mrd. €, die Stromkunden berappen mussten, um erneuerbare Energien zu stützen. Massentierhaltung sei kein reales Phänomen, sondern ein „politischer Kampfbegriff“. Krisen seien weniger Aflatoxin-Funde in Futtermitteln als bakterielle Verunreinigungen, die mit der EHEC-Epidemie 2011, ausgehend von einem Biobetrieb (!) in Niedersachsen, Verbreitung fanden.

Neue Richtungen in die ewig gleichen Debatten vermochte auch CDU-Mann Franz-Josef Holzenkamp nicht zu bringen. Ja, die Erzeugerschaft müsse sich selbstkritisch der Tierwohl-Debatte stellen, sagt der Abgeordnete, der nebenbei selbst Landwirt ist. Ein Spiel mit den Ängsten der Menschen bei vermeintlichen Lebensmittelskandalen sei „nicht in Ordnung“. Und die Häufigkeit der Antibiotikavergabe hänge nicht von der Größe eines Betriebes ab. Puh, da haben ja alle modernen Landwirte im Saal noch einmal Glück gehabt!

Die Agrarpolitik-Expertin der Linken, Dr. Kirsten Tackmann, wirkte erfrischend unideologisch. Zwar äußerte sie dem Markenkern ihrer Partei folgend Zweifel an der These, nach der der Markt alles selbst regle, lobte aber gleichwohl nicht jedes Stützungsinstrument blindlings. Die Milchquote bezeichnete sie zumindest in ihrer jetzigen Form als „nicht zielführend“.

Expansion | 17. Juni 2013, 12:17 Uhr KTG Energie übernimmt Anlagen

Das Bioenergieunternehmen aus Hamburg erweitert sein Portfolio. Die Ziele bleiben ehrgeizig.

Die KTG Energie AG, Produzent von erneuerbarer Energie aus Biogas, hat eine Biomethananlage im sächsischen Quesitz übernommen. Nach Angaben des Unternehmens konnte mit der Akquisition die für 2013 selbst gesteckte Marke von 40 Megawatt (MW) Produktionskapazität bereits zum Halbjahr erreicht werden.

Die Anlage in Quesitz besitzt eine Kapazität von 3,6 MW. Der Ausbau des Standorts um weitere 1,6 MW sei bereits genehmigt. Die im Jahr 2009 ans Netz gegangene Anlage vor den Toren von Leipzig passe ins bestehende Anlagenportfolio. Landwirtschaftsbetriebe der KTG Agrar AG, Muttergesellschaft der KTG Energie, befinden sich in direkter Nachbarschaft und ermöglichen so eine gesicherte Inputstoff-Versorgung mit kurzen Wegen.

Zudem hat KTG Energie zwei weitere Biogasanlagen errichtet, die noch in diesem Monat in Betrieb gehen sollen. In Groß Tessin/Mecklenburg-Vorpommern und Perleberg/Brandenburg würde dann jeweils eine Anlage mit einer elektrischen Leistung von 500 kW saubere Energie erzeugen.

Die gesamte Produktionskapazität gibt die Hamburger Firma derzeit mit rund 40 MW an. Bis zum Jahr 2015 laute das Ziel 50 MW. (Sz)

Rumänien | 20. Juni 2013, 16:05 Uhr Land soll verschenkt werden

Um junge Menschen für die Landwirtschaft zu gewinnen, sollen sie kostenloses Land zur Bewirtschaftung erhalten. 400.000 ha Agrarland in staatlicher Hand liegen brach.

Junglandwirte sollen in Rumänien Land aus Reserven des staatlichen Bodenfonds kostenlos erhalten, wenn sie es landwirtschaftlich nutzen. Das schlägt laut Information der Zeitung Schweizerbauer.ch der rumänische Nationalrat für Klein- und Mittelbetriebe (CNPIMM) dem Landwirtschaftsministerium vor. Ähnliche Projekte seien bereits in Polen erfolgreich umgesetzt worden.

Nach Vorstellungen des rumänischen Verbandes sollen die Junglandwirte bis maximal 40 Jahre alt sein und bis zu 50 ha Land übertragen bekommen. Derzeit gebe es 400.000 ha Agrarland in staatlicher Hand, die nicht bewirtschaftet werden. Rund 10.000 Kleinbetriebe könnten so entstehen. (hed)

Tierschutzbeirat | 20. Juni 2013, 10:28 Uhr Neue Mitglieder ernannt

Der Tierschutzbeirat Mecklenburg-Vorpommern hat drei neue Mitglieder berufen. Das Gremium berät das Ministerium in Fragen des Tierschutzes.

Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus (SPD) hat drei neue Mitglieder in den Tierschutzbeirat von Mecklenburg-Vorpommern berufen. Seit 1991 berät dieses Gremium das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz in Tierschutzfragen.

Ab sofort wird das neunköpfige Gremium von Dr. Heidrun Caanitz, Anne-Kathrin Lohrenz und Silvio Schwarz unterstützt. Die Berufungsperiode beträgt drei Jahre.

Gremium beschäftigt sich mit der Überwachung der Tierschutzvorgaben

Das Gremium solle die Landesregierung vor allem bei der Verbesserung der Tierschutzvorgaben beraten. Tiergerecht Haltung und tierartgerechter Transport für alle landwirtschaftlichen Nutztiere stünden dabei im Vordergrund. (bhe)

Lebensmittelkennzeichnung | 21. Juni 2013, 10:35 Uhr Eierwirtschaft fordert Transparenz

Berichte über Importe von Eiprodukten aus konventioneller Käfighaltung in der Ukraine besorgen die deutschen Legehennenhalter. Sie fordern auch für Verarbeitungsprodukte in Lebensmitteln vollständige Transparenz.

Seit 2009 dürfen in Deutschland Legehennen nicht mehr in konventionellen Käfigen gehalten werden. Das Verbot gilt mittlerweile in der gesamten EU.

Die im Bundesverband Deutsches Ei (BDE), Berlin, organisierten deutschen Eiererzeuger zeigen sich besorgt, dass über den Import von Eiprodukten aus der Ukraine diese Vorschriften umgangen werden. "Über den Umweg der Weiterverarbeitung landen diese in der EU verbotenen Käfig-Eier am Ende doch auf den Tischen der Verbraucher", kritisiert der BDE-Vorsitzende Dr. Bernd Diekmann. Dies sei Täuschung der Verbraucher und eine Wettbewerbsverzerrung erster Klasse, so Diekmann.

Der BDE fordert die Bundesregierung auf, sich auf der EU-Ebene für eine verpflichtende Kennzeichnung von Haltungsform und Herkunft auf allen Eiern einzusetzen. Derzeit sei eine derartige Kennzeichnung nur auf Schaleneiern verpflichtend. Bei eihaltigen Lebensmitteln wie Nudeln, Mayonnaise oder Keksen habe der Verbraucher keine Möglichkeit, die Herkunft der Eiprodukte zu prüfen. Dabei würden jedoch rund 50 Prozent aller Eier über die Verarbeitung in Lebensmitteln verbraucht.

Neben dieser Forderung kritisiert Diekmann die deutsche Agrarpolitik der vergangenen Jahre. Es sei absolut vorhersehbar gewesen, dass billigere Eiprodukte aus konventionellen Käfigen in der Ukraine oder anderen Ländern in Deutschland Absatzmärkte besetzen, die einheimischen Erzeugern somit verschlossen seien. Immer höhere Tierschutzstandards hätten den Verbrauchern vorgegaukelt, dass der Rest der Welt dem deutschen Beispiel folgen würden. Durch dieses Vorgehen seien elementare Marktmechanismen leichtfertig außer Acht gelassen worden. (jst)

Bundestagswahl | 24. Juni 2013, 10:35 Uhr Union will Agrarpolitik fortführen

Die CDU/CSU setzt in ihrem Regierungsprogramm auf die bewährte Struktur der EU-Agrarpolitik. Als Wahlgeschenke bietet sie den Landwirten eine Rauhfutterprämie und die steuerfreie Risikoausgleichszulage an.

Als letzte Bundestagsparteien stellten CDU und CSU heute in Berlin ihr gemeinsames Programm zur Bundestagswahl der Öffentlichkeit vor. In der EU-Agrarpolitik will die Union an der bisherigen Struktur von Direktzahlungen aus der 1. Säule und Förderprogrammen aus der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarreform fest halten.

Allerdings sollen die Direktzahlungen verstärkt den kleineren Betrieben zu Gute kommen. „Zur Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft und der Familienbetriebe wollen wir die ersten Hektare jedes Landwirtschaftsbetriebs künftig mit einem höheren Betrag an Direktzahlungen fördern“, heißt es im Regierungsprogramm. Die Union stehe zur Bindung der Direktzahlungen an Umweltleistungen, dem Greening, heißt es weiter. Außerdem verspricht die Union, die Agrarumweltprogramme auszubauen.

Neue tiergerechte Ställe wollen die Schwesterparteien fördern und die Forschungsmittel zur Verbesserung der Haltungsformen erhöhen. Außerdem sollen unter ihrer Regierung

Maßnahmen zur Verringerung des Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung vorangetrieben werden. Gemeinsam mit der Landwirtschaft sowie den Tierschutzverbänden will die Union eine „Transparenzoffensive Tierhaltung“ starten, zu der auch eine Tierschutzkennzeichnung gehören soll. Außerdem treten die Unions-Schwestern für eine europaweit verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln, insbesondere von Fleischerzeugnissen ein.

Zur Unterstützung der Milchviehhaltung schlägt die Union eine Rohfutterprämie vor und will die Milchbauern „bei der Erschließung zusätzlicher Einkommensmöglichkeiten, wie der Gülleverwertung in kleinen Biogasanlagen“ unterstützen. Als Wahlgeschenk stellt die Union den Landwirten die steuerliche Risikorücklagenbildung in Aussicht.

Agrarexporte fördern

Die Union will sowohl die Agrarexporte weiter fördern als auch ein Bundesregionalprogramm starten, das Transparenz beim Einkauf regionaler Lebensmittel schaffen soll.

Den Verbrauch von landwirtschaftlichen Flächen wollen die Parteien versuchen einzudämmen. Statt Naturschutzflächen auszuweisen, wenn Flächen bebaut oder versiegelt werden, soll künftig die Zahlung eines Ersatzgeldes einfacher möglich sein. Mit den Zahlungen soll ein Fonds gefüllt werden, aus dem der Rückbau bebauter, aber nicht mehr gebrauchter Flächen in einen naturnahen Zustand erfolgen könne, heißt es weiter.

In der Bioenergiepolitik will die Union bei neuen Biogasanlagen die bedarfsgerechte Verstromung und die Nutzung von Reststoffen fördern. Die Beimischquoten im Biokraftstoffbereich sollen fortgeführt werden. (sta)

Viehzählung | 25. Juni 2013, 8:12 Uhr Schwund in deutschen Ställen

Die Schweinebestände sind deutlich gesunken. Mäster haben nicht eingestallt und etliche Ferkelerzeuger sind ausgestiegen.

Schweinehaltung in Deutschland, Mai 2013

28.000 Schweinehalter

27,4 Millionen Tiere, davon:

- 32 % in Niedersachsen

- 25 % in Nordrhein-Westfalen

- 12 % in Bayern

Ø-Bestand 185 Mastschweine

Ø-Bestand 510 Zuchtschweine

Quelle: Destatis

Einen Schweinebestand von 27,4 Millionen Tieren hat das Statistische Bundesamt (Destatis) bei der Viehzählung im Mai 2013 ermittelt. Im Vergleich zum Vorjahrestermin beträgt der Bestandsrückgang 2,5 Prozent. Noch ausgeprägter ist das Minus im Vergleich zum vorangegangenen Zähltermin im November 2012 mit 3,1 Prozent.

Als Hauptgrund für den Rückgang nennt Destatis, dass die Zahl der Schweinehalter im Vergleich zum Mai 2012 deutlich um 7,5 Prozent abgenommen hat. Überproportional ist die Schrumpfung bei den Ferkelerzeugern mit minus 15,1 Prozent, die Destatis auf neue Anforderungen an die Haltung zurückführt. So hätten bis zum Jahresende alle Sauenhalter auf Gruppenhaltung umstellen müssen. Die dafür erforderlichen Investitionen waren jedoch für einige Betriebe zu hoch, die daraufhin den Betriebszweig endgültig aufgegeben haben.

Ein weiterer Grund für den Rückgang der Schweinezahlen zeigt sich in der Struktur der Mastbestände. Vor allem bei Jungschweinen gibt es einen deutlichen Rückgang. Georg Keckl vom Statistikamt in Hannover erklärt dazu auf Anfrage von agrarzeitung.de, dass wegen der

niedrigen Schweinepreise im Frühjahr 2013 einige Mäster offenbar weniger eingestallt haben. Diese Delle zeige sich jetzt bei den heranwachsenden Schweinen. (db)

Geschafft | 25. Juni 2013, 10:17 Uhr Antibiotika-Gesetz kommt

Bund und Länder können sich auf eine Verschärfung der Regeln für die Antibiotika-Behandlung von Nutztieren einigen. Sie sollen ab 2014 gelten.

Bund und Länder haben einen Durchbruch im Streit um die Kontrolle der Antibiotika-Gabe in der Tierhaltung erzielt. In dem gefundenen Kompromiss ist **nach Informationen von agrarzeitung.de** die Bundesregierung den Forderungen der Länder weit entgegen gekommen.

Zwar muss auch künftig nur die Vergabe von Antibiotika an Masttiere dokumentiert werden. Eine spätere Ausweitung auf die Aufzucht soll aber möglich sein. Außerdem erhalten die zuständigen Überwachungsbehörden der Länder mehr Kontrollbefugnisse. Die Ergebnisse dürfen sie auch weiter geben. Damit ist die Regierung vor allem einer Aufforderung nach mehr Informationszugang für Bürger vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Peter Schaar, nachgekommen.

Neben der Therapiehäufigkeit haben die Länder auch hinein verhandelt, dass die Dosis der Antibiotika-Verabreichung genannt werden muss. Hinzu kommt, dass es jetzt auch Sanktionen für wiederholt auffällige Betriebe geben kann, die bis zur Betriebsschließung reichen.

Der Vermittlungsausschuss aus Bundestag und Bundesrat muss das Verhandlungsergebnis der Vorgespräche am Mittwoch dieser Woche noch offiziell beschließen. Damit ist der Weg frei, dass die Länder am 5. Juli dem Gesetz auch im Bundesrat zustimmen. Die Regeln sollen dann Anfang 2014 in Kraft treten.

Bundesagrарministerin Ilse Aigner verkauft die Einigung bereits im Vorfeld als Erfolg. "Mit der Novelle des Arzneimittelgesetzes können wir die Menge der eingesetzten Antibiotika in der Tierhaltung innerhalb weniger Jahre deutlich reduzieren", sagte sie heute in Berlin. (sta)

Europa-Vergleich | 25. Juni 2013, 8:56 Uhr Fleisch in Deutschland teuer

Ein Vergleich der Lebensmittelpreise in den 27 EU-Ländern bringt überraschende Ergebnisse. In Deutschland ist nicht alles billig.

Preisniveau in Deutschland, im Vergleich EU-27 = 100

Brot, Getreide	104
Fleisch	128
Milch, Käse, Eier	92
Alkohol	82
Tabak	102

Quelle: Eurostat

Das europäische Statistikamt Eurostat hat die Preismeldungen aus 27 EU-Mitgliedstaaten analysiert. Danach haben deutsche Verbraucher 2012 für Nahrungsmittel und alkoholische Getränke über alle Produkte hinweg 6 Prozent mehr gezahlt als im Durchschnitt der EU-27. Allerdings waren die Unterschiede nach Produktgruppen erheblich (siehe Tabelle). Auffallend ist, dass sich Fleisch zumindest in der EU-Statistik nicht als Billigmacher wiederfindet.

Teuerstes Land für Lebensmittel in der EU ist nach den Eurostat-Angaben Dänemark mit 43 Prozent höheren Preisen als im EU-Durchschnitt. Am Ende der Skala rangiert Bulgarien mit 68 Prozent. (db)

TOP AGRAR ONLINE

Höchste Bruttomarge in 2013 in der Schweinemast

[26.06.2013]

Leicht sinkende Futterkosten und gestiegene Schlachterlöse haben im Juni eine Bruttomarge von rund zwölf Euro je Mastschwein bedingt. Das ist im aktuellen Jahr der bisher der höchste Wert. Nach Definition der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH liefert die Bruttomarge den Wert aus der Differenz zwischen dem Schlachterlös je Schwein und den Kosten für Ferkel und Futter.

Im Monat Mai stieg der Erlös gegenüber dem Vormonat um etwa sieben Euro je Schwein. Zusätzlich gaben die Futterkosten leicht nach. Langsam nähern sich die Schweinemäster wieder einer ökonomisch rentablen Produktion. Betriebe mit sehr guten biologischen Leistungen können wieder kostendeckend arbeiten.

Mit den wärmeren Temperaturen trat gleichzeitig eine Belebung des Schweinemarktes durch das Grillartikelgeschäft ein und führte zu steigenden Schlachtschweinepreisen. Da in einigen Bundesländern die Sommerferien schon im Juni beginnen wird die Entwicklung jedoch etwas gebremst und ein Nachfragerückgang erwartet. (AMI/br)

Aktuelles aus Land und Forst

"Ein Minister steht für alle in der Verantwortung"

20. Juni 2013

Offenes Gespräch Ein „Heimspiel“ hatte der Landwirtschaftsminister vor rund 400 Landwirten beim Landvolk Cloppenburg in Thüle nicht gerade. Vorsitzender Hubertus Berges rieb sich schon eingangs an den, wie er sagte, Kampfbegriffen „Agrarwende“ und „Massentierhaltung“, die er als „NGO-Lobbyismus“ und „Handwerkszeug der Opposition“ entlarvte. Ein Minister stehe dagegen in der Verantwortung, die Bürger ehrlich zu informieren.

Der „Wählerauftrag“, den er verfolge, sei nicht der überwiegende Wunsch im Saal. Dessen war sich auch Meyer bewusst. Ziel seiner Agrarpolitik seien nicht immer mehr, immer billigere Lebensmittel, sondern eine Steigerung der Wertschöpfung. Auch im Interesse der Landwirte, sagte er. Die Aussage „Lebensmittel haben einen besseren Preis verdient“ fand Zustimmung. Gravierende Unterschiede bestanden allerdings in der Zuversicht, dass eine Anhebung des in Deutschland ohnehin schon hohen Tierschutzniveaus am Ende auch zu steigenden Preisen führe. Um das zu erreichen, sagte Meyer irreführenden „Bauernhofidyllen“ in der Werbung den Kampf an, Zutaten sollten außerdem transparenter gekennzeichnet werden. Dabei will er niemandem vorschreiben, was er kaufen soll, sondern sicherstellen, dass der Verbraucher weiß, was er kauft. Klingt schön, hieß es dazu im Saal, doch Landwirte müssten ihren Blick auf Fakten und Zahlen richten.

Neue politische Vorgaben lassen viele Familienbetriebe unsicher in die Zukunft blicken. Die Fragen aus dem Publikum machten das deutlich: „Um die Haltungsverordnungen zu erfüllen, mussten wir eine Stallwand um wenige Zentimeter versetzen. Der Antrag war so teuer wie für einen ganzen Stall. Weil die Spalten zwei Millimeter zu breit waren, wurde die Einrichtung erneuert. Erklären Sie meiner Bank, wie nun die nächste Investition in die Nachrüstung eines Abluffilters bezahlt werden soll?“.

Minister Meyer stellte Ausnahmeregelungen in Aussicht, sofern die Installation technisch oder wirtschaftlich nicht vertretbar sei. Eine Landwirtin merkte an: „Wir wären sofort dabei, weniger, schöner und für höhere Erlöse zu produzieren, wenn uns dieses Ziel tatsächlich realisierbar erschiene“. Der Minister versprach einen stärkeren Schutz vor Billigimporten und kritisierte vor allem Importe von Bioprodukten. Sie könnten genauso gut in Deutschland produziert werden. Ein klares Bekenntnis zur konventionellen Landwirtschaft, die sich an Gesetze hält und nach guter fachlicher Praxis wirtschaftet, wünschte sich Landvolk-Vorsitzender Berges vom Minister. Vor allem aber ginge es den Landwirten um mehr Respekt. Das beginne mit einer ehrlichen und sachlichen Darstellung der Landwirtschaft in Deutschland, auch gegenüber der grünen Stammwählerschaft, verlangte Berges.

Trotz der zum Teil deutlich auseinandergelassenen Meinungen wurde in Thüle fair diskutiert. Beide Seiten signalisieren außerdem weitere Gesprächsbereitschaft. „Besser man redet miteinander, als übereinander“, meinte Berges abschließend.

Vienna Gerstenkorn

Aktuelles aus Land und Forst

DBV will Diffamierungen nicht länger hinnehmen

20. Juni 2013

Offensive Eine offensive Auseinandersetzung mit der Kritik an bestimmten Formen moderner Landwirtschaft hat der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, angekündigt. Man sei nicht länger bereit, Diffamierungen widerspruchslos hinzunehmen, sagte Rukwied vergangene Woche gegenüber Agrarjournalisten in Berlin. Die Bauern seien „mehr als irritiert“ über haltlose Vorwürfe, die ihnen von einzelnen gesellschaftlichen Gruppierungen gemacht würden. Dem werde man mit Sachorientierung und Transparenz begegnen.

„Landwirtschaft, so wie sie ist, ist nachhaltig“, sagte Rukwied. Sie sei tiergerecht, leiste positive Beiträge zur Biodiversität und Bodenfruchtbarkeit und sei Garant für eine zukunftsfähige Lebensmittelproduktion in Deutschland. Der anstehende Bauerntag sei eine hervorragende Gelegenheit, die eigenen Positionen gegenüber Spitzenvertretern der politischen Parteien deutlich zu machen.

Zurückhaltend äußerte sich der Präsident zu den Brüsseler Trilog-Verhandlungen über eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Er erwarte noch schwierige Gespräche, hoffe aber auf einen positiven Abschluss Ende Juni. Mit Nachdruck warnte Rukwied vor einer Rückkehr zu einer „Agrarpolitik der 80er-Jahre“, wie sie einigen Mitgliedstaaten mit ihren marktpolitischen Vorstellungen und ihrem Festhalten an gekoppelten Prämien offenbar vorschwebte.

Der Bauernverband wird seinem Präsidenten zufolge bis zum Schluss seine Grundpositionen in Brüssel deutlich machen. Offen zeigte sich Rukwied gegenüber einem Aufschlag für die ersten Hektare, wie er sich als Kompromiss um eine Degression abzeichne. Der DBV-Vorschlag sehe zusätzlich 20 Euro/ha für die ersten 25 ha eines Betriebes vor. Als „Richtschnur“ bezeichnete Rukwied die wettbewerbsorientierte Agrarpolitik. Dies gelte auch für die künftige nationale Umsetzung der Reformbeschlüsse. Eine Umschichtung von Mitteln aus der Ersten in die Zweite Säule laufe dem zuwider und werde daher abgelehnt.

AgE/red

Aktuelles aus Land und Forst

Landvolk Gifhorn-Wolfsburg lud Pastoren in Hähnchenstall ein

20. Juni 2013



Foto: Böse

Zahrenholz Wie sieht moderne Landwirtschaft aus? Das interessierte Pastoren und Kirchenvertreter des Kirchenkreises Gifhorn. Sie folgten einer Einladung des Landvolks zu einer Betriebsbesichtigung auf den landwirtschaftlichen Betrieb von Rainer und Erika Wendt in Zahrenholz bei Groß Oesingen.

Rainer Wendt erläuterte die Betriebszweige Ackerbau, Ferkelaufzucht und Stromerzeugung durch die Biogasanlage. Außerdem durften die Kirchenvertreter einen Blick in die drei Hähnchenställe werfen, wo sie ausgewachsene Tiere kurz vor der Schlachtung sehen konnten.

Vor der anschließenden Diskussion erläuterte Geschäftsführer Klaus-Dieter Böse die Strukturen im Gebiet des Landvolk-Kreisverbandes Gifhorn-Wolfsburg. Die Anzahl der Betriebe verringerte sich seit 2001 um 36 %. Gleichzeitig stieg die durchschnittliche Betriebsgröße von 55 auf 85 ha. Rund 17 % der Ackerfläche des Landkreises Gifhorn und der Stadt Wolfsburg wurden im Jahr 2012 mit Mais bestellt. „Da ein Teil des Anbaus für Veredlungszwecke genutzt wird, kann von einer Vermaischung der Landschaft kaum gesprochen werden.“ Durchaus kritisch diskutierten Landwirte und Kirchenvertreter über die moderne Tierhaltung in Form der Hähnchenmastanlagen. Auch die Themen Beregnung und Tiertransporte kamen zur Sprache. Die Bedenken konnten die Landwirte mit guten Argumenten größtenteils ausräumen.

red

Landvolk Presse Dienst

Liebe zum Land ist Stärke der Landwirtschaft

24. Juni 2013

L P D - Die „Liebe zum Land und die feste Verankerung im Ort“ beeindruckten Landesbischof Ralf Meister bei einem Besuch auf dem Hof der Familie Hahn in Hagen bei Neustadt. Er bezeichnete dies als „große Stärke“ der Landwirtschaft. Auf Einladung von Landvolkpräsident Werner Hilse war der Bischof auf den Gemischtbetrieb mit Kartoffelanbau und Schweinemast gekommen, um mit dem Berufsstand den Gedankenaustausch über moderne Landwirtschaft fortzusetzen. Respekt äußerte der Bischof gegenüber dem umfangreichen Fachwissen des Betriebsleiters. Die lange Geschichte des Hofes, die erste urkundliche Erwähnung datiert aus 1564, und der gute Zusammenhalt in der Familie imponierten ihm ebenfalls. „Unsere Familien sind auf ihren Höfen mit ganzem Herzen dabei“, verdeutlichte Hilse. Umso mehr treffe es den einzelnen Landwirt, wenn er sich sehr pauschaler Kritik ausgesetzt sehe.

Diesen Eindruck vermittelte auch Familie Hahn. Auf dem Hof wirtschaftet der jetzige Betriebsleiter Volker Hahn mit seiner Frau Karin. Mit eingebunden sind als Altenteiler sein Vater Fritz. Der 15-jährige Sohn Johannes möchte als ältestes von drei Kindern die Tradition

des Hofes fortsetzen. Seit Kindertagen lebt der heute 70-jährige Wolfgang Mosel mit auf dem Hof, zudem beschäftigt Volker Hahn drei weitere Mitarbeiter und einen Auszubildenden. Der Hof vermittelt einen guten Einblick in den Wandel der Tierhaltung. In den alten, mehrmals umgebauten Ställen am Hofgebäude in Ort hält die Familie 200 Mastschweine. Sie muss dort erheblich mehr Arbeit aufwenden als in dem vor einem Jahr mit viel Eigenleistung fertig gestellten Neubau in der Feldmark, der Platz für 1.500 Mastschweine bietet. In dem hellen, gut klimatisierten Stall fühlen sich die Tiere ganz offensichtlich wohler als in den alten Gebäuden am Hof. Auch dem Landwirt bietet der Stall bei seiner Betreuungsarbeit mehr Komfort. Mit dieser Investition sichert der Landwirt die Arbeitsplätze seiner Mitarbeiter und eröffnet seinem Sohn Perspektiven in der Landwirtschaft. Senior Fritz Hahn, der für harte körperliche Arbeit auf dem Hof krankheitsbedingt Einschränkungen in Kauf nehmen musste, empfahl seinem Sohn nach der Schule übrigens den Pastorenberuf. Umgesetzt hat Volker Hahn diesen Rat nur im Ehrenamt - als Organist der Kirchengemeinde Hagen sowie seit mehr als 20 Jahren als Leiter des Posaunenchores. (LPD 45/2013)

TOP AGRAR ONLINE

KTBL: Bauen im Außenbereich im Blickpunkt

[27.06.2013]

Die geänderten gesetzlichen Vorschriften zur Tierhaltung standen auf gleich zwei Fachveranstaltungen des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) im Blickpunkt. Unter dem Motto „Aktuelle rechtliche Rahmenbedingungen für die Tierhaltung“ hatte das KTBL zahlreiche Fachreferenten am 5. Juni nach Ulm und am 19. Juni nach Hannover eingeladen.

Privilegiertes Bauen wird erschwert

Rechtsanwalt Dr. Helmar Hentschke aus Potsdam machte die Tagungsteilnehmer darauf aufmerksam, dass durch die Neuregelung des § 35 Abs. 1 im **Baugesetzbuch** die planungsrechtliche Privilegierung gewerblicher Tierhaltungsanlagen eingeschränkt werde. Ab dem Erreichen von Tierplatzzahlen, die die Pflicht zur Durchführung einer allgemeinen oder standortbezogenen Vorprüfung oder einer Umweltverträglichkeitsprüfung auslösten, müsse von der Gemeinde ein Bebauungsplan aufgestellt werden, erläuterte Hentschke. Landwirtschaftliche Betriebe, die über ausreichend Eigen- oder Pachtflächen zur Futtererzeugung verfügten, seien von der Änderung aber nicht betroffen. Sollten zur Aufrechterhaltung der Privilegierung jedoch zusätzliche Flächen benötigt werden, müssten diese, so berichtet Dr. Hentschke, nach Literaturangaben eine Pachtdauer von fünf Jahren aufweisen. Vor Gericht wurden allerdings bereits Fälle verhandelt, in denen die Pachtdauer rund 18 Jahren betragen musste.

Anhand zahlreicher Beispiele erläuterte Rechtsanwalt Dr. Manfred Schröder aus Minden die Fallstricke und Haftungsfallen für die Genehmigungsbehörden. Diese seien angehalten, in immer kürzeren Zeiträumen rechtssichere Entscheidungen zu treffen; bei fälschlicherweise genehmigten Anlagen drohten jedoch Schadensersatzansprüche. Praktische Einblicke in aktuelle Rechtsfälle zu Tierhaltungs- und Biogasanlagen gab der Experte der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Volkmar Nies. Er lenkte dabei den Blick auf Urteile und Beschlüsse, die sich mit den Möglichkeiten und Grenzen bauplanungsrechtlicher Festsetzungen beschäftigten. So könne auch für bereits errichtete Anlagen bei Wegfall der Genehmigungs- oder Futtergrundlage die Stilllegung drohen, erläuterte Nies. (AgE)

NDR 1 Niedersachsen

Stand: 27.06.2013 07:07 Uhr

Verdacht auf Etikettenschwindel bei Wurst

Die Firma Könecke mit Sitz in Delmenhorst und Bremen ist im Visier der Staatsanwaltschaft Oldenburg. Könecke, einer der größten deutschen Fleisch- und Wurstwarenhersteller, hat möglicherweise falsch gekennzeichnete Wurst verkauft. Am Dienstag durchsuchten Polizei und Staatsanwaltschaft Betriebsräume des Unternehmens an beiden Standorten. Es bestehe der Verdacht, dass Könecke sogenanntes Separatorenfleisch - billiges Knochenfleisch - verarbeitet habe, ohne dies auf den Produkten zu kennzeichnen, sagte Oberstaatsanwältin Frauke Wilken.

Razzia beim Wursthersteller Könecke

Hallo Niedersachsen - 26.06.2013 19:30 Uhr

Die Staatsanwaltschaft hat mehrere Betriebe des Fleischproduzenten Könecke durchsucht. Der Hersteller soll Separatorenfleisch verarbeitet haben, ohne es zu kennzeichnen.

Könecke weist die Vorwürfe von sich

Die Firma selbst sieht sich zu Unrecht unter Verdacht. Unternehmens-Sprecher Markus Eicher bestätigte die Razzia, wies die Vorwürfe jedoch zurück: "Von uns wurden zu keinem Zeitpunkt Produkte mit falscher Kennzeichnung vermarktet." Könecke stelle generell keine Produkte mit Separatorenfleisch her und am Sitz in Delmenhorst tue dies auch kein anderes Unternehmen der Mühlen-Gruppe. Es gebe "überhaupt keinen derartigen Warenfluss an dem Standort", so Eicher. Könecke werde die Vorgänge überprüfen und eng mit den Behörden zusammenarbeiten. Branchenkenner, die sich geäußert haben, halten es für eher unwahrscheinlich, dass die Firma billiges Knochenfleisch zugemischt haben könnte.

Kennzeichnungspflicht für Knochenfleisch

Die Verwendung des minderwertigen Knochenfleisches ist nicht verboten, es wird häufig für Wurst verwendet. Produkte, in denen das maschinell von den Knochen gelöste Fleisch enthalten ist, müssen aber entsprechend gekennzeichnet werden. Eine solche Kennzeichnung fehlte bei den Produkten des Unternehmens mit Hauptsitz in Bremen allerdings möglicherweise. Für Verbraucher habe keine Gefahr bestanden, sagte Oberstaatsanwältin Wilken. Lediglich Knochenfleisch vom Rind gilt als bedenklich und ist seit dem Jahr 2000 als Konsequenz aus der BSE-Krise verboten. Bei dem Produkt der Firma Könecke habe es sich aber um Geflügelwurst gehandelt, so Wilken. Hier geht es also um einen möglichen Etikettenschwindel.

Lebensmittelkontrolleure sollen aufmerksam geworden sein

Laut Medienberichten sollen Lebensmittelkontrolleure vor zwei Jahren auf das Knochenfleisch in der Wurst aufmerksam geworden sein. Dabei soll es um Proben aus den Jahren 2011 und 2012 gehen. Seitdem laufen die Ermittlungen. Wilken sagte NDR.de dazu lediglich, dass es sich um einen "zurückliegenden Zeitraum" handele, in dem das mögliche Vergehen entdeckt worden sei. Ob belastendes Material bei den Durchsuchungen sichergestellt wurde, sagte sie nicht. Die Auswertung werde mehrere Wochen oder sogar Monate dauern. Auch zu den Razzien selbst wollte die Oberstaatsanwältin mit Verweis auf das laufende Verfahren keine näheren Angaben machen.

Fast gesamter deutscher Einzelhandel wird beliefert

Das Unternehmen Könecke beliefert laut Sprecher Eicher fast den gesamten deutschen Einzelhandel mit seinen Produkten. Rund 780 Mitarbeiter sind an den Produktionsstandorten in Bremen, Delmenhorst und im polnischen Slubice beschäftigt. Seit 2006 gehört es zur schleswig-holsteinischen Zur-Mühlen-Gruppe.

Stand: 27.06.2013 14:48 Uhr

Weils Sommerreise zur Fleischindustrie



[Ⓜ Mit den oftmals schlechten Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie hat sich Ministerpräsident Weil am Donnerstag in Oldenburg beschäftigt.](#)

Es vergeht kaum eine Woche ohne negative Schlagzeilen aus der Fleischindustrie: Etikettenschwindel, Tierquälerei, schlechte Arbeitsbedingungen. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hat auf seiner Sommerreise am Donnerstag in Oldenburg Halt gemacht - um dort mit Vertretern von Gewerkschaft und Kirche über die oft prekären Beschäftigungsverhältnisse in der Fleischindustrie zu sprechen. Sein Fazit nach dem Treffen: "So kann es nicht weitergehen."

"Sögel ist eine Mogelpackung"

Hallo Niedersachsen - 27.06.2013 18:00 Uhr - Autor/in: Tina Zemmrich

In Sögel soll sich die Situation in der Fleischindustrie ändern: NDR Reporterin Christina Gerlach berichtet von den Forderungen der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten.

Drei Euro pro Stunde, 14 Stunden pro Tag



[Ⓜ Kossen, Weil und Brümmer \(v. links n. rechts\) sind sich einig: Die Arbeitsbedingungen und Löhne in der Fleischindustrie müssen sich ändern.](#) Der Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Matthias Brümmer, forderte, bestehende Werkverträge genau auf ihre Rechtmäßigkeit zu prüfen: "Ausländische Leiharbeiter arbeiten in der Fleischbranche für drei Euro die Stunde und das bis zu 14 Stunden am Tag - das ist illegal", sagte Brümmer. Ministerpräsident Weil forderte einen Mindestlohn von 8,50 Euro. Zudem müsse es gesetzliche Regelungen geben, die den Abschluss solcher Werkverträge untersagten.

Weil: "Kritik zeigt Wirkung"

Auch der Prälat des bischöflich-münsterschen Offizialats Vechta, Peter Kossen, drang auf eine gerechte Entlohnung in der Branche: "Damit die Menschen von ihrer Arbeit auch leben können." Allerdings zeige die Kritik bereits Wirkung, so Weil: Seitens der Fleischindustrie gebe es Signale des Guten Willens. Inwieweit die Arbeitgeber zu Zugeständnissen bereit sind, werde sich am Abend zeigen. Dann wollen [Wirtschaftsminister Olaf Lies](#) (SPD) und Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) mit Vertretern der Fleischindustrie über mögliche Lösungen diskutieren.

Weitere Informationen



Video

[Miese Jobs für billiges Fleisch](#)

Sie arbeiten für einen Hungerlohn und hausen in Baracken: Arbeiter aus Osteuropa werden immer wieder mit falschen Versprechungen nach Norddeutschland gelockt. Auch Wiesenhof ist offenbar verstrickt. [mehr](#)

ISN

27.06.2013 

Vermittlungsausschusses einigt sich auf Kompromiss zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Der Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag hat sich am gestrigen Mittwoch, 26.06.2013 auf einen Kompromiss zur Änderung des Arzneimittelgesetzes (AMG) geeinigt. Darin wird eine Reihe von Anliegen des Bundesrates in eine vom Bundestag bereits im Februar beschlossene Arzneimittelnovelle übernommen. Beide Häuser müssen den Kompromissvorschlag noch bestätigen, was aber als nahezu sicher gilt. Der Bundestag wird sich bereits in dieser Woche, der Bundesrat am 5. Juli 2013 mit dem Kompromiss befassen. Damit könnte das Gesetz dann Anfang 2014 in Kraft treten.

Mit der Änderung des Arzneimittelgesetzes soll die Antibiotikagabe an Tiere stärker als bislang vorgesehen verringert werden. So soll die Mitteilungspflicht des Tierhalters bzgl. der verabreichten Antibiotika über den Mastbereich hinaus auch auf die Aufzucht erweitert werden.

Bei erheblicher Überschreitung der bundesweiten Therapiehäufigkeit wird der Tierhalter gegenüber der Behörde verpflichtet, unaufgefordert einen Minimierungsplan vorzulegen. Zudem erhält die Behörde stärkere Befugnisse, die verringerte Antibiotikagabe gegenüber dem Tierhalter durchzusetzen. Bei wiederholten Verstößen gegen behördliche Minderungsanordnungen kann ein Betrieb in besonders schwerwiegenden Fällen bis zu drei Jahre lang stillgelegt werden.

Die aus der Therapieüberwachung erlangten Daten sollen über diesen Bereich hinaus auch bei Verdacht auf Verstöße gegen das Lebensmittel-, Tierschutz- und Tierseuchenrecht verwendet

werden dürfen. Der Bundesrat hatte sich für eine völlige Streichung der Datenbeschränkung ausgesprochen.

Die ISN meint:

Die Änderung des Arzneimittelgesetzes bedeutet einerseits eine weitere deutliche Zunahme der Bürokratie für die Schweinehalter, aber auch die gleichzeitige Weitergabe von umfangreichen Datenmengen, die ggf. mit zum Teil erheblichen Konsequenzen für die Betriebe verbunden sein können. Doch es gibt auch positive Aspekte. So bietet die Antibiotikadatenbank eine Chance, den praxisgerechten Einsatz von Antibiotika in der deutschen Schweinehaltung gegenüber der Öffentlichkeit mit Hilfe von fundierten Zahlen darzustellen. So gibt es bereits jetzt eine nicht zu unterschätzende Zahl von Betrieben, die Mastdurchgänge auch komplett ohne den Einsatz von Antibiotika realisieren können. Dies haben die ersten Auswertungen der QS-Antibiotikadatenbank bereits deutlich gezeigt.

Das Ziel der Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes wird von der ISN voll unterstützt. Dabei darf man jedoch nicht übers Ziel hinausschießen und die Maßnahmen dürfen nicht zu Lasten der Tiergesundheit gehen, was im Sinne des Tierschutzes kontraproduktiv wäre.

Problematisch ist aus Sicht der ISN die Verwendung der eingegebenen Daten zur Ahndung von Verstößen gegen das Lebensmittel-, Tierschutz- und Tierseuchenrecht, die aufgrund von Forderungen der Bundesländer in das AMG aufgenommen wird. Begründet wurde dies von den Bundesländern mit den Anforderungen des Informationsfreiheitsgesetzes. Aus Sicht der Schweinehalter besteht die Gefahr, dass sich mit dem neuen AMG für die deutschen Schweinehalter ein starkes Restriktionssystem entwickelt, das dem dänischen System der Gelben Karte sehr ähnlich ist. Insbesondere die Möglichkeit für die Behörden, die Tierhaltung für bis zu drei Jahre untersagen zu können, geht deutlich über das Ziel hinaus.

Und die Humanmedizin?

Leider wird der Umgang mit Antibiotika in der Humanmedizin bei der Gesetzesnovelle völlig ignoriert, obwohl insbesondere in diesem Bereich wesentliche Ursachen für die zunehmende Verbreitung von Antibiotika-Resistenzen liegen.

Und was ist mit den Heimtieren? Auch die bleiben bei der AMG-Novelle unberücksichtigt.

Jetzt kommt es darauf an, dass Bund und Länder bei der Umsetzung der AMG-Novelle an einem Strang ziehen und praxisgerechte Lösungen entwickeln. Um den Aufwand für die Schweinehalter einigermaßen erträglich zu gestalten ist es unbedingt notwendig, dass die neue Antibiotikadatenbank mit bereits am Markt bestehenden Systemen verknüpft wird und keine unnötigen Doppeleingaben und -erfassungen notwendig sind.

 [ISN-Stellungnahme zur 16. Novelle des Arzneimittelgesetzes \(Aug 2012\)](#)

TOP AGRAR ONLINE

DBV-Mitgliederversammlung beschließt Leitbild Nutztierhaltung

[27.06.2013]



Kann mit der großen Zustimmung zum Leitbild sehr zufrieden sein: DBV-Präsident Rukwied auf dem Bauerntag in Berlin Die Delegierten des Deutschen Bauernverbandes haben am Donnerstagmorgen auf dem Bauerntag in Berlin mit vier Gegenstimmen und einer Enthaltung das „**Leitbild Nutztierhaltung**“ beschlossen. In Anbetracht der zunehmenden Angriffe auf die Tierhaltung positionieren sich die Bauern darin klar zu ihrer Wirtschaftsweise, zu den Ansprüchen des Berufsstandes und zum Tierwohl.

Einige Grundsätze aus dem Leitbild (abgekürzt):

- Wir stehen für eine erfolgreiche und gesellschaftliche verankerte Nutztierhaltung in Deutschland
- Als bäuerliche Unternehmer wissen wir um unsere Verantwortung für Mensch, Natur und Umwelt.
- Wir gehen verantwortungsvoll mit unseren Nutztieren um und sorgen für eine tiergerechte Haltung.
- Wir versorgen die Bürger mit gesunden und hochwertigen Lebensmitteln. Die Verantwortung für gute Lebensmittel endet nicht an unseren Stalltüren.
- Wir wollen aus der Haltung von Nutztieren unser Einkommen erzielen.
- Wir stellen uns den Herausforderungen auf den Märkten.
- Wir machen Tierhaltung in Deutschland noch tierfreundlicher und umweltgerechter.
- Wir brauchen den Rückhalt der Bürger für eine moderne und nachhaltige Tierhaltung

Blick auf das Tier

- Wir sehen das Tier als Teil der Schöpfung
- Wir halten Tiere, um Lebensmittel zu erzeugen, erwirtschaften damit unser Einkommen und sichern so die Lebensgrundlage unserer Familien und Betriebe.
- Wir wissen, dass die Haltung von Nutztieren stets ein verantwortungsvolles Abwägen zwischen vielfältigen Anforderungen bedeutet. Wir stellen uns dieser Verantwortung und fühlen uns dem Schutz der Tiere verpflichtet.

Verantwortung als Tierhalter für das Tier

- Wir kümmern uns um das Wohlbefinden unserer Tiere und fördern damit deren Gesundheit und Leistung. Gute Betreuung und Herdenführung mit Verstand und Sachkompetenz sichern das Wohlbefinden der Tiere.

- Wir sind ausgebildete Experten und erkennen, ob es unseren Tieren gut oder schlecht geht. Basis dafür ist eine gute Ausbildung und ständige Weiterbildung, die wir auch bei unseren Mitarbeitern sicherstellen.
- Wir sorgen für tiergerechte Haltungsbedingungen. Gutes Stallklima und gute Stallhygiene, gutes Futter und Wasser sowie ausreichend Platz und Stressfreiheit sind uns dabei wichtig.
- Wir setzen auf Wissenschaft und Forschung bei der Weiterentwicklung der Tierhaltung. Der verantwortungsvolle Umgang mit Nutztieren reicht von der Tierzucht über Tiertransporte bis hin zur Schlachtung.
- Moderne Technik und Automatisierung helfen uns dabei, noch tier- und umweltgerechter zu werden sowie die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Verantwortung für das Tier hat allerdings der Mensch, nicht die Technik.

Moderne Tierhaltung und Nachhaltigkeit

- Wir wollen eine von unternehmerischen und selbständigen Bauern verantwortete Tierhaltung. Verantwortliche Tierhaltung findet in kleinen und in großen Betrieben, mit großen und kleinen Betrieben, mit großen und kleinen Beständen statt.
- Wir stehen zu einer flächengebundenen Tierhaltung als Ausdruck von praktizierter Nachhaltigkeit und funktionierender Kreislaufwirtschaft. Deshalb, und wegen einem effizienten Ressourceneinsatz, sorgen wir für ein verantwortliches und nachhaltiges Nährstoffmanagement.
- Wir werben mit Offenheit und Dialog um das Vertrauen der Bevölkerung in eine moderne und nachhaltige Nutztierhaltung. (ad)

Das gesamte Leitbild können Sie sich hier herunterladen:

[Download](#)

BR.de

Deutscher Bauerntag Bauernverband beschließt Leitbild zur Tierhaltung

Auf dem Deutschen Bauerntag in Berlin hat sich der Bauernverband für tiergerechte Haltung ausgesprochen. Zum Auftakt des Treffens gestern hatte Verbandspräsident Rukwied Attacken wegen der Massentierhaltung zurückgewiesen.

Stand: 27.06.2013

[Markus Langenstraß, BR: Mehr Umweltschutz auf Wiesen und Feldern](#)

Der Bauernverband hat sein Leitbild zur Tierhaltung beschlossen und spricht sich darin für ein "gutes Stallklima und gute Stallhygiene, gutes Futter und Wasser sowie ausreichend Platz und Stressfreiheit" aus. Technik und Automatisierung seien Hilfen, "noch tier- und umweltgerechter" zu werden. Die Verantwortung für das Tier habe aber der Mensch, nicht die Technik.

Bauernpräsident in Rage

Zuletzt hatte das Thema Massentierhaltung für heftige Attacken gesorgt. Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied sagte, es bringe ihn auf die Palme. Die Kritik trafen Landwirte in ihrer Ehre. Er sprach von einer Unverschämtheit. Die Bauern hielten ihre Tiere tieregerecht.

Angesichts der Beratungen über die künftige EU-Agrarfinanzierung mahnte Rukwied eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit an, statt auf Eingriffe in den Markt zu setzen.

"Wir laufen Gefahr, uns von einer zukunftsorientierten und vor allem gemeinsamen Agrarpolitik, die einen relativ gleichmäßigen Rahmen für alle Bauern in Europa setzt, zu verabschieden"

Rückendeckung durch die Kanzlerin

Bundeskanzlerin Merkel sicherte den Landwirten Unterstützung zu. Sie rief die Landwirte auf, sich der Diskussion über mehr Tierschutz nicht zu entziehen. Transparenz und Vertrauen seien entscheidend für das Verhältnis zwischen den Bauern und der Gesellschaft. Denn viele Verbraucher würden eben nicht nur nach Preis kaufen, sondern machten ihre Entscheidung auch von der Herstellung und Verarbeitung abhängig.

"Nur Sie als Landwirte können auch Verbesserungen im Tierschutz umsetzen."

Angela Merkel (CDU), Bundeskanzlerin

Wie auch der Bauernverband hält sie nichts von verstärkten Eingriffen in den Agrarmarkt durch die EU. Die Zahlungen für die deutsche Landwirtschaft müssten berechenbar und verlässlich bleiben.

Aigner gegen staatliche Eingriffe

Trotz Kritik an der Massentierhaltung hat sich Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) gegen staatliche Eingriffe ausgesprochen.

"Unsere Bauern wissen immer noch selbst am besten, wie sie zu wirtschaften haben."

Ilse Aigner (CSU), Bundeslandwirtschaftsministerin

Der Staat sei nicht der bessere Unternehmer. Die Bundesregierung setze vielmehr auf Anreize für eine besonders tieregerechte Erzeugung, etwa durch die Förderung neuer Haltungsverfahren.

Flutschäden auf Äckern und Höfen

Ein wichtiges Thema für den Bauerntag sind in diesem Jahr die Folgen der Hochwasserkatastrophe. Viele Landwirte haben aufgrund der Flut enorme Einbußen. Rukwied wies Vorwürfe von Umweltorganisationen zurück, dass Bauern mit intensiver Bewirtschaftung eine Mitverantwortung am jüngsten Hochwasser in Deutschland trügen. Dies, so Rukwied, sei potenziert Schwachsinn. Die Bauern seien mit erwarteten Schäden von womöglich bis zu 500 Millionen Euro Betroffene der Flut. Wenn zusätzliche Maßnahmen zum Hochwasserschutz notwendig sind, seien die Landwirte dazu bereit. Sie müssten aber eingebunden werden - auch bei einem möglichen Ausgleich fürs Bereitstellen von Polderflächen.

Skepsis gegenüber Brüssel



[zum Artikel Subventionspolitik der Europäischen Union EU-Minister über Agrarreform einig](#)

Es geht um die Verteilung von Milliarden Euro bis 2020: Die EU-Landwirtschaftsminister haben sich auf eine Agrarreform verständigt. Kleinere und ökologische Betriebe sollen stärker gefördert werden. Die Zustimmung des EU-Parlaments steht jedoch noch aus. [[mehr - tagesschau](#) | [zum Artikel: Subventionspolitik der Europäischen Union - EU-Minister über Agrarreform einig](#).]

Bei den neuen Umweltauflagen der EU fordert der Bauernverband mehr Flexibilität. Auch die geplante Freihandelszone zwischen der EU und den USA sieht er skeptisch. Aus Sicht der deutschen Bauern müssten die hohen europäischen Lebensmittel-Standards bewahrt werden, sagte Ruckwied. "Wir mahnen zu größter Sorgfalt."

Der Deutsche Bauernverband organisiert über seine Landesverbände nach eigenen Angaben 90 Prozent der rund 300.000 Landwirtschaftsbetriebe.

Süddeutsche Zeitung

28.6.2013

Bauernverband gegen Ökoaktivisten

Berlin - Die Bilder von verdreckten Ställen sind allgegenwärtig, von kranken Tieren, die dahinvegetieren. Das seien unhaltbare Zustände, sagte Bauernverbandspräsident Joachim Ruckwied beim Deutschen Bauerntag in Berlin. Aber es seien auch Einzelfälle, die die Realität in der deutschen Landwirtschaft bei weitem nicht widerspiegeln. Der sonst so ruhige Verbandschef gerät in Rage: Wenn Ökoaktivisten davon sprächen, dass es doch gar keine wirkliche Landwirtschaft mehr gebe, dass moderne Bauern doch alle Massentierhaltung betrieben, dann fühle er sich selbst 'in seiner Ehre verletzt'.

Kurz vor der Bundestagswahl steht die Nutztierhaltung besonders in der Kritik. Nun mischt sich auch der Bauernverband in die Diskussion ein. Die Zukunft der Tierhaltung sei den Landwirten wichtig, sagt Ruckwied. Schließlich erwirtschafteten sie 60 Prozent ihres Einkommens mit Rindern, Schweinen, Schafen und Hühnern. Der Verband will dafür werben, dass die Bevölkerung die moderne Tierhaltung mehr akzeptiert. Auf dem Deutschen Bauerntag verabschiedeten die knapp 600 Delegierten daher ein neues Leitbild zur Nutztierhaltung. 'Wir sorgen für tiergerechte Haltungsbedingungen', heißt es in dem Papier. 'Gutes Stallklima und gute Stallhygiene, gutes Futter und Wasser sowie ausreichend Platz und Stressfreiheit sind uns dabei wichtig.' Technik und Automatisierung seien Hilfen, 'noch tier- und umweltgerechter' zu werden. Mest

TOP AGRAR ONLINE

Aigner zeigt sich als Anwältin der Bauern

[28.06.2013]

Die Entscheidungen über die **EU-Agrarreform** und den EU-Haushalt 2014 bis 2020 haben positive und negative Aspekte, sagte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner am Donnerstag den Delegierten des Bauertages in Berlin. Wichtig sei vor allem die Planungssicherheit für die Bauern und die weitgehende finanzielle Stabilität des Agrarbudgets. Kommissionspräsident Barroso habe ja bekanntlich zu Beginn der Debatte hier Einschnitte von 30 % gefordert. "Es bleibt in Zukunft bei jährlich 5 Mrd. Euro Direktzahlungen für Deutschland. Und auf eine pünktliche Auszahlung können Sie sich auch verlassen", so Aigner.

Für 2014 gebe es eine Übergangsregelung. Mit dem Greening werde erst 2015 gestartet. 30 % der Direktzahlungen seien dann an spezielle Auflagen gebunden. Laut der Ministerin müssen z.B. Betriebe mit mehr als 15 ha Acker 5 % ihrer Ackerfläche als ökologische Vorrangfläche ausweisen, die aber – anders als im ursprünglichen Entwurf – landwirtschaftlich genutzt werden dürfen. Hier können die Landwirte unter anderem Leguminosen, Zwischenfrüchte etc. anbauen. „Das Kämpfen hat sich gelohnt“, so Aigner wörtlich. Die Ministerin betonte, dass sie eine Degression der Direktzahlungen ablehne. „Wir wollen aber, dass alle Betriebe auf den ersten Hektaren mehr Geld bekommen, ohne die größeren einseitig zu bestrafen.“

Enttäuscht zeigte sich die im Herbst aus dem Amt scheidende Landwirtschaftsministerin über die Haltung mancher Verhandlungspartner zu den Marktfragen: „Wir hätten gerne mehr Marktorientierung gehabt, aber das Parlament und einige Mitgliedstaaten haben gebremst.“ Immerhin habe man bei den Trilog-Verhandlungen erkannt, dass das Bonus-Malus-System bei der Milch nicht funktionieren kann, erklärte Aigner weiter. Diese Mini-Milchquote würde ihrer Ansicht nach nicht wirken und sich nicht finanzieren. „Ich wünsche mir, dass das auch die anderen Staaten einsehen.“

Nase voll von Künast's Sprüchen

Verärgert reagierte Aigner auf die andauernde Diffamierung der Landwirtschaft von Seiten der Grünen. „Ich habe langsam wirklich die Nase voll von den Sprüchen von Frau Künast zu Massentierhaltung und Agrarindustrie“, so die Bayerin. Anders als viele andere Länder fördere Deutschland ausschließlich die Produktion auf der Fläche. Besorgt zeigte sie sich auch über das Verbandsklagerecht, wie es etwa in Nordrhein-Westfalen eingeführt wurde. „Das schnürt den Landwirten die Luft ab. Die Bundesregierung setzt dagegen auf Eigenverantwortung der Bauern, die es am besten wissen“, so Aigner.

Dafür habe die schwarz-gelbe Koalition die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt. Aigner erwähnte das neue AFP sowie die „wichtigen Weichenstellungen“ bei der Erbschaftsteuer. „Das ist die beste Junglandwirteförderung. Die Opposition wolle dagegen zusätzliche Belastungen.“ Weiter sprach sie die Mehrgefahrenversicherung und die Erleichterungen beim Agrardiesel an. „Die Opposition will den Agrardiesel abschaffen“, erinnerte sie. Auch die Alterssicherung der Landwirte habe sich bewährt, weshalb Pläne, diese in die gesetzliche Rentenversicherung zu überführen, unsinnig seien.

„Manche selbsternannten Gutmenschen wollen die Bürger umerziehen, aber wir nicht“, schimpfte Aigner unter dem Applaus der Landwirte. „Unser Leitbild ist: Freie Menschen sollen so leben, wie sie wollen. Dafür geben wir die Rahmenbedingungen.“ Sie versprach sich bis zum Ende Ihrer Amtszeit für die Bauern einzusetzen "Rechnen Sie damit!", rief sie den DBV-

Delegierten zu. Bekanntlich geht Aigner nach der Landtagswahl in Bayern im September zurück nach München. (ad)

HNA

27.06.13

"Tiergerechte Haltungsbedingungen"

Leitlinien zur Tierhaltung: Bauern versprechen bessere Ställe

Berlin. Angesichts von Kritik an Großställen mit tausenden Schweinen oder Hennen wollen die deutschen Bauern bei den Bürgern für mehr Akzeptanz der modernen Tierhaltung werben.

Landwirte geloben Besserung und wollen künftig ihrer Verantwortung gerechter werden: Denn Massentierhaltung, wie hier in einem Stall auf dem Putenmasthof Hartlage im Landkreis Oldenburg, ist für weite Teile der Bevölkerung nicht mehr akzeptabel.

„Wir sorgen für tiergerechte Haltungsbedingungen“, heißt es in einem Leitbild, das am Donnerstag beim Bauerntag beschlossen wurde. „Gutes Stallklima und gute Stallhygiene, gutes Futter und Wasser sowie ausreichend Platz und Stressfreiheit sind uns dabei wichtig.“

Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) machte sich dafür stark, weitere Anreize für eine besonders tiergerechte Erzeugung zu setzen - etwa durch die Förderung neuer Haltungsverfahren.

Technik und Automatisierung seien Hilfen, „noch tier- und umweltgerechter“ zu werden, heißt es im Leitbild des Bauernverbands. „Verantwortung für das Tier hat allerdings der Mensch, nicht die Technik.“ Verantwortliche Tierhaltung gebe es in kleinen wie großen Beständen. Die Verantwortung für gute Lebensmittel durch gesunde Tiere ende „nicht an unseren Stalltüren“.

Der Bauernverband verhandelt derzeit mit dem Einzelhandel, Fleisch mit zusätzlichen Tierwohlkriterien bei höheren Preisen anzubieten.

Aigner wandte sich gegen politische Vorstöße, etwa ein Verbandsklagerecht oder andere Auflagen einzuführen. Die Ministerin betonte, dass die Übergabe von Höfen an die nächste Generation aus Sicht der Union nicht mit Erbschaftssteuern belastet werden dürfe. „Das ist das beste Junglandwirte-Förderprogramm.“

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) hob die Chancen der geplanten Freihandelszone zwischen der EU und den USA für die deutsche Ernährungsbranche hervor. Derzeit gingen nur zwei Prozent ihrer Exporte nach Amerika. **SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier** kritisierte eine „Billigmasche“ im Lebensmittelhandel und bei vielen Verbrauchern, die zu einem „erbarmungslosen Preisdruck“ führe. **Er wandte sich gegen eine Diskriminierung landwirtschaftlicher Großbetriebe. Sie seien vor allem in Ostdeutschland teils der einzige Arbeitgeber und damit das „haltende Wurzelwerk“ der Region.**

Tonnenweise in den Müll

Um Lebensmittelabfälle zu vermeiden, bräuchten Supermarktregale aus Sicht vieler Kunden nicht bis kurz vor Ladenschluss voll gefüllt sein. Das hat eine Online-Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov ergeben. Drei Viertel würden dafür am späteren Abend

auf ausgewählte Produkte verzichten. Dass kurz vor Ende der Geschäftszeit noch das komplette Sortiment zu haben ist, wünschen sich dagegen 17 Prozent der Befragten. Laut einer Studie im Auftrag des Bundesverbraucherministeriums landen pro Jahr elf Millionen Tonnen Nahrung im Müll. (dpa)

AgrarZeitung

27. Juni 2013, 17:27 Uhr Emotionen

Stefanie Awater-Esper zu DBV-Präsident Joachim Rukwied



Ein Jahr hat Joachim Rukwied jetzt als Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV) absolviert. Doch sie sind sich noch immer ein wenig fremd geblieben, die in den Landesbauernverbänden organisierten Landwirte und ihr Präsident. Trotz der langen Erfahrung, die er hat, als Funktionär und als Landesbauernpräsident in Baden-Württemberg. Rukwied haftet das Image eines kühlen Wirtschaftsbosses an.

Auf dem Deutschen Bauerntag diese Woche in Berlin hatte sich Rukwied vorgenommen, sein öffentliches Bild zurecht zu rücken. „Sie haben vielleicht gemerkt, dass ich heute ein bisschen emotionaler und deutlicher bin“, versucht er in seiner Rede plötzlich und unvermittelt die unter der Hand immer wieder angeklungene Kritik anzusprechen. Im Saal regt sich daraufhin wenig.

Auch sonst gehen die Delegierten ausgesprochen sparsam mit Applaus während Rukwieds Rede um. Es braucht gut eine Viertel Stunde bis er das erste Mal eine Regung in den Reihen erzeugt und die Delegierten die Hände aufeinander schlagen. Da hat er schon die Verhandlungsergebnisse der EU-Agrarreform vom Finanzrahmen über das Greening, der Umverteilung bei den Direktzahlungen und den Zuckermarkt abgehandelt und ist beim Thema Milch angekommen. „Wenn die Kommission eingegriffen hat, war’s immer schlecht, das hat meist dazu geführt, dass die Bauern weniger Geld hatten“, lautet die Aussage, die den Applaus auslöst.

Erst als er zur Medienschelte ansetzt, kommen die Delegierten richtig in Fahrt und danken es ihm einmal mit frenetischem Beifall. „Ich fühle mich in meiner Ehre angegriffen“, sagt Rukwied über die Berichte, die eine Massentierhaltung kritisieren oder mehr Umweltstandards einfordern. Da blitzt auf, dass an dem so kühl daher kommenden DBV-Präsident all das, was im vergangenen Jahr über ihn geschrieben und gesagt wurde, nicht spurlos vorüber gegangen ist. „Das bringt mich auf die Palme“, gipfelt er. Er wolle die deutsche Landwirtschaft gemeinsam mit den Landwirten nach vorne bringen, setzt Rukwied weiter zur Rechtfertigung an, deshalb sei er an diesem Tag emotionaler.

Dann endet sein emotionaler Exkurs jedoch, und er fällt wieder in seine angestammte Rolle zurück, nennt recht unkonkret die Begriffe Freiheit und Staat, Unternehmertum und Regulation. Rukwied berichtet ausführlich vom Besuch des Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, und davon, in wie vielen Punkten er doch mit ihm übereinstimmt. Für einen Moment ist nicht klar, ob dort der Präsident des Deutschen Bauernverbandes oder der des Bundesverbands der Deutschen Industrie spricht.

Zum Schluss führt Rukwied der Flächenverbrauch wieder auf die agrarpolitische Agenda zurück. Den Balsam für die Bauernseele liefert im Anschluss an seine Rede jedoch Bundeskanzlerin Angela Merkel, die den Landwirten ihr Vertrauen ausspricht - etwa in den verantwortungsvollen Umgang mit Direktzahlungen. „Die Rede hat gut getan, weil sie die Leistung der Landwirte unterstützt“, dankt der Präsident es selbst der Regierungschefin.

Für Standing Ovations scheint die Zeit in Rukwieds DBV-Karriere noch nicht gekommen zu sein. Die bekamen auf dem diesjährigen Deutschen Bauerntag in Berlin andere, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Noch-Bundesagrarministerin Ilse Aigner.

NZZ

EU einigt sich auf Agrarreform

[Wirtschaftsnachrichten](#) Mittwoch, 22:33

Unterhändler der EU-Staaten und des EU-Parlaments haben sich auf eine Agrarreform verständigt, die die Agrarpolitik «grüner und gerechter» machen soll. Einige Vorschläge wurden indessen im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens verwässert.

René Höltschi, Brüssel

Dies sei der «Beginn eines Paradigmawechsels»: Mit diesen Worten hat der EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos die am Mittwoch von Verhandlungsdelegationen der EU-Staaten, des EU-Parlaments und der EU-Kommission erzielte politische Einigung über eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU gefeiert. Obwohl seine im Herbst 2011 vorgelegten Vorschläge im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens einige Federn gelassen haben, zeigte sich Ciolos, aber auch der irische Agrarminister Simon Coneney als Vertreter der Mitgliedstaaten und die Verhandlungsführer des Parlaments an einer gemeinsamen Pressekonferenz insgesamt zufrieden mit dem Ergebnis. Abstriche gemacht haben die Gesetzgeber sowohl bei der Umwelt- als auch bei der Marktorientierung der Reform.

Abstriche bei der Ökologie

Das im Detail komplexe Vorhaben bestimmt, wie die Agrarsubventionen der EU in der nächsten Finanzperiode 2014 bis 2020 ausgegeben werden. Vorgesehen sind hierfür im EU-Finanzrahmen für die sieben Jahre rund 373 Mrd. € (inkl. Entwicklung des ländlichen Raums und Umweltschutz). Die vielleicht wichtigsten Reformen betreffen die Direktzahlungen, die den Löwenanteil des EU-Agrarhaushalts ausmachen. Dies sind Subventionen an die einzelnen Landwirte, die grösstenteils nicht mehr an die konkrete Produktion gekoppelt sind, sondern in Form einer von der bewirtschafteten Fläche abhängigen Prämie ausbezahlt werden. Hier sind die folgenden Änderungen vereinbart worden: «Greening»: 30% der Direktzahlungen werden künftig als «Ökologisierungszuschlag» an Landwirte ausbezahlt, die umwelt- und klimafreundliche Praktiken verfolgen. Konkret müssen sie im Regelfall drei Kriterien erfüllen: Bestehendes Weideland (Grünland) muss bewahrt werden, mindestens 5% der Fläche muss für ökologische Nischen wie Hecken, Biotop oder Brachen reserviert werden, und der Ackerbau muss diversifiziert werden. So soll ein Bauer mindestens zwei Kulturen anbauen, wenn er mehr als 10 ha Ackerland hat, und mindestens drei Kulturen, wenn er mehr als 30 ha hat. Wer bereits «gleichwertige» Massnahmen ergriffen hat, soll keine neuen Pflichten erhalten. Wer die Vorgaben nicht erfüllt, verliert nach einer Übergangszeit nicht nur den «Ökologisierungszuschlag», sondern auch weitere Subventionen.

Das von der Kommission vorgeschlagene «Greening» war in verschiedener Hinsicht ehrgeiziger gewesen. So hatte die Behörde zum Beispiel mindestens 7% der Fläche für ökologische Nischen gefordert (nun soll 2017 eine Ausweitung auf 7% geprüft werden). Aus Sicht des Bauernverbandes Copa-Cogeca hat die Abschwächung der Vorgaben die Ökologisierung der GAP «praxistauglicher und flexibler» gemacht; die Umweltorganisation WWF hingegen klagte, die Umwelt sei in Gefahr. Angleichung: Derzeit sind die Betriebsprämien pro Hektare vor allem aus historischen Gründen zwischen den einzelnen EU-Staaten und teilweise innerhalb der Staaten sehr unterschiedlich. Bis 2019 soll kein Mitgliedstaat weniger als 75% des EU-Durchschnitts erhalten, und innerhalb eines Staats soll bis 2019 jeder Bauer pro Hektare mindestens 60% des regionalen oder nationalen Durchschnitts erhalten. Dies führt zu Einbussen bei jenen Landwirten, die bisher über dem Durchschnitt lagen, doch kann der Mitgliedstaat diese «Verluste» auf 30% begrenzen.

Weitere Elemente des Kompromisses bilden zusätzliche Förderungen für Junglandwirte und die Beschränkung der Subventionen auf «aktive Landwirte». Golfplätze oder Flugplätze erhalten somit nur noch Gelder, wenn sie zeigen können, dass sie auf ihren Feldern wirklich Landwirtschaft betreiben.

Zu einer Verwässerung gekommen ist es bei einer Reihe von Punkten, die die Marktorientierung der Agrarpolitik betreffen. So werden die Mitgliedstaaten je nach Situation bis zu 13% (in Einzelfällen noch mehr) der Direktzahlungen weiterhin an die Produktion koppeln können. Dies ist deutlich mehr als von Brüssel vorgeschlagen. Die Zuckerquoten (Produktionsbegrenzungen) werden erst im Herbst 2017 statt im Herbst 2015 auslaufen. Das System der Pflanzungsrechte für Wein, das ebenfalls der Mengenbegrenzung dient, soll nicht abgeschafft, sondern 2016 durch ein neues Regime abgelöst werden. Die Milchquoten hingegen laufen wie geplant 2015 aus. Neue Schutzklauseln sollen in allen Sektoren Interventionen im Krisenfall ermöglichen.

Bestätigung erst im Herbst

Nicht Teil der Vereinbarung zwischen Rat und Parlament sind einige weitere Reformelemente, darunter insbesondere die Begrenzung der Direktzahlungen für Grossbetriebe, bei denen sich die Mitgliedstaaten – zum Ärger des Parlaments – bereits im Rahmen des EU-Finanzrahmens 2014 bis 2020 festgelegt haben. Dieser Rahmen ist derzeit Gegenstand separater Verhandlungen zwischen den Staaten und dem EU-Parlament. Durch das Parlament bestätigt werden kann die Agrarreform indessen ohnehin erst nach der Sommerpause. Bis dann müsste auch der Finanzrahmen definitiv feststehen.

AbL - Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Pressemitteilung, Berlin, 26.06.2013

Bundeskanzlerin agiert gegen bäuerliche Landwirtschaft

Merkel will weniger EU-Kürzungen bei Großbetrieben und kürzt ausgerechnet bei Agrarumwelt und ländlicher Entwicklung. In der Marktpolitik stärkt sie einseitig die Milchindustrie und schwächt die Bauern

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hält der Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, in der aktuellen Reform der EU-Agrarpolitik gezielt gegen die Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft zu handeln und einseitig die Interessen von Großbetrieben und Agrarindustrie

zu bedienen.

"Frau Merkel hat schon im EU-Rat der Staats- und Regierungschefs zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU die Obergrenze für die EU-Zahlungen an Großbetriebe vom Tisch gefegt. Nun hatte sie ihre Bundesministerin Ilse Aigner angewiesen, im EU-Agrarministerrat der letzten beiden Tage auch eine EU-weit verbindliche nennenswerte Kürzung sehr hoher Zahlungen je Betrieb zu verhindern. Dem ist der Agrarministerrat in seinem Verhandlungsangebot von heute an das EU-Parlament gefolgt, indem die Beträge über 150.000 Euro je Betrieb und Jahr nur noch um 5 Prozent gekürzt werden sollen. Das ist eine Besserstellung der Großbetriebe zum status quo, denn heute werden diese hohen Beträge um 10 bis 14 Prozent gekürzt. Dieses Wahlgewinn an die Großagrarier wird die Kanzlerin heute vor den Delegierten des Deutschen Bauernverbands ausbreiten - es kommt einem Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zugute und schwächt die bäuerlichen Betriebe, denen die Zahlungen überproportional gekürzt werden", kommentiert der Bundesvorsitzende der AbL, Bernd Voß. Er fordert Bund und Länder auf, die Möglichkeiten der nationalen Umsetzung der Reform zum Ausgleich dieser Benachteiligungen und zur Stärkung bäuerlicher Betriebe voll und ganz auszuschöpfen.

Auch bezüglich der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik wirft die AbL der Bundeskanzlerin ein Handeln zulasten bäuerlicher Landwirtschaft vor: "Kanzlerin Merkel hat in der mehrjährigen EU-Finanzplanung Kürzungen um 20 Prozent ausgerechnet in dem Förderbereich der Ländlichen Entwicklung ausgehandelt, aus dem etwa die Agrarumweltmaßnahmen, der Ausgleich für benachteiligte Gebiete oder Tierschutzmaßnahmen finanziert werden. Damit das in den nächsten Jahren nicht zu massiven Streichungen bei diesen Maßnahmen führt, müssen Bund und Länder sich nun schnell auf einen Ausgleich einigen. Dazu sollten oberhalb von Freibeträgen auch die Direktzahlungen herangezogen werden. Es ist bezeichnend, dass die Bundesregierung auch hier dem Deutschen Bauernverband folgt und das bisher kategorisch ablehnt", erläutert der AbL-Vorsitzende.

In der Marktpolitik stehe die Bundesregierung ebenfalls nicht auf Seite der bäuerlichen Betriebe, sondern auf Seiten der Industrie, so die AbL: "Die deutsche Regierung hat auf Brüsseler Ebene äußerst vehement gegen den Vorschlag des Europäischen Parlaments zur Vermeidung von Milchüberschüssen gestimmt. Das Parlament hatte vorgeschlagen, in Zeiten von Marktkrisen den Milchbauern einen Anreiz zu geben, kurzfristig und zeitlich begrenzt die Milcherzeugung etwa zu drosseln, damit das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage schneller wieder ins Lot kommt und existenzvernichtende Milchpreise vermieden werden. Die Bundesregierung lehnt das ab und folgt damit dem Drängen der exportorientierten Molkereien, die ihre Exportmärkte sichern wollen zulasten der Milchpreise, aus denen die Bauern ihre Kosten und ihre Arbeit bezahlen müssen. Die Folge wird sein, dass Überschüsse nicht vermieden, sondern wieder in staatliche Lagerhallen gestopft werden und die Krisenzeiten damit künstlich verlängern, statt vorausschauend zu verkürzen", so Voß. Der AbL-Vorsitzende verweist darauf, dass die Verhandlungen insbesondere zur Milchpolitik nicht beendet sind. Im Herbst werden neue Vorschläge der EU-Kommission erwartet.

Auf deutscher Ebene fordert die AbL alle Parteien auf, vor der Bundestagswahl zu sagen, wie sie die erheblichen nationalen Gestaltungsmöglichkeiten zur konkreten Umsetzung der EU-Agrarreform nutzen und ausfüllen wollen. "Wir fordern alle Parteien auf, nicht nur von

bäuerlicher Landwirtschaft zu reden, sondern auch tatsächlich die zukunftsfähige bäuerliche Landwirtschaft zu stärken. Das erwarten die Bauern und Bäuerinnen und das erwartet die Gesellschaft. Insbesondere muss mit den vollen möglichen 30 Prozent der Gelder ein Zahlungsaufschlag für die ersten 20 Hektar je Betrieb finanziert werden. Diese Möglichkeit wollen alle EU-Institutionen den Mitgliedstaaten geben. Das wollen wir ausschöpfen", fordert Voß.

AbL - Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Pressemitteilung, Berlin, 27.06.2013

EU-Agrarreform:

Jetzt kommt es auf die nationale Umsetzung an

Brüsseler Kompromiss bietet echte Chancen für mehr Ökologie und Gerechtigkeit.

Voß: "Bund und Länder müssen nun Flagge zeigen"

"Mit der vorläufigen politischen Einigung zwischen den Vertretern von Parlament, Agrarministerrat und Kommission der EU ist die Agrarreform noch nicht in trockenen Tüchern. Damit daraus tatsächlich eine ökologische und gerechtere Agrarpolitik wird, kommt es jetzt zentral auf die nationale Umsetzung in den Mitgliedstaaten an, insbesondere auch in Deutschland", kommentiert Bernd Voß, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) die Brüsseler Verhandlungsergebnisse.

"Sehr erfreulich ist, dass mit der Bindung der Zahlungen an ökologische Standards und mit der Staffelung der Zahlungen einige unserer Kernforderungen den Blockadeversuchen vor allem aus Berlin widerstanden haben. Die Instrumente Greening und Staffelung kommen, obwohl das Bundesministerium und einige Agrarverbände das unbedingt verhindern wollten. Es kommt jetzt aber ganz wesentlich auf die nationale Umsetzung dieser Instrumente an, damit das Greening flächendeckend die erforderliche ökologische Wirkung zeigt und damit bäuerliche Betriebe tatsächlich gestärkt werden", mahnt Voß.

Die AbL weist darauf hin, dass die Kürzung sehr hoher Zahlungsbeträge je Betrieb noch nicht beschlossen ist, sondern vom EU-Parlament und dem Agrarministerrat ausgeklammert worden ist. "Das, was der Agrarrat mit Bundesministerin Aigner an verpflichtender Staffelung vorgeschlagen hat, stärkt nicht die bäuerlichen Betriebe, sondern verbessert die Situation der Großbetriebe", kritisiert Voß. Die Minister wollen Direktzahlungen oberhalb von 150.000 Euro je Betrieb und Jahr nur noch um 5 Prozent kürzen, und nicht mehr wie heute um 10 bis 14 Prozent, so teilt die AbL mit. "Die Großbetriebe fahren also mit dem Vorschlag der Minister nicht schlechter, sondern deutlich besser als heute. Wie Frau Aigner da von einer Existenzsicherung der bäuerlichen Betriebe sprechen kann, bleibt ihr Geheimnis", so Voß.

Die AbL fordert daher, dass Deutschland die durch die Reform gegebenen Möglichkeiten voll ausschöpft, um tatsächlich eine finanzielle Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft zu erreichen. "Die EU-Agrarreform führt dazu das neue Instrument eines Zahlungsaufschlags für die ersten Hektar je Betrieb ein. Wir fordern Bund und Länder auf, dieses Instrument konsequent zu nutzen

und mit den möglichen 30 Prozent der Zahlungsmittel die Prämien für die ersten 20 Hektar je Betrieb zu erhöhen", so der AbL-Vorsitzende. "Das kommt rund 80 Prozent aller Betrieben in Deutschland zugute. Hier werden rund zwei Drittel der Arbeit in der gesamten deutschen Landwirtschaft geleistet, aber es kommt bisher nur ein Drittel der EU-Gelder hier an. Das kann und das muss jetzt verändert werden", fordert Voß.

Beim Greeing fordert die AbL ebenfalls eine wirksame Umsetzung in Deutschland. Die Brüsseler Einigung enthalte noch einige Schlupflöcher für die Mitgliedstaaten, die auf eine Abschwächung der notwendigen ökologischen Verbesserungen hinausliefen. "Bund und Länder sind gefordert, sich nicht auf diese schiefe Bahn des bürokratischen und ungerechten Greenwashings zu begeben. Wir brauchen einfache, klare und ökologisch wirksame Vorgaben für alle Betriebe, damit nicht länger diejenigen indirekt bestraft werden, die eine gute Fruchtfolge einhalten, die das Grünland in der Bewirtschaftung erhalten und die auf ihren Flächen einen aktiven Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt leisten", so Voß.

Um die starken überproportionalen Kürzungen der EU-Mittel zulasten der Ländlichen Entwicklungsprogramme (zweite Säule) auszugleichen, fordert die AbL, bis zu 15 Prozent der Direktzahlungsmittel für bestimmte Maßnahmen wie Agrarumweltmaßnahmen, artgerechte Tierhaltung und regionale Vermarktung umzuschichten und dabei einen kürzungsfreien Freibetrag je Betrieb vorzusehen.

Ministertreffen nächsten Dienstag

"Diese Themen stehen auf der Tagesordnung, wenn sich die Ministerinnen und Minister von Bund und Ländern am kommenden Dienstag in Berlin über die Brüsseler Ergebnisse austauschen. Wir erwarten, dass die nationale Umsetzung im Sinne der bäuerlichen Zukunftslandwirtschaft eingeleitet wird", so Voß abschließend.

BDM

27. Jun 2013

[Trilog-Verhandlungen bei GAP-Reform abgeschlossen: Bei der Milch wird weiter verhandelt](#)

(Freising) Die langen und zähen Trilog-Verhandlungen, in denen zwischen der Position der EU-Agrarminister und der Position des EU-Parlaments ein Kompromiss gefunden werden musste, um die EU-Agrarreform abschließen zu können, sind nun beendet. Besonders die Gestaltung der Gemeinsamen Marktordnung (eGMO) im Milchbereich war in den vergangenen Wochen hart umkämpft.

Die Agrarminister konnten sich letztlich damit durchsetzen, dass der vom EU-Parlament befürwortete Vorschlag, ein zusätzliches Marktkriseninstrument für den Milchbereich zu installieren, nun nicht unmittelbar Eingang in die Agrarreform findet. Bei schweren Marktkrisen sollte mit dem „Freiwilligen Produktionsverzicht gegen Ausfallentschädigung (FPVZ)“ die Möglichkeit eröffnet werden, das Angebot an Milch zeitlich befristet wirkungsvoll zu reduzieren. EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos hat aber bereits für September wieder eine Milch-Konferenz anberaumt, in der weitere Instrumente zur Bewältigung von Milchmarktkrisen vorgestellt werden sollen.

Nach Ansicht des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter BDM e.V. ist die Blockadehaltung einiger Agrarminister, darunter maßgeblich Agrarministerin Ilse Aigner, leider nicht wirklich überraschend. Sie folgen damit konsequent ihrer Linie, Industrieinteressen vor die Interessen von Bauern und Bürger zu stellen. Sie belasten lieber den Steuerzahler mit hohen Ausgaben für Krisenhilfen, die letztlich in den Taschen einiger weniger Konzerne landen, statt Marktsteuerungsmaßnahmen umzusetzen, die die Milcherzeugern (wie beim FPVZ) in der Krise zu einer marktgerechten Anpassung ihrer Produktion veranlassen würden und für den Steuerzahler kostenneutral wären. „Wenig überraschend ist auch die Freude des Milchindustrieverbands über diese Entscheidung“, erklärt BDM-Vorsitzender Romuald Schaber. „Dass sie dabei den Milcherzeuger ganz nebenbei empfehlen, sich doch lieber auf den Aspekt des „Greenings“ und der Degression der Direktzahlungen zu konzentrieren, heißt übersetzt: „Nehmt das Geld und haltet Euch endlich aus dem Markt raus!“ Diesen Gefallen werden wir der Industrie aber sicher nicht tun. Die Ergebnisse der Agrarreform bestätigen, dass die Direktzahlungen für die deutschen Landwirte insgesamt zurückgehen werden. Das bestärkt uns nur in unserer Haltung, dass wir für Marktregeln weiterkämpfen müssen, um unser Einkommen über unser Produkt Milch erzielen zu können“, zeigt sich Schaber kämpferisch.

„Positiv ist, dass man sich im Trilog immerhin darauf verständigt hat, dass die im Rahmen des so genannten Milchpakets geschaffenen Branchenorganisationen aufgewertet werden. Es steht jedem Mitgliedsstaat nun frei, den Branchenorganisationen zu gestatten, allgemeinverbindliche Beschlüsse zu erlassen, die auch für Nichtmitglieder gelten. Das ist ein erster Schritt, der Chancen für eine Erzeugerstärkung bieten könnte“, bewertet Schaber den Ausgang der Verhandlungen. „Wir sind uns zwar bewusst, dass sich die jetzige deutsche Regierung auch hier wieder dagegenstemmen wird, aber politische Machtverhältnisse können sich ändern und neue Kompromisse nötig machen.“

Interessant wird nun, wie effektiv die Vorschläge und Maßnahmen sein werden, die die EU-Kommission bei der Milchkonferenz im Herbst beraten will. Die Milcherzeuger dürfen gespannt sein. „Ciolos ist gut beraten, dass eindeutige Votum des Parlaments für die Milcherzeuger auch im Herbst noch ernst zu nehmen“, erklärt Schaber.

[Die wichtigsten Argumente zum Thema FPVZ sind hier noch einmal im Faktencheck nachzulesen](#)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag

Pressesprecher Andreas Jahnel, Tel. 0351-493 48 11, mobil 0174-238 76 39

Bernhard-von-Lindenau Platz 1, 01067 Dresden

Pressemitteilung

Nr.: 171/2013

Datum: 27.06.2013

**'Massentierhaltung ist uns NICHT WURSCHT!' - GRÜNE machen mobil:
Internetseite www.massentierhaltung-sachsen.de gestartet**

Weichert: 'Klasse statt Masse' - Schluss mit dem Kampf ums billigste Schnitzel

Dresden. Unter dem Titel 'Massentierhaltung ist uns NICHT WURSCHT!' macht die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen Massentierhaltung in Sachsen mobil.

"Wir wollen, dass eine art- und verhaltensgerechte Tierhaltung in Sachsen zum politischen Ziel der Landespolitik wird", so Michael Weichert, landwirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion. "Wir wollen 'Klasse statt Masse'".

"Es muss der Vergangenheit angehören, dass die Staatsregierung den Bau immer neuer Tierfabriken mit Haushaltsmitteln fördert, in denen hunderttausende Rinder, Schweine und Geflügel ein trauriges Dasein fristen. Allein in den Jahren 2008 und 2009 waren das 44 Millionen Euro. Denn hier geht es nur um den Kampf um das billigste Schnitzel. Die sächsischen Fleischerzeuger stehen im ruinösen Wettbewerb mit international agierenden Fleischkonzernen und leiden unter dem Preisdiktat der Discounter. Die Politik von Sachsens Agrarminister Frank Kupfer (CDU) geht auf Kosten der Tiere, der Gesundheit von Anwohnerinnen und Anwohnern, der Umwelt sowie der Arbeitsplätze."

"Wir wollen die Ausgabe von Fördermitteln für landwirtschaftliche Betriebe künftig an Bedingungen wie etwa die Herkunft des Futters (Flächenbindung) und die Anzahl der Tiere koppeln. Dadurch wird die Abhängigkeit von der Futtermittelindustrie verringert, der natürliche Nährstoffkreislauf kommt wieder ins Gleichgewicht und eine Überdüngung der Flächen wird vermieden. Förderung soll nur dann ausgereicht werden, wenn ausreichend große und tierartspezifisch ausgestaltete Stall- und Auslaufflächen eine artgerechte Tierhaltung ermöglichen sowie gesundheitliche Aspekte der Tiere vor der Leistungssteigerung stehen."

Mit der Internetseite www.massentierhaltung-sachsen.de informiert die GRÜNE-Landtagsfraktion über derzeitige und geplante Standorte von Tierfabriken. Herzstück der Internetseite ist eine Sachsenkarte, auf der 180 Anlagen, davon 27 Anlagen in Planung bzw. im Bau, zu finden sind. Die Inhalte stammen aus Antworten der Staatsregierung auf kleine Anfragen sowie aus Informationen von Bürgerinitiativen. Die Website wird laufend vervollständigt.

"Wir wollen Fehlentwicklungen sichtbar machen. Wer auf der Homepage weiter klickt, findet Details über einzelne Anlagen, erschreckende Bilder über Zustände in der Tierhaltung sowie Kontakte zu Bürgerinitiativen. Ich bin wegen zahlreicher Einladungen zu Veranstaltungen sicher, dass wir mit der Internetseite helfen, dass sich die Engagierten untereinander austauschen und miteinander vernetzen können. Getreu dem Motto unserer Website 'Massentierhaltung ist uns nicht wurscht!'."

Internetseite
www.massentierhaltung-sachsen.de

Positionspapier 'Massentierhaltung ist uns NICHT WURSCHT!'

http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/eckpunktepapiere/EP_Massentierhaltung_2013_06_27.pdf

Hintergrund:

Auf der Internetseite wurden Anlagen erfasst, die Tierplatzzahlen aufweisen, welche ein Genehmigungsverfahren (vereinfachtes und obligatorisches Prüfverfahren) nach [Bundes-Immissionsschutzgesetz](#) durchlaufen müssen.

Das heißt bspw. für Anlagen mit über 1.500 Mastschweinen, der Jungsauenaufzucht mit über 560 Sauen bzw. 4.500 Aufzuchtferkel. Bei Geflügel betrifft das Anlagen mit über 30.000 Masthähnchen bzw. Junghennen, ab 15.000 Legehennen oder 15.000 Truthühnern.

Andreas Jahnel, Pressesprecher
Tel. 0351-493 48 11, mobil 0174-238 76 39, gruene-presse@slt.sachsen.de



Please consider the environment before printing this e-mail

Markus Horn
Referent
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 36
Fax.: 0351 / 493 48 09
E-Mail: Markus.Horn@slt.sachsen.de

<http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/>

Merkel warnt vor Preisanstieg für Ackerland durch Investoren

Mittwoch, 26. Juni 2013, 17:42 Uhr

Berlin (Reuters) - Bundeskanzlerin Angela Merkel warnt vor steigenden Preisen für landwirtschaftliche Flächen durch das Interesse von Investoren an Ackerland.

Zwar sei der Preisanstieg zunächst ein Zeichen für gute Marktaussichten, sagte die Kanzlerin am Mittwoch beim Deutschen Bauerntag in Berlin. Allerdings gebe es auch konfliktreiche Entwicklungen. "In den ostdeutschen Ländern gibt es sehr kritische Diskussionen über Investoren auf dem Bodenmarkt, insbesondere wenn diese der Landwirtschaft fernstehen", sagte Merkel.

Sie verwies auf Erfahrungen aus ihrem Wahlkreis in Mecklenburg-Vorpommern und erklärte: "Wir müssen aufpassen, dass diese Diskussionen nicht zu Frustrationen führen, sondern dass die Landwirte eine faire Chance für ihren Boden behalten." Die CDU-Politikerin ergänzte: "Wir müssen die landwirtschaftlichen Flächen als solche schützen, denn sie sind knapp geworden."

In Deutschland sehen zunehmend Anleger, die nicht aus dem Agrarbereich kommen, im Bodenbesitz eine Vermögensanlage. Dies ist mit eine Ursache für den Anstieg der Preise für

Ackerland. In manchen Gegenden können Bauern deswegen nicht ihren Hof erweitern oder Pachtverträge zu den üblichen Konditionen verlängern.

Weltweit ist der Kauf von Flächen für den Ackerbau oder der extensiven Viehhaltung zum Problem geworden. Entwicklungen wie in einigen afrikanischen Staaten werden als "land grabbing" bezeichnet. Darunter wird der Kauf großer landwirtschaftlicher Flächen etwa durch ausländische Gruppen aus China oder den arabischen Staaten verstanden. In einigen Fällen wurden Einheimische von dem verkauften Land verdrängt. Sie verloren dadurch ihre Existenzgrundlage.

Dazu:

AbL- Pressemitteilung

Agrarindustrielle LPG-Nachfolgebetriebe verkaufen sich an Agrarkonzerne

Auf den laufenden Übergang vieler ostdeutscher Nachfolgebetriebe der agrarindustriellen „Landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften“ (LPG), die durch politischen Zwang zur „industriemäßigen Agrarproduktion“ zu DDR-Zeiten geschaffen und in veränderter Form nach der Wende bestehen blieben, an neue Agrarkonzerne weist die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hin. Jüngstes Beispiel sei die Übernahme eines „erheblichen Pakets von Geschäftsanteilen“ der vorpommerschen Ducherower Agrar GmbH durch den Heizungs- und Biogas-Industriellen Martin Viessmann. Dieser Deal sei offenbar eingefädelt worden durch den GmbH-Geschäftsführer Eckhard Schröderl, laut „Spiegel“ zu DDR-Zeiten LPG-Leiter und SED-Parteisekretär, der die „Landwirtschaftliche Produktions-Genossenschaft“ (LPG) nach der Wende „schnell und clever in Privateigentum überführt“ habe und dessen „Agrar GmbH“ nunmehr über drei Gesellschaften bürgerlichen Rechts thone, mit 6 „ehemaligen LPG-Genossen“ und rund 5.000 Hektar.

Solche Geschäfte zwischen Agrarindustriellen und Entscheidungsträgern der DDR- und Nachwende-Zeit und Agrarkonzernen nehmen laut AbL massiv zu: Als bekannt gewordene Beispiele für große außerlandwirtschaftliche Agrarinvestoren liste eine Studie des Braunschweiger vti-Instituts auf: den Möbelkonzern Steinhoff mit 20.000 ha, die JLW Holding (Lindhorst-Gruppe) mit 24.000 ha, die KTG Agrar mit 28.000 ha, die Tonkens Agrar mit 3.000 ha, die Südzucker mit 10.000 ha in Deutschland und 7.000 ha im Ausland, die „Wimex“ (PHW-Gruppe) mit 7.000 ha, die Osterhuber Agrar mit 7.000 ha und 24.000 Rindern, den Ex-Fleischmanager Rodo Schneider mit 6.200 ha sowie Bullenmast und Mutterkuhhaltung, die Rethmann-Gruppe mit 6.500 ha, die Fiege-Gruppe mit 4000 ha und 5.500 Rindern und die AgroEnergy AG mit 4.150 ha. In letzter Zeit sind laut AbL auch die „Mac Agrar GmbH“ des hessischen Ex-Landhandels Roth oder die L.S.G.HmbH des ostholsteinischen Gutsbesitzers und Ex-Bankers Christian Heine ins Blickfeld geraten, ebenso Proteste gegen die offenen oder heimlichen Übernahme-Strategien großer LPG-Nachfolgebetriebe gegenüber benachbarten Agrarbetrieben.

Nach der Wende hätten sich viele ehemalige DDR-Agrarkader zunächst ihre weitere Dominanz bei den - in GmbHs oder Genossenschaften umgewandelten - Landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften (LPGen) gesichert. Dies sei mit Hilfe der offiziellen Agrarpolitik zu Lasten von LPG-Beschäftigten, Landeigentümern und Hofgründern erfolgt. Kritische ostdeutsche Wissenschaftler und die AbL hätten seit vielen Jahren auf diese Entwicklung hingewiesen, u.a. Jörg Gerke in seiner bemerkenswerten Dokumentation „Nehmt und Euch wird gegeben“ - zuletzt bei der Enquetekommission zur „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Formen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“. Der Spiegel hatte bereits vor Jahren unter dem Titel „Bauernland in Bonzenhand“ und „Belogen und betrogen“ die Herrschaft einer Kaste neuer „roter Junker“ in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands beschrieben.

Jetzt, so die AbL, stehe in den LPG-Nachfolgebetrieben ein Generationswechsel an, bei dem älter gewordene Eigner der LPG-Nachfolgebetriebe oder deren Kinder ihre Eigentumsrechte mit hohem Gewinn abstoßen wollten. Diese Situation und die Notlage vieler Ost-Agrargenossenschaften nutzten nun außerlandwirtschaftliche Investoren und auch andere LPG-Nachfolger, um regelrechte Landbau-Konzerne mit vielen Tausenden oder Zehntausenden von Hektaren aufzubauen.

Mittlerweile, so Branchenkenner, habe diese Übernahmewelle bereits etwa ein Drittel aller LPG-Nachfolgebetriebe erfasst. Als besonders bedrohlich bewertet die AbL neue „unheilige Allianzen“ von LPG-Nachfolgebetrieben und Landbau-Konzernen mit agrarindustriellen Biogasbetreibern und Tierhaltungskonzernen. Deren Agrarfabriken mit Zehntausenden von Schweinen oder Hunderttausenden von Hühnern überträfen durchweg noch die Verhältnisse in den Tierfabriken der ehemaligen DDR-„Kombinate Industrielle Mast“.

Dies alles, so AbL-Agrarindustrie-Experte Eckehard Niemann, führe zum weiteren Ausbluten ostdeutscher ländlicher Regionen und zur Gefährdung von Arbeitsplätzen im Tourismus. Dagegen wehrten sich mittlerweile in vielen ostdeutschen Regionen starke Bürgerinitiativen des Netzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“. Gerade die ostdeutschen Dörfer bräuchten keine regions-schädliche Agrarindustrie, sondern vielfältige bäuerliche und mittelständische Strukturen mit artgerechter Tierhaltung und mit vielen sinnvollen Arbeitsplätzen.

Die AbL unterstütze die Pläne der EU-Kommission, die Zahlung von Flächenprämien-Millionen an riesige Landbau-Konzerne zu beenden und die Subventionen umzusteuern auf die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in bäuerlichen Betrieben und für den Aufbau umweltfreundlicher, lebendiger ländlicher Regionen. Eine solche Kehrtwende werde von der Bundesregierung und den ostdeutschen Landesregierungen dringend eingefordert.

5.100 Zeichen – 19.09.2012

SHZ

Interview

Mehr Tierwohl kostet Geld

28. Juni 2013 | 00:00 Uhr | Von Interview: Frank Jung



"Auf Gesprächstemperatur hochgewärmt": Bauernpräsident Werner Schwarz (links) und Stefan Johnigk von der Tierschutzorganisation "Pro Vieh". Foto: höfer

Bauernpräsident Werner Schwarz und Stefan Johnigk von der Tierschutz-Organisation "Pro Vieh" debattieren über die Entwicklung der Tierhaltung.

Herr Schwarz, mit der Web-Cam, die Sie Anfang des Jahres in Ihrem Schweinestall installiert haben, wollten Sie eigentlich etwas für das Ansehen der Landwirtschaft tun. Kaum war die Transparenz da, sahen Sie sich aber als Tierschänder verunglimpft. Haben Sie nicht das Gegenteil von dem erreicht, was Sie beabsichtigt hatten?

Schwarz: Am Anfang war es eine Katastrophe, was da an Kommentaren auf der Facebook-Seite des Bauernverbandes abgegangen ist. Teilweise menschenverachtend. Die Äußerungen stammten von 20, 30 Personen, die sich immer wieder gemeldet haben. Was mir geholfen hat, das durchzustehen, war unter anderem auch ein Telefonat mit Herrn Johnigk. Mit einigem Abstand zu dem Shitstorm der Anfangsphase glaube ich, dass die Kamera doch eine Menge Positives erreicht hat. Vor wenigen Tagen hatten wir den 50 000. Klick auf die Webcam. Das finde ich absolut gigantisch. Als ich das erfuhr, saß ich gerade mit dem grünen Bundestagsabgeordneten Friedrich Ostendorff zusammen - und selbst der als kritischer Begleiter sagte mir: Chapeau, Herr Schwarz, Sie haben mit der Kamera genau das Format getroffen, das notwendig war.

Haben Sie trotzdem Verständnis, wenn sich Berufskollegen von einer Nachahmung abgeschreckt fühlen?

Schwarz: Wir zeigen inzwischen auch Bilder aus einem Kuhstall im Land. Aber insgesamt gibt es eine Grundzurückhaltung. Ich hätte gedacht, dass sich die schneller überwinden lässt. Mein Argument, um Nachahmer zu überzeugen: Ich denke, dass sich so ein Shitstorm wirklich auf das erste Mal, also auf meine Webcam, konzentriert.

Johnigk: Ich bin Herrn Schwarz sehr dankbar, dass er das mit der Kamera gemacht hat. Nach der ersten Aufregung ist dies unterm Strich doch ein Beitrag zur Versachlichung der Debatte. Die Webcam zeigt eins zu eins die Normalität in der Sauenhaltung. Nichtsdestotrotz liefern die Bilder aus dem Stall uns Argumente, warum wir Verbesserungen für den Tierschutz herbeiführen wollen.

Welche Forderungen leiten Sie denn aus den Bildern ab?

Johnigk: Beispielsweise fordern wir, dass die Sauen vor dem Abferkeln ihrem Nestbautrieb vollumfänglich ausleben können müssen. Das ist den Muttertieren in einer Haltung wie Herr Schwarz sie betreibt, verwehrt und führt zu einem Verhaltensstau. Deshalb verzögert die Sau die Geburt und steht unter unnötigem Stress. Diese Verkrampfung wiederum hat negative Folgen für die spätere Säugeperiode der Ferkel. Sauen möchten sich auch während der Abferkel- und Säugeperiode frei bewegen.

Herr Schwarz, sehen Sie sich schon wieder am Pranger?

Schwarz: Nein, wir stehen nicht am Pranger, wir stehen in der Diskussion. Wir zeigen jetzt einen Status Quo, über den wir debattieren können. In der Zeit vor der Kamera gab es ja nur die beiden Extreme: Bilder aus Ställen von Berufskollegen, dies es nicht gut machen einerseits - Superwohlfühlbilder aus Luxusställen in der Schweiz andererseits. Jetzt haben wir alle den Standard vor Augen. An dem können und wollen wir gerne arbeiten. Aber mehr Tierwohl muss auch entlohnt werden, damit diese Betriebe im Wettbewerb bleiben.

Verdeutlichen Sie die Dringlichkeit mal an einem Beispiel.

Schwarz: Unsere Schweinemäster erlösen pro abgeliefertem Mastschwein, nach Abzug aller direkt zuteilbaren Kosten, fünf bis 25 Euro je nach Marktpreis. Rechnet man noch Kosten für

Arbeitskraft und Ställe dazu, steht häufig ein Minuszeichen davor. Jeder Cent, der für anderes draufgeht, geht zu Lasten der Wirtschaftlichkeit.

Stimmen Sie Herrn Johnigk in der Analyse zum unausgelebten Nestbautrieb zu?

Schwarz: Ich bin nicht ganz einig mit ihm, dass nur das fehlende Nestbaumaterial zu Schwierigkeiten bei der Geburt und beim Säugen führe. Aber es wird einfacher, wenn man solche Hilfsmittel hat. Was mir in diesem Zusammenhang auch noch wichtig ist: Wir haben diese Bilder mit der Webcam nicht vor zehn, 20 oder 30 Jahren gemacht. Hätten wir das und könnten direkt vergleichen, würden alle sehen: In unserer konventionellen Haltung hat sich ganz viel entwickelt. Zum Beispiel die Fußbodengestaltung. Durch wärmeableitende Materialien wird der Körper der Sau für sie angenehm gekühlt. Bei den Ferkeln wiederum gibt es wärmeconservierende Materialien.

Johnigk: Wir haben durchaus die Situation, dass wir 60 Jahre lang die Tierhaltung nahezu einseitig nach wirtschaftlichen Kriterien betrieben haben. Man darf landwirtschaftliche Tiere jedoch nicht als Produktionsmittel ansehen, sondern muss jederzeit ihre Qualität als Lebewesen respektieren. Wenn das nicht mit wirtschaftlichen Anforderungen einhergeht, ist es Aufgabe auch der Landwirtschaft, auch des Bauernverbandes, dafür zu kämpfen, dass sich das ändert. Es gilt, die nötige Wertschätzung zurückzuerstreiten.

Schwarz: Indirekt unterstellen Sie dann ja mir und meinen Kollegen eine negative Einstellung gegenüber den Tieren. Das ist falsch. Ich habe eine Mitarbeiterin, die sich ausschließlich um den Zeitraum der Geburt kümmert. 50 bis 60 Sauen innerhalb von drei, vier, fünf Tagen kann sie sehr individuell betreuen. Wenn sie sieht, dass die Sau beim Ferkeln eingeengt ist, wird der Bügel des Ferkelschutzkorbs den Bedürfnissen entsprechend nachgestellt. Ich bin mir sicher, dass mancher Berufskollege, auch wenn er nicht so viele Tiere hält, nicht bei jeder Geburt dabei sein kann. Gleichwohl macht Herr Johnigk die Gleichung auf: Je weniger Tiere pro Stall, desto besser fürs Tierwohl.

Johnigk: Zahlreiche Betriebe arbeiten mit Sauen wiederum in viel größerem Stil als Sie, und wir wissen aus sicheren Quellen, dass es da nicht so gut läuft wie bei Ihnen. Da möchte ich ran. Aus Umfragen wissen wir, dass vier von fünf Bundesbürgern gesteigerten Wert auf eine artgemäße und verhaltensgerechte Haltung legen.

Warum schlägt sich das dann im Verbraucherverhalten so gar nicht nieder? Die große Mehrheit fragt nur nach dem günstigsten Preis.

Johnigk: Bei der Nahrungsbeschaffung nach Aufwand und Nutzen vorzugehen, ist uraltes menschliches Verhalten und nur mit bewusstem Gegensteuern zu überwinden. Das können und tun nicht alle. Umso mehr muss man gerade die in die Pflicht nehmen, die am meisten am Einkaufsverhalten verdienen: den Handel.

Schwarz: Eine Frage: In der Diskussion fällt immer so selbstverständlich der Begriff Tierschutz. Wer legt eigentlich fest, was das ist?

Der Gesetzgeber.

Schwarz: Das, was ich mache, ist der Standard im Rahmen der Gesetze. Was ich mit meiner Frage zeigen wollte: Der Begriff Tierschutz reduziert sich in der öffentlichen Debatte allzuleicht auf Emotionen. Dann wandern wir aber auf einem Grat, auf dem wir Landwirte nicht mehr mitgehen können.

Welche Forderung zum Tierschutz finden Sie denn zum Beispiel an den Haaren herbeigezogen?

Schwarz: Das Schwein ist ein Hartlieger und ein Liegekühler. Es legt sich auf den Boden,

wenn es ihm zu heiß ist. Das weiß der Bürger heute nicht mehr. Als Landwirte arbeiten wir kontinuierlich an einer Verbesserung des Tierschutztes, allerdings auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Johnigk: Es wird viel zu einseitig an der Effizienz und der Ökonomie geforscht. Ich bin selber Biologe, habe mich viel mit Verhaltensforschung befasst. Untersuchungen, in denen das Tier dann doch mal sozusagen selbst zu Worte kommt, finden in der Praxis viel zu wenig Beachtung. Was mich ebenso ärgert, ist die falsche Prioritätensetzung der Politik beim Tierschutz. Wir stellen mit Erstaunen fest: Nicht das, was uns fachlich besonders kümmert, wird aufgegriffen. Stattdessen werden einige wenige hoch emotionale Teilaspekte in den Wahlkampf getragen.

Was zum Beispiel - und was wäre Ihnen wichtiger?

Johnigk: Den Heißbrand bei Pferden sehen wir bei Pro Vieh vergleichsweise nüchtern. Was in der politischen Diskussion hingegen völlig untergeht, ist die Notwendigkeit, Mastschweine so verhaltensgerecht aufzuziehen, dass man auf das prophylaktische Kürzen des Ferkelschwanzes verzichten kann. Das ist zwar faktisch EU-weit verboten, wird aber noch praktiziert. Die Schweinehalter drohen dabei in eine fatale Falle zu laufen, weil sie wegen dieses Verstoßes möglicherweise EU-Mittel zurückzahlen müssen. Doch statt dass die Politik die Umsetzungsprobleme der Landwirte aufgreift, wird über das Brandzeichen gezankt. Das ist ein Politikversagen.

Schwarz: Wenn es so einfach wäre: Wir legen einen Schalter um, und die Schwänze bleiben dran... Das Problem hat leider viele Ursachen. Auch mit einer geringeren Belegdichte und einer mit verschiedenen Materialien ausgestatteten Bucht sind die Schweine nicht unbedingt davor gefeit, sich die Schwänze abzubeißen. Einige Halter kriegen es zu 90 Prozent hin, das zu vermeiden, andere nur zu 30 Prozent. Das ist kein Tierschutz. Mein Rat: Gebt den Landwirten die Gelegenheit, Dinge auszuprobieren. Honoriert das, und die Tierhalter finden die richtige Lösung.

Johnigk: Das ist polarisierende Schwarzweiß-Malerei. Der angebissene Schwanz ist nur der Ausdruck von Verhaltensstörungen durch nicht tiergerechte Aufzucht. Es gibt eine Menge Ansatzpunkte: etwa in der Säugeperiode, bei der Wasserversorgung, bei der Darmgesundheit. Wir brauchen ein Anreizmodell, das den Landwirt in die Lage versetzt, neue Wege auszuprobieren. Ich bin für einen ähnlichen Denkansatz wie bei den Erneuerbaren Energien. Wir benötigen ein Tierwohl- und Nachhaltigkeitsförderungsgesetz. Es müsste über Bonuszahlungen diejenigen entlasten, die nachweislich verhaltensgerechter mit ihren Tieren arbeiten.

Wie bekommen wir denn mehr Geld ins System, damit Landwirte sich Tierschutz leisten können?

Johnigk: Über Label oder Direktvermarktung erreichen wir höchstens zwölf bis 15 Prozent der Leute offen. Wir hatten im letzten Jahr 59 Millionen Schweine am Schlachthof in Deutschland, davon nur rund 350.000 aus Biohaltung. Wenn wir dicke Bretter bohren wollen, wäre es tierschutzmäßig falsch, allein auf bio zu setzen. Vielmehr müssen wir die in die Pflicht nehmen, die den Massenmarkt mit Lebensmitteln beliefern, nämlich den Einzelhandel. Der diktiert mit dem billigsten Produkt, was gemacht werden kann und was nicht. Ein Beispiel: Wir wollten das Schnabelbeißen bei Legehennen über Verbesserungen in der Haltung beenden, hatten auch einen Partner, der dafür etwas mehr Geld hinlegen wollte. Aber beim Start des Projekts hat ein Konkurrent einfach mal die Eierpreise so weit gesenkt, dass bei unserem Partner die Luft raus war. Man kann also nicht über einzelne Unternehmen gehen, sondern muss versuchen, sie im Konsens an einen Tisch zu kriegen. Nur dann gibt es eine Chance, den Markt zu drehen.

Schwarz: Ich hoffe deshalb auf die Initiative Tierwohl. Wir befinden uns auf Ebene des Deutschen Bauernverbandes im Gespräch mit Wirtschaftsbeteiligten und Vertretern von Tierschutzorganisationen. Ich höre eine Bereitschaft des Lebensmitteleinzelhandels heraus, sich zu bewegen. Auch und gerade, weil Nichtregierungsorganisationen direkt beim Verband des Lebensmittel einzelhandels Druck machen.

Und die Idee läuft worauf hinaus?

Schwarz: Auf Bonuspunkte, die sich in der Haltung, beim Transport und in der Schlachtung mit Leistungen über dem gesetzlichen Standard erwerben lassen und die der Handel den Beteiligten der Erzeugerkette finanziell honoriert. Haltungsbedingungen, Futterkomponenten und Medikamenteneinsatz sind Beispiele für Kriterien, die darin einfließen können. Die Vergütung soll unabhängig von Preisschwankungen über einen Fonds des Lebensmitteleinzelhandels gezahlt werden. Der Fleischpreis würde sich weiter am Markt bilden. Das Bonussystem liefere parallel dazu.

Johnik: Der Clou dabei ist, dass das Tierwohl aus einem eigenen Topf finanziert wird, unabhängig vom Marktpreis, der sich allein über Fleischqualität und Menge definiert.

Aber für den Verbraucher wird es dann teurer.

Johnik: Nicht unbedingt beim Fleisch. Dem Einzelhandel kann es egal sein, ob er seinen Gewinn über Bier und Chips macht statt mit Schweinefleisch. Wie die das quersubventionieren, ist mir vollkommen egal, die sollen das Geld für das Tierwohl auf den Tisch legen.

Schwarz: Natürlich zahlt das irgendwann der Verbraucher. Durch tendenziell steigende Preise. Aber es geht dabei um Cent, nicht um Euro je Kilogramm.

Schleswig-Holstein ist das kleine Land des kurzen Drahts. Lässt sich zwischen Pro Vieh und dem Bauernverband hier für den Tierschutz irgend etwas modellhaft einfacher auf den Weg bringen als anderswo?

Johnik: Nachdem wir uns auf Gesprächstemperatur hoch gewärmt haben: Ich kann mir vorstellen, dass wir gemeinsam ein paar Experimente unter dem Motto "Ein Ferkelnest für jede Sau" hinbekommen. Ein Jutehersteller will uns dabei unterstützen. Den Stoff könnten die Tiere für ihren natürlichen Nestbautrieb nutzen. Vielleicht können wir das sogar vor der einen oder anderen Webcam ausprobieren.

Schwarz: Wir haben den kleinen Schritt mit der Kamera gemacht, und in der Folge ergeben sich viele Möglichkeiten in alle Richtungen. Lassen Sie sich überraschen.

dradio.de

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/2158825/>

[EUROPA HEUTE](#)

28.06.2013 · 09:10 Uhr

[Kampf dem ukrainischen Eierkönig](#)

Eine Dorfgemeinschaft wehrt sich gegen eine Hühnerfabrik

Von Florian Kellermann

Die Ukraine setzt beim Export vor allem auf die Landwirtschaft. Produktions- und Tierschutzstandards spielen dabei oft nur eine geringe Rolle. Ein Beispiel hierfür ist die

Hühnerfarm des Millionärs Oleh Bachmatjuk in Makariw bei Kiew. Dort protestieren Anwohner bisher erfolglos für deren Schließung.

Nina Solomenko spricht für sich und ihre Nachbarn in Makariw, 50 Kilometer westlich von Kiew. Sie ist Abgeordnete des Dorfrats und hat einen Kampf aufgenommen - gegen die Betreiber einer Hühnerfarm mit Legebatterien. Die 55-Jährige geht auf eine drei Meter hohe Mauer zu, sie schließt unmittelbar an die Felder der Dorfbewohner an. Mit jedem Schritt wird der beißende Geruch in der Luft stärker.

"Das Tor zur Hühnerfarm liegt nur 30 Meter vom nächsten Wohnhaus entfernt, laut Gesetz müssten es mindestens 1.200 Meter sein. Wo die Mauer ist, waren einmal Gärten. Auch der Zufahrtsweg zu unseren Feldern ist beschnitten. Mit einem Mähdrescher kommt man hier nicht mehr durch."

Der Betrieb ist auf einem Gelände der ehemaligen Kolchose von Makariw entstanden, im hinteren Teil des Areals war früher die Rinderzucht untergebracht. Da habe es zwar auch ab und zu schlecht gerochen, sagt Nina, aber das sei kein Vergleich mit heute. Vor allem spätabends, wenn die Ställe durchgelüftet werden, sei der Gestank unerträglich.

Seit 40 Jahren wohnt die Abgeordnete des Dorfrates in ihrem Haus. Ihre Eltern bauten es damals, nachdem sie - als Mitarbeiter der Kolchose - das Grundstück zugeteilt bekamen. Heute würde Nina gerne umziehen, aber das kann sie sich nicht leisten. Denn mit der Auflösung der Kolchose verlor auch sie ihre Arbeit. Das kleine Haus zu verkaufen, ist so gut wie unmöglich. Interessenten winken sofort ab, wenn sie erfahren, wo es liegt.

Kein Wunder, sagt Nina: Die "Vogelfabrik", wie es auf Ukrainisch heißt, sei gefährlich. Sie glaubt, dass einige Nachbarn Krebs bekommen hätten, weil sie ganz in der Nähe der Farm leben. Sie zeigt die Ergebnisse einer Untersuchung der Luft in Makariw, angefertigt von der staatlichen Sanitärbehörde: Die zulässige Norm für Schwefelwasserstoff wird in dem Dorf demnach zeitweise um das 15-Fache überschritten.

"Aber das ist nicht das einzige Übel. Die Verwaltung lässt verendete Hühner direkt auf dem Gelände vergraben. Ich habe das selber gesehen, als ich einmal mit Vertretern der Veterinäraufsicht dort war. Da lag so ein Haufen toter Hühner, in den Kadavern krochen Würmer herum. Die entstehenden Giftstoffe dringen in den Boden ein und verseuchen unser Grundwasser, auch das ist nachgewiesen."

Immer wieder demonstrierten Dorfbewohner gegen die Hühnerfarm - erfolglos. Die Sanitärbehörde wollte den Betrieb zwar schon schließen lassen. Aber diese Entscheidung nahm das Verwaltungsgericht in Kiew wieder zurück. Nina Solomenko glaubt, dass die Richter bestochen wurden. Der Besitzer des Betriebes Oleh Bachmatjuk ist ein einflussreicher Mann. Die ukrainische Ausgabe des Wirtschafts magazins "Forbes" führt ihn in der Liste der reichsten Ukrainer auf Platz 15 - mit einem Vermögen von 460 Millionen Euro. Zu einem Interview über die Hühnerfarm in Makariw ist er nicht bereit.

Die Firma von Bachmatjuk machte im vergangenen Jahr auch in Deutschland Schlagzeilen: Sie kaufte hier gebrauchte Legehennen-Anlagen, die in der Europäischen Union mittlerweile verboten sind, um sie anschließend in der Ukraine einzusetzen. Die deutsche Bundesregierung übernahm sogar eine Bürgschaft für das Geschäft, unterstützte also den Export der umstrittenen Käfighaltung.

Nina Solomenko kratzt sich nachdenklich am Kopf. Sie fürchtet, dass der Eierkönig die

deutschen Anlagen in der Ukraine sogar als technischen Fortschritt darstellen könnte.

"Aber wir brauchen hier keine neue Technologie, wir haben längst jedes Vertrauen in den Investor verloren. Entweder die Anlage wird geschlossen, oder wir landen sehr bald alle auf dem Friedhof."

Scharf links

Niederlande verbietet Schnabelkürzen bei Hühnern bis 2018

23.06.13

von VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz

VIER PFOTEN appelliert an Aigner, Ausnahmeregelungen in Deutschland abzuschaffen

Niederlande verbietet Schnabelkürzen bei Hühnern bis 2018 // VIER PFOTEN appelliert an Aigner, Ausnahmeregelungen in Deutschland abzuschaffen

Hamburg, 21. Juni 2013 – Die Niederlande verbietet das Schnabelkürzen bei Legehennen und Masthühnern mit einer Übergangsfrist bis 2018. Zuvor galt eine Übergangsfrist bis 2021. VIER PFOTEN begrüßt den schnelleren Ausstieg im Nachbarland und appelliert an Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner, das Schnabelkürzen in Deutschland endlich zu beenden.

Hierzulande ist das Schnabelkürzen zwar gesetzlich verboten, eine Ausnahmeregelung sorgt aber dafür, dass dennoch bei rund 90 Prozent aller Hennen in ausgestalteten Käfigen, Boden- und Freilandhaltung der Schnabel gekürzt wird.

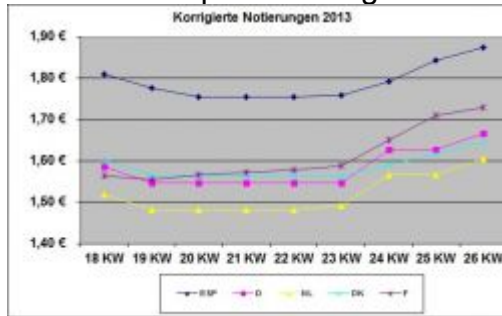
„In Deutschland existiert das Schnabel-Kürzen-Verbot leider nur auf dem Papier. In den Agrarfabriken wird den Küken wie am Fließband der Schnabel mit einer heißen Klinge abgeschnitten. Anstatt die Tiere zu verstümmeln, sollten die Haltungssysteme lieber tierfreundlicher gestaltet und die Besatzdichte reduziert werden“, fordert Kampagnenleiterin Dr. Martina Stephany von VIER PFOTEN. „Die niederländischen Landwirte werden in den Ställen für mehr Beschäftigungsmaterial für die Hühner sorgen, damit es unter den Tieren nicht zu Langeweile und Verhaltensstörungen wie Federpicken kommt. Das muss auch in Deutschland möglich sein.“

Das Tierschutzgesetz verbietet in §6 „Amputationsverbot“ eindeutig das vollständige oder teilweise amputieren von Körperteilen – dazu gehört auch die Schnabelspitze, die bei Hühnern mit Nervenbahnen durchzogen, und daher so empfindlich ist wie eine menschliche Fingerspitze. Die Veterinärämter können aber Ausnahmen genehmigen. „Bei etwa 30 Millionen Hühnern mit gekürztem Schnabel scheint die Ausnahme in Deutschland aber die Regel geworden zu sein“, kritisiert Kampagnenleiterin Dr. Martina Stephany. Wenn das Kürzen der empfindlichen Schnabelspitze nicht korrekt durchgeführt wird, leiden die Hühner lebenslang an Stress und Schwierigkeiten beim Essen und Trinken.

ISN, 25.06.13:

https://www.schweine.net/eu_schweinepreise_steigender_markt_notierungen_h.html

EU-Schweinepreise: Steigender Markt - Notierungen haben Nachholbedarf



In der aktuellen Schlachtwoche ziehen die Notierungen in nahezu ganz Europa an. Fast überall wird über eine flotte Nachfrage bei einem begrenztem Angebot und sinkenden Schlachtgewichten berichtet.

Nach einem Plus von 3 Cent je kg Schlachtgewicht steht die spanische Notierung weiterhin mit Abstand an der Spitze der fünf größten Schweinehaltungen in der EU. Das knappe Angebot reicht hier nicht aus, um die urlaubsbedingte Nachfragesteigerung vollständig zu bedienen. Deutschland, die Niederlande und Belgien legten jeweils um umgerechnet +4 Cent je kg zu. Nachdem die Preise in diesen Ländern in der Vorwoche weitestgehend stabil geblieben waren, war hier ein gewisser Nachholbedarf zu spüren. Ähnlich knapp fällt auch das Schlachtschweineangebot in Frankreich aus. Hier stiegen die Preise um + 2 Cent an. Auch die dänischen Preise profitieren von den gestiegenen Fleischpreisen in Europa und ziehen um knapp 3 Cent an.

Tendenz für den deutschen Markt: Die angekündigten Hauspreise haben sich als reine Drohkulisse herausgestellt, der Preisanstieg wird dem Vernehmen nach durchgängig von den Schlachtunternehmen ausgezahlt. Profitieren können die deutschen Fleischhändler derzeit vom freundlichen europäischen Umfeld. Der Hälftenversand nach Österreich und Polen läuft nach Angaben verschiedener Marktbeteiligter gut und der Schinkenhandel mit Italien hat sich deutlich belebt. Hinzu kommt, dass auch der Lebendexport von Schweinen nach Osteuropa wieder Fahrt aufgenommen hat. Es ist weiterhin von mindestens stabilen Preisen auszugehen.

[2013 06 25](#)

ISN, 27.06.2013:

<https://www.schweine.net/schweinemarkt ausgeglichene marktsituation rote s.html>

Schweinemarkt: Ausgeglichene Marktsituation – Rote Seite macht Druck

Die Situation am Schlachtschweinemarkt präsentiert sich insgesamt ausgeglichen.

Eine gedämpfte Nachfrage der Schlachtunternehmen trifft auf ein kleineres Schlachtschweineangebot, das auch durch die amtlichen Schlachtzahlen bestätigt wird. Partien mit schlachtreifen Schweinen lassen sich nach wie vor zügig und problemlos vermarkten. Von Gefahr im Verzug kann also nicht die Rede sein.

Da die Schlachtunternehmen die gestiegenen Einkaufspreise im Verkauf bislang nicht vollständig umsetzen konnten, treten sie in gewohnter Manier kräftig auf die Bremse. Schon vor dem Start der Auktion der Internet Schweinebörse am Mittwoch drohte Tönnies vorsorglich mit einem Hauspreis, um einen Preisanstieg zu verhindern. Derartiger Druck auf die Erzeugerseite war in den Vorwochen schließlich mit Erfolg gekrönt.

Für durchschnittlich 1,76 EUR/kg SG wurden in der Auktion der Internet Schweinebörse Schlachtschweine gehandelt. Das Ergebnis liegt genau 4 Cent über dem aktuellen Vereinigungspreis von 1,72 EUR/kg SG und spiegelt eine unveränderte Marktsituation wider. Den Hauspreisforderungen aus den Häusern Tönnies und Westfleisch fehlt aus unserer Sicht die Grundlage und jeder Realitätsbezug.

AMI GmbH, Marktwoche Schweine, 26.06.2013:

Schweinefleischhandel ohne Impulse

Das Aufkommen an Schweinen ist im Verhältnis zum Bedarf der Schlachtereien fortgesetzt knapp und oft nicht immer ausreichend. Die Nachfrage nach Schweinen ist stabil, aber

offenbar nicht mehr ganz so flott wie noch vor 10 Tagen. Der Fleischmarkt kann, wie so oft in den Sommermonaten, dieser flotten Entwicklung nicht ganz folgen.

Die Nachfrage nach Schweinen und die nach Fleisch klaffen auseinander. Aufgrund der wechselhaften und kühlen Witterung sowie des Ferienbeginns in Niedersachsen ist ein gedämpfter Bedarf der Schlachtereien gut wahrscheinlich. Diese Fakten und der latente Preisdruck im Fleischhandel können dazu führen, dass sich die Forderungen nach Preisabschlägen seitens der Schlachtereien zum Wochenende hin verstärken. Ein gleichzeitig schubweise erhöhtes Aufkommen an zuvor zurückgehaltenen Schweinen könnte diesen Trend verstärken. Preisstabilisierend ist hingegen das europaweite rückläufige Schlachtschweineaufkommen zu nennen, wovon deutsche Vermarkter stärker profitieren als im Handel mit Kunden außerhalb der Staatengemeinschaft.

Aktuelle Angebotszahlen						
	Woche bis			Fortschreibung bis		
	23.06.2013	16.06.2013	24.06.2012	23.06.2013	24.06.2012	
Wöchentlich erfaßte Schlachtungen: Gesamtdeutschland, vorl. St.¹⁾						
Schweine aller Klassen (S-V)	964.334	980.578	908.777	24.658.223	23.950.335	
Sauen M	17.288	16.561	16.963	450.773	431.294	
<i>1) Nach Wochenmeldungen aufgrund 1. FIGDV. - Rinder und Schweine: nach Schlachtgewicht und Handelsklassen abgerechnet;</i>						
Preisentwicklung für Schlachtvieh (EUR, o. MwSt.)						
	Woche bis				Mai	
	30.06.13	23.06.13	16.06.13	01.07.12	2013	2012
Frei Schlachtstätte, je kg SG						
	geschätzt	vorläufig				
Deutschland, gesamt:						
- Schweine S	1,76	1,74	1,72	1,67	1,64	1,70
- Schweine E	1,72	1,70	1,68	1,63	1,60	1,66
- Schweine U	1,60	1,58	1,56	1,51	1,49	1,54
- Schweine S-P	1,72	1,70	1,68	1,63	1,60	1,66
- Sauen M	1,35	1,34	1,30	1,34	1,28	1,44

* Quelle: AMI 1 Landesstellen

AMI GmbH, Marktwoche Rind, Kalb, Lamm, 26.06.2013:

[AMI:] Jungbullen ohne QS sehr schwer absetzbar

Nachdem sich die Stückzahlen an Jungbullen in den vergangenen Wochen auf normalem bis leicht erhöhtem Niveau wiederfanden, wird aktuell von kleinen bis sehr geringen Handelsmengen berichtet. Der jüngste Preisdruck auf männliche Rinder könnte sich bald legen, so einige Viehvermarkter. Im Süden und Osten Deutschlands stehen noch bis Wochenmitte Preiskürzungen im Vergleich zur Vorwoche von einheitlich 5 Ct/kg seitens der Schlachtereien im Raum. Besonders problematisch ist die Vermarktung von Jungbullen ohne QS-Status. Selbst zu Preisabschlägen von 10 Ct/kg SG ist nur in kleinen Mengen eine Vermarktung möglich. In der zweiten Wochenmitte gehen etliche Viehvermarkter davon aus, dass sich der Markt wieder etwas zu Gunsten der Mäster und Viehvermarkter drehen könnte. Diese Entwicklung dürfte auch im Zusammenhang mit dem neuen Wirtschaftsjahr stehen, wodurch sich die Angebotsentwicklung wieder neu finden wird.

Weibliche Schlachtrinder sind weiterhin äußerst knapp verfügbar. Hier und da dürfte auch aufgrund der akuten Mangelsituation ein minimaler Preisspielraum von 1 bis 2 Ct nach oben vorhanden sein.

Aktuelle Angebotszahlen					
	Woche bis:			Fortschreibung bis:	
	23.06.2013	16.06.2013	24.06.2012	23.06.2013	24.06.2012
Wöchentlich erfasste Schlachtungen: Gesamtdeutschland, St. 1)					
Rinder	45.303	47.772	47.439	1.139.631	1.195.082
- dav. Jungbullen	23.230	24.266	22.626	489.667	518.159
- dav. Kühe	15.551	15.756	17.521	460.601	480.523
Kälber	3.624	3.814	4.023	103.893	104.946

1) Nach Wochenmeldungen aufgrund 1. FIGDV. - Rinder: nach Schlachtgewicht und Handelsklassen abgerechnet; vorl.
Kälber: nach Schlachtgewicht abgerechnet (pauschal oder nach Handelsklassen).

Preisentwicklung für Schlachtvieh (EUR, o. MwSt.)									
Frei Schlachtstätte, kg/SG		Woche bis			Mai				
		geschätzt	vorläufig	30.06.13	23.06.13	16.06.13	01.07.12	2013	2012
Deutschland, gesamt:									
- Jungbullen	R3	3,60	3,62	3,64	3,79	3,57	3,76		
- Jungbullen	O3	3,37	3,41	3,44	3,56	3,35	3,54		
- Färsen	R3	3,75	3,75	3,75	3,64	3,70	3,57		
- Kühe	R3	3,46	3,44	3,42	3,47	3,36	3,38		
- Kühe	O3	3,32	3,30	3,28	3,34	3,20	3,26		
- Kühe	P2	2,67	2,66	2,65	2,75	2,60	2,66		
- Kälber, pauschal		4,85	4,79	4,79	4,76	4,73	4,71		

Quelle: AM, Landesstellen

LID (CH), 24.06.2013:

<http://www.lid.ch/de/aktuell/agronews/detail/article/2013/06/24/weniger-schweinefleischexporte-der-eu/>

Weniger Schweinefleischexporte der EU

24.06.2013 - (lid) – Die EU hat in den ersten vier Monaten des Jahres weniger Schweinefleisch exportiert als im Vorjahreszeitraum.

Die 27 EU-Mitglieder führten zwischen Januar und April 995'000 Tonnen Schweinefleisch (inkl. Nebenerzeugnisse und lebender Tiere) aus, wie die EU-Kommission laut Agra-Europe mitteilte. Das sind 43'000 Tonnen oder 4,1 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Wertmässig sanken die Exporte um 3,8 Prozent auf 1,94 Milliarden Euro.

Am stärksten eingebrochen sind die Lieferungen nach Südkorea. Die Exporte nach China konnten hingegen um 43 Prozent auf 225'000 Tonnen gesteigert werden.

LID (CH), 24.06.2013:

<http://www.lid.ch/de/aktuell/agronews/detail/article/2013/06/24/bauerndemo-in-paris/>

Bauerndemo in Paris

24.06.2013 - (lid) – In Paris haben am Sonntag tausende Landwirte demonstriert, um auf die schwierige Lage der französischen Tierhalter aufmerksam zu machen.

Der organisierende französische Bauernverband FNSEA bezifferte die Anzahl Teilnehmer auf rund 11'000, wie Agra-Europe schreibt. Laut Polizei nahmen 6'500 Landwirte an der Demonstration teil. Im Zentrum der Aktion standen unter anderem der Anstieg der Produktionskosten, eine wachsende Anzahl von Vorschriften sowie der starke Druck der Industrie und des Handels auf die Betriebe.

ISN, 24.06.13:

<https://www.schweine.net/frankreich inaporc fordert 30 cent hoeheren verbra.html>

Frankreich: Inaporc fordert 30 Cent/kg mehr für Schweinefleisch

Schlechte Noten hat die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Schweinebranche im Vergleich zur EU-Konkurrenz im Rahmen einer wissenschaftlichen Untersuchung erhalten.

Das französische Fachinstituts für Schweinehaltung (ifip) hat anhand von insgesamt 33 Variablen einen Index zur Messung der Wettbewerbskraft erstellt. Darunter das makroökonomische Umfeld, die technische Ausstattung und Zustand der Stallgebäude, die Produktivität der Schweinehalter, aber auch Indikatoren der nachgelagerten Stufen wie Schlachthofstrukturen, Arbeits- und Produktionskosten oder die Stellung eines Landes im Außenhandel, listet Agra Europe auf.

Dänemark auf Rang 1

Nach dem europäischen Wettbewerbsindikator landete Frankreich weit hinter anderen wichtigen EU-Schweinefleischproduzenten.

Von der Maximalpunktzahl von 1,0 war Dänemark mit 0,79 Indexpunkten am wenigsten weit entfernt; es folgten fast gleichauf mit etwa 0,5 Punkten Deutschland, die Niederlande und Spanien. Frankreich landete dagegen abgeschlagen mit einem Wert von 0,31 auf dem letzten Platz.

Schlecht schnitt der Schweinesektor des Nachbarlandes nicht nur wegen der hohen Lohnkosten ab; laut ifip mangelte es vielfach auch an Investitionen in moderne Industriebetriebe.

Inaporc: +30 Cent/kg!

Um den seit Jahren anhaltenden Rückgang der französischen Schweineproduktion zu stoppen und die gesamte Branche wieder auf Vordermann zu bringen, schlug der Präsident des Branchendachverbandes Inaporc, Guillaume Roué, vor, den Verbraucherpreis für Schweinefleisch um 30 Cent/kg zu erhöhen und mit den zu erwartenden Einnahmen von 780 Mio Euro den Sektor wieder wettbewerbsfähiger zu machen.

Statistisches Bundesamt - 25.06.13 - 08:00]

Zahl der Betriebe mit Schweinehaltung um 7,5 % gesunken

Wiesbaden (ots) - Zum Stichtag 3. Mai 2013 gab es in Deutschland nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) rund 28 000 Betriebe mit Schweinehaltung, darunter circa 11 200 Betriebe mit Zuchtsauen. Insgesamt wurden rund 27,4 Millionen Schweine gehalten. Die Zahl der Schweine haltenden Betriebe ging damit gegenüber 2012 um 7,5 % zurück, die Zahl der erfassten Schweine sank um 2,5 %.

Hauptursache für diese Entwicklung ist der starke Rückgang der Betriebe mit Zuchtsauen.

Von den rund 2 300 Betrieben, die innerhalb des letzten Jahres aus der Schweineproduktion ausschieden, waren rund 2 000 Halter von Zuchtsauen. Die Zahl dieser Betriebe ging um 15,1 % zurück. Während vor einem Jahr noch rund 2,2 Millionen Zuchtsauen in 13 200 Betrieben gehalten wurden, sank die Zahl der Sauen nur um 6,2 % auf etwa 2,0 Millionen Tiere.

Ein Grund für diese Entwicklung ist die geänderte Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Diese schreibt seit dem 1. Januar 2013 erweiterte Anforderungen an die Haltung von Zuchtsauen vor, die von vielen Haltern umfangreiche Investitionen erfordern. Nicht alle Betriebe haben die mit der Umstellung auf Gruppenhaltung verbundenen Investitionen vorgenommen und lassen den Betriebszweig Sauenhaltung auslaufen. Dies betrifft insbesondere kleinere Betriebe. Zum Stichtag 3. Mai 2013 hatten 22,1 % aller Betriebe, welche im Mai 2012 noch bis zu 100 Sauen hielten, die Sauenhaltung eingestellt. Andere Betriebe hingegen haben ihre Kapazitäten ausgeweitet: Die Anzahl der Betriebe mit mindestens 500 Zuchtsauen stieg um 3,8 %.

Der Rinderbestand stieg bis zum 3. Mai 2013 gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht um 0,9 % auf rund 12,6 Millionen Tiere. Die Zahl der Milchkühe erhöhte sich ebenfalls leicht, und zwar um 0,8 % auf circa 4,2 Millionen Tiere. Die mit Abstand bedeutendsten Rassen waren die Milchnutzungsrasse „Holstein-Schwarzbunt“ mit rund 5,3 Millionen Tieren, gefolgt von der Doppelnutzungsrasse „Fleckvieh“ mit rund 3,5 Millionen Tieren.

Die vollständige Pressemitteilung (inklusive PDF-Version) mit Tabelle sowie weiteren Zusatzinformationen und -funktionen, ist im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/presseaktuell zu finden.

Originaltext: Statistisches Bundesamt

Topagrar.com, 26.06.2013: <https://www.topagrar.com/news/Markt-Marktnews-Hoehste-Bruttomarge-in-2013-in-der-Schweinemast-1186960.html>

Höchste Bruttomarge in 2013 in der Schweinemast

Leicht sinkende Futterkosten und gestiegene Schlachterlöse haben im Juni eine Bruttomarge von rund zwölf Euro je Mastschwein bedingt. Das ist im aktuellen Jahr der bisher der höchste Wert. Nach Definition der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH liefert die Bruttomarge den Wert aus der Differenz zwischen dem Schlachterlös je Schwein und den Kosten für Ferkel und Futter.

Im Monat Mai stieg der Erlös gegenüber dem Vormonat um etwa sieben Euro je Schwein. Zusätzlich gaben die Futterkosten leicht nach. Langsam nähern sich die Schweinemäster wieder einer ökonomisch rentablen Produktion. Betriebe mit sehr guten biologischen Leistungen können wieder kostendeckend arbeiten.

Mit den wärmeren Temperaturen trat gleichzeitig eine Belebung des Schweinemarktes durch das Grillartikelgeschäft ein und führte zu steigenden Schlachtschweinepreisen. Da in einigen Bundesländern die Sommerferien schon im Juni beginnen wird die Entwicklung jedoch etwas gebremst und ein Nachfragerückgang erwartet. (AMI/br)

Topagrar.com, 26.06.2013: <https://www.topagrar.com/news/Schwein-News-Schwein-Niederlaendische-Bank-zeigt-Perspektiven-fuer-Schweinebauern-auf-1185600.html>

Niederländische Bank zeigt Perspektiven für Schweinebauern auf

Auch in den Niederlanden dürfte die Anzahl der Schweinebetriebe weiter sinken. Die Zukunftsaussichten für **niederländische Schweineerzeuger** sind durchwachsen; wer langfristig erfolgreich am Markt agieren will, muss deshalb jetzt schon die richtigen Weichen stellen. Darauf weist die Bank ABN Amro in ihrem aktuellen „Sektorupdate 2013“ hin. Mit Blick auf die Schweinehaltung geht das Finanzinstitut davon aus, dass die Futtermittelpreise in der zweiten Hälfte 2013 sinken werden. Langfristig sei allerdings mit einem aus historischer Sicht höheren Preisniveau als Folge der zunehmenden globalen Nachfrage nach Agrarrohstoffen zu rechnen. Die Schweinehalter stünden somit vor der Herausforderung, die Kosten der Erzeugung sowie das Risiko schwankender Preise für Schweine und Futter zu senken. Außerdem müsse die niederländische Branche ausreichende Kapazitäten zur Verarbeitung von Gülle aufbauen. Auf diese Weise ließe sich die Abschaffung der emissionsgebundenen Tierproduktionsrechte in dem Land begünstigen.

Derweil dürfte die Anzahl der Betriebe bei einer gleichzeitig steigenden durchschnittlichen Bestandsgröße der verbleibenden Betriebe und einer abnehmenden Gesamterzeugung sinken. Gleichzeitig spielten gesellschaftliche Anforderungen mit Blick auf Tier- und Umweltschutzaspekte sowie auf die menschliche Gesundheit eine zunehmend bedeutende Rolle. Die Erfüllung dieser Verbraucherwünsche wird der Bank zufolge entscheidend für den Erfolg sein. (AgE)

LZnet, 24.06.2013: http://www.lebensmittelzeitung.net/news/top/protected/Fleischwirtschaft-Im-Visier-der-Staatsanwaltschaft_99917.html

Fleischwirtschaft im Visier der Staatsanwaltschaft

Bundesweite Razzia wegen Schwarzarbeit in Schlachthöfen

LZnet/dpa. In deutschen Schlachthöfen sollen erneut Leiharbeiter-Kolonnen systematisch schwarz beschäftigt worden sein. Es werde gegen 22 Beschuldigte und ein Firmengeflecht von rund zwei Dutzend Unternehmen ermittelt, bestätigte Staatsanwalt Ralf Möllmann am Montag in Düsseldorf Informationen des "Norddeutschen Rundfunks". Die SPD kritisierte, die Bundesregierung habe den lange bekannten Zuständen in den Schlachthöfen tatenlos zugehört.

Bereits Mitte Mai hätten 450 Polizisten, Zollbeamte, Steuerfahnder und Staatsanwälte bundesweit an 90 Orten Büros und Wohnungen durchsucht. Die Ermittler gehen dem Verdacht nach, dass mit dem Einsatz der Leiharbeiter aus Rumänien und Polen von den Leiharbeitsfirmen Steuern und Sozialabgaben in Millionenhöhe hinterzogen wurden. "Die Arbeits- und Lebensbedingungen der meist osteuropäischen Arbeiter auf deutschen Schlachthöfen sind ein Skandal", kritisierte Gewerkschafts-Chef Klaus Wiesehügel. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) habe "die Augen davor verschlossen und die Menschen in ihrem Elend alleine gelassen", so Wiesehügel in seiner Funktion als Schatten-Arbeitsminister im Team von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Die Bundesregierung habe offensichtlich nicht die Absicht, gegen den Missbrauch vorzugehen. Durchsuchungen gab es in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bremen, Hessen, Schleswig-Holstein, Berlin und Thüringen. Die Orte wurden aus ermittlungstaktischen Gründen nicht genannt.

Spur führt an den Niederrhein

Mit einer ähnlichen Durchsuchungsaktion hatten die Ermittler vor sieben Jahren die Branche aufgeschreckt. Ein deutscher Arbeiter-Verleiher aus Mönchengladbach wurde in der Folge im Jahr 2010 vom Düsseldorfer Landgericht zu fünfeneinhalb Jahren Haft verurteilt. Die Ermittler mussten für die Massen an sichergestellten Unterlagen eine Turnhalle anmieten. Die Beschuldigten im aktuellen Verfahren der Ermittlungskommission "Karo" seien zwar andere, sagte Möllmann. Die Strippen für den Einsatz der Arbeiterkolonnen sind aber offenbar erneut am Niederrhein gezogen worden. Kamp-Lintfort und Moers waren Orte der Durchsuchungen.

Das Verfahren sei zunächst von der Duisburger Staatsanwaltschaft geführt und wegen des Umfangs an die Düsseldorfer Behörde abgegeben worden. Mehr als ein Dutzend Schlachthöfe soll von Hintermännern der Szene mit billigen Arbeitskräften versorgt worden sein.

SZ: "Chinesische Verhältnisse"

Die Leiharbeiter-Kolonnen haben die Stammebelegschaften der Schlachthöfe vielerorts dezimiert. Nach Angaben der "Süddeutschen Zeitung" sorgen die "chinesischen Verhältnisse" in der deutschen Fleischindustrie inzwischen auch international für Ärger.

Die belgische Regierung habe sich bei der EU-Kommission über Sozialdumping und Wettbewerbsverzerrung in Deutschland beschwert. Die Billigkonkurrenz aus Deutschland soll inzwischen auch den belgischen Fleischverarbeitern zu schaffen machen und einen "Schlacht-Tourismus" befördern.

Süddeutsche Zeitung, 24.06.2013: Wirtschaft
Sklaven in Deutschland

Schlechte Bezahlung, unwürdige Unterkünfte, Erniedrigung und Erpressung: Was sich in Schlachthöfen abspielt, ist für viele Kritiker mehr als Ausbeutung. Es ist sogar von Menschenhandel und organisierter Kriminalität die Rede

Von Hans Leyendecker

Die Frau, sie mag Ende dreißig sein, kam aus einem Dorf in Rumänien nach Deutschland, um neu anzufangen. Sie arbeitete in der Verpackung eines Schlachthofs in Norddeutschland am Band. Ihr Arbeitgeber war eine spanische Firma mit rumänischer Geschäftsführerin, die einen Werksvertrag mit der norddeutschen Fleischfirma abgeschlossen hatte. Und der Eigentümer der spanischen Klitsche war ein Deutscher, gegen den inzwischen die Staatsanwaltschaft Düsseldorf wegen Verdachts der Steuerhinterziehung ermittelt.

Mit drei anderen Frauen hauste die Rumänin für viel Geld in einem Zimmer. Ein Landsmann hatte als Vorarbeiter das Kommando. Sie arbeitete, wie auch die anderen Frauen, auf Abruf. Auch nachts. Als sie mal Urlaub machen wollte, wurde sie gefeuert. Sie ging zum rumänischen Vorgesetzten, um ihre Papiere fürs Arbeitsamt abzuholen, doch der weigerte sich zunächst. Sie drohte mit einem Anwalt.

'Hast du keine Angst, zum Anwalt zu gehen?' warnte der Vorgesetzte. 'Weil es kann dir passieren, dass du über die Straße gehst und ein Auto dich überfährt.' Auch könne sie leicht im Graben landen, 'der Kopf zwei Meter weiter' und ein Bein 'sonst wo'. - 'Nein, ich habe keine Angst'. Er: 'Das gilt sogar in Rumänien. Du weißt nicht, ob dein Kind über die Straße geht und ein Auto es vielleicht überfährt.' So stellt man sich eigentlich Dialoge mit der Mafia vor oder mit anderen schweren Jungs - nur nicht am Arbeitsplatz.

Der Wortwechsel zwischen Sklavin und Chef ist Teil eines Films über 'Lohnsklaven in Deutschland'. Die Autoren, Marius Meyer und Michael Nieberg, haben mit verdeckter Kamera in Rumänien Arbeitsvermittler gefilmt, die viel versprechen. Und dann haben sie versucht, die Drecksarbeit international operierender Werkvertragsfirmen nachzuzeichnen.

Der in solchen Zusammenhängen gern verwendete Begriff von der 'Ausbeutung' umschreibt die Lage ungenau, weil er angesichts des tatsächlichen Elends irgendwie abgenutzt wirkt: 'Das ist Menschenhandel, das ist Organisierte Kriminalität', sagt Matthias Brümmer, Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten in der Fleischregion Oldenburg, im Gespräch mit der SZ.

Im TV-Film fahren dunkle Limousinen vor, und die Männer, die aussteigen, sehen wie dunkle Männer in Kinofilmen aus. Sie tragen Koffer mit Bargeld. Billiglöhner bekommen für 150 Stunden Arbeit vielleicht 600 Euro, und wer krank wird, soll gehen.

Menschenunwürdig sind manchmal auch die Unterkünfte. Viele Arbeiter hausen in abbruchreifen Häusern, Vermieter verdienen am Sklavenhandel mit. Neuerdings werden von Werkvertragsfirmen auch spanische Arbeiter angeworben, die mehr Lohn als etwa die Rumänen bekommen, aber bis zu 400 Euro für ein Bett zahlen und auch dem Vermittler daheim Geld geben müssen.

Meist wollen die Fleischarbeiter bleiben. Saisonarbeiter, die zur Erdbeerernte kommen, zum Spargelstechen oder zur Weinernte haben es beim Bauern meist besser. Und sie fahren nach ein paar Wochen wieder nach Hause. Wenn die Fleischfabrikanten Fragen zur Entlohnung der Arbeiter oder zu deren Wohnungen beantworten sollen, fallen die Antworten seltsam gewunden aus: 'Mit uns vertraglich verbundene Werksunternehmen sind selbständige Unternehmen, auf deren Geschäftsbereich wir keinen Einfluss haben', schreibt ein Anwalt im Auftrag eines norddeutschen Fleischunternehmens. Ansonsten sei man 'Verfechter eines bundesweiten Mindestlohns'.

Überdies seien die 'Werkvertragsunternehmen gehalten, ihre Mitarbeiter ordnungsgemäß unterzubringen. Soweit uns die Unterbringungsorte bekannt sind, behalten wir uns vor, Überprüfungen durch unabhängige Personen vornehmen zu lassen'. Zu 'Detailinformationen können wir schon aus Gründen der gebotenen Vertraulichkeit' keine Auskunft erteilen, 'da sie Personen und Vertragsverhältnisse betreffen'. Von 'Missständen' sei allerdings nichts bekannt. Die Namen der vielen Akteure tun eigentlich wenig zur Sache. Bei dem Fleisch-Sklavenhandel geht es längst nicht um Einzelfälle, sondern um ein seit vielen Jahren bestehendes System, das von der Öffentlichkeit manchmal mit Erstaunen und dann wieder mit bleierner Gelassenheit hingenommen wird. 'Der Menschenhandel in dieser Branche wird immer raffinierter und immer schlimmer', sagt der Gewerkschafter Brümmer. Auch Bordellbetreiber gehören zu den Akteuren der Leiharbeiter-Mafia.

'Der Umfang illegaler Tätigkeiten und deren Selbstverständlichkeit sind erschreckend. Das Gewerbe scheint von diesen Straftaten durchdrungen zu sein', hat die Düsseldorfer Richterin Brigitte Koppenhöfer im Dezember 2010 über die Arbeit auf deutschen Schlachthöfen mal gesagt.

Die 14. Große Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts hatte acht Angeklagte zu Strafen zwischen fünfeinhalb Jahren Haft und Bewährung verurteilt. Die Arbeiter-Verleiher hatten rund tausend meist rumänische Leiharbeiter, die gegenüber den Finanzämtern als Selbständige mit Werkverträgen geführt wurden, in Schlachthöfe geschickt und den Fiskus sowie Sozialversicherungen um 15 Millionen Euro geprellt. Fast jedes Jahr gibt es ein neues Großverfahren. Als die Dreharbeiten zu dem NDR-Film noch liefen, suchte die Schwerpunktabteilung für Wirtschaftsstrafsachen der Staatsanwaltschaft Düsseldorf Mitte Mai dieses Jahres nach mehr als zweijähriger Vorbereitung Büros und Privatwohnungen von 22 Beschuldigten an 90 Orten heim.

Die von einem Staatsanwalt geleitete Ermittlungskommission 'Karo', die aus Zollfahndern, Steuerfahndern und Kriminalbeamten besteht, untersucht ein Geflecht von mehr als zwei Dutzend Unternehmen und Subunternehmen, die in mehr als zwölf deutschen Schlachthöfen von Rheinland-Pfalz bis Norddeutschland Polen und Rumänen, für die es keine sogenannte Entsendungsgenehmigung gab, untergebracht hatten.

Es geht auch in diesem aufwendigen Verfahren nicht um Lohndumping, nicht um Sklavenhölerei und unmenschliche Arbeitsbedingungen, sondern wieder mal um den Verdacht der Vorenthaltung von Sozialversicherungsabgaben und der Hinterziehung von Umsatzsteuern und Lohnsteuerbeträgen in Millionenhöhe.

Es geht ums Geld.

Die Story im Ersten 'Lohnsklaven in Deutschland', Montag, 24. 6. um 22.45 Uhr bis 23.30 Uhr.

Quelle Verlag Süddeutsche Zeitung Datum Montag, den 24. Juni 2013 Seite 19

'Hoher Druck'

Pfarrer Peter Kossen fordert ein soziales Gewissen der Kunden

Monsignore Peter Kossen, 44, gehört einer Außenstelle des Bistums Münster an, dem Offizialat in Vechta - er hat seinen Dienstsitz also in einer Gegend, in der es besonders viele Schlachthöfe gibt.

SZ: Die Zustände in der Schlachtbranche sind verheerend. Warum nimmt sie niemand richtig wahr?

Peter Kossen: Die Betroffenen stehen unter hohem Druck. Sie wissen ganz genau: Falls sie Auskunft geben oder ihre Unterkünfte fotografieren lassen, sind sie Job und Wohnung los. Und weil die Arbeiter kaum Deutsch sprechen, haben sie auch so gut wie keinen Kontakt zu Einheimischen.

Reden Sie mit Unternehmern darüber?

Es gibt hier das Agrar- und Ernährungsforum, einen Zusammenschluss von 60 klein- und mittelständischen Firmen. Die sagten mir: Wir haben mühsam ein Label aufgebaut, 'Oldenburger Münsterland' - um wegzukommen von dem Gülle-Image. Und Sie, Monsignore, machen alles kaputt. Ich weise aber immer darauf hin, es handelt sich hier zwar nicht um ein Oldenburger Problem - aber um eins, das es hier eben auch gibt. Manche Unternehmer wollen als Wohltat verkaufen, was sie den Leuten antun. Sie sagen, die Arbeiter verdienen doch 3,50 Euro pro Stunde, also doppelt so viel wie daheim. Die seien dankbar und fütterten sogar noch zu Hause ihren Clan durch. Das ist doch zynisch. In Wahrheit sprechen die Leute hier bei den Tafeln vor, um etwas zu essen zu haben.

Den Verbrauchern sind die Schicksale in Wahrheit ebenfalls egal.

Ja, es gibt die Haltung, soziales Einkaufen können wir uns nicht leisten. Aber die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hat ausgerechnet: Ein Kilo Fleisch beim Discounter wäre nur 5,7 Cent teurer, würden alle Beschäftigten mindestens 8,50 Euro pro Stunde erhalten. Viele Verbraucher ahnen, was los ist, sagen aber, sie wüssten nicht, was sie tun könnten.

Wozu führt diese Haltung?

Wenn wir zulassen, dass Menschen mitten unter uns so leben und arbeiten, dann verrohen wir. Dann geben wir in Wahrheit unsere bürgerliche Gesellschaft auf.

Wo bekommt denn Monsignore Kossen sein Fleisch her?

Ich werde hier im Offizialat mitversorgt. Die Hauswirtschafterinnen kaufen am Ort, aber ich denke, auch in Discountern.

Das müssten Sie eigentlich verbieten.

Ja, vielleicht. Vor allem aber braucht es ein Label 'Faire Arbeit' - damit man sich als Konsument verlassen kann auf das, was man einkauft.

Sie halten viele Predigten und Vorträge gegen diese Zustände. Die Folge war, dass im November 2012 plötzlich ein gehäutetes Kaninchen vor Ihrer Haustür lag.

Ja, das ist die Formensprache der Mafia. Ich ging zur Polizei, die ich gleich gegenüber habe. Aber es war klar, dass bei den Ermittlungen nichts herauskommen würde.

Und nun?

Seitdem hat es kein Bedrohungsszenario mehr gegeben.

Interview: Detlef Esslinger

Quelle Verlag Süddeutsche Zeitung Datum Montag, den 24. Juni 2013 Seite 19

Süddeutsche Zeitung, 24.06.13: Wirtschaft

Sozialdumping

Für das Schlachten und Zerlegen eines Schweins in verkaufsfertige Portionen bekommen osteuropäische Kolonnen meist Summen zwischen 1,02 Euro bis 1,66 Euro in deutschen Schlachthöfen. 16 Arbeiter schaffen schätzungsweise 60 Schweine die Stunde. Da lässt sich der Stundenlohn leicht hochrechnen. Die belgische Konkurrenz, die 12,88 Euro Mindestlohn hat, zahlt rund 4,50 Euro pro Schwein.

Das deutsche Lohndumping ist für einen Teil der Fleischbranche in Europa ein echtes Ärgernis geworden. Die deutsche Fleischindustrie hat einen Aufschwung hingelegt, weil die Unternehmen in der Regel niedrigere Löhne zahlen können als in Nachbarländern. Belgische

Betriebe haben damit begonnen, die geschlachteten Tiere in Deutschland zu verarbeiten und dann das Fleisch zu importieren. Trotz der Transportkosten ist das ein Geschäft.

Im Frühjahr besichtigten zwei belgische Minister die Fleischregion in Norddeutschland, wetterten danach über 'chinesische Verhältnisse' bei den Stundenlöhnen und darüber, dass oft keine deutschen Sozialversicherungsbeiträge gezahlt würden. Die Belgier beschwerten sich bei der EU-Kommission über das deutsche Sozialdumping und die Wettbewerbsverzerrung.

Das System der Werkverträge sollte mal helfen, Arbeitsspitzen oder spezielle Aufträge zu bewältigen. In der Fleischbranche ist es System geworden. Die zumeist osteuropäischen Arbeiter werden von Subunternehmen angestellt. Sie dürfen maximal nur für zwei Jahre verpflichtet werden, geben den Job kurz vor Ablauf der Frist auf, kehren dann wieder zurück oder werden durch andere Angestellte eines anderen Subunternehmens ersetzt.

In der Schlachtindustrie gehören nach Schätzungen des Vize der Gewerkschaft NGG, Claus-Harald Güster, 'im Schnitt mehr als 50 Prozent der Beschäftigten nicht mehr zur Stammebelegschaft. In einzelnen Betrieben beträgt der Anteil der Werkvertragsleute bis zu 90 Prozent'.

Das komplizierte Geflecht der Eignerstrukturen der Subunternehmer hat viele Knoten, und es gibt immer wieder Indizien, dass Fleisch- oder Schlachtkonzerne selbst hinter den Strohmännern stecken. Neuerdings tummeln sich auch Rocker, die früher durch Geschäfte in der Rotlicht- und Türsteher-Szene auffielen, im Fleischgeschäft. In der Regel müssen sie nur erscheinen, um einzuschüchtern. In diesem Geschäft geht es um Gewalt und Angst. ley
Quelle Verlag Süddeutsche Zeitung Datum Montag, den 24. Juni 2013 Seite 19

ISN, 28.06.13:

https://www.schweine.net/gewerkschaft_fordert_soziales_siegel_fuer_fleisch.html

Gewerkschaft fordert soziales Siegel für Fleisch

Seit Wochen sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen ausländischer Werkvertragsarbeitnehmer in der deutschen Fleischbranche in den Schlagzeilen.

Weiteren Schwung in die Diskussion brachte die ARD Reportage Lohnsklaven in Deutschland - Miese Jobs für billiges Fleisch.

Franz-Josef Möllenberg, Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG), fordert nun in einem Gespräch mit der Neuen Osnabrücker Zeitung (NOZ) ein soziales Siegel für Fleisch.

Das Siegel könnte zeigen: Diese Ware kommt aus einem Unternehmen, in dem es einen Betriebsrat gibt, in dem der Tarifvertrag eingehalten wird, wo ausgebildet wird, sagte Möllenberg der NOZ. Des Weiteren spricht er sich für 8,50 €/h Mindestlohn aus.

[!\[\]\(c444627dab9fee9a1550c053ffaaaae2_img.jpg\) ARD Reportage „Lohnsklaven in Deutschland - Miese Jobs für billiges Fleisch“](#)

[!\[\]\(0d7ca0919e6c47bbd874bfa0189fe22e_img.jpg\) NOZ-Gespräch mit Franz-Josef Möllenberg](#)

[!\[\]\(274fd520e03b61c1b9ffc861754cacdc_img.jpg\) Pressemeldung der NGG "Die Aufmerksamkeit ist überfällig!"](#)

BDZ - Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft - 26.06.13 - 11:38

Skandalöse Zustände in Schlachthöfen:

Mehr Kompetenzen für den Zoll gefordert

Berlin (ots) - In der Debatte über den massenhaften Missbrauch von Werkverträgen in Schlachthöfen hat der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft eine Aufnahme der Fleischbranche in das Arbeitnehmerentsendegesetz sowie erweiterte Kontroll- und Ermittlungskompetenzen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) gefordert.

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen Schwarzarbeit gegen Unternehmen dieser Branche hatten dazu geführt, dass erneut skandalöse Zustände mit schwarz beschäftigten Leiharbeiterkolonnen aus Osteuropa, die Dumpinglöhne erhalten und unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten, aufgedeckt wurden.

Nach Ansicht des BDZ können diese Zustände nur beendet werden, wenn neben der Erweiterung des Arbeitnehmerentsendegesetzes ein branchenweiter Mindestlohn festgesetzt und für allgemeinverbindlich erklärt wird. Auch müssten strengere Regeln für Werkverträge gelten, damit das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz nicht unterlaufen werden kann. Darüber

hinaus sei ein Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Abschluss entsprechender Werkverträge zwingend.

Bei risikoträchtigen Betrieben wie in der Fleischbranche reichen aus Sicht des BDZ Schwerpunktaktionen und Personenüberprüfungen des Zolls nicht aus. Allein mit konventionellen Betriebsprüfungen werde man den Machenschaften nicht wirksam begegnen können. Die FKS müsse dort unangemeldet mehrfach im Jahr auftauchen und den Einsatz von verdeckten Ermittlern und Observationen zur Aufklärung des kriminellen Dunkelfeldes nutzen.

Wörtlich erklärt BDZ-Bundesvorsitzender Klaus H. Leprich: „Es handelt sich um ein Dickicht von legalen und illegalen Werkverträgen, mit denen in kriminellen Strukturen ein Vermögen verdient wird und am Ende der Kette eine menschenunwürdige Behandlung und Ausbeutung steht. Nur durch wirksame Kontroll- und Ermittlungskompetenzen der FKS kann den sklavenhaften Arbeitsbedingungen ein Ende bereitet werden. Dazu muss die FKS aber eine entsprechende Personal- und Sachmittelausstattung erhalten. Auch müssen die Kontrollbehörden ihre Kräfte dauerhaft bündeln. Verstöße sind mit drastischen Sanktionen bis hin zu einem Berufsverbot zu belegen.“

Originaltext: BDZ - Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

Neuland e.V., PM, 24.06.2013:

Keine Lohnsklaven bei NEULAND

Akkordschlachten von externen Schlachtkolonnen im NEULAND-Qualitätsfleischprogramm aus besonders tiergerechter Haltung verboten.

Anlässlich der ARD-Reportage zu den Arbeitsbedingungen in deutschen Schlachthöfen, die heute Abend ausgestrahlt wird, weist der NEULAND-Verein darauf hin, dass in seinem Qualitätsfleischprogramm aus besonders tiergerechter Haltung kein Lohndumping mit osteuropäischen Leiharbeitsfirmen stattfindet.

„Tierschutz und Menschenschutz sind nicht voneinander zu trennen. Darum werden die NEULAND-Tiere auch nicht in den Schlachthöfen großer Fleischkonzerne geschlachtet, wo Lohnsklaven für billiges Fleisch sorgen müssen, wie es in dem ARD-Beitrag dargestellt wird. NEULAND arbeitet mit mittelständischen Schlachtbetrieben mit fest angestellten Personal zusammen. Auch schlachten noch einige NEULAND-Fleischereien selber. Für die Schlachtung gibt es detaillierte Richtlinien, die z.B. Akkordschlachten verbieten.

Die Käufer von NEULAND-Fleischprodukten können daher sicher sein, dass bei NEULAND neben dem Tierschutz auch faire Arbeitsbedingungen für die Bauern, Bäuerinnen und für die Mitarbeiter/innen in der Schlachtung und Verarbeitung wichtig sind. Darum haben NEULAND-Produkte auch einen höheren Preis.

Wir fordern daher die Fleischbranche und den Handel auf, auf die Billigfleischideologie zu verzichten und Preise zu nehmen, die den Tierschutz und die Arbeitsbedingungen gleichermaßen berücksichtigen,“ so der Vorsitzende des NEULAND e.V. Wolfgang Apel abschließend.

LZnet, 25.06.2013:

http://www.lebensmittelzeitung.net/news/top/protected/Fleischbranche-Union-uebt-heftige-Kritik_99943.html

Union übt heftige Kritik an der Fleischbranche

LZnet/dpa. Die [Missstände in deutschen Schlachthöfen](#) stoßen auch in der Union auf Kritik. "Lohndumping, Endlos-Ketten von Werkverträgen zur Umgehung von fairen Arbeitsbedingungen sowie menschenunwürdigen Lebensverhältnissen muss ein wirkungsvoller Riegel vorgeschoben werden", sagte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling (CDU), in Berlin.

Es gebe "eklatante Verwerfungen im Umgang mit Mitarbeitern in einigen Betrieben der Fleischindustrie". Nun sei vor allem die Branche selbst gefordert. "Sie sollte umgehend eine Tariffähigkeit herstellen, damit tarifliche Mindestlöhne vereinbart und auch wirklich an die Mitarbeiter ausgezahlt werden.

Die Arbeitgeber sind aufgefordert, einen Arbeitgeberverband zu gründen, um mit den Gewerkschaften faire Tarifverträge abzuschließen". Die Union werde "die zum Teil menschenverachtenden Zustände nicht hinnehmen", kündigte Schiewerling an. Die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten sollen nach seinen Worten "konsequent" genutzt werden. Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften seien zusammen gefordert.

LZnet, 27.06.2013: http://www.lebensmittelzeitung.net/news/top/protected/EU-Verbraucherschutzkommissar-Schock-in-der-Fleischindustrie-zeigt-Wirkung_100013.html
EU-Verbraucherschutzkommissar Borg: Schock in der Fleischindustrie zeigt Wirkung
LZnet. EU-Verbraucherschutzkommissar Tonio Borg zeigt sich zuversichtlich, dass die Fleischindustrie Lehren aus dem jüngsten Pferdefleisch-Skandal gezogen hat. "Ich schließe eine zweite Welle an DNA-Tests keineswegs aus, um zu überprüfen, ob der Schock, den die Fleischbranche erleben musste, auch heilsam war. Ich glaube allerdings, dass er Wirkung gezeigt hat", sagt Borg im Interview mit der Lebensmittel Zeitung (Deutscher Fachverlag). Der Grund dafür seien die enormen wirtschaftlichen Folgen des Skandals, in dessen Verlauf nicht deklariertes Pferdefleisch in zahlreichen Fertigprodukten wie Lasagne entdeckt worden war. Zusätzliche Sicherheit will der EU-Kommissar durch höhere Strafen bei Lebensmittel-Betrug und bessere Kontrollen schaffen. Ein entsprechendes Gesetzespaket, das die Kommission Anfang Mai beschlossen hat und das nun in den Mitgliedsländern diskutiert wird, sieht unter anderem vor, Unternehmen an den Kosten für amtliche Kontrollen zu beteiligen. "Ich weiß, dass das nicht unbedingt eine populäre Forderung ist. Am Ende dient sie aber der Lebensmittelsicherheit – und damit auch den Unternehmen", so Borg gegenüber der Lebensmittel Zeitung.

Zurückhaltend zeigt sich Borg hingegen bei einer Herkunftskennzeichnung für verarbeitete Fleischprodukte, wie sie etwa von Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner gefordert wird. "Ich habe einige Fragen – zum Beispiel, welche Kosten solch eine Regelung verursacht im Vergleich zum Nutzen für den Verbraucher." Zudem teilt der EU-Kommissar die Sorge der Hersteller, ihre Waren könnten im Ausland diskriminiert werden, wenn etwa auf der Wurstpackung das Herkunftsland ersichtlich sei. "Wie groß ist die Gefahr, dass den Verbrauchern indirekt signalisiert wird: Kauft heimisches Fleisch, das ist besser als Ware aus anderen Mitgliedsländern?", fragt Borg.

Einen neuen Anlauf will der EU-Kommissar hingegen in der Frage der Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen in der EU wagen. Im EU-Ministerrat habe bei diesem Thema zuletzt Stillstand geherrscht. "Jetzt wollen wir unseren rund zwei Jahre alten Vorschlag reaktivieren, der es den Mitgliedsländern erlaubt, den Anbau einer gentechnisch veränderten Pflanze auf ihrem Territorium einzuschränken oder zu verbieten, selbst wenn dafür eine Zulassung durch die EU-Kommission besteht." Er rechne bei dieser Initiative "mit guten Erfolgsaussichten", so Borg.

LZnet, 26.06.2013:

http://www.lebensmittelzeitung.net/news/top/protected/Koenecke-Fahnder-durchsuchen-Firmenzentrale_99952.html

Razzia bei Fleischbetrieben in Bremen und Niedersachsen

LZnet/dpa. Wegen des Verdachts von falsch deklarierter Wurst ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen einen der größten deutschen Fleischhersteller in Bremen. Es bestehe der Verdacht, dass das Unternehmen Könecke sogenanntes Separatorenfleisch verarbeitet habe, ohne die Produkte mit einem entsprechenden Hinweis zu versehen, sagte Oberstaatsanwältin Frauke Wilken am Mittwoch. Separatorenfleisch wird maschinell von den Knochen gelöst, es ist billiger und wird oft für Wurst verwendet. "Es besteht keine Gefahr für die Verbraucher", fügte Wilken hinzu.

Fahnder hatten am Dienstag den Wurstwarenhersteller Könecke mit Sitz in Bremen und dem nahe gelegenen Delmenhorst sowie mehrere Zulieferbetriebe durchsucht, wie mehrere Zeitungen am Mittwoch berichteten. Könecke-Sprecher Markus Eicher bestätigte die Razzia, wies die Vorwürfe aber zurück. "Von uns wurden zu keinem Zeitpunkt Produkte mit falscher Kennzeichnung vermarktet."

Das Unternehmen Könecke stelle generell keine Produkte mit Separatorenfleisch her. Am untersuchten Standort Delmenhorst würden auch von anderen Unternehmen der Mühlen-Firmengruppe keine anderen Produkte mit diesem Fleisch produziert. "Es gibt überhaupt keinen derartigen Warenfluss an dem Standort."

Der Firmensprecher kündigte an, dass das Unternehmen die Vorgänge überprüfen und eng mit den Behörden zusammenarbeiten werde. Lebensmittelkontrolleure sollen nach Medienberichten vor zwei Jahren auf das Separatorenfleisch in der Wurst aufmerksam geworden seien. Dabei geht es um Proben aus den Jahren 2011 und 2012. Seitdem laufen die Ermittlungen.

Die Verwendung von Separatorenfleisch ist zulässig, solange die Produkte entsprechend gekennzeichnet sind. Gegen Zulieferbetriebe in Niedersachsen und anderen Bundesländern ermitteln die Behörden nach Angaben der Staatsanwältin nicht.

Könecke beliefert nach Angaben von Eicher fast den gesamten deutschen Einzelhandel. Das Traditionsunternehmen produziert mit rund 1200 Mitarbeitern in Bremen, Delmenhorst und im polnischen Slubice. Seit 2006 gehört es zu der Zur Mühlen Gruppe aus Schleswig-Holstein.

Topagrar.com, 27.06.2013:

<https://www.topagrar.com/news/Markt-Marktnews-VDV-veroeffentlicht-Schweinepreis-fuer-die-neue-Schlachtwoche-1187830.html>

VDV gibt erstmals Schweinepreis für die neue Schlachtwoche bekannt

Am heutigen Donnerstag hat der **Verband deutscher Viehvermarkter (VDV)** erstmalig einen eigenen Schweinepreis bzw. eine **Preisprognose** für Schlachtschweine der neuen Schlachtwoche (Zeitraum: 27.06.13 bis 03.07.13) bekannt gegeben. Der erste VDV-Preis liegt bei 1,68 € pro kg SG und damit 4 Cent unter dem VEZG-Preis vom vergangenen Freitag. Die Meldespanne beträgt 1,66 bis 1,69 €/kg SG bei einer Vermarktungsmenge von 201.300 Schweinen.

Der VDV begründet den niedrigen Preis wie folgt:

Der Preisanstieg in der Vorwoche auf 1,72 € konnte nicht annähernd umgesetzt werden, so berichten Fleischvermarkter in ganz Europa. Einzig der Hälftenversand, der kaum noch mengenmäßig Bedeutung hat, spricht von positiven Deckungsbeiträgen. Die Nachfrage nach Grillfleisch präsentiert sich zwar belebt, bleibt aber hinter den Erwartungen zurück. Die bevorstehenden Sommerferien in mehreren Bundesländern lassen dabei zusätzlich einen leichten Nachfragerückgang erwarten.

Der Preisrückgang überrascht, weil Mäster bei der gestrigen [Auktion der Internet-Schweinebörse](#) noch Preise von bis zu 1,77 €/kg erzielten. Im gleichen Zug hat der VDV den Sauenpreis übrigens um 11 Cent pro kg SG aufgesetzt. Die VEZG hat ihre Schlachtsauen-Notierung heute hingegen nicht verändert. Es ist nicht leicht hier den Überblick zu behalten! Mit Spannung erwarten nun viele Marktteilnehmer die für Deutschland maßgebliche Notierung der VEZG, die Freitagmittag festgelegt wird.

top agrar hat den Geschäftsführer des VDV Rudolf Diegruber zu Hintergründen und Zielen der neuen "Schweinepreisprognose" befragt. Lesen Sie das Interview in der neuen top agrar ([Ausgabe 7/2013; S.122](#)), die Sie am vergangenen Wochenende erhalten haben.(ab)

ISN, 28.06.13:

https://www.schweine.net/verband_deutscher_viehvermarkter_teil_2_transpare.html

Verband deutscher Viehvermarkter – Teil 2: Transparenz auf Viehhändlerart

Die Gerüchteküche wusste es schon länger, jetzt wurde es umgesetzt: Der Verband Deutscher Viehvermarkter (VDV) veröffentlicht seit gestern auch eine Preisprognose für Schlachtschweine.

Jeweils donnerstags und damit einen Tag nach der Auktion der Internet Schweinebörse sowie einen Tag vor der Veröffentlichung der Preisempfehlung der Erzeugergemeinschaften, will der VDV seine Preisvorstellung kundtun. Zu Beginn des Jahres hatten einige Viehhändler den VDV gegründet, nach eigenen Aussagen mit dem Ziel, die Interessen des Viehhandels besser zu vertreten und für mehr Transparenz am Markt zu sorgen.

Transparenz ade!

Beim VDV-Schlachtsauenpreis hat sich in Bezug auf die Transparenz rückblickend jedoch nach Analysen der ISN genau das Gegenteil bewahrheitet. Regelmäßig lag demnach die Differenz zwischen dem VDV-Preis und dem tatsächlichen Auszahlungspreis der Schlachtunternehmen an die Händler bei 18 bis 19 Cent. Das entspricht einer theoretischen Handelsspanne von etwa 33 € je durchschnittlicher Schlachtsau. Hinzu kommen die Vorkosten, die den allermeisten Landwirten ja paradoxerweise zusätzlich zum Ab-Hof-Preis in Rechnung gestellt werden. Mehr Transparenz? Fehlanzeige! Tatsächliche Marktbedingungen reflektieren? Fehlanzeige!

Nebelmaschine zur Preisprognose

Scheinbar soll diese buchstäbliche Nebelmaschine jetzt auch bei der neuen Preisprognose für Schlachtschweine eingesetzt werden! Was haben Viehhändler davon, sich vom bestehenden Leitpreis abzukoppeln? Die Antwort auf diese Frage haben Vertreter der Führungsriege des VDV dem Vernehmen nach in Anwerbegesprächen für neue Mitglieder klar beschrieben. Wie man uns berichtet hat, versucht man in diesen Gesprächen damit zu locken, dass es keine Hauspreise von Seiten gewisser Schlachtbetriebe geben werde, soweit die VdV-Preisprognose maßgebend sei. Hört hört!

Schlachtsauennotierung bereits vernebelt?!

Wie das gehen soll, macht ein Blick auf die Preisprognose zum Schlachtsauenmarkt des VDV deutlich. Hier wurde von Beginn an quasi der Hauspreis der Firma Tönnies gemeldet. Auch die Westfleisch hatte nach dem Start des VDV-Sauenpreises sehr schnell ihre Veröffentlichung eines eigenen Sauenpreises im Internet eingestellt.

Die ISN hatte für ihr Marktfax am Mittwoch jeweils den Hauspreis bei der Firma Tönnies abgefragt. Feststellung nach 21 Notierungswochen: Fast immer stimmte dieser Preis mit dem VDV-Preis überein. Also ein verlockendes Angebot für den Viehhandel, Hauspreiswochen machen immer Ärger und kosten im Zweifel Geld und das nur, weil die Bauern einen möglichst guten Schweinepreis haben möchten.

Was ist davon zu halten?

Was ist also von der angekündigten Preisprognose des VDV für den Schlachtschweinemarkt zu halten? Sie wird auf jeden Fall die Preisfindung für die Vermarkter vereinfachen: Anrufe bei den Einkäufern der führenden Schlachtunternehmen erübrigen sich, die Markteinschätzung der Firmen kann man dann auf der Internetseite des VDV abrufen!

Der nächste Clou des VDV: Der Sauenpreis soll vom Schlachtschweinepreis abgeleitet werden. Hatte man sich jahrelang darüber aufgeregt, dass die Sauennotierung der VEZG am Donnerstag angeblich als Versuchsballon für die Schlachtschweinenotierung am Freitag missbraucht würde, soll nunmehr eine direkte Preisanbindung marktgerecht sein.

Pikante Randnotiz

Pikante Randnotiz: Zwar läuft das Verfahren noch, aber das Bundeskartellamt hat die Ablehnung der Firmenübernahme von Tummel durch die Firma Tönnies im Wesentlichen mit der Feststellung begründet, der Sauenmarkt sei getrennt vom Schlachtschweinemarkt zu betrachten. Insoweit sei eine marktbeherrschende Stellung gegeben, eine Übernahme durch Tönnies somit zu untersagen. Der VDV sieht diesen Sachverhalt scheinbar anders und will durch eine gekoppelte Sauen-Schlachtschweine-Preisprognose auch hier Nebel verbreiten.

Nutzen Sie bereits bewährte Preissysteme
Lassen Sie sich nicht von der Nebelmaschinerie des VDV irritieren! Die VDV-Preisprognose nützt eindeutig nur den im VDV organisierten Viehhändlern und nicht den Schweinehaltern. Nutzen Sie die bereits bewährten Preissysteme aus VEZG-Notierung und Internet Schweinebörse! Die VEZG notiert einen realen Basispreis und wer ausprobieren will, was obendrauf möglich ist, kann in der Internet-Schweinebörse Schweine auch unabhängig von irgendwelchen Preisnotierungen oder Preisprognosen zu einem konkret festgelegten Preis verkaufen – ganz ohne Nebel!

[Verband deutscher Viehvermarkter – Teil 1: Viel Nebel zum Schaden der Landwirte!](#)

Topagrar.com, 29.06.13: <https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Die-Schlachtsauenpreise-des-VDV-Wehret-den-Anfaengen-1188674.html>

Die Schlachtsauenpreise des VDV: „Wehret den Anfängen“

Dr. Frank Greshake von der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen Ein Kommentar von Dr. Frank Greshake im Wochenblatt Westfalen-Lippe:

In der Schweineschlachtbranche – so scheint es – ist keine noch so abwegige Idee so weit weg von der Realität, dass sie nicht zu Papier gebracht werden könnte. Was der Rede nicht wert ist, muss eben schwarz auf weiß in die Welt.

Jüngstes Beispiel dafür ist die [Presseerklärung](#) des Verbandes Deutscher Viehvermarkter (VDV): Die Schlachtsauenpreise sollen an die Mastschweinepreise gekoppelt werden. Zu diesem Zweck wollen Robert Elmerhaus & Co jeweils donnerstags eine eigene „Schweineprognose“ veröffentlichen. Da beginnt schon das erste Fragezeichen: Einen – vorsorglich marktkonformen – Schlachtsauenpreis an eine „Prognose“ knüpfen. Und was dann, wenn die Prognose danebengeht?

Aber von vorne: Der Schlachtsauenmarkt „hängt“ an der Nachfrage für Verarbeitungsfleisch; das intensiv rote Sauenfleisch ist ebenso wie die Fett- und Speckartikel für die Wurstproduktion gefragt. „Vor BSE“ konkurrierten Sauen- und Kuhfleisch miteinander. Aber Kuhfleisch ist heute raus aus vielen Wurstrezepturen und außerdem mittlerweile erheblich teurer. Vom Mastschwein geht zwar auch viel in die Verarbeitung; letztlich bestimmen aber die edlen Teilstücke den Schweinepreis. Hinzu kommt für Nacken und Bauch das Grillgeschäft. Zu berücksichtigen ist auch der unterschiedliche Angebotsverlauf bei den Schlachtsauen. Bei saisonal schwachen Ferkelpreisen im Herbst gehen immer mehr Sauen an den Haken als im Rest des Jahres. Abhängig vom Preis- und Saisonverkauf gehen beide Preise oft unterschiedliche Wege.

Wer Schlachtsauen- und Mastschweinepreis verknüpfen will, müsste daher laufend den Preisabstand ändern. Dann kann man auch gleich jede Woche einen separaten Schlachtsauenpreis veröffentlichen. Und noch etwas: Die Schlachtsauen werden radikal knapp; der Kampf um die Rohware immer härter. Den Sauenschlachtern würde eine Festanbindung an den Mastschweinepreis wohl ins Konzept passen – zum Nachteil der Sauenhalter.

Mit dem Vorschlag gerade jetzt „vor’s Loch“ zu kommen, weil der just angezogene Mastschweinepreis – optisch passend – kurzfristig für einen höheren Sauenpreis sorgen könnte, ist mehr als durchsichtig.

Aus Sicht einer korrekten, für den Ferkelerzeuger nachvollziehbaren Schlachtsauennotierung muss es bei einer „frei-Schlachtstätte“-Notierung bleiben; die sich auch in der „amtlichen Notierung“ gemäß DVO zum Fleischgesetz wiederfindet. Alles andere dient nur jenem unsäglichen Zuschlagwesen bei den Schlachtsauenpreisen, bei dem der „normale“ Sauenhalter immer das Nachsehen hat.

Noch ein paar Sätze zu der geplanten „Schweinepreisprognose“: Allein die nach Marktstrukturgesetz anerkannten Erzeugergemeinschaften haben das Recht auf eine Preisveröffentlichung für einen zukünftigen Zeitraum. Dies beinhaltet auch Preisabsprachen. Das ist auch richtig so, weil – andersherum – das Mitglied dieser Erzeugergemeinschaft eine „Andienungspflicht“ hat.

Man mag zu den VEZG-Preisen stehen wie man will – die Tierproduktion im Rest von Europa wünschte sich, sie hätte so eine gesetzliche Grundlage für eigenständige Notierungen in bäuerlicher Hand. Aber wir müssen auch in Deutschland wachsam bleiben, damit dies so bleibt. Die zunehmende Konzentration im Schlachtsektor – insbesondere bei den Schlachtsauen – könnte den Freiraum für die Preisfindung durch die Hintertür aushebeln. Preisanbindungen sind dazu ein erster Schritt. Wehret den Anfängen! (ad)

Topagrar.com, 27.06.2013: <https://www.topagrar.com/news/Schwein-News-Schwein-KTBL-Bauen-im-Aussenbereich-im-Blickpunkt-1185535.html>

KTBL: Bauen im Außenbereich im Blickpunkt

Bauen im Außenbereich wird schwieriger Die geänderten gesetzlichen Vorschriften zur Tierhaltung standen auf gleich zwei Fachveranstaltungen des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) im Blickpunkt. Unter dem Motto „Aktuelle rechtliche Rahmenbedingungen für die Tierhaltung“ hatte das KTBL zahlreiche Fachreferenten am 5. Juni nach Ulm und am 19. Juni nach Hannover eingeladen.

Privilegiertes Bauen wird erschwert

Rechtsanwalt Dr. Helmar Hentschke aus Potsdam machte die Tagungsteilnehmer darauf aufmerksam, dass durch die Neuregelung des § 35 Abs. 1 im **Baugesetzbuch** die planungsrechtliche Privilegierung gewerblicher Tierhaltungsanlagen eingeschränkt werde. Ab dem Erreichen von Tierplatzzahlen, die die Pflicht zur Durchführung einer allgemeinen oder standortbezogenen Vorprüfung oder einer Umweltverträglichkeitsprüfung auslösten, müsse von der Gemeinde ein Bebauungsplan aufgestellt werden, erläuterte Hentschke. Landwirtschaftliche Betriebe, die über ausreichend Eigen- oder Pachtflächen zur Futtererzeugung verfügten, seien von der Änderung aber nicht betroffen. Sollten zur Aufrechterhaltung der Privilegierung jedoch zusätzliche Flächen benötigt werden, müssten diese, so berichtet Dr. Hentschke, nach Literaturangaben eine Pachtdauer von fünf Jahren aufweisen. Vor Gericht wurden allerdings bereits Fälle verhandelt, in denen die Pachtdauer rund 18 Jahren betragen musste.

Anhand zahlreicher Beispiele erläuterte Rechtsanwalt Dr. Manfred Schröder aus Minden die Fallstricke und Haftungsfallen für die Genehmigungsbehörden. Diese seien angehalten, in immer kürzeren Zeiträumen rechtssichere Entscheidungen zu treffen; bei fälschlicherweise genehmigten Anlagen drohten jedoch Schadensersatzansprüche. Praktische Einblicke in aktuelle Rechtsfälle zu Tierhaltungs- und Biogasanlagen gab der Experte der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Volkmar Nies. Er lenkte dabei den Blick auf Urteile und Beschlüsse, die sich mit den Möglichkeiten und Grenzen bauplanungsrechtlicher Festsetzungen beschäftigen. So könne auch für bereits errichtete Anlagen bei Wegfall der Genehmigungs- oder Futtergrundlage die Stilllegung drohen, erläuterte Nies. (AgE)

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW, PM, 25.06.2013:

Minister Remmel: „Länder setzten Verschärfung beim Kampf gegen Anitibiotika-Einsatz in der Tiermast durch“

Vermittlungsausschuss wird Novelle des Arzneimittelgesetzbuches zustimmen – Weitere Schritte müssen folgen

Die Bundesländer haben deutliche Verschärfungen beim Kampf gegen den Einsatz von Antibiotika in der Tiermast gegen die Bundesregierung durchgesetzt. „Es waren zähe Verhandlungen und einmal mehr mussten die Bundesländer Nachbesserungen bei einem wichtigen Verbraucherschutzgesetz von Ministerin Ilse Aigner einfordern. Dies ist gelungen. Es darf aber nur ein erster Schritt sein, weitere müssen folgen“, sagte der NRW-Verbraucherschutzminister Johannes Remmel nach den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern im Vorfeld des Vermittlungsausschusses. Remmel: „Wir konnten viele Punkte durchsetzen, damit wir in Zukunft endlich die Antibiotika-Ströme bis zum einzelnen Betrieb offen legen, einen wirkungsvollen Vollzug gegen Missbrauch und eine deutliche Reduzierung des Medikamenten-Einsatzes erreichen können. Wir werden in Zukunft genau erfahren, welche Betriebe überdurchschnittlich viel Antibiotika einsetzen und diese notfalls auch stilllegen können. Eine Vertuschung und Verschleierung wird so erheblich erschwert“. Zudem konnten die Bundesländer auch erreichen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher weiterhin einen Anspruch darauf haben, umfassend zu erfahren, welche Medikamente in welchen Mengen bei der Tiermast verwendet werden. Remmel: „Dieses Auskunftsrecht wollte die Bundesregierung durch verschärfte Datenschutzregelungen im Gesetz aushebeln.“ Der Bundesrat hatte im März den ersten Entwurf des Arzneimittelgesetzbuches (AMG) der Bundesregierung mit den Stimmen der rot-grünen Bundesländer gestoppt und wegen erheblichen Nachbesserungsbedarfs in den Vermittlungsausschuss verwiesen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung war eine Reaktion auf die beiden umfangreichen Studien, die NRW in den Jahren 2011 und 2012 zum Einsatz von Antibiotika in der Tiermast vorgelegt wurden. „Der Einsatz von Antibiotika hat ein Ausmaß erreicht, das völlig indiskutabel ist“, betonte der Minister. Offenbar sei die antibiotikafreie Tiermast nur noch eine Ausnahme und nicht mehr die Regel, betonte der Minister. Nach einer Erhebung der Bundesregierung wurden im Jahre 2011 rund 1734 Tonnen Antibiotika-Wirkstoffe in Deutschland an tierärztliche

Hausapotheken geliefert, über 90 Prozent davon wurden für Nutztiere eingesetzt, darunter Schweine, Hühner und Puten.

Wie notwendig die jetzt erreichte verpflichtende Offenlegung der Antibiotika-Ströme ist, zeigte das Vorgehen des Verbandes Deutscher Putenerzeuger. Mit Klageandrohung gegen Kommunen in NRW wollte der Verband und einzelne Betriebe eine vom NRW-Verbraucherschutzministerium angeordnete fachaufsichtliche Überprüfung von Putenbetriebe auf den Einsatz von Antibiotika verhindern. „Das Vorgehen des Verbandes und einiger Putenerzeugergemeinschaften gegen das Land und die Kommunen zeigt ganz klar, dass die Geflügelindustrie nicht an Transparenz interessiert ist“, sagte Minister Remmel. „Hier sollen offenbar schwarze Schafe unter den Betrieben auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher weiterhin geschützt, anstatt Missstände offen gelegt werden. Das wird nun ein Ende haben.“

BMELV, PM, 25.06.2013:

[BMELV:] Durchbruch im Vermittlungsverfahren zur Novelle des Arzneimittelgesetzes

Erfolg für die Antibiotika-Minimierungsstrategie von Bundesministerin Aigner

Vertreter von Bundesrat und Bundestag haben sich im Vorfeld des Vermittlungsausschusses auf einen Kompromiss beim 16. Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes (AMG) geeinigt. Die Verhandlungen wurden vom Bundesverbraucherministerium und der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen moderiert. Wenn der Vermittlungsausschuss wie erwartet am morgigen Mittwoch den vorliegenden Kompromiss als Einigungsvorschlag beschließt, dürfte die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat sicher sein. Das Gesetz kann dann Anfang 2014 in Kraft treten.

Die Novelle des Arzneimittelgesetzes war über Monate von Bund und Ländern gemeinsam erarbeitet worden. „Das Gesetz ist ein großer Fortschritt für den gesundheitlichen Verbraucherschutz“, erklärte **Bundesministerin Ilse Aigner** am Dienstag in Berlin.

„Alle Seiten sind sich bewusst: Der Einsatz von Antibiotika muss dringend gesenkt werden, in der Tierhaltung wie in der Humanmedizin. Mit der Novelle des Arzneimittelgesetzes können wir die Menge der eingesetzten Antibiotika in der Tierhaltung innerhalb weniger Jahre deutlich reduzieren. Die zuständigen Überwachungsbehörden der Länder sollen dazu deutlich mehr Kontrollbefugnisse erhalten. Der Austausch zwischen den Behörden wird verbessert, die Länder können sich künftig einer bundesweiten Datenbank bedienen. So wird Transparenz über den Einsatz von Antibiotika in Mastbetrieben geschaffen. Ich bin überzeugt: Die Novelle des AMG wird ihre Wirkung nicht verfehlen.“

Im Einzelnen wird ein System zur Messung von Behandlungshäufigkeiten von Antibiotika im Betrieb und einem bundesweiten Vergleich der Ergebnisse eingeführt, an das sich Prüf- und Handlungsverpflichtung der Tierhalter anschließen, die eine Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes zum Ziel haben. Die zuständigen Überwachungsbehörden der Länder erhalten Anordnungsbefugnisse, die sich auch auf die Art und Weise der Tierhaltung beziehen können. Ziel ist Transparenz in der Tierhaltung, indem durch den Vergleich der Behandlungshäufigkeiten intensiv und permanent die betrieblichen Ursachen des Einsatzes von Antibiotika ermittelt werden und kontinuierlich an Verbesserungen gearbeitet wird.

Weitere Informationen über die AMG-Novelle und die Antibiotika-Resistenzstrategie DART im Internet unter www.bmelv.de

ISN, 27.06.13: https://www.schweine.net/vermittlungsausschusses_einigt_sich_auf_kompromiss.html

Vermittlungsausschusses einigt sich auf Kompromiss zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Der Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag hat sich am gestrigen Mittwoch, 26.06.2013 auf einen Kompromiss zur Änderung des Arzneimittelgesetzes (AMG) geeinigt. Darin wird eine Reihe von Anliegen des Bundesrates in eine vom Bundestag bereits im Februar beschlossene Arzneimittelnovelle übernommen. Beide Häuser müssen den Kompromissvorschlag noch bestätigen, was aber als nahezu sicher gilt. Der Bundestag wird

sich bereits in dieser Woche, der Bundesrat am 5. Juli 2013 mit dem Kompromiss befassen. Damit könnte das Gesetz dann Anfang 2014 in Kraft treten.

Mit der Änderung des Arzneimittelgesetzes soll die Antibiotikagabe an Tiere stärker als bislang vorgesehen verringert werden. So soll die Mitteilungspflicht des Tierhalters bzgl. der verabreichten Antibiotika über den Mastbereich hinaus auch auf die Aufzucht erweitert werden.

Bei erheblicher Überschreitung der bundesweiten Therapiehäufigkeit wird der Tierhalter gegenüber der Behörde verpflichtet, unaufgefordert einen Minimierungsplan vorzulegen. Zudem erhält die Behörde stärkere Befugnisse, die verringerte Antibiotikagabe gegenüber dem Tierhalter durchzusetzen. Bei wiederholten Verstößen gegen behördliche Minderungsanordnungen kann ein Betrieb in besonders schwerwiegenden Fällen bis zu drei Jahre lang stillgelegt werden.

Die aus der Therapieüberwachung erlangten Daten sollen über diesen Bereich hinaus auch bei Verdacht auf Verstöße gegen das Lebensmittel-, Tierschutz- und Tierseuchenrecht verwendet werden dürfen. Der Bundesrat hatte sich für eine völlige Streichung der Datenbeschränkung ausgesprochen.

Die ISN meint:

Die Änderung des Arzneimittelgesetzes bedeutet einerseits eine weitere deutliche Zunahme der Bürokratie für die Schweinehalter, aber auch die gleichzeitige Weitergabe von umfangreichen Datenmengen, die ggf. mit zum Teil erheblichen Konsequenzen für die Betriebe verbunden sein können. Doch es gibt auch positive Aspekte. So bietet die Antibiotikadatenbank eine Chance, den praxisgerechten Einsatz von Antibiotika in der deutschen Schweinehaltung gegenüber der Öffentlichkeit mit Hilfe von fundierten Zahlen darzustellen. So gibt es bereits jetzt eine nicht zu unterschätzende Zahl von Betrieben, die Mastdurchgänge auch komplett ohne den Einsatz von Antibiotika realisieren können. Dies haben die ersten Auswertungen der QS-Antibiotikadatenbank bereits deutlich gezeigt. Das Ziel der Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes wird von der ISN voll unterstützt. Dabei darf man jedoch nicht übers Ziel hinausschießen und die Maßnahmen dürfen nicht zu Lasten der Tiergesundheit gehen, was im Sinne des Tierschutzes kontraproduktiv wäre.

Problematisch ist aus Sicht der ISN die Verwendung der eingegebenen Daten zur Ahndung von Verstößen gegen das Lebensmittel-, Tierschutz- und Tierseuchenrecht, die aufgrund von Forderungen der Bundesländer in das AMG aufgenommen wird. Begründet wurde dies von den Bundesländern mit den Anforderungen des Informationsfreiheitsgesetzes. Aus Sicht der Schweinehalter besteht die Gefahr, dass sich mit dem neuen AMG für die deutschen Schweinehalter ein starkes Restriktionssystem entwickelt, das dem dänischen System der Gelben Karte sehr ähnlich ist. Insbesondere die Möglichkeit für die Behörden, die Tierhaltung für bis zu drei Jahre untersagen zu können, geht deutlich über das Ziel hinaus.

Und die Humanmedizin?

Leider wird der Umgang mit Antibiotika in der Humanmedizin bei der Gesetzesnovelle völlig ignoriert, obwohl insbesondere in diesem Bereich wesentliche Ursachen für die zunehmende Verbreitung von Antibiotika-Resistenzen liegen.

Und was ist mit den Heimtieren? Auch die bleiben bei der AMG-Novelle unberücksichtigt. Jetzt kommt es darauf an, dass Bund und Länder bei der Umsetzung der AMG-Novelle an einem Strang ziehen und praxisgerechte Lösungen entwickeln. Um den Aufwand für die Schweinehalter einigermaßen erträglich zu gestalten ist es unbedingt notwendig, dass die neue Antibiotikadatenbank mit bereits am Markt bestehenden Systemen verknüpft wird und keine unnötigen Doppeleingaben und -erfassungen notwendig sind.

Topagrar.com, 27.06.2013: <https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Antibiotika-Vermittlungsausschuss-beschliesst-mehr-Buerokratie-fuer-Tierhalter-1187463.html>

Antibiotika: Vermittlungsausschuss beschließt mehr Bürokratie für Tierhalter

Nach monatelangen Verhandlungen haben sich Vertreter von Bund und Ländern im Vorfeld des Vermittlungsausschusses auf einen Kompromiss zur 16. Novelle des Arzneimittelgesetzes geeinigt.

Die **Antibiotikagabe** an Tiere soll stärker als bislang vorgesehen verringert werden. Der Vermittlungsausschuss hat am Mittwoch einen Einigungsvorschlag beschlossen, der eine

Reihe entsprechender Anliegen des Bundesrates in eine vom Bundestag bereits im Februar beschlossene Arzneimittelnovelle übernimmt.

So soll die Mitteilungspflicht des Tierhalters zu verabreichten Antibiotika über den Mastbereich hinaus auf die Zeit der Tieraufzucht erweitert werden. Dabei soll zusätzlich auch die Nutzungsart berücksichtigt werden.

Bei erheblicher Überschreitung der bundesweiten Therapiehäufigkeit wird der Tierhalter gegenüber der Behörde verpflichtet, einen Minimierungsplan unaufgefordert vorzulegen. Zudem erhält die Behörde stärkere Befugnisse, die verringerte Antibiotikagabe gegenüber dem Tierhalter durchzusetzen. Bei wiederholten Verstößen gegen behördliche Minderungsanordnungen kann ein Betrieb nach dem Vermittlungsergebnis in besonders schwerwiegenden Fällen bis zu drei Jahre lang stillgelegt werden.

Die aus der Therapieüberwachung erlangten Daten sollen über diesen Bereich hinaus auch bei Verdacht auf Verstöße gegen das Lebensmittel-, Tierschutz- und Tierseuchenrecht verwendet werden dürfen. Der Bundesrat hatte sich für eine völlige Streichung der Datenbeschränkung ausgesprochen.

Beide Häuser müssen den Kompromissvorschlag noch bestätigen. Der Deutsche Bundestag wird sich bereits in dieser Woche, der Bundesrat am 5. Juli 2013 damit befassen.

DBV: Viel Bürokratie und scharfe Sanktionen

Der DBV sieht mit dem neuen Gesetz viel zusätzliche Dokumentationsarbeit auf Tierhalter und Tierärzte zukommen. „Beim Aufbau einer staatlichen Antibiotika-Datenbank muss überbordende Bürokratie vermieden und auf das bestehende Monitoring im Rahmen des QS-Systems zurückgegriffen werden können“, forderte der Generalsekretär des DBV, Dr. Helmut Born. Zudem halte man die nun vorgesehenen Sanktionsmechanismen für überzogen.

„Die Drohung, die Tierhaltung bis zu drei Jahre untersagen zu können, gehen an die Grenze des Erträglichen!“, kritisierte Born. Zwar sei man sich mit Bund und Ländern einig, den Antibiotikaeinsatz zu minimieren und Resistenzentwicklungen einzuschränken, dennoch würden gerade diese Regelungen deutlich über das Ziel hinausschießen. Grundsätzlich bekräftigte Born, dass eine Antibiotika-Minimierungsstrategie sich nicht nur auf den Veterinärbereich beschränken dürfe. Probleme mit resistenten Keimen im Humanbereich und in der Heimtierhaltung müssen ebenso stringent angegangen werden.

Der DBV-Generalsekretär warnte zudem vor falschen Erwartungshaltungen. „Wer den Menschen vormacht, über das neue Gesetz würde gänzlich auf Antibiotika in der Tierhaltung verzichtet werden können, handelt erstens unredlich und zweitens gegen den Tierschutz!“ Ein vollständiger Verzicht auf Antibiotika sei schon allein deshalb nicht möglich, „weil Tiere genauso wie Menschen erkranken können und ein Recht auf angemessene Behandlung haben“, stellte Born klar. (ad)

BUND, PM, 26.06.2013:

Antibiotikamissbrauch in der Tierhaltung: BUND sieht in geplanter Arzneimittelnovelle verpasste Chance

Berlin: Die beschlossene Novellierung des Arzneimittelgesetzes wird den Antibiotikaeinsatz in industriellen Tierhaltungen nicht entscheidend senken. Zu dieser Einschätzung kommt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) anlässlich der heutigen Einigung zwischen Bund und Ländern im Vermittlungsausschuss. Da ein klares Senkungsziel fehle, werde der übermäßige Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung nicht effizient reduziert.

„Das Arzneimittelgesetz greift viel zu kurz. Beispielsweise setzen 90 Prozent der Geflügelbetriebe in Deutschland regelmäßig Antibiotika ein. Das Gesetz wird aber nur für einen Bruchteil dieser Unternehmen Folgen haben, da Behörden nur bei Betrieben mit besonders hohem Antibiotikaeinsatz aktiv werden können“, sagte Reinhild Benning, Agrarexpertin des BUND.

Ungeklärt sei auch, ob Verbraucherinnen und Verbraucher künftig detaillierte Informationen über den Antibiotikaeinsatz in der Fleischproduktion erhalten können oder ob wegen eines vorgeblichen Datenschutzes weiterhin die Geheimniskrämerei der Fleischbranche fortgesetzt werde. Nicht nachvollziehbar sei, dass nach dem Gesetz die Tierhalter den Antibiotikaeinsatz

nur für einige Tierarten und teils nur für bestimmte Altersklassen an die Behörden melden müssen.

Benning: „Die Verantwortung für das lasche Gesetz trägt Schwarz-Gelb. Die Bundesregierung hat kein Interesse daran gezeigt, die Bürger besser vor antibiotikaresistenten Keimen aus der Intensivtierhaltung zu schützen. Eine künftige Bundesregierung muss es sich zum Ziel setzen, den Antibiotikaeinsatz bis 2018 um 50 Prozent zu senken.“

Kathrin Birkel, BUND-Antibiotikaexpertin: „Die Weltgesundheitsorganisation warnt vor einem Zeitalter, in dem Antibiotika nicht mehr wirken. Der oftmals leichtfertige Einsatz der Arzneimittel in der Tierhaltung verschärft das Problem. Der jetzige Kompromiss bleibt weiter hinter den Maßnahmen zurück, die die anderen EU-Staaten schon ergriffen haben. Die Regierungsparteien haben einen weitergehenden Kompromiss verhindert und so eine große Chance für den Schutz der Verbraucher verspielt.“

Bundesverb. Prakt. Tierärzte e.V. - 27.06.13 - 14:55:

16. AMG-Novelle / Tierärzte begrüßen Einigung des Vermittlungsausschusses
Frankfurt am Main (ots) - Der Bundesverband Praktizierender Tierärzte (bpt) begrüßt die gestrige Einigung des Vermittlungsausschusses, dem Deutschen Bundestag die Verabschiedung der 16. Novelle des Arzneimittelgesetzes (AMG) zu empfehlen. „Das ist der richtige Ansatz, um den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung nach und nach zu reduzieren und damit das Risiko der Entstehung und Ausbreitung von Antibiotikaresistenzen zu minimieren,“ erklärt bpt-Präsident Dr. Hans-Joachim Götz. Vor diesem Hintergrund hatte der bpt in den letzten Monaten eindringlich für eine zügige Verabschiedung des Gesetzes geworben. Positiv zu bewerten ist, dass künftig auch Ferkel und Kälber nach dem Absetzen von der Mutter in die Meldeverpflichtung einbezogen werden. „Mit der Erfassung des vorgelagerten Mastbereichs ist eine sachgerechte Regelung geschaffen worden, die wir schon lange gefordert haben,“ so Götz. Ebenso begrüßenswert und sachgerecht ist es, dass Betriebe, in denen die Therapiehäufigkeit mit antibakteriell wirksamen Stoffen oberhalb der behördlich ermittelten Kennzahlen liegt, das Problem zunächst im Zusammenwirken mit dem betreuendem Tierarzt lösen können.

Um die Antibiotikaverbräuche in den Betrieben schon heute transparent machen zu können, werden die gesetzlich zu erfassenden Daten bereits in das privatwirtschaftlich organisierte Antibiotikamonitoring über QS eingepflegt. Ein Austausch mit der staatlichen Datenbank sollte stattfinden, sobald diese eingerichtet ist.

Ein besonderes Augenmerk ist jetzt vor allem auf die Ausgestaltung der Verordnungen zu legen. In diesem Sinne appelliert der bpt an den Ordnungsgeber darauf zu achten, dass kranke Tier auf jeden Fall behandelt werden können und keine zusätzliche Bürokratie geschaffen wird. Weitere Verbesserungen des Gesetzes müssen nunmehr aus der Praxis heraus im laufenden Prozess vorgenommen werden.

Originaltext: Bundesverb. Prakt. Tierärzte e.V.

Topagrar.com, 25.06.2013: <https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Gefluegelverbaende-gehen-rechtlich-gegen-Antibiotikaueberpruefung-vor-1185238.html>
Geflügelverbände gehen rechtlich gegen Antibiotikaüberprüfung vor

Die Unternehmen und Verbände der **Geflügelbranche** gehen derzeit mit rechtlichen Mitteln gegen die fachaufsichtliche Überprüfung des Einsatzes von **Antibiotika** in der **Putenmast** vor. So hatte die Kanzlei Graf von Westphalen im Auftrag der Putenerzeugergemeinschaften Münsterland, Rheinland und Nordwest sowie in Abstimmung mit dem Verband Deutscher Putenerzeuger die Kommunen in Nordrhein-Westfalen davor gewarnt, sich an der vom Landesumweltamt (LANUV) durchgeführten fachaufsichtlichen Überprüfung zu beteiligen. Gleichzeitig setzte die Kanzlei den Gemeinden ein Ultimatum: Bis zum 14. Juni müssten sie eine Erklärung unterschreiben, Daten zur Tierhaltung, zur Betriebsstätte, zu einzelnen Mastdurchgängen sowie Behandlungsdaten und Zahl der Verabreichungen eines Antibiotikums nicht an das LANUV weiterzureichen. Sollten die Kommunen bis zu diesem Datum keine entsprechende Erklärung abgeben, würden rechtliche Schritte gegen die nordrhein-westfälischen Kommunen geprüft.

Remmel: „Einmaliger Affront gegen die Kommunen“

Darüber ärgert sich Nordrhein-Westfalens Landwirtschaftsminister Johannes Remmel zutiefst. „Das Vorgehen des Verbandes der deutschen Putenerzeuger sowie einiger Putenerzeugergemeinschaften gegen das Land und die Kommunen zeigt ganz klar, dass sie nicht an Transparenz interessiert sind“, so Remmel in einer eigens herausgegebenen Pressemitteilung. „Hier sollen offenbar schwarze Schafe unter den Betrieben auf Kosten der Verbraucher weiterhin geschützt, anstatt Missstände offen gelegt werden“, vermutet er. Vom Verband und den Unternehmen werde versucht, mit fadenscheinigen Argumenten die Kommunen einzuschüchtern. Remmel: „Unser Verfahren wurde erst kürzlich vom Datenschutzbeauftragten des Landes NRW geprüft. Es wurde nichts beanstandet.“ Der grüne Minister fordert daher die Geflügelhalter auf, ihre teure Bekämpfung der behördlichen Erhebung einzustellen. „Beenden Sie das Säbelrasseln und die Einschüchterungsversuche. Stecken Sie das Geld lieber in bessere Haltungsbedingungen und einen Aktionsplan zur Reduzierung von Antibiotika in der Putenmast!“

Die Drohung ist laut Remmel ein einmaliger Affront gegen die Kommunen und gegen das Land NRW, der seines gleichen sucht. Die Torpedierungsversuche der Geflügelhalter zeigten ganz klar, dass es in der Intensivtierhaltung ein massives Antibiotika-Problem gibt und dass Verbände sowie Unternehmen alles tun, damit sich nichts verändert, so der Politiker. Eine antibiotikafreie Tierhaltung sieht er heute als absolute Ausnahme an. Remmel wiederholt in diesem Zusammenhang noch einmal die Zahlen einer bundesweiten Studie. Danach wurden im Jahre 2011 rund 1734 t Antibiotika in Deutschland an tierärztliche Hausapotheken geliefert, über 90 % davon wurden für Nutztiere eingesetzt. (ad)

Landesregierung NRW, PM, 24.06.13:

Minister Remmel: Branchenverband will Transparenz beim Antibiotika-Einsatz in der Putenmast verhindern

NRW-Verbraucherschutzministerium kritisiert Klageandrohung gegen Kommunen – Fachaufsichtliche Überprüfung wird wie geplant fortgesetzt

Das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz teilt mit:

NRW-Verbraucherschutzminister Johannes Remmel hat den Versuch von Unternehmen und Verbänden der Geflügelindustrie aufs Schärfste kritisiert, die aktuelle fachaufsichtliche Überprüfung des Einsatzes von Antibiotika in der Putenmast mit rechtlichen Mittel zu verhindern. „Das Vorgehen des Verbandes der deutschen Putenerzeuger sowie einiger Putenerzeugergemeinschaften gegen das Land und die Kommunen zeigt ganz klar, dass sie nicht an Transparenz interessiert sind“, sagte Minister Remmel. „Hier sollen offenbar schwarze Schafe unter den Be-trieben auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher weiterhin geschützt, anstatt Missstände offen gelegt werden.“ Vom Verband und den Unternehmen werde versucht, mit fadenscheinigen Argumenten die Kommunen einzuschüchtern. Remmel: „Unser Verfahren wurde erst kürzlich vom Datenschutzbeauftragten des Landes NRW geprüft. Es wurde nichts beanstandet.“ Minister Remmel forderte daher den Ver-band und die Unternehmen eindringlich auf, ihre teure Bekämpfung der behördlichen Erhebung einzustellen. „Beenden Sie das Säbelrasseln und die Einschüchterungsversuche. Stecken Sie das Geld lieber in bes-sere Haltungsbedingungen und einen Aktionsplan zur Reduzierung von Antibiotika in der Putenmast!“

Ende Mai hatte die Kanzlei Graf von Westphalen im Auftrag der Putenerzeugergemeinschaften Münsterland, Rheinland und Nordwest sowie in Abstimmung mit dem Verband Deutscher Putenerzeuger Kommunen in Nordrhein-Westfalen gewarnt, sich an der vom Landesumweltamt (LANUV) durchgeführten fachaufsichtlichen Überprüfung zu beteiligen und gleichzeitig ein Ultimatum gesetzt. In dem vier Seiten umfassenden Schreiben forderte die Kanzlei die Kommunen auf, bis zum 14. Juni eine Erklärung zu unterschreiben, bestimmte Daten nicht an das LANUV weiterzureichen. Diese Daten umfassen unter anderem Angaben zum Tierhalten und der Betriebsstätte sowie Behandlungsdaten der einzelnen Mastdurchgänge, etwa die Zahl der Verabreichungen eines Antibiotikums.

Sollten die Kommunen bis zu diesem Datum keine entsprechende Erklärung abgeben, würden rechtliche Schritte gegen die nordrhein-westfälischen Kommunen geprüft. „Die Drohung ist ein einmaliger Affront gegen die Kommunen und gegen das Land NRW, der seines gleichen sucht“, kritisierte Remmel. Gleichzeitig teilte die Kanzlei mit, dass die Verbände gegebenenfalls ihren Mitgliedsunternehmen empfehlen würden, die Studie zu torpedieren, in dem die notwendigen Daten nicht an die kommunalen Stellen weitergeleitet würden. „Offenbar bereitet die Putenmast-Branche einen Boykott der fachaufsichtlichen Erhebung vor. Ich kann nur darüber staunen, denn es waren die Verbände der Geflügel- und Nahrungsmittelindustrie, die noch vor gar nicht allzu langer Zeit, mehr Transparenz versprochen haben. Dies jetzt ist das Gegenteil. Hier soll offenbar weiter vertuscht werden.“

Das Land richtet sich jetzt auf eine juristische Auseinandersetzung mit den Verbänden und Unternehmen ein.

Nach einer Erhebung der Bundesregierung wurden im Jahre 2011 rund 1734 Tonnen Antibiotika in Deutschland an tierärztliche Hausapotheken geliefert, über 90 Prozent davon wurden für Nutztiere eingesetzt, darunter Schweine, Hühner und Puten.

In zwei Studien aus den Jahren 2011 und 2012 hatte das NRW-Verbraucherschutzministerium den massiven Einsatz von Antibiotika in der Hähnchenmast erstmalig festgestellt und damit bundesweit eine breite Debatte ausgelöst, die bei der Bundesregierung zu einer Kehrtwende in der bisherigen Verbraucherschutzpolitik führte. „Schon unsere erste Studie über den Einsatz von Antibiotika in Hähnchenmast hat gezeigt, wie alarmierend die Situation ist. Neun von zehn Tieren kamen mit Antibiotika in Kontakt“, kritisierte Remmel. In einer zweiten Studie („Verschleppungsstudie“) aus dem Juli 2012 wurde festgestellt, dass Mastgeflügel in NRW auch außerhalb von Therapiezeiten und teilweise sogar ohne tierärztliche Verordnung in Kontakt mit Antibiotika gelangt ist.

Als Konsequenz hatte Minister Remmel weitere Untersuchungen des Missbrauchs von Medikamenten in der Tiermast, unter anderem bei Puten und Schweinen, angekündigt. Die Erhebung für die Putenmaststudie wird jetzt durch das Vorgehen der Verbände und Unternehmen torpediert. „Wir müssen feststellen, dass es in der Intensivtierhaltung ein massives Antibiotika-Problem gibt und dass Verbände sowie Unternehmen alles tun, damit sich nichts verändert. Statt sich diesem Problem zu stellen, betreiben viele Akteurinnen und Akteure ein durchschaubares Spiel: verharmlosen, verschleiern und verwässern. Das Vorgehen der Putenindustrie bestätigt das“, kritisierte NRW-Verbraucherschutzminister Johannes Remmel. „Der Einsatz von Antibiotika hat ein Ausmaß erreicht, das völlig indiskutabel ist“.

Offenbar sei die antibiotikafreie Tiermast nur noch eine Ausnahme und nicht mehr die Regel. Minister Remmel erneuerte daher seine politischen Forderungen: „Wir müssen die Antibiotika-Ströme in der Tierhaltung endlich vollständig transparent machen. Und wir brauchen einen konkreten Fahrplan, wie wir Antibiotika auf das notwendige Mindestmaß reduzieren können. Mit der Überprüfung des Antibiotikaeinsatzes in der Putenmast wollen wir dazu einen Beitrag leisten. Wir werden uns trotz des Widerstandes der Industrie nicht davon abbringen lassen.“ NRW dringt deshalb auch mit anderen Bundesländern im Vermittlungsausschuss auf deutliche Nachbesserungen am Arzneimittelgesetz, das von Bundesministerin Aigner jüngst vorgelegt wurde. Ziel der Länder ist es, neben einer vollständigen Transparenz der Antibiotika-Ströme in der Tiermast auch einen klaren Maßnahmenplan und konkrete Befugnisse der Behörden zur Minimierung des Antibiotikaeinsatzes zu erreichen. Eine Einigung ist bisher an der Bundesregierung gescheitert.

QS GmbH, PM, 25.06.2013:

[QS:] Fachtagung: Verzicht auf betäubungslose Ferkelkastration auf gutem Weg

Praxis und Forschung zeigen Ausstiegsalternativen

Mit konzentrierter Forschungsarbeit in der Wissenschaft und vielfältigen praktischen Erfahrungen in der Schweinehaltung, konnten in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht werden, um männlichen Ferkeln den Kastrationsschmerz zu ersparen. Die Branche ist auf diesem Weg seit der Düsseldorfer Erklärung 2008 deutlich vorangekommen. Dieses Fazit zogen rund 200 Vertreter aus Forschung, Politik und Praxis jetzt in Berlin auf der

Fachtagung „Verzicht auf die betäubungslose Ferkelkastration“. Die Tagung wurde gemeinsam vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) und der QS Qualität und Sicherheit GmbH (QS) ausgerichtet.

Die Mast von Jungebern ist heute durchaus in der Praxis angekommen. Das zeigten die Berichte von Praktikern und Wissenschaftlern gleichermaßen. Vertreter der Landwirtschaft legten außerdem dar, dass immer mehr Landwirte bereit sind, in die Jungebermast einzusteigen, wenn der Umstieg gut vorbereitet wird. Die Experten der Konferenz waren sich aber auch einig: Alternativverfahren wie die Jungebermast, die Kastration per Impfung oder der Einsatz von Narkosemitteln bei der Kastration sind weiter zu erforschen und müssen mit praktischen Erfahrungen untermauert werden. So zeigte sich in mehreren Referaten, dass sowohl für konventionelle als auch für ökologische Schweinehalter die Kastration unter Betäubung als Alternative weiterentwickelt werden sollte. Hier richtete sich der Aufruf an die Pharmaindustrie, neue Produkte zu entwickeln, die auch von Landwirten angewendet werden könnten.

Jungmasteber mit Geruchsabweichungen am Schlachtband zu erkennen, ließe sich heute bereits umsetzen, machten Vertreter der Vermarktungsseite deutlich. Eine technische Lösung zur Detektion sowie das Festlegen möglicher Grenzwerte zur Geruchsabweichung seien jedoch noch schwierig.

Mit Blick auf die gut besuchte Veranstaltung sagte Robert Römer von QS „Die Wirtschaftsbeteiligten bereiten sich darauf vor, gemäß neuem Tierschutzgesetz in Deutschland bis spätestens Ende 2018 auf die betäubungslose Ferkelkastration zu verzichten.“ Römer wies aber auch darauf hin, dass sich Wirtschaftsvertreter aus verschiedenen europäischen Ländern darauf verständigt hätten, die betäubungslose chirurgische Ferkelkastration bereits ein Jahr früher freiwillig aufzugeben. Im europäischen Vergleich sei die deutsche Wertschöpfungskette Vorreiter.

Fazit der Veranstaltung: Die beschrittenen Wege sind richtig. Die Vertreter der Branche sind überzeugt, mit konzentriertem Vorangehenden Ausstieg fristgerecht zu vollziehen. Koordiniert werden diese Anstrengungen auch künftig von der Koordinierungsplattform für den Verzicht auf betäubungslose Ferkelkastration. Diese Plattform wird seit ihrem Bestehen 2008 von QS moderiert.

Topagrar.com, 28.06.2013: <https://www.topagrar.com/news/Schwein-News-Schwein-Holland-Nachhaltige-Lebensmittel-sind-beliebt-1185574.html>

Holland: „Nachhaltige“ Lebensmittel sind beliebt

Ökologisch, tierfreundlich und sozialverträglich - diese Attribute spielen bei der **Kaufentscheidung** der niederländischen Konsumenten am Lebensmittelregal eine immer wichtigere Rolle. Das geht aus einer Studie hervor, die das Landbauökonomische Institut (LEI) der Universität Wageningen im Auftrag des niederländischen Wirtschaftsministeriums durchgeführt hat. Danach sind die Ausgaben der niederländischen Verbraucher für „nachhaltige“ Lebensmittel 2012 um mehr als ein Viertel im Vergleich zum Vorjahr auf 2,2 Mrd. € gestiegen. Derweil kletterte der Gesamtumsatz mit Lebensmitteln lediglich um 0,8 % auf 40,7 Mrd. €. Somit entsprach der Anteil der nachhaltigen Lebensmittel am Gesamtumsatz laut LEI 5,4 %, nach 4,4 % im Vorjahr.

Beter Leven-Fleisch erzielt Umsatzplus

Wichtigster Umsatztreiber war das tierfreundlich erzeugte Fleisch mit dem „Beter Leven (Besser Leben)“-Label. Hier stieg der Erlös um 146,6 Mio. € oder 48 % auf 458 Mio. €. Den zweitgrößten absoluten Zuwachs erzielte den Wageningen Forschern zufolge Ökoware mit einem Plus von 117 Mio. €. Dieses Marktsegment war mit einem Erlös von 934,3 Mio. € außerdem das größte in der Gruppe der nachhaltigen Lebensmittel vor dem „Besser Leben“-Fleisch. (AgE)

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, MdB Friedrich Ostendorff, PM 27.06.2013:

FDP ignoriert weiterhin deutsches Tierschutzrecht - Neue Hermesbürgschaft für Tierfabrik

Zur bevorstehenden Freigabe einer weiteren Hermesbürgschaft zum Ausbau der Legehennenfabriken der Firma Avangardco in der Ukraine erklärt Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik:

Wirtschaftsminister Rösler hat nichts dazugelernt und will in Kürze erneut eine Hermesbürgschaft für den Ausbau einer Drei-Millionen-Tiere-Fabrik in der Ukraine genehmigen.

Damit erweist sich die Ankündigung von Ministerin Aigner, sie wolle für die Einhaltung deutscher und europäischer Tierschutzstandards bei der Vergabe von Hermesbürgschaften sorgen, als leeres Versprechen. Im Bundeskabinett spielt Frau Aigner offenbar keine Rolle mehr, wenn es um die Durchsetzung des Tierschutzes gegen die FDP geht.

Wie Röslers Parlamentarischer Staatssekretär Otto in der gestrigen Fragestunde bestätigte, sieht sich die Bundesregierung bei der Vergabe von Hermesbürgschaften weiterhin nicht an deutsches und EU-Recht gebunden, wonach Käfighaltung verboten ist, wie sie in der ukrainischen Anlage praktiziert wird.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Genehmigung dieser neuen Hermesbürgschaft nicht zu erteilen und Hermesbürgschaften nur noch für Projekte zu genehmigen, die deutschen und EU-Standards entsprechen.

Mit der aktuell anstehenden Hermesbürgschaft soll der Bau riesiger Biogasanlagen abgesichert werden, die zur Verwertung des Hühnerkots aus jener Legehennenfabrik der Firma Avangardco dienen sollen, die bereits mit Hilfe einer Hermesbürgschaft der Bundesregierung abgesichert wurde. Es handelt sich also um den weiteren Ausbau einer Käfighaltung, die nach deutschem und EU-Recht verboten ist.

Topagrar.com 29.06.13:

<https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Kritik-am-Tierhaltungswahlkampf-der-Gruenen-1188642.html>

Kritik am Tierhaltungswahlkampf der Grünen

Mit scharfer Kritik haben die Koalitionsparteien auf die Entscheidung der Grünen reagiert, die landwirtschaftliche **Tierhaltung** zum Thema im Bundestagswahlkampf zu machen.

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe warf den Grünen in einer Diskussion auf dem Bauerntag in Berlin vor, sie zeichneten mit der Verwendung des Begriffs „Massentierhaltung“ bewusst ein Zerrbild und erzeugten zudem Misstrauen gegen die konventionelle Landwirtschaft.

FDP-Generalsekretär Patrick Döring hielt den Grünen einen „religionsartigen Feldzug gegen Großbetriebe“ vor. Eine negative Stimmung zu Lasten der Landwirtschaft wie im niedersächsischen Landtagswahlkampf werde man nicht wieder zulassen. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt bescheinigte der deutschen Landwirtschaft, sie zeige, dass Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit keine Gegensätze seien.

Die Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion, Renate Künast, wie die Kritik an der Wahlkampfführung ihrer Partei zurück. Der Begriff „Massentierhaltung“ werde in den Diskussionen vor Ort benutzt und von ihnen lediglich aufgegriffen. Zudem richte sich die Kritik nicht gegen die bäuerliche Tierhaltung insgesamt und Betriebe in der Hand bäuerlicher Familien. Nicht akzeptiert würden allerdings Anlagen, die von Agrarinvestoren geführt würden und den Belangen der Bürger vor Ort zuwiderliefen.

Der Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Dr. Gregor Gysi, wandte sich gegen eine einseitige Sichtweise der Grünen. Deren Auffassung „klein ist gut und groß ist schlecht“ sei rein ideologisch begründet und entspreche nicht der Realität. Gleichzeitig erteilte Gysi einem „Gigantismus“ in der Tierhaltung eine Absage.

SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles warnte vor einer weiteren regionalen Konzentration der Tierhaltung. Sie verwies auf einen Beitrag ihrer Partei zur Novelle des Baugesetzbuchs und den damit geschaffenen erweiterten Steuerungsmöglichkeiten für die Kommunen.

Weitergehende Regelungen seien nach ihrer Auffassung derzeit nicht erforderlich. (AgE/ad)

Topagrar.com, 26.06.2013: <https://www.topagrar.com/news/Schwein-News-Schwein-Kloos-Wir-wollen-Veränderungen-mit-der-Landwirtschaft-1185618.html>

Kloos: „Wir wollen Veränderungen mit der Landwirtschaft.“

Regionale Konzentrationsprozesse in der Tierhaltung und ökonomisch notwendige Wachstumsschritte werden wegen ihrer Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt in weiten Teilen der Gesellschaft kritisch gesehen. Darauf wies der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Dr. Robert Kloos, bei der Jahrestagung des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) vergangene Woche in Herrsching hin. Heute übliche Praktiken in der Tierhaltung, optimierte **moderne Tierhaltungsverfahren**, die sich an den aktuellen wirtschaftlichen aber auch wissenschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen orientierten, würden von immer mehr Verbrauchern hinterfragt. Dies gelte insbesondere für nicht kurative Eingriffe am Tier, die Verwendung von Tierarzneimitteln oder auch der Einsatz von Futtermitteln aus Übersee. In der Kritik stünden auch die „allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten optimierten Stallhaltungssysteme“.

Bund und Länder hätten sich vor diesem Hintergrund darauf verständigt, Stallbauinvestitionen nur noch zu fördern, wenn sie bestimmte, von den Ländern festgelegte Anforderungen in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz erfüllten und über die derzeit geltenden Standards hinaus einen Beitrag zum Tierschutz leisteten. Kloos wies in diesem Zusammenhang Vorwürfe von Tierschützern zurück, die Standards seien zu wenig ambitioniert. Es sei wichtig, dass die Investitionsförderung nicht wegen zu hoher Anforderungen ins Leere läuft. „Wir wollen Veränderungen mit der Landwirtschaft“, betonte der Spitzenbeamte. (AgE)

Topagrar.com, 27.06.2013: <https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-DBV-Mitgliederversammlung-beschliesst-Leitbild-Nutztierhaltung-1187733.html>

DBV-Mitgliederversammlung beschließt Leitbild Nutztierhaltung

Die Delegierten des Deutschen Bauernverbandes haben am Donnerstagmorgen auf dem Bauerntag in Berlin mit vier Gegenstimmen und einer Enthaltung das „**Leitbild Nutztierhaltung**“ beschlossen. In Anbetracht der zunehmenden Angriffe auf die Tierhaltung positionieren sich die Bauern darin klar zu ihrer Wirtschaftsweise, zu den Ansprüchen des Berufsstandes und zum Tierwohl.

Einige Grundsätze aus dem Leitbild (abgekürzt):

- Wir stehen für eine erfolgreiche und gesellschaftliche verankerte Nutztierhaltung in Deutschland
- Als bäuerliche Unternehmer wissen wir um unsere Verantwortung für Mensch, Natur und Umwelt.
- Wir gehen verantwortungsvoll mit unseren Nutztieren um und sorgen für eine tiergerechte Haltung.
- Wir versorgen die Bürger mit gesunden und hochwertigen Lebensmitteln. Die Verantwortung für gute Lebensmittel endet nicht an unseren Stalltüren.
- Wir wollen aus der Haltung von Nutztieren unser Einkommen erzielen.
- Wir stellen uns den Herausforderungen auf den Märkten.
- Wir machen Tierhaltung in Deutschland noch tierfreundlicher und umweltgerechter.
- Wir brauchen den Rückhalt der Bürger für eine moderne und nachhaltige Tierhaltung

Blick auf das Tier

- Wir sehen das Tier als Teil der Schöpfung
- Wir halten Tiere, um Lebensmittel zu erzeugen, erwirtschaften damit unser Einkommen und sichern so die Lebensgrundlage unserer Familien und Betriebe.
- Wir wissen, dass die Haltung von Nutztieren stets ein verantwortungsvolles Abwägen zwischen vielfältigen Anforderungen bedeutet. Wir stellen uns dieser Verantwortung und fühlen uns dem Schutz der Tiere verpflichtet.

Verantwortung als Tierhalter für das Tier

- Wir kümmern uns um das Wohlbefinden unserer Tiere und fördern damit deren Gesundheit und Leistung. Gute Betreuung und Herdenführung mit Verstand und Sachkompetenz sichern das Wohlbefinden der Tiere.
- Wir sind ausgebildete Experten und erkennen, ob es unseren Tieren gut oder schlecht geht. Basis dafür ist eine gute Ausbildung und ständige Weiterbildung, die wir auch bei unseren Mitarbeitern sicherstellen.
- Wir sorgen für tiergerechte Haltungsbedingungen. Gutes Stallklima und gute Stallhygiene, gutes Futter und Wasser sowie ausreichend Platz und Stressfreiheit sind uns dabei wichtig.
- Wir setzen auf Wissenschaft und Forschung bei der Weiterentwicklung der Tierhaltung. Der verantwortungsvolle Umgang mit Nutztieren reicht von der Tierzucht über Tiertransporte bis hin zur Schlachtung.
- Moderne Technik und Automatisierung helfen uns dabei, noch tier- und umweltgerechter zu werden sowie die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Verantwortung für das Tier hat allerdings der Mensch, nicht die Technik.

Moderne Tierhaltung und Nachhaltigkeit

- Wir wollen eine von unternehmerischen und selbständigen Bauern verantwortete Tierhaltung. Verantwortliche Tierhaltung findet in kleinen und in großen Betrieben, mit großen und kleinen Betrieben, mit großen und kleinen Beständen statt.
- Wir stehen zu einer flächengebundenen Tierhaltung als Ausdruck von praktizierter Nachhaltigkeit und funktionierender Kreislaufwirtschaft. Deshalb, und wegen einem effizienten Ressourceneinsatz, sorgen wir für ein verantwortliches und nachhaltiges Nährstoffmanagement.
- Wir werben mit Offenheit und Dialog um das Vertrauen der Bevölkerung in eine moderne und nachhaltige Nutztierhaltung. (ad)

Das gesamte Leitbild können Sie sich hier herunterladen: [Download](#)

TOP AGRAR ONLINE

Kritik am Tierhaltungswahlkampf der Grünen

[29.06.2013]

Mit scharfer Kritik haben die Koalitionsparteien auf die Entscheidung der Grünen reagiert, die landwirtschaftliche **Tierhaltung** zum [Thema im Bundestagswahlkampf](#) zu machen.

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe warf den Grünen in einer Diskussion auf dem Bauerntag in Berlin vor, sie zeichneten mit der Verwendung des Begriffs „Massentierhaltung“ bewusst ein Zerrbild und erzeugten zudem Misstrauen gegen die konventionelle Landwirtschaft.

FDP-Generalsekretär Patrick Döring hielt den Grünen einen „religionsartigen Feldzug gegen Großbetriebe“ vor. Eine negative Stimmung zu Lasten der Landwirtschaft wie im niedersächsischen Landtagswahlkampf werde man nicht wieder zulassen. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt bescheinigte der deutschen Landwirtschaft, sie zeige, dass Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit keine Gegensätze seien.

Die Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion, Renate Künast, wie die Kritik an der Wahlkampfführung ihrer Partei zurück. Der Begriff „Massentierhaltung“ werde in den Diskussionen vor Ort benutzt und von ihnen lediglich aufgegriffen. Zudem richte sich die Kritik nicht gegen die bäuerliche Tierhaltung insgesamt und Betriebe in der Hand bäuerlicher

Familien. Nicht akzeptiert würden allerdings Anlagen, die von Agrarinvestoren geführt würden und den Belangen der Bürger vor Ort zuwiderliefen.

Der Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Dr. Gregor Gysi, wandte sich gegen eine einseitige Sichtweise der Grünen. Deren Auffassung „klein ist gut und groß ist schlecht“ sei rein ideologisch begründet und entspreche nicht der Realität. Gleichzeitig erteilte Gysi einem „Gigantismus“ in der Tierhaltung eine Absage.

SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles warnte vor einer weiteren regionalen Konzentration der Tierhaltung. Sie verwies auf einen Beitrag ihrer Partei zur Novelle des Baugesetzbuchs und den damit geschaffenen erweiterten Steuerungsmöglichkeiten für die Kommunen. Weitergehende Regelungen seien nach ihrer Auffassung derzeit nicht erforderlich. (AgE/ad)

Hintergrund:

[Grüne machen Massentierhaltung zum Wahlkampfthema](#) (13.6.2013)

Grüne machen Massentierhaltung zum Wahlkampfthema

[13.06.2013]



Friedrich Ostendorff kämpft nach eigener Aussage seit Jahren gegen die agrarindustrielle Tierhaltung. Die Mitglieder von **Bündnis 90/Die Grünen** haben über die zentralen Wahlkampfthemen abgestimmt. Dabei sprach sich eine Mehrheit dafür aus, das Ende der so genannten „**Massentierhaltung**“ und die Forderung nach einem neuen **Tierschutzgesetz** zu einem der neun zentralen Kampagnethemen der Partei zu machen. Es folgt direkt nach dem Thema "100 % Erneuerbare Energien" auf Platz 2 der Grünen Agenda.

"Das ist ein großer Erfolg für alle, die sich in den letzten Jahren bei uns für diesen Schwerpunkt eingesetzt haben", freut sich der Agrarsprecher der Partei, Friedrich Ostendorff. Er sieht sich durch das Urteil der eigenen Basis jetzt schon darin bestärkt, dass diese Themen auch der breiten Öffentlichkeit unter den Nägeln brennt und die Wähler den Grünen die zentrale Kompetenz dafür zutrauen.

„Tierleid, Umweltzerstörung und Gefahren für die menschliche Gesundheit die von der industriellen Massentierhaltung ausgehen, werden nur von uns in ihrer ganzen Tragweite erkannt. Gemeinsam mit den Menschen werden wir uns daher gegen die massive Expansion der Tierfabriken stemmen.“, so Ostendorff weiter. Er kündigte an, neue Haltungsvorschriften, ein deutlich strikteres Baurecht und scharfe Maßnahmen zur Bekämpfung des Antibiotikaskandals schaffen zu wollen. (ad)

Ostendorff bekräftigt Kritik an Hermesbürgschaften für Legehennenställe

[26.06.2013]



Legebatterie Ein falsches Spiel wirft der Agrarsprecher der Grünen, Friedrich Ostendorff, dem Bundeswirtschaftsministerium im Zusammenhang mit der Gewährung von **Exportkreditgarantien** für die Lieferung von **Legehennenställen** in die Ukraine vor.

Entgegen ihrer bisherigen Behauptungen habe die Bundesregierung nunmehr einräumen müssen, „dass die Eier aus den mit deutschen Hermesbürgschaften geförderten ukrainischen Tierfabriken von Anfang an auch für den EU-Markt bestimmt waren“, so Ostendorff. Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler habe damit dem Bundestag nicht die Wahrheit gesagt.

Ostendorff warf dem Minister vor, er fördere nach EU-Recht illegale Tierfabriken in der Ukraine mit deutschen Steuergeldern und zerstöre damit die Märkte der deutschen Geflügelwirtschaft. Offenbar stünden Rösler „ukrainische Investoren näher als die deutsche Geflügelwirtschaft“. Der Wirtschaftsminister erweise sich damit „als Wettbewerbsnachteil der deutschen Ernährungswirtschaft“.

Importzulassung für weiterverarbeitete Eier

Die Bundesregierung räumt in ihrer Antwort ein, von Anbeginn der Verhandlungen im Jahr 2008 über die Verhandlungen zwischen der EU und der Ukraine über ein Freihandelsabkommen informiert gewesen zu sein, das auch den Import von Eiern in die EU einschließe. Sie verweist an anderer Stelle auf die entsprechenden Brüsseler Tierseuchen- und Hygienevorschriften, denen zufolge die Einfuhr von Eiern und Eiprodukten aus der Ukraine in die EU seit dem 21. Februar 2013 zugelassen ist. Allerdings gelte das lediglich für Eier der Rasse Gallus gallus der Klasse B zur Weiterverarbeitung.

Ostendorff betonte, die ukrainischen Eier seien für die hiesigen Verbraucher nicht erkennbar. Für die deutschen Eierzeuger bewirke die durch die Bundesregierung geförderte Billigkonkurrenz von Käfigeiern aus der Ukraine einen erheblichen Preisdruck. Der sei so stark, dass die Bundesregierung sogar Ausgleichsmaßnahmen durch die EU ins Spiel bringe.

Dennoch weigere sich die Regierung, die negativen Auswirkungen, die Hermesbürgschaften für Tierfabriken außerhalb der EU auf die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft haben, zukünftig zumindest vorab zu prüfen. (AgE/ad)

Mehr:

[ZDG: Kennzeichnung eihaltiger Lebensmittel endlich umsetzen](#) (26.6.2013)

ZDG: Kennzeichnung eihaltiger Lebensmittel endlich umsetzen

[26.06.2013]

Seine Forderung nach einer verpflichtenden Kennzeichnung der Haltungsform und Herkunft auf allen **Eiern**, Eiprodukten und eihaltigen Lebensmitteln hat der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) anlässlich von Berichten bekräftigt, wonach **Käfigeier** aus der Ukraine trotz des EU-weiten Verbots dieser Produktionsform auf die Teller deutscher Verbraucher kommen.

Ukrainische Eier aus der in Deutschland bereits seit 2009 verbotenen konventionellen Käfighaltung würden den Berichten zufolge zu Nudeln oder Keksen weiterverarbeitet und landeten über diesen Umweg auf deutschen Tischen, erklärte ZDG-Vizepräsident und Vorsitzender des Bundesverbandes Deutsches Ei (BDE), Dr. Bernd Diekmann. Das sei „Verbrauchertäuschung und Wettbewerbsverzerrung erster Klasse!“.

Das Recht des mündigen und aufgeklärten Verbrauchers auf umfassende Information werde durch die fehlende Kennzeichnung eihaltiger Lebensmittel „mit Füßen getreten“, ebenso wie die Interessen der deutschen Legehennenhalter. Diese hätten in die frühzeitige Umrüstung auf alternative Haltungsformen zusammen einen dreistelligen Millionenbetrag investiert, unterstrich Diekmann.

Aktuell seien lediglich Schaleeneier verpflichtend mit Herkunftsland und Haltungsform zu kennzeichnen. Bei eihaltigen Lebensmitteln habe der Verbraucher dagegen keine Möglichkeit, bewusst zu Keksen, Nudeln oder Mayonnaise mit „Eiern aus deutscher Erzeugung und aus modernen und tiergerechten Haltungsformen zu greifen“. Dabei würden rund die Hälfte aller Eier über weiterverarbeitete Lebensmittel verbraucht. Deswegen sieht Diekmann die Politik in der dringenden Pflicht, die europäischen und darüber hinausgehende deutsche Tierschutzstandards in der Legehennenhaltung durch die Produktkennzeichnung transparent zu machen. (AgE/ad)